

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

91. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 11. Dezember 1973

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974

Beratungsgruppe XII: Landesverteidigung

Beratungsgruppe X: Verkehr

Inhalt

Personalien

Ordnungsruf (S. 8963)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 8869)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 d. B.)

Beratungsgruppe XII: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Spezialberichterstatte: Samwald (S. 8870)

Redner: Tödling (S. 8872), Steininger (S. 8878), Zeillinger (S. 8882), Kittl (S. 8892), Marwan-Schlosser (S. 8895), Kriz (S. 8902), Peter (S. 8905), Dr. Prader (S. 8908), Wodica (S. 8916), Kinzl (S. 8918), Bundesminister Lütgendorf (S. 8920) und Dr. Bauer (S. 8924)

Entschließungsantrag Kinzl betreffend Verpflegung für das Mob-Heer (S. 8919)

Annahme der Beratungsgruppe XII (S. 8926)

Beratungsgruppe X: Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt, Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen

Spezialberichterstatte: Treichl (S. 8926)

Redner: Ing. Gradinger (S. 8927), Dr. Stix (S. 8934), Ulbrich (S. 8937), Frodl (S. 8946), Ing. Scheibengraf (S. 8948), Melter (S. 8952), Ing. Letmaier (S. 8955), Alberer (S. 8957), DDr. König (S. 8961), Troll (S. 8964), Deutschmann (S. 8969), Kammerhofer (S. 8970), Hietl (S. 8973), Kosteletzky (S. 8975), Bundesminister Lanc (S. 8976) und Glaser (S. 8980)

Entschließungsantrag Ofenböck betreffend Hebung der Verkehrssicherheit (S. 8973)

Annahme der Beratungsgruppe X (S. 8983)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

973: Bundesgesetz zum Schutz der Olympischen Embleme und Bezeichnungen (S. 8869)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Wiesinger und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Subventionierung der Fernsehserie „Die Wiener medizinische Schule — heute“ (1525/J)

Dr. Wiesinger und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Einstellung der Subventionierung der TV-Serie „Wiener medizinische Schule — heute“ (1526/J)

Dr. Gradenegger, Kunsttatter und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend den Ausbau der Südbahn im Raume Pack-Lavanttal (1527/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident **Probst**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 89. Sitzung vom 6. und 10. Dezember 1973 ist in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet ist niemand, entschuldigt hat sich niemand.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident **Probst**: Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage: Bundesgesetz zum Schutz

der olympischen Embleme und Bezeichnungen (973 der Beilagen), eingelangt ist.

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage: Protokoll zur Änderung des am 23. September 1910 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung bestimmter Regeln über Hilfeleistung und Bergung in Seenot (938 der Beilagen), weise ich dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft zu.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880
der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr
1974 (974 der Beilagen)**

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XII

Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten

Präsident **Probst**: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (880 und Zu 880 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (974 der Beilagen).

Wir kommen zunächst zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XII.

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Samwald. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Samwald**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XII, Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 40 des Bundesvoranschlages am 19. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

In der Regierungsvorlage zum Bundesfinanzgesetz 1974 sind im Grundbudget der Landesverteidigung Ausgabenkredite in der Höhe von 5.878,850.000 S und in der Stabilisierungsquote zum Konjunkturausgleich-Voranschlag Kredite in der Höhe von 480,310.000 S vorgesehen.

An Einnahmen sind im Jahre 1974 163,194.000 S veranschlagt.

Gegenüber der Voranschlagsziffer der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung des Jahres 1973 von insgesamt 5.080,534.000 S hat sich der Gesamtaufwand bei Kapitel 40 um 798,316.000 S erhöht. Diese Erhöhung betrifft hauptsächlich den Personalaufwand sowie die Ausgaben für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes, einen Teil der Mehrkosten für die Aufstellung der Bereitschaftstruppe sowie die Bedeckung der Vorbelastungen von Rüstungskäufen, welche sich erfahrungsgemäß auf mehrere Jahre erstrecken.

Die Einnahmen sind im Bundesvoranschlag 1974 gegenüber der Voranschlagsziffer des Jahres 1973 um 6,072.000 S niedriger veranschlagt. Diese Verringerung ist darauf zurückzuführen, daß die von den Vereinten Nationen zu leistenden Refundierungsbeträge für das seit 1. April 1972 in Zypern eingesetzte Sicherungsbataillon niedriger angesetzt werden mußten, weil die Berechnungen hierfür

auf Dollarbasis beruhen und die dadurch entstehenden Mindereinnahmen auf die Kursverluste zurückzuführen sind.

Der Voranschlag gliedert sich:

Beim Titel 1/400 ist der Aufwand für das Bundesministerium für Landesverteidigung veranschlagt:

Personalaufwand	(Ansatz 1/40000)
191,839.000 S, Anlagen	(Ansatz 1/40003)
1,970.000 S, Bezugsvorschüsse	(Ansatz 1/40005)
29,608.000 S, Förderungsausgaben	(Ansatz 1/40006)
1,554.000 S, Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	(Ansatz 1/40007)
4,002.000 S, Aufwendungen	(Ansatz 1/40008)
21,115.000 S,	

Der Personalaufwand (Ansatz 1/40000) mußte im Jahre 1974 gegenüber dem Voranschlag 1973 um 9,817.000 S verringert werden, was vor allem auf die im Jahre 1973 erfolgte Überdotierung und auf die mit Wirkung vom 1. Dezember 1972 vorgenommene Neugliederung der Zentralstelle und die Errichtung nachgeordneter Ämter zurückzuführen ist. Weiters wurde auf die Auswirkungen der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, und die 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 215/1972, Bedacht genommen.

Der Ansatz 1/40008 „Aufwendungen“ beinhaltet die bisher beim Ansatz 1/40001 „Verwaltungsaufwand“ veranschlagt gewesenen Kredite. Durch die Novellierung der Reisegebührenvorschrift mußten die Mittel für die Auslandsreisen höher dotiert werden. Ebenso mußte bei der Post „Sonstige Leistungen von Gewerbetreibenden, Firmen und juristischen Personen“ auf die allgemeinen Preissteigerungen Bedacht genommen werden.

Titel 1/401: Dieser Titel beinhaltet den Aufwand für das Heer und die Heeresverwaltung:

Personalaufwand	(Ansatz 1/40100)
2,172,242.000 S, Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	(Ansatz 1/40107)
751,025.000 S, Aufwandskredite	(Ansatz 1/40108)
2,672,597.000 S,	

Ansatz 1/40100: Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1974 gegenüber dem Jahre 1973 in der Höhe von 293,462.000 S ist auf die ab 1. Juli 1973 in Kraft getretene sowie die ab 1. Juli 1974 in Kraft tretende Bezugserhöhung und Abgeltung der gestiegenen Lebenshaltungskosten, auf die Auswirkungen der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, und die 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 215/1972, zurückzuführen. Schließlich fanden die Auswirkungen des Nebengebührenzulagengesetzes sowie die entsprechend der 29. Novelle zum ASVG und der 4. Novelle zum

Samwald

BKUVG in Kraft getretene Erhöhung der Bemessungsgrundlage Berücksichtigung.

Ansatz 1/40107: Bei diesem Ansatz sind insbesondere die Ausgaben für Krankenfürsorge (Wehrpflichtige und Angehörige von Wehrpflichtigen), Familienunterhalt, Taggeld, Entschädigungen für Waffenübungen und für Inspektionen und Instruktionen, die Ausgaben für die Tapferkeitsmedaillenzulagen und die Zulagen für Träger des Kärntner Kreuzes vorgesehen.

Der größte Teil dieses Mehraufwandes ist vor allem auf die bisher beim Personalaufwand veranschlagt gewesenen Familien- und Geburtenbeihilfen in der Höhe von rund 100.300.000 S zurückzuführen.

Weitere Erhöhungen innerhalb dieses Ansatzes ergeben sich auf Grund der geänderten Stärkeannahmen. Dadurch mußten vor allem für die Krankenfürsorge für Wehrpflichtige, das Taggeld und die Fahrtkostenvergütung mehr Mittel vorgesehen werden. Die Entschädigungen für Waffenübungen, Inspektionen und Instruktionen mußten wesentlich erhöht werden, weil für das Jahr 1974 neben den Inspektionen/Instruktionen bisheriger Art auch die Waffenübungen auf Grund des Wehrgesetzes, BGBl. Nr. 272/1971, in vollem Umfang anfallen.

Ansatz 1/40108: Die hier veranschlagten Mittel dienen vor allem der Bereitstellung der Verpflegung, der Bereitstellung der Bekleidung, Mannesausrüstung und Bettensorten, der Neuanschaffung von Waffen, Gerät und Munition, der Sicherstellung von Betriebs- und Ausbildungsmitteln, der Vorsorge für Transportkosten, der Ausgestaltung von militärischen Objekten, der Instandhaltung von Hochbauten und schließlich der Bereitstellung von Mitteln für die Instandhaltung von Waffen und Gerät.

Für die eingeleitete Aufstellung der Bereitschaftstruppe wurde für das Jahr 1974 bei diesem Ansatz im Grundbudget ein Aufwand in der Höhe von 102,5 Millionen Schilling veranschlagt. Ein weiterer Betrag ist unter anderem in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages 1974 in der Höhe von 273 Millionen Schilling enthalten. Insbesondere ergeben sich Mehrausgaben für Land- und Wasserfahrzeuge, Munition und Nahkampfmittel, Herstellung von sonstigen militärischen Objekten, Kraftfahrgerät (Investitionsaufwand), Bekleidung und Ausrüstung sowie Konfektionierung von Bekleidung und Ausrüstung.

Mit den in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages enthaltenen Mitteln soll sowohl der durch den

schrittweisen Aufbau des Reserveheeres bedingte Aufstockungsbedarf als auch die durch die Überalterung des Gerätes und den technischen Fortschritt erforderliche Bereitstellung des Ergänzungs- und Ersatzbedarfes sichergestellt werden. Besonders im letztgenannten Fall stehen die Fragen der Rationalisierung und Modernisierung im Vordergrund. So ermöglicht die Beschaffung von Ausbildungsgeräten aller Art eine intensive Ausbildung, die Erneuerung des Fahrzeugparkes, sichert eine sparsame Treibstoff- und Ersatzteilkonsums; zugleich wird der Instandsetzungsaufwand durch eine Typenvereinheitlichung verringert. Weiters kann der Heeresaufbau auf den Gebieten der Luftraumüberwachung, der Funkaufklärung, der Panzerabwehr, der Heeresmotorisierung sowie die erforderliche Verbesserung der Infrastruktur fortgeführt werden.

Beim Titel 1/404 wird der Bedarf des Heeresgeschichtlichen Museums; Militärwissenschaftliches Institut wie folgt veranschlagt:

Personalaufwand	(Ansatz 1/40400)
10.907.000 S,	Anlagen (Ansatz 1/40403)
144.000 S,	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (Ansatz 1/40407)
51.000 S,	Aufwendungen (Ansatz 1/40408)
1.556.000 S.	

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1974 gegenüber dem Jahre 1973 in der Höhe von 1.202.000 S ist auf die vorgenannten Bezugserhöhungen, die Auswirkungen der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, der 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, des Nebengebührengesetzes sowie die Erhöhung der Bemessungsgrundlage entsprechend der 29. Novelle zum ASVG und der 4. Novelle zum BKUVG zurückzuführen.

Die bisher beim Personalaufwand veranschlagt gewesenen Familien- und Geburtenbeihilfen sind ab 1974 beim Sachaufwand bei den „Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)“ budgetiert.

Die bisherigen finanzgesetzlichen Ansätze „Verwaltungsaufwand“ und „Aufwandskredite“ wurden in einem Ansatz „Aufwendungen“ zusammengefaßt; die Kredite wurden in derselben Höhe wie im Jahre 1973 veranschlagt.

Die Ansätze des Titels 1/405 sind für die Verrechnung der Gebarung des auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig eingerichteten betriebsähnlichen Verwaltungszweiges vorgesehen.

Der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig erhält sich selbst. Die hier vorgesehenen Ausgaben können nur nach Maßgabe der Einnahmen getätigt werden.

Samwald

Mit 1. Jänner 1973 wurden die Truppenübungsplätze Ortnerhof und Treffling hinsichtlich der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung dem Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig angegliedert.

An der Debatte über das Kapitel 40 beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatte die Abgeordneten Tödling, Zeillinger, Mondl, Dr. Prader, Blecha, Dr. Moser, Marwan-Schlosser, Steininger, Dr. Bauer, Suppan, Troll, Dr. Ermacora und Kinzl.

Der Bundesminister für Landesverteidigung Lütgendorf nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Problemen Stellung und beantwortete die gestellten Fragen.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XII unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten mit dem dazugehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tödling. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Tödling** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bundesminister, mit einem Budgetanteil von 3,69 Prozent am Gesamtbudget für 1974 sind Sie in der Richtung der von Ihnen seinerzeit geforderten 7 Prozent Budgetanteil um keinen Schritt weitergekommen. Der Anteil der Landesverteidigung an den Budgets der zurückliegenden Jahre lag ab 1965 bei 4,25 Prozent. Sie haben sich, Herr Bundesminister, in der Regierung oder gegenüber dem Finanzminister nicht durchgesetzt. Ich kritisiere nicht die von Ihnen geforderten 7 Prozent, denn ich glaube auch, daß sie notwendig sind, allerdings, wenn sie sinnvoll eingesetzt werden können. Hätten Sie wenigstens einen Anteil von 5 Prozent am Gesamtbudget erreicht, dann könnten Sie 1974 über 7,7 Milliarden Schilling verfügen.

Sie werden mir entgegenhalten, daß das Grundbudget 5,8 Milliarden Schilling ausmacht und darüber hinaus finanzielle Vorkehrungen getroffen sind. Aber, Herr Minister, die haben Sie noch nicht! Sie sind mit 674 Millionen Schilling an den Konjunkturverlauf gebunden. In der Stabilisierungsquote von 480 Millionen Schilling sind 273 Millionen für die Bereit-

schaftstruppe enthalten. Wir wissen alle schon längst, daß die Bereitschaftstruppe an personellen Problemen scheitert. Dazu kommt nun auch noch die finanzielle Ungewißheit.

Es ist einfach unverständlich, daß in Zeiten der Hochkonjunktur für das Heer zu wenig Geld da ist und nun der Verteidigungsminister auf schlechtere Zeiten hoffen muß, damit er mehr Geld bekommt. Gerade der Konjunkturausgleich und die Stabilisierungsquote enthalten für das Heer lebenswichtige Mittel.

Wenn man im Teilheft nachsieht und liest, daß für Treibstoffe ein Betrag von 21 Millionen Schilling, für Munition ein Betrag von zirka 57 Millionen Schilling, für Kraftfahrzeug ein Betrag von 126 Millionen, für Waffen etwa 47 Millionen und so fort, vorgesehen ist, so muß man sagen, daß Sie sich, Herr Minister, auf ein Abenteuer eingelassen haben, wenn etwa diese Notwendigkeiten, die das Heer unbedingt braucht, an den Konjunkturverlauf gebunden sind.

Rechnen können Sie mit dem Grundbudget von 5,8 Milliarden Schilling. Dieses teilt sich — der Berichterstatte hat es schon erwähnt — in einen Sachaufwand von 3,5 Milliarden Schilling und in einen Personalaufwand von 2,3 Milliarden Schilling.

Herr Bundesminister! Sie müssen doch vom Sachaufwand 1 Milliarde für langfristige Verpflichtungen abziehen. Hiezu darf ich ein Wort sagen, damit nicht immer der Kollege Prader das gegen Sie verteidigen muß, was schon seinerzeit langfristig beschafft wurde. Wären nämlich während der Ministerschaft von Doktor Prader diese Anschaffungen nicht gemacht worden, so könnte heute das Heer weder schießen noch fahren.

Daß man diese 1 Milliarde für langfristige Verpflichtungen abziehen und daß man berücksichtigen muß, daß es eine Inflationsrate gibt, darauf wird nirgends in diesem Budget eingegangen. Hier darf man nicht mit Prozentziffern operieren, die etwa bei 8 Prozent liegen, denn es handelt sich um hochwertiges technischen Gerät, bei dem die Preissteigerungsraten wesentlich höher sind. Nimmt man nur 15 Prozent als Inflationsrate an, so muß man vom Sachaufwand eine weitere halbe Milliarde abziehen, sodaß Ihnen lediglich 2 Milliarden verbleiben. Ich frage mich, wie Sie damit zurecht kommen werden.

Jedenfalls steht fest, Herr Bundesminister, daß Sie sich bei der Budgeterstellung für 1974 nicht durchgesetzt haben. Sie haben schlecht abgeschnitten.

Herr Bundesminister! Aber nun zu grundsätzlichen Fragen der Verteidigungspolitik.

Tödling

Im Finanzausschuß haben Sie zu mir vorwurfsvoll gesagt, daß wir zu sehr Zweifel an der Zielstrebigkeit Ihrer Verteidigungspolitik hegen. In Wahrheit, Herr Minister, ist das nicht Ihre Verteidigungspolitik, sondern die des Herrn Bundeskanzlers. Ich werde meine Zweifel auch begründen.

Die Sozialistische Partei hat Ihnen, Herr Bundesminister, ein Wehrgesetz präsentiert, und Sie haben es widerspruchslos akzeptiert. Für die SPÖ war damit der Fall erledigt. Die sechs Monate stehen nun im Gesetz. Ich erinnere Sie daran, Herr Bundesminister, was der Herr Bundeskanzler nach dem Mehrheitsbeschluß im Landesverteidigungsrat über die Heeresgliederung 1972 gesagt hat. Am 14. Jänner 1973 hat er das im Rundfunk auch wiederholt. Der Kanzler sagte: „So, jetzt können die Offiziere ihre Reform machen!“

Mit diesem Akt der Kindesweglegung — so möchte ich es bezeichnen — hat der Bundeskanzler Ihnen, Herr Minister, und den Offizieren die Schuld am Nichtgelingen der Reform zugeschoben. Sie haben damals das Spiel nicht durchschaut, aber heute müßten Sie um eine Erkenntnis reicher sein. Wenn der Abgeordnete Czernetz von der SPÖ in der vergangenen Woche beim Kapitel Äußeres hier an diesem Pult sagte, daß die Verantwortung für die Landesverteidigung die Offiziere tragen, so zeigt das deutlich die Weichenstellung.

Hohes Haus! Es ist kein Beweis von hoher Verantwortung, wenn man Dinge, die man selber verbrochen hat, anderen zuschiebt. Die Verantwortung für die staatliche Sicherheit trägt einzig und allein die Staatsführung und sonst niemand. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der jüngste Beweis dafür, Herr Minister, wie Sie von der SPÖ überspielt werden, ist die neue Wehrgesetznovelle. Seit Monaten war bekannt, daß im Verteidigungsministerium an einer Regierungsvorlage gearbeitet wird. Als uns schon der Antrag Mondl und Genossen bekannt war, hat man noch im Ministerium an der Regierungsvorlage weiter gearbeitet. Die SPÖ hat Sie also nicht einmal informiert, daß sie von sich aus einen Parteiantrag stellen wird.

Aber nicht genug damit! Die Präsidialkonferenz hat den 19. November als Termin für den Landesverteidigungsausschuß fixiert. Fünf Tage später hat man das im Verteidigungsministerium noch nicht gewußt. Solche Vorgangsweisen, Herr Minister, müssen Sie doch als Schlag ins Gesicht empfinden! Wir haben längst gemerkt, meine Damen und Herren, daß es das Ziel der SPÖ ist, das Heer ihrem gesellschaftspolitischen Konzept anzupassen.

Die Fragen der Landesverteidigung haben hierbei nur formale Bedeutung.

Herr Bundesminister! Spätestens 1975 wird man die Schuldigen suchen. Wer die Schuldigen sein werden, können Sie sich denken. Es ist sicher kein SPÖ-Politiker. Würde diese sogenannte Reform gut verlaufen, dann war es natürlich die SPÖ, die das bewirkt hat. Geht es schlecht aus, was zu erwarten ist, dann sind die Offiziere schuld. Man braucht kein Prophet zu sein, um dies vorherzusehen.

Es erhebt sich wiederum die Frage, Herr Bundesminister: Wo liegt auf Grund der geschilderten Vorgangsweisen bei Ihnen die Grenze des Erträglichen?

Allerdings scheint nun ein gewisses Unbehagen auf Regierungsseite vorhanden zu sein. Die neuerliche Novelle zum Wehrgesetz — in wenigen Tagen wird sie beschlossen werden — ist doch de facto das Eingeständnis, daß Ihre Reform, meine Damen und Herren von der SPÖ, nicht funktioniert.

Herr Bundesminister! Noch einmal zu Ihnen. Keine Ihrer Prophezeiungen ist eingetreten. Sie sagten 1971, die SPÖ-Reform bringe keine Beeinträchtigung unserer Verteidigungsbereitschaft. Tatsache ist, daß die Talfahrt unseres Heeres damals begonnen hat. Waren 1970 noch 50 Bataillone sofort, also ohne Mobilmachung, ausmarschbereit, so ist es heute kein einziges mehr. Sie sagten, noch im Jahre 1971 würden sich 3000 Mann zum freiwillig verlängerten Grundwehrdienst melden. Herr Bundesminister, ich frage Sie: Wo sind sie geblieben? Sie sagten 1972, im Juni stehe die Bereitschaftstruppe. Heute noch, meine Damen und Herren, steht sie nur auf dem Papier. Die Aufstellung der Bereitschaftstruppe und die Bildung der Landwehr sind in erster Linie ein personelles Problem. Laut Wehrgesetz soll diese Bereitschaftstruppe ja aus längerdienenden Soldaten bestehen.

Der für die Landwehr benötigte Reservekader kann auf Grund der neuen wehrrechtlichen Bestimmungen ebenfalls nur auf freiwilliger Basis herangebildet werden. Der Aufbau von Bereitschaftstruppe und Landwehr ist somit vom Zufall abhängig und nicht vorhersehbar.

Die Möglichkeiten für die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe haben sich mittlerweile gezeigt. Seit Inkrafttreten des Wehrgesetzes 1971 konnten nicht mehr als 150 Längerdienende mit einer Verpflichtungsdauer von drei Jahren geworben werden.

Es könnte allerdings sein, Hohes Haus, daß die künftig eher düstere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande Ihnen zu Hilfe

Tödling

kommt und manch einer sich einen neuen Job sucht und das vielleicht beim Bundesheer tut.

Die zweifelhaften Möglichkeiten zur Aufstellung eines Reserveheeres hat die Mob-Abteilung Ihres Ressorts in einer Studie aufgezeigt die in einem Pressegespräch mit Ihnen, Herr Bundesminister, erörtert wurde.

Im Hinblick auf die laut § 33 a Wehrgesetz gesetzte Fallfrist für das derzeitige Mob-Heer muß bis 1977 ein neues Reserveheer aufgebaut werden. Bei einem Rahmen von 150.000 Mann ist hiezu ein Reservekader von rund 25.000 Mann für die verschiedensten Führungsfunktionen erforderlich.

Herr Bundesminister! Ich muß Ihren Erlaß, den ich schon einmal hier zitiert habe, wiederum zitieren. Er ist vom 18. Februar 1972. Sie haben die Konsequenzen richtig erkannt. In diesem Erlaß heißt es wörtlich — ich darf zitieren —:

„Die zeitliche Begrenzung der Möglichkeit, Wehrpflichtige der Reserve zu Inspektionen und Instruktionen einzuberufen, zwingt zur personellen Neubesetzung des Mob-Heeres bis Anfang 1977. Hiezu wird ein Reservekader von mindestens 25.000 Mann benötigt, und zwar: 5000 Reserveoffiziere, 8000 Reserveunteroffiziere und 12.000 Reservechargen.“

Ich frage nun — Herr Bundesminister, Sie sind uns bislang die Antwort darauf schuldig geblieben —, wie Sie das bewerkstelligen wollen. In gut zwölf Jahren war es bisher nur möglich, rund 5000 Reserveoffiziere und 3000 Reservechargen heranzubilden. Sind diese 25.000 Mann, meine Damen und Herren, nicht vorhanden, vor allem nicht als Unterführer vorhanden, dann schrumpft unser Reserveheer zwangsläufig auf etwa 60.000 Mann.

Das jährliche Aufkommen für den Freiwilligenkader einschließlich der Einjährig-Freiwilligen — bei diesen halten wir gegenwärtig bei rund 255 Mann gegenüber einem Höchststand von seinerzeit, das liegt allerdings Jahre zurück, ich gebe das zu, 1600 Mann — beträgt maximal 500 Mann. Der Aufbau eines Reserveheeres unter den gegebenen Bedingungen ist, Herr Bundesminister, eine Utopie.

Meine Damen und Herren! Nie wird von der Alterspyramide gesprochen. Das vorhandene Reservekaderpersonal hat ein Durchschnittsalter von 35 Jahren, der aktive Kader ein solches von 45 Jahren.

Allen verantwortlichen Dienststellen des AK und des Ministeriums ist seit langem klar, daß eine Lösung des Personalproblems für

Bereitschaftstruppe und Landwehr ohne gesetzliche Änderungen nicht möglich ist. Mit solchen Änderungen wäre allerdings das Eingeständnis verbunden, daß es eben mit der Wehrgesetznovelle 1971 und dem Slogan „Sechs Monate sind genug!“ nicht geht.

Diese Befürchtung hat nunmehr auch Herr General Spannocchi, bei dem der Optimismus in der Phase der Planung seiner Bereitschaftstruppe nunmehr der Ernüchterung zu weichen beginnt. Er hat dies auch bei der Veranstaltung zum Nationalfeiertag zum Ausdruck gebracht mit der Bemerkung, die Reform könne nun beginnen, ob sie gelinge, wisse er nicht.

Hohes Haus! Um die prekäre Situation zu mildern — zu meistern ist sie nicht —, soll neuerdings eine Novelle zum Wehrgesetz beschlossen werden. Einige tausend Reserveoffiziere und ZvS sollen zu Pflichtkaderübungen herangezogen werden. Darüber hinaus soll die Wehrungerechtigkeit für jene Soldaten, die schon neun Monate gedient haben, eine Reihe von Inspektionen und Instruktionen hinter sich haben, verlängert werden, fortgesetzt werden, indem sie zu neuen Kaderübungen herangezogen werden. (Abg. Mondl: Kaderübungen?) Truppenübungen. Bitte.

Mit dieser zulänglichen Reparatur des Wehrgesetzes wollen Sie bis 1975 über die Runden kommen. Sie wollen den totalen Zusammenbruch hinauszögern, meine Damen und Herren.

Wenn wir wie im Ausschuß in der vorigen Woche bei einigen Bestimmungen zu dieser Novelle nicht mittun, machen Sie uns den Vorwurf, wir seien gegen die Landesverteidigung, wir seien gegen das Bundesheer. Aber, meine Damen und Herren, das ist nach wie vor Ihr Wehrgesetz und Ihre Reform und nicht unsere! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mondl: Gott sei Dank!)

Seitens der ÖVP wurden bereits seinerzeit ernste Bedenken gegen die Verabschiedung der verhängnisvollen Wehrgesetznovelle 1971 geäußert. Sie wurden von Ihnen, von der SPÖ, nicht beachtet. Sie sind darauf nicht eingegangen.

Der entstandenen Schwächung des stehenden und des Reserveheeres kann durch kosmetische Operationen nicht begegnet werden. Sie wissen das selbst, nur geben Sie es nicht zu. Das Manko des erforderlichen Kaderpersonals bleibt als generelles Problem nach wie vor bestehen.

Jene Änderungen, die zur Gewinnung von Reservekadern gedacht sind, finden nicht unsere Zustimmung, weil der in Aussicht ge-

Tödling

nommene Personenkreis in Umfang, Alter und Ausbildungsstand so eng umrissen ist, daß von ihm keine echte Abhilfe erwartet werden kann.

Die SPÖ hat bei den Verhandlungen über die Wehrgesetznovelle 1971 alle Bedenken, die wir vorgebracht haben, durch ihre sorglose, um nicht zu sagen, verantwortungslose Behandlung wehrrechtlicher Grundprobleme unbeachtet gelassen.

In zunehmendem Maße führt dies nun zu Zwangssituationen, die Sie versuchen zu reparieren. Die neuerliche Novelle ist ja ein Beweis für eine Zwangssituation, deren unzulängliche Sanierung im gegebenen Zeitpunkt von der ÖVP nicht erwartet werden darf.

Ich frage Sie nun, Herr Bundesminister: Seit vier Jahren wird experimentiert, wo liegt der Erfolg? Ja, Sie haben das Ministerium umgegliedert, Sie haben Ämter geschaffen, das AK installiert, neue Stäbe haben wir bekommen, aber haben wir auch eine einsatzbereite Truppe bekommen? Herr Bundesminister, ich frage Sie: Haben Sie den Leerlauf gemeistert? — Nein. Die Soldaten, die ins Parlament kommen und mit uns diskutieren, bestätigen uns, daß der Leerlauf nicht gemeistert werden konnte. Es haben uns sogar, Herr Bundesminister, Soldaten erklärt: Verkürzt doch gleich die Dienstzeit auf drei Monate, denn drei von den sechs Monaten sind Leerlauf! (*Abg. Libal: Wieviel Leerlauf gab es bei neun Monaten?*) Es gibt hierfür auch Zeugen von der SPÖ, die mit dabei waren. Das wurde schon mehrmals bei diesen Diskussionen zum Ausdruck gebracht.

Herr Bundesminister! Obwohl Sie sich bemühen, so zu tun, als sei alles in bester Ordnung, erhebt sich die Frage, ob nicht der Herr Bundeskanzler spürt, daß doch nicht alles in Ordnung ist. Nach seinen jüngsten Aussagen gewinnt man den Eindruck, daß er zeitgerecht umschwenken will. Seine Rede am Nationalfeiertag war entweder eine leere Ankündigung oder die Abkehr vom bisherigen Weg. Die Zukunft wird es zeigen. Ich frage nur: Muß zuerst das, was vorhanden war, zerstört werden, um dann in Ihrem Sinne neu zu beginnen?

Der Herr Bundeskanzler meinte in seiner Rede zum Nationalfeiertag: Zum zweiten müssen die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Österreich so sein, daß es selbstverständlich erscheint, sich diese Lebensverhältnisse zu bewahren und sagte weiter: Nur dann, wenn Österreich eine gute Heimat für alle seine Bürger ist, wird es ein hohes Maß an Verteidigungsbereitschaft geben. Ich frage: Meinen Sie, daß Österreich erst unter

sozialistischer Herrschaft eine gute Heimat wird? Ich glaube, daß der Herr Bundeskanzler mit dieser Äußerung alle Österreicher, welchen dieses Land ohne Vorbehalt eine gute Heimat ist, beleidigt hat. Oder meinen Sie, daß es noch einer Periode Kreisky bedarf, damit die sozialen und gesellschaftlichen Errungenschaften verteidigungswürdig sind? (*Abg. Wodica: Wäre zu wünschen!*) Wäre zu wünschen von Ihrer Partei aus. Im Interesse des Landes, glaube ich, ist es aber nicht wünschenswert, Herr Abgeordneter. (*Abg. Wodica: Sie werden ja nicht einmal von Ihrer Partei gewünscht, Herr Kollege!*)

Der Herr Bundeskanzler sagte weiter, daß die Verteidigungsbereitschaft erst wieder geweckt werden müsse. — Dazu kann man sagen, daß einige Umfragen ergeben haben, daß beim Österreicher die Verteidigungsbereitschaft, also die Bereitschaft, die Neutralität zu verteidigen, durchaus gegeben ist.

Wenn der Herr Bundeskanzler und die Bundesregierung im Sinne dieser Rede am Nationalfeiertag von der Notwendigkeit der Landesverteidigung so überzeugt sind, dann sollte der Bevölkerung statt mit vernebelten Fremdwörtern klar gesagt werden, was notwendig ist. Ohne ein sinnvolles Wehrgesetz und mehr Mittel geht es leider nicht.

Einzig und allein an den Initiativen auf diesen Gebieten wird man feststellen können, wie ernst es dem Bundeskanzler mit dieser auf Effekt abgestellten Erklärung ist. Vorerst verpflichtet sie zu nichts und ist zweifellos in die Reihe jener Seifenblasen einzuordnen, mit welchen die Regierung von Zeit zu Zeit von den echten Problemen abzulenken versucht. Aber dem Volk die Wahrheit zu sagen, ist für eine Sonnenscheinregierung anscheinend sehr schwer.

Hohes Haus! Wenn die Staatsführung will, ist für eine sinnvolle Landesverteidigung auch das Instrument zu schaffen, nämlich ein brauchbares Heer. Bei genauerer Betrachtung muß man feststellen, daß das Wehrpotential Österreichs gar nicht so bescheiden ist, wollte man es nur materiell und personell ausnützen. Wir könnten einen Stand der Landesverteidigung erreichen, der sich durchaus mit einigen unserer Nachbarländer vergleichen läßt.

Herr Bundesminister! Sie meinten im Finanzausschuß, wir, die Oppositionspartei, müßten mehr Vertrauen haben. Wir sollten nach Ihrer Meinung, Herr Bundesminister, kritik- und bedenkenlos Ihnen und dem Bundeskanzler vertrauen. Herr Minister! Das dürfen Sie von der ÖVP wirklich nicht verlangen! Ihre und die von der Regierung praktizierte

8876

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Tödling

Vorgangsweise im Landesverteidigungsrat ist nicht dazu angetan, Vertrauen zu erwecken, sondern berechtigt in höchstem Maße zu Mißtrauen. Die Regierung macht bei jenen Dingen, die ihr wichtig erscheinen oder der Bevölkerung Aktivität vortäuschen, meist aber der Landesverteidigung nichts bringen, rücksichtslos von ihrer Mehrheit Gebrauch.

Sie haben die gemeinsame Basis der Landesverteidigung in den letzten Jahren verlassen. Egoistische Ziele haben Sie verfolgt und auf unsere Mitarbeit keinen Wert gelegt. Die Bundesregierung hat ein Wahlversprechen höher gestellt als die staatliche Sicherheit. Sie haben ein Wehrgesetz beschlossen, das bestenfalls eine Alibiarmee ermöglicht. Sie bedenken nicht, wer uns in einem Ernstfall gegenüberstehen kann. Nach Ausbildung und Ausrüstung könnten wir sagen, das seien Vollprofis.

Der Herr Bundeskanzler hat die Meinung der Bundesheer-Reformkommission als irrelevant bezeichnet. Der Brief der 1700 Offiziere wurde vom Tisch gefegt.

Sie haben am 13. Dezember 1971 abgelehnt, daß dem Parlament über den Stand der Landesverteidigung berichtet wird. Sie haben unseren Antrag auf Erstellung eines Zustandsberichtes lange Zeit nicht beachtet. Sie haben einen unvollständigen Bericht nach 14 Monaten im Landesverteidigungsrat zur Diskussion gestellt. Sie haben die Meinung des Generaltruppeninspektors und der Befehlshaber zur Heeresgliederung 1972 in den Wind geschlagen und ohne uns beschlossen. Der Bundeskanzler hat zum Rücktritt des Generals Bach erklärt, er sei ohnehin schon alt und darüber hinaus seien noch genug Generale vorhanden.

Sie, Herr Bundesminister, haben im Parlament erklärt, man dürfe nicht immer die Wahrheit sagen. Sie haben untersagt, daß Offiziere als Staatsbürger offen ihre Meinung sagen dürfen. Sie haben im Landesverteidigungsrat zu einem Landesverteidigungsgesetz, das von uns dort präsentiert wurde, nein gesagt. Sie haben unsere Anträge auf Durchführung von Alarmübungen abgelehnt. Man könnte Fakten dieser Art noch weiter und fast zahllos aufzählen.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Unter solchen Umständen dürfen Sie doch nicht erwarten, daß wir in eine solche Politik Vertrauen haben.

Die notwendige gemeinsame Basis in der Landesverteidigung, das ist meine persönliche Überzeugung, kann erst wieder gefunden werden, wenn Sie, Herr Bundesminister, und

der Herr Bundeskanzler vom hohen Roß herabsteigen, diesem Haus und der Bevölkerung die Wahrheit sagen, die Wahrheit darüber, daß Sie mit Ihrer Sicherheitspolitik gescheitert sind.

Ein besseres Heer wollen Sie machen? Tatsache ist, daß das gegenwärtige System zur Folge hat, daß auch der Wehrpflichtige selbst an der Sinnhaftigkeit eines Unternehmens zweifeln muß, das ihm keine ausreichende Ausbildung zu geben vermag. Es ist nicht verwunderlich, daß sich weder Kadernachwuchs für das aktive Heer einstellt noch qualifiziertes Führungspersonal für die Reserve herangebildet werden kann. Im Gegenteil, es wandern nach wie vor hochwertige Kräfte ab. Voraussetzung für die Gesundung ist die Gewinnung von ausreichendem und qualitativ geeignetem Personal. Das wird aber nur dann gelingen, wenn jeder im Bundesheer dienende Wehrpflichtige eine effiziente Ausbildung erhält. Denn nur diese kann ihn von der Sinnhaftigkeit einer Weiterverpflichtung überzeugen.

Alles in allem befinden wir uns mit dem Heer in einer schier ausweglosen Situation. Trotzdem herrschen Lethargie und Beschönigung von der Regierung aus.

Meine Damen und Herren — der Kollege Pay wartet ja schon darauf —: Ein Wort zu meiner Erklärung vom 16. August dieses Jahres.

Ich habe im ORF meine persönliche Meinung kundgetan und stellte fest, daß es doch möglich ist, die Gemüter wachzurufen. (*Abg. Libal: So kann man es auch sagen!*) Ich gebe zu, das hat mir eine Menge Kritik eingetragen. Aber, meine Damen und Herren, ich habe es überlebt und ich werde es auch weiter überleben. Zu den wenigen, meine Damen und Herren von der SPÖ, die merkten, daß hier politisch vielleicht etwas drinnenliege, gehört der Bundeskanzler, denn anders sind seine rüden Angriffe auf meine Person nicht zu erklären. Die Attacken des Herrn Bundesministers und des Armeekommandanten sind durchaus verständlich, sie sind nun einmal keine Politiker und können oder wollen aus eingefahrenen Geleisen nicht heraus.

Ich weiß auch, daß es Interpretationsfehler gegeben hat. Leider wurde von vielen zwischen allgemeiner Wehrpflicht und Präsenzpflicht nicht unterschieden.

Herr Abgeordneter Pay! Sie haben im Finanzausschuß erklärt, Sie werden die Junge ÖVP Graz hier zitieren. Sie sind bestens gerüstet, ich habe die Zeitung schon gesehen. Dazu möchte ich sagen: Es gibt natürlich

Tödling

Leute innerhalb und außerhalb der Partei, die jeden Tag einen massakrierten Lütgendorf sehen wollen. Aber zu diesem Interview hat es auch positive Pressestimmen gegeben, die begreiflicherweise in der Minderheit lagen.

Ihnen, meine Damen und Herren von der SPO, möchte ich sagen, daß Sie über den Kern der von mir aufgeworfenen Frage doch auch mit Ihren Experten reden sollten, denn dort spielt man mit ähnlichen Gedanken. Ich bin durchaus nicht böse darüber, wenn meine persönlichen Überlegungen abgelehnt werden. Wer jedoch leichtfertig darüber hinweggeht, beweist damit, daß er sich mit den Problemen nicht beschäftigt.

Nun die Grundüberlegungen, die dazu geführt haben. Es werden jährlich — übrigens die Jahrgänge steigen — rund 42.000 Mann einberufen. Das sind in zehn Jahren 420.000 Mann, in 15 Jahren 630.000. Ich weiß schon, daß es einen natürlichen Ausfall gibt. Aber das wird ein Reserveheer, das in die Hunderttausende geht. Wie schon ausgeführt, haben wir 1976 bestenfalls die Unterführer für ein Reserveheer von 60.000 Mann, genau sollen es angeblich 68.000 Mann sein. Wir haben für ein paar hundert Panzer rund 11.000 Panzersoldaten ausgebildet, die übrigens nur zum Teil einsatzbereit sind. Auf einen Ausbilder kommen derzeit 20, ja sogar 30 Jungmänner. Über die Qualität einer solchen Ausbildung bedarf es, so glaube ich, keiner Diskussion. Von der Mannesausrüstung möchte ich nicht reden, da ohnehin bekannt ist, daß der soeben Eingerückte auf die Ausrüstung des soeben Abgerüsteten warten muß. Wir produzieren also ohne Rücksicht auf die praktische Verwendbarkeit Soldaten mit einer sechsmonatigen Dienstzeit. Angesichts solcher Umstände müssen doch Überlegungen angestellt werden, wie das Ganze wieder sinnvoll gestaltet werden kann.

Da derzeit nicht genügend Ausbildungspersonal für die Ausbildung von jährlich 42.000 Wehrpflichtigen zur Verfügung steht, könnte — und das war meine Überlegung im Sinne der Maxime Qualität vor Quantität — ein Weg beschritten werden, der sicherstellt, daß die Wehrpflichtigen den echten Einsatzerfordernissen entsprechend ausgebildet werden. Ich stellte zur Erwägung, ob nicht für eine angemessene Übergangszeit eines echten Gesundheitsprozesses nur jene Wehrpflichtigen zu den Waffen gerufen werden, für die ausreichend Ausbildungs- und Kaderpersonal zur Verfügung steht. Ich meinte also eine selektive Einberufung. Der Wehrgerechtigkeit könnte ohne weiteres durch entsprechende flankierende Maßnahmen entsprochen werden.

Ich weiß, Hohes Haus und meine Damen und Herren von der SPO, es gibt zielführendere Maßnahmen, jedoch sind diese auch härter. Meine Überlegungen in dieser Richtung — zumindest für eine Übergangsphase — sind politisch harmlos und könnten vielleicht Erfolg bringen. Das dürfte der Bundeskanzler erkannt haben.

Ich bin überzeugt, daß der Bundeskanzler das Bundesheer bei der nächsten Wahl wieder zum Wahlkampfthema macht. Mit der Dienstzeit kann er ja nicht mehr operieren, aber es ist denkbar, daß er sagt: Die Offiziere haben die Reform nicht zuwege gebracht. Wenn wir, also Kreisky, wieder die Mehrheit bekommen, dann werden wir ein Heer schaffen, wie wir es uns vorstellen, und werden nur so viele einberufen, wie das Heer auch verkraften kann. Das, meine Damen und Herren, könnte der nächste Wahlslogan im Zusammenhang mit dem Bundesheer werden. Nur neu, meine Damen und Herren, wäre eine solche Überlegung natürlich nicht, weil es schon 1973 einer von der ÖVP gesagt hat.

Abschließend aber möchte ich zu diesem Kapitel feststellen: Die Ausweglosigkeit — und da können Sie kaschieren, soviel Sie wollen —, die Ausweglosigkeit ist offensichtlich. Wer mit Leichtfertigkeit darüber hinwegsieht oder glaubt, mit legislativen Kosmetika darüber hinwegtäuschen zu können, dem ist die staatliche Sicherheit kein echtes Anliegen. Das müssen Sie sich, meine Damen und Herren, sagen lassen.

Zum Schluß noch ein Wort an den Herrn Bundeskanzler. Um die von ihm sicher erkannte Schwäche unserer Landesverteidigung, die von seiner Regierung verursacht wurde, zu kaschieren, operiert er gerne mit Sicherheitskonferenz und Truppenreduzierung. Er müßte aber als ehemaliger Außenminister und nunmehriger Regierungschef wissen, daß dem dauernd Neutralen als einzigem die Abrüstung bis zuletzt untersagt ist. Das klingt scheinbar paradox, ergibt sich aber zwingend aus der Verteidigungspflicht des Neutralen.

Hohes Haus! Die Geschichte hat uns gezeigt, daß die Freiheit kein dauerndes Geschenk ist. Sie ist nie selbstverständlich und nur jenem gegeben, der bereit ist, sich für sie zu wehren. In die Zukunft blickend muß man nach meiner persönlichen Meinung allen Parteien des österreichischen Parlaments eines sagen: Die Talfahrt unserer Landesverteidigung konnte eine Partei herbeiführen. Daß im Rahmen unserer Möglichkeiten die staatliche Sicherheit wieder garantiert ist, hiezu bedarf es — davon bin ich überzeugt — einmal aller Kräfte dieses Hauses. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Steininger.

Abgeordneter **Steininger** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man dem Herrn Abgeordneten Tödling aufmerksam zugehört hat, könnte man meinen, daß alles, was seit der SPO-Regierung beim Bundesheer geschehen ist, vernichtend und schlecht sei. Diese Kritik, meine Damen und Herren, die der Herr Abgeordnete Tödling uns vorgetragen hat, wird aber von den Soldaten, von den Offizieren nicht geteilt. Denn man braucht nur in der „Neuen Freien Zeitung“ eine Kritik an den Herbstmanövern zu lesen, in der Herr Generalmajor Otto Auswöger einen kurzen Überblick über die Reform des österreichischen Bundesheeres gegeben hat.

Herr Abgeordneter Tödling, lassen Sie mich doch hier einige Worte dazu sagen. Auswöger stellte fest, „daß die Ausbildungszeit von sechs Monaten durch eine Straffung der neunmonatigen Dienstzeit mindestens gleichwertig sei und führte dies auf die Eigeninitiative von Offizieren und Unteroffizieren zurück. Überflüssiger ‚Militärbetrieb um jeden Preis‘ und unnötige Verwaltungsarbeit wurden einfach aus den Ausbildungsplänen gestrichen ...“

Sehen Sie, Herr Abgeordneter Tödling, das war die neunmonatige Dienstzeit, die Sie in Ihrem Wehrgesetz gehabt haben. Dort hat unnötiger Formalismus geherrscht, und die Soldaten haben diesen Leerlauf nicht gemocht. *(Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Bauer: Wer war denn damals für die Ausbildung verantwortlich?)*

Zum Schluß, Herr Dr. Bauer, steht da so schön:

„Alles in allem ließen die Herbstmanöver 1973 erkennen, daß der Ausbildungsstand des Bundesheeres nicht schlechter, sondern ... besser geworden ist.“

Meine Damen und Herren, hier sehen wir eindeutig: Dieses Krankjammern der ÖVP-Abgeordneten an diesem Rednerpult wird von den Militärs auf keinen Fall geteilt. *(Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Kohlmaier: Freierfunden von der „Freien Zeitung“!)* Herr Doktor Kohlmaier, ich muß Ihnen noch etwas sagen: Der jetzige Armeegeneral hat das wohl richtig gesagt: „Die Armee wird wohl auch das Krankjammern der ÖVP überstehen.“ Ich glaube, hier hat er recht gehabt. *(Neuerlicher Beifall bei der SPO. — Abg. Anton Schläger: Sie halten heute eine zündende Rede! — Heiterkeit.)* Ich danke schön, wenn ich diese Anerkennung habe.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu meinen Ausführungen kommen.

Bei der heutigen Behandlung des Kapitels 40, Militärische Angelegenheiten, werden wir wieder eine Kritikflut von der ÖVP zu hören bekommen; der Herr Abgeordnete Tödling hat uns ja schon einen Vorgeschmack davon gegeben. Eine Kritikflut, welche die ÖVP vielleicht — ich weiß es nicht — aus schlechtem Gewissen erhebt, jedenfalls mit dem offenkundig unterstellten Vorwand, daß nur sie autorisiert, berechtigt und befähigt sei, zu Fragen der Landesverteidigung etwas Ernstzunehmendes auszusagen.

Dieses Vorhaben wird diesmal auch dadurch in keiner Weise beeinflusst oder gebremst werden, daß sich der Budgetansatz im Jahre 1974 um 15,7 Prozent erhöht. Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich darf es noch einmal sagen: um 15,7 Prozent erhöht! Rechnet man die Ansätze der Stabilisierungsquote und das Konjunkturbudget dazu, so beträgt der Erhöhungssatz über 25 Prozent.

Herr Dr. Koren, ich möchte Sie fragen: War es Ihnen einmal möglich, als Sie Finanzminister waren, eine solche budgetäre Entwicklungsmöglichkeit dem österreichischen Bundesheer zu geben? Ich glaube nicht. Nein, das haben Sie in Ihrer Zeit, als Sie Finanzminister waren, nicht zuwege gebracht. *(Abg. Doktor Koren: Da gebe ich Ihnen einmal ein Privatissimum! — Heiterkeit.)* Das brauchen Sie mir nicht zu geben, das beweisen nämlich die Zahlen, Herr Dr. Koren. *(Abg. Doktor Kohlmaier: Den Unterschied zwischen Real- und Nominalsteigerung kennen Sie nicht?)*

Dieser erhebliche Budgetzuwachs für 1974, welcher die Bedeutung unterstreicht, die die Bundesregierung den Fragen der Landesverteidigung beimißt, ist umso höher zu bewerten, als bereits das Budget 1973 ohne Budgetüberschreitungsgesetze eine 14prozentige Steigerung aufwies. Sie ersehen daraus, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß die von Ihnen immer relevierten flankierenden Maßnahmen zur Bundesheerreform auf budgetärem Sektor erfolgen. Zu solchen Maßnahmen konnte sich — ich habe das schon gesagt — die ÖVP-Alleinregierung nie recht entschließen, offenbar weil sie kein Konzept hatte — das hat sie heute noch nicht, darauf komme ich noch zu sprechen —, an das sie selbst glauben konnte, zumindest so stark glauben konnte, daß sie auch bereit gewesen wäre, entsprechende finanzielle Mittel hiezu bereitzustellen.

Um die Bedeutung des vor uns liegenden Budgets im rechten Licht zu sehen, glaube ich,

Steininger

ist es notwendig, einen kurzen Blick zurück zu machen. Die ÖVP hat bereits in der Koalitionszeit begonnen, sich ein Image zuzulegen, daß in Sachen Landesverteidigung alles, was sie tut und meint, gut ist und alles, was andere Parteien meinen, eben schlecht sei.

Meine Damen und Herren! Seit 1970 gibt es nun bei der ÖVP nur mehr ein Krankbeten des Bundesheeres. Dadurch ist der Glorienschein, mit dem sich die Österreichische Volkspartei umgeben hat, etwas schwächer geworden. Der Herr Kollege Tödling hat in seinen Ausführungen schon über die Junge ÖVP Steiermark gesprochen. Die jüngsten Ereignisse um die Junge ÖVP Steiermark in Verbindung mit dem Kollegen Tödling haben diesem Image sehr drastisch und anschaulich den letzten Glorienschein weggenommen. Das nunmehr von der ÖVP selbst zerstörte Image mag gut gewesen sein, doch der Schein trügte, er trügte sogar sehr. Dies geht schon aus einer kurzen Betrachtung der damaligen Symptome im Landesverteidigungsressort hervor. Viele Dinge erscheinen dadurch erst im rechten Licht.

Die sogenannte Umgliederung 1962/1963 — das war unter der Ministerschaft des Herrn Dr. Schleinzer — hat die Präsenzdiener zu Wandervögeln gemacht, die mindestens einmal, vielfach aber mehrmals mit Sack und Pack in eine andere Einheit, Kaserne beziehungsweise Garnison übersiedeln mußten. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Die armen Soldaten!)* Ja, ganz richtig: die armen Soldaten. Dies geschah trotz ernster Mahnungen nahezu aller Kommandanten, welche sich wohl bewußt waren, wie sehr der junge Österreicher sich landsmannschaftlich beziehungsweise örtlich gebunden fühlt und wie sehr es der Ausbildung abträglich sein mußte, wenn der systematische Ausbildungsgang durch diese Umsiedlung gestört wird. Vielleicht haben Sie damals versucht, aus der Tatsache der körperlichen Übersiedlung der Wehrpflichtigen in die sogenannten Einsatzverbände die Fiktion der Einsatzbereitschaft abzuleiten. Daß dies nicht immer so einfach war, hat sich inzwischen herausgestellt, denken Sie nur an die Ergebnisse der Bundesheer-Reformkommission. Mit der Trennung der Einsatz- und Ausbildungsverbände wurde damals gleichzeitig ein für die personelle und materielle Situation überhaltener Organisationsrahmen geschaffen, welcher aber auch mit den finanziellen Möglichkeiten nicht im Einklang stand. So wurden die materiellen Bedürfnisse durch ein System der Vorbelastungen abgedeckt, welche bis in die Mitte der siebziger Jahre reichen.

Bereits 1968 — Herr Kollege Prader, Sie behaupten immer das Gegenteil — hat übrigens der Kaderpersonalabgang echt eingesetzt und nicht erst, wie Sie immer glaubhaft zu machen suchen, ab 1970; bereits, Herr Doktor Prader, im Jahre 1968! Bereits 1968 mußte man einsehen, daß der Organisationsrahmen zu groß gesteckt war. Daher wurde die Retusche der sogenannten Rationalisierung 1968 versucht. Damals wurde keine einzige Stabskompanie, sondern wurden reine Einsatz- und Ausbildungskompanien stillgelegt. Vielmehr war man stolz, soundso viele Einheiten durch Stilllegung eingespart und damit eine Kaderverdichtung bei den verbliebenen Einheiten herbeigeführt zu haben.

Doch auch diese Retusche erzielte nicht die gewünschte Wirkung. Wenn man sich die Pressestimmen — auch jene von der ÖVP nahestehenden Zeitungen — aus 1969/70 ansieht, muß man feststellen, daß doch die beiden vorgenannten, offenbar gescheiterten Versuche der ÖVP-Minister, die Struktur des Bundesheeres den Gegebenheiten anzupassen, zu einem allgemeinen Unbehagen geführt haben. Dies hat auch der Verlauf und das Ergebnis der von der Bundesregierung 1970 zum eingehenden Studium und zur Diskussion der Bundesheer-Fragen eingesetzten Bundesheer-Reformkommission gezeigt, an welcher nicht nur Abgeordnete aller im Parlament vertretenen Parteien, sondern auch Vertreter der Jugend und Fachleute aus allen betroffenen Bereichen teilnahmen.

Der Umfang des Berichtes der Bundesheer-Reformkommission zeigt, daß im Bereiche des Bundesheeres damals sehr viel überprüfungs-, änderungs- und reformbedürftig war. Auch die Vertreter der ÖVP in der Bundesheer-Reformkommission haben damals vieles ausgesprochen und auch kritisiert. Alle Kommissionsmitglieder stimmten weitgehend überein, daß ein neutraler Kleinstaat nur im Wege der allgemeinen Wehrpflicht einen glaubwürdigen militärischen Abhalteeffekt erreichen kann, da ein neutraler Kleinstaat es sich eben nicht leisten kann, diesen Abhalteeffekt durch ein stehendes Heer entsprechender Größe zu erzielen, und daß daher der Weg einer milizartigen Landwehr beschritten werden muß. Landwehr bedeutet jedoch Infanterie, viel Infanterie mit angemessener Panzerabwehrkapazität, sehr viel Infanterie für die Gesamt-raumverteidigung. Aber gerade dieser Forderung entsprach die Struktur des Bundesheeres vor der Wehrrechtsnovelle 1971 nicht, obwohl die im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht verfügbaren Wehrpflichtigenzahlen hiezu durchaus ausreichten und ausreichen.

8880

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Steininger

Vor der Wehrrechtsnovelle 1971 lag es im System, daß Wehrpflichtige, Jahrgang für Jahrgang, für alle möglichen Funktionen der damaligen sogenannten Einsatztruppe in Massen ausgebildet wurden, aber bei weitem nicht die erforderliche Zahl an für Landwehraufgaben geeigneten Infanteristen. Dies war auch der Grund, warum nur ein sehr geringer Prozentsatz der Reservisten mob-beorderbar und auch mob-beordert war. Daraus wiederum ergab sich die eklatante Wehrungerechtigkeit, daß wenige dauernd zu Inspektionen und Instruktionen herangezogen wurden und viele gar nicht.

Das System war eben falsch, das System war verschwenderisch, denn es wurde nur ein verschwindend kleiner Teil von Landwehr-Infanteristen ausgebildet, daneben aber ein Heer von Kraftfahrern, für die man in der Reserve keine Autos, ein Heer von Panzerbesatzungen, Geschützbedienungen, für die man in der Reserve keine Panzer und Geschütze hatte. (*Abg. Dr. Prader: Keine Ahnung, wie es jetzt aussieht!*) Besser jedenfalls als bei Ihnen, Herr Dr. Prader. Das steht fest! (*Beifall bei der SPO.*)

Die Wehrgesetznovelle 1971, bei deren Behandlung die ÖVP ein seltenes Beharrungsvermögen zugunsten der alten Struktur, aber auch, wie ich später noch ausführen werde, eine eigenartige Zwiespältigkeit der Ansichten an den Tag legte, hat die legistische Voraussetzung für eine grundlegende Änderung dieses Systems gebracht.

Die Dauer der Grundwehrdienstzeit ist hierbei von sekundärer Bedeutung, und ich stimme mit Kollegen Zeillinger völlig überein, wenn er mit Ungeduld die zielstrebige Durchführung des neuen Systems, welches das Schwerkriegsgewicht eindeutig auf die für eine Gesamttraumverteidigung geeignete und als einzige hiezu brauchbare Landwehr legt, urgiert und möglichst viele für die Landwehraufgaben ausgebildete Infanteristen sehen möchte. Ich stimme auch mit ihm überein, wenn er gegen jede tatsächliche oder scheinbare Abweichung von diesem System allergisch ist.

Der Herr Kollege Zeillinger hat hier einmal von diesem Pult aus geäußert, daß es ihm angesichts der unerläßlichen Schwerkriegsgewichtsbildung im Bereiche der Landwehr ziemlich belanglos erscheint, ob die Bereitschaftstruppe, die im Rahmen eines sofortigen Sicherungs- und Grenzschutzauftrages im Krisen- oder Neutralitätsfall sicherlich ihre Bedeutung hat, 10.000, 15.000 oder 20.000 Mann stark sein soll. Das entscheidende ist, daß geeignete Landwehrsoldaten in großer Zahl zur Bedie-

nung jener Waffen, die zur Durchführung der Gesamttraumverteidigung brauchbar sind und personell sowie technisch verkraftet werden können, ausgebildet werden. Hier gebe ich dem Herrn Kollegen Zeillinger völlig recht.

Natürlich gibt es in einer Einrichtung, wie sie eine Armee darstellt, verschiedene Funktionen, welche, egal ob viel oder weniger junge Wehrpflichtige der Landwehrausbildung zugeführt werden, zur Systemerhaltung erforderlich sind. Kraftfahrer, Schreiber, Köche, Mechaniker und viele andere, ich möchte sagen, auch im zivilen Bereich vorhandene Aufgabenträger brauchen keine Truppenübungen zu machen, um ihren Ausbildungsstand zu erhalten. Wenn sie ihre Aufgaben im zivilen Bereich erfüllen können, werden sie dies im Mob-Fall auch im militärischen Bereich tun können. Es wird für diese Funktionen daher angestrebt, möglichst viele sogenannte Durchdiener zu werben, welche die Truppenübungen unmittelbar im Anschluß an den Grundwehrdienst ableisten und somit ein rationelles Bewirtschaften dieses Aufgabengebietes ermöglichen.

Dasselbe gilt für die Verbände der Bereitschaftstruppe und der Heeresfliegerkräfte, welche ich für meine Person eindeutig zur Bereitschaftstruppe zähle, denn wer sonst sollte dazugehören als die Radarverbände, die im 24-Stunden-Schichtbetrieb arbeiten, und die Fliegerverbände, die ständig Alarmrouten bereithalten müssen.

Es ist sicher richtig und anstrebenswert, alles das, was zur Bereitschaftstruppe zählt, vorwiegend mit freiwillig verlängerten Grundwehrdienern zu füllen. Aber dies ist eine Entwicklung, die Zeit braucht und von vielen Komponenten abhängt. Solange die Bereitschaftstruppe nicht gänzlich mit freiwillig verlängerten Grundwehrdienern auffüllbar ist, kann es, wenn man das System betrachtet, nur sinnvoll sein, diese Fehlstellen mit Durchdienern zu besetzen, denn es hat sich ja inzwischen herausgestellt, daß freiwillig verlängerte Grundwehrdiener sehr häufig aus Durchdienern hervorgehen. Geringe Fehlbestände auf den 100prozentigen vollen Stand können durch Mob-Beordnungen von abgerüsteten Durchdienern gedeckt werden, wozu ja genügend Auswahlmöglichkeit besteht. Die Verwendung von 6-Monats-Grundwehrdienern, welche die Truppenübungen in Form von Wiederholungs- und Fortbildungsübungen bis zum 35. Lebensjahr ableisten, weil sie sich zum Durchdienen nicht entscheiden konnten, die Verwendung dieser Leute in der Bereitschaftstruppe und bei den Heeresflieger-

Steininger

kräften wäre eine Verschwendung, wie sie früher üblich war, aber jetzt nicht mehr gemacht werden sollte.

Wehrpflichtige, die sechs Monate Grundwehrdienst leisten und die Truppenübungen nicht unmittelbar an den Grundwehrdienst anschließen, also keine Durchdiener sind, sollten ausschließlich zu guten Landwehrintanteristen ausgebildet werden, denn an solchen kann die Landwehr, wenn das Prinzip der Gesamtraumverteidigung glaubhaft sein soll, nicht genug haben.

Die Bereitschaftstruppen, einschließlich der Heeresfliegerkräfte, sind — das ist meine feste persönliche Meinung — ein Entgegenkommen oder, wenn Sie so wollen, ein Opfer an die Forderung beziehungsweise das Bedürfnis, zur Krisenbeherrschung ein Minimum an permanent möglichst einsatzbereiten Verbänden verfügbar zu haben, sie sind aber auch Erfordernis der Militärtechnik, welche die Armee eines Kleinstaates, soweit zur Erfüllung seiner Verteidigungsaufgaben erforderlich und bewältigbar, nicht vermissen darf. Bei allem Enthusiasmus für moderne Militärtechnik und sofortige Einsatzbereitschaft ist eine glaubwürdige militärische Abhaltungskapazität das wichtigste, und diese ist nur durch ein eindeutig auf der Landwehr liegendes Schwergewicht darstellbar.

Ich bin nicht so ganz überzeugt, daß das von mir vorher erwähnte System, welches die Wehrgesetznovelle 1971 legislativ eingeleitet hat, schon bei allen Gemeingut geworden wäre.

Jetzt darf ich auf die zuvor genannte eigenartige Zwiespältigkeit, welche die ÖVP in Fragen der Bundesheer-Reform während der Verhandlungen über die Wehrgesetznovelle 1971 einnahm, zurückkommen. (*Abg. Tödling: Unsere Haltung war immer klar!*) Herr Abgeordneter Tödling! Ich ersuche Sie, mir noch ein bißchen zuzuhören! Sie werden gleich draufkommen, wie diese Zwiespältigkeit aussieht.

Diese war zunächst gekennzeichnet durch eine zum Teil gigantische Lizitation der geforderten Stärke der Bereitschaftstruppe; die Zahl von 24.000 Mann und noch viel höhere Zahlen waren da, Kollege Tödling, zu hören. (*Abg. Tödling: Haben wir ja gehabt!*)

Dabei wußten Sie, meine Herren, die Sie seitens der ÖVP in der Bundesheer-Reformkommission waren und an den Verhandlungen über die Wehrgesetznovelle 1971 teilnahmen, ganz genau, daß die Jahrgangsstärke an Wehrpflichtigen bei rund 40.000 Mann liegt und daß die von Ihnen geforderte Stärke der

Bereitschaftstruppe die anfallenden Jahrgänge voll in Anspruch nehmen würde. Daß hiedurch die Landwehr entschieden zu kurz gekommen wäre, ist ebenfalls klar.

Es hätte Ihnen, meine Damen und Herren, wohl gepaßt, wenn das Schwergewicht, welches in der Reform für die Landwehr angepeilt wird, durch Ihre Forderungen zu einem Leichtgewicht umfunktioniert worden wäre, wohl mit der Absicht, daß die mit der Wehrgesetznovelle 1971 eingeleitete Reform ebenso in die Binsen gehen sollte wie Ihre Umgliederung 1962 und die Rationalisierung 1968.

In diese Absicht paßte auch der während der Verhandlungen über die Wehrgesetznovelle 1971 von Abgeordneten der ÖVP eingebrachte Abänderungsantrag, nach welchem der Artikel VI Abs. 3 nach Ihrer Vorstellung lauten hätte sollen:

„Wehrpflichtige der Einberufungstermine für die Zeit vor dem 1. Feber 1970 (beziehungsweise 4. Jänner 1971) sind von der Ableistung von Truppenübungen gemäß § 28 Abs. 6 befreit.“

Das hätte praktisch, Herr Abgeordneter Tödling, ein Zusammenschlagen des gesamten Mob-Heeres bedeutet und es offenbar von vornherein unmöglich machen sollen, einen gleitenden Übergang von der alten auf die neue Landwehr zu finden.

Aus diesen Tatsachen geht schon hervor, daß Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, offenbar von der Landwehr, die gerade das Schwergewicht und die Masse des mobilgemachten Bundesheeres bilden sollte, nichts wissen wollen. Verschiedene Unkenrufe aus Ihren Reihen in Richtung eines Berufsheeres wurden ja früh genug laut. Ich darf nur erinnern an die Vorstellungen der ÖVP-Mandatare beziehungsweise -Funktionäre Wegart, Ratzenböck, aber auch unseres Kollegen Marwan-Schlosser, damals und heute Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses, der, wenn man der „Presse“ vom 25. November 1971 glauben darf, wörtlich erklärte:

„Auch ich bin für ein Berufsheer. Anders ist die Verteidigung Österreichs nicht mehr zu gewährleisten.“

Marwan-Schlosser hat damals weiter zum Ausdruck gebracht, daß er diesen Plan schon seit Monaten habe und nur deshalb geschwiegen hätte, um im Ausschuß initiativ werden zu können.

Diese Initiative ist, Herr Kollege Marwan-Schlosser, bisher allerdings ausgeblieben, offenbar deswegen, weil inzwischen auch ihm

8882

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Steininger

klargeworden sein dürfte, daß die Traumzahl von 30.000 Freiwilligen eben auf freiwilliger Basis nicht erreichbar ist.

Aber selbst dann, wenn diese Traumzahl erreicht werden könnte, muß hier eindeutig festgestellt werden, daß es sich bei diesem 30.000-Mann-Berufsheer, Herr Marwan-Schlosser, um alles, aber schon wirklich alles handelt, was Österreich zu seiner Verteidigung aufbieten würde. Einerseits hat man also 24.000 Mann und mehr Bereitschaftstruppe vehement gefordert, welche durch eine Landwehr von 300.000 Mann ergänzt werden sollte, andererseits gibt man sich mit 30.000 Mann alles in allem zufrieden.

Herr Marwan-Schlosser! Ich möchte hier fragen: Wo ist denn da eine konsequente Haltung der ÖVP?

Die Bundesregierung hat — ich glaube, hier liegt ein entscheidender Unterschied zur großen Oppositionspartei — die Aussagen der Bundesheer-Reformkommission sehr ernst genommen, nicht nur in budgetärer Hinsicht, wie dies der vorliegende Budgetvoranschlag beweist, sondern auch in vielen anderen Dingen.

Schon im August 1971 konnte der Herr Bundesminister für Landesverteidigung in der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Tödling, Marwan-Schlosser und Genossen, 698/J, eindeutig klarstellen, wie viele der Anregungen und Forderungen dieser Kommission bereits zum damaligen Zeitpunkt erfüllt waren beziehungsweise deren Erfüllung in Angriff genommen wurde und die heute zum allergrößten Teil bereits erfüllt sind.

Es würde zu weit führen, alle diese Dinge aufzuzählen. Vor allem möchte ich besonders das herausgreifen, was in der kurzen Zeit von 1970 bis heute durch diese Bundesregierung für das Kaderpersonal des Bundesheeres getan wurde. (*Abg. Ofenböck: Nichts!*) Das ist gut. — Ich glaube, man kann dies kaum kürzer und prägnanter ausdrücken, als es die 10. Generalversammlung der Österreichischen Unteroffiziersgesellschaft getan hat, als man dem Herrn Bundesminister für Landesverteidigung am 10. Oktober 1973 schrieb — Herr Ofenböck, hören Sie gut zu! —:

„Es ist mir auch eine besondere Ehre, Ihnen mitteilen zu können, daß von den Delegierten der Generalversammlung die enormen Besserstellungen auf besoldungs- und dienstrechtlichem Gebiet besonders lobenswert hervorgehoben wurden.“ (*Beifall bei der SPÖ.*)

Abschließend noch einige kurze Worte zu diesem Budget: Es ist nicht nur bedeutend erhöht, sondern es hat auch den Mut zu einem

eindeutigen Investitionsschwergewicht bezüglich der Beschaffung von Munition, und dies zum Teil für Waffen, welche unter der Ministerschaft des Herrn Dr. Prader ohne gleichzeitige ausreichende Munitionsbeschaffung angekauft wurden.

Herr Dr. Prader! Ihnen war vielleicht der optische Effekt wichtiger, neue und viele Waffen zu haben. Dieser Regierung ist es aber vor allem daran gelegen, daß man mit den Waffen, die zur Verfügung stehen, notfalls auch schießen kann. (*Abg. Dr. Prader: Geh, hör auf! — Heiterkeit.*) Das konnte man bei Ihnen nicht mehr. (*Abg. Fachleutner: Wunderwaffe Steininger! — Heiterkeit.*)

Dieses Budget ist kein Budget, welches in letzter Konsequenz unerfüllbare Wünsche anzählt, sondern ein Budget, welches den realen Erfordernissen unseres in einer einschneidenden Reform befindlichen Bundesheeres gerecht wird.

Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich, daß die Sozialisten diesem Budget ihre Zustimmung geben werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Zeillinger. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPO): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich will den Versuch unternehmen, den Budgetbeitrag namens der freiheitlichen Fraktion nicht auf dem Rücken und auf Kosten unseres Heeres auszutragen, sondern als Grundlage meiner Ausführungen das Budget nehmen und als Zielrichtung die Verteidigungspolitik der Regierung.

Wir alle hier im Hause bejahen die Notwendigkeit eines Heeres, wenngleich auch heute vom Sprecher der anderen Oppositionspartei ein noch nicht ganz klarer Vorschlag gekommen ist, der in Richtung einer Untergrabung der allgemeinen Wehrpflicht hinausläuft, dessen Tragweite, meine Herren von der ÖVP, wir im Moment, zur Stunde gar nicht absehen können. Denn das wäre das bedenklichste, wenn man so leicht und ohne Überlegung an die sozialistische Fraktion, die gar nicht so sehr dagegen sein wird, wenn Sie in dieser Richtung Vorschläge machen, Sätze ausspricht, die letzten Endes darauf hinauslaufen: Wir berufen nur mehr einen Teil der Wehrpflichtigen ein. Das ist — wie immer man es nennen mag — das Ende der allgemeinen Wehrpflicht. Man kann dann immer noch im Gesetz stehen haben, daß alle verpflichtet sind, aber man beruft sie nicht ein.

Zeillinger

Meine Herren von der Volkspartei! Dazu haben Sie wahrscheinlich in fünf Minuten die Zustimmung der Regierungsfraktion. Aber überlegen Sie: Das ist die bedenklichste Verteidigungspolitik, die man in Österreich betreiben kann. Sie ist noch viel gefährlicher, Herr Minister Prader, als die, die Sie seinerzeit gemacht haben und die wir hier bekämpft haben. Nur haben wir damals nicht das Heer bekämpft, sondern Sie und Ihre Verteidigungspolitik.

Wir alle bejahren im Moment noch offiziell als die drei Fraktionen dieses Hauses das Heer und sind uns darüber im klaren, daß dieses Heer nur aufrechterhalten werden kann, wenn wir genügend Freiwillige und wenn wir genügend Längerdienende finden. Auf der anderen Seite gehen — letzten Endes auch über die Massenmedien — von dem verantwortlichen Sprecher einer Partei, die nicht nur durch ihre Minister die Verantwortung für die Aufstellung des Heeres getragen hat, sondern darüber hinaus bis vor drei Jahren praktisch die Verantwortung für die Landesverteidigung und das Heer getragen hat, nun Sätze hinaus, die nicht ohne Folgen bleiben können.

Wenn wir heute hören, daß — nach Ansicht der Volkspartei, ich möchte das ausdrücklich sagen — der totale Zusammenbruch des Heeres unmittelbar bevorsteht, Herr Kollege Tödling, dann müssen Sie sich über folgendes im klaren sein: Solange die Volkspartei diese Meinung nicht nur innerlich vertritt, sondern auch nach außen sagt und glaubt, damit der SPO zu schaden, so irren Sie sich grundlegend. Sie machen damit wahrscheinlich den Sozialisten nur eine Freude. Wem Sie dabei schaden, das ist das Heer, an dessen Aufbau Sie mitgewirkt haben. *(Abg. Tödling: Sie haben mitgestimmt beim Wehrgesetz! Nicht wir!)* Denn glauben Sie, Herr Kollege Tödling: Wenn die Volkspartei immer wieder erklärt, daß das Heer vor dem totalen Zusammenbruch steht, dann werden Sie keine Freiwilligen finden! Herr Kollege! Wollen Sie noch ein Heer? Wollen Sie Österreich noch verteidigen? Sagen Sie es doch offen! *(Abg. Tödling: Natürlich!)*

Sie sagen nicht: die Sozialisten, die Regierung, Sie sagen: Das Heer steht vor dem totalen Zusammenbruch *(Abg. Tödling: Auf Grund der Politik, die Sie mit dem Wehrgesetz eingeleitet haben!)*, und gleichzeitig glauben Sie, daß sich Freiwillige und Längerdienende melden.

Ich habe den Verdacht, daß Sie gar kein Interesse mehr an Freiwilligen und Längerdienenden haben, um nachweisen zu können, daß die Politik der Regierung schlecht ist.

Herr Kollege! Daß die Politik der Regierung schlecht ist, kann man andauernd nachweisen, dazu braucht man nicht den Glauben und das Vertrauen zu unserem Heer zu zerstören. Ihre ganze Rede war eigentlich nur eine Zerstörung der Moral der Truppe, des Heeres; aber der Minister ist gut weggekommen dabei. Sie haben gesagt, das Heer ... *(Zwischenruf des Abg. Tödling.)*

Nein, Herr Kollege! Sie haben heute hier erstens namens der Volkspartei angekündigt, Sie schlagen den Sozialisten vor, man brauche die allgemeine Wehrpflicht, die man im Gesetz belassen könne, nicht mehr durchzuführen, wir berufen nicht mehr alle ein. Zweitens sprachen Sie vom totalen Zusammenbruch des Heeres.

Ich halte diese Wendung in der Verteidigungspolitik der Volkspartei für das bedenklichste, was heute vormittag hier geschehen ist, und ich hoffe, daß weitere Redner der Volkspartei noch im Zuge dieser Debatte die von Ihnen aufgezeigte Verteidigungslinie korrigieren werden. Denn dann wird es bedenklich. *(Zwischenruf des Abg. Tödling.)* Aber die Verteidigungspolitik, nicht das Heer!

Wir müssen — das möchte ich hier feststellen — Vertrauen zum Heer haben, nicht zum Minister, nicht zur Regierung, sondern zum Heer! Und wir müssen das Vertrauen dieses Heeres erhalten. Herr Kollege! Wenn Sie heute in der Zeitung schreiben, daß die Firma XY vor dem Konkurs, vor dem Zusammenbruch steht, glauben Sie, daß sich dann noch tüchtige Kräfte dorthin melden werden? *(Abg. Tödling: Die melden sich seit 1971 nicht mehr, Herr Kollege!)*

Herr Kollege! Sie haben erstens als Forderung der Volkspartei erklärt, man soll nicht mehr alle einberufen, und Sie haben zweitens erklärt, das Heer stehe vor dem totalen Zusammenbruch. *(Abg. Tödling: Das war meine persönliche Meinung!)* Herr Kollege! Das sind sehr ernste Sätze, die Sie sicher mit der Fraktion abgesprochen haben. Denn ich sage Ihnen ehrlich: Bei aller Freiheit, die wir freiheitlichen Abgeordneten in unserer Fraktion haben, dürfte ich einen solchen Satz ohne Zustimmung meiner Fraktion hier von diesem Rednerpult aus nicht sagen. Daher nehme ich an, daß das die Meinung der Volkspartei ist. Und das halte ich für äußerst bedenklich. *(Abg. Tödling: Ich habe betont: Das ist meine persönliche Meinung!)*

Herr Kollege! Ich habe mich hier nur mit dem auseinanderzusetzen, was Sie gesagt haben, und nicht mit dem, was Sie meinen. Wenn Sie etwas anderes meinen, als Sie sagen,

8884

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Zeillinger

dann gehen Sie das nächste Mal heraus und sagen Sie das, was Sie meinen. (Heiterkeit.) Dann werden wir uns besser verstehen.

Es ist meine Aufgabe als Sprecher der Freiheitlichen Partei, mich mit dem Budget, mit der Regierungspolitik auf dem Gebiet der Landesverteidigung auseinanderzusetzen. Ich will hier begründen, warum wir Freiheitlichen ein Nein zu diesem Budgetkapitel sagen werden.

Ich muß bei der Rede des Finanzministers einhaken. Der Herr Finanzminister hat sich — was durchaus üblich ist — mit den verschiedenen Ressorts und Budgetansätzen beschäftigt und hat hier von der Regierungsbank aus bei der Budgetrede folgendes ausgeführt:

„Um die Sicherheit gegenüber Bedrohungen von außerhalb unseres Landes zu gewährleisten, hat die Bundesregierung im Jahr 1971 die Reform des österreichischen Bundesheeres in Angriff genommen.“ So weit, so gut. Doch jetzt kommt es:

„Den hierbei formulierten Zielsetzungen, zu deren wesentlichsten die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe zählt, entsprechend, weist der Budgetrahmen beim Kapitel ‚Militärische Angelegenheiten‘ eine seit Beginn der Reform steigende Tendenz auf.“

Herr Bundesminister! Meine erste Frage, die an Sie geht: Ist dieser Beitrag mit Ihnen abgestimmt — ja oder nein? Denn dieser Beitrag — ich muß sehr vorsichtig formulieren, damit ich nicht einen Ordnungsruf bekomme — ist auf jeden Fall unrichtig. Er ist — Herr Präsident, ich sage nicht mehr „Lüge“, denn würde ich das Wort „Lüge“ verwenden, bekäme ich einen Ordnungsruf — historisch unrichtig. Es ist nicht richtig, daß die wesentlichste Zielsetzung der Reform die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe war, sondern das war — das zeigt ja nur, daß der Finanzminister zu etwas gesprochen hat, wovon er offenbar in der politischen Entwicklung keine Ahnung hat — die große Auseinandersetzung zwischen Freiheitlichen — damals noch unterstützt von Sozialisten — und Volkspartei. Sie haben ein Bereitschaftsheer aufgebaut, eine Truppe, eine Feuerwehr für Friedenszeiten und haben nicht das vollzogen, was wir immer wieder verlangt haben: die Aufstellung einer milizartigen Landwehr, die im Ernstfall vorhanden ist. Denn mit 15.000 oder mit 20.000 Mann kann man diesen Staat nicht verteidigen! Die Verteidigungsmöglichkeit setzt bei 150.000 Mann ein, das Ziel werden — das haben wir alles genau besprochen — 300.000 Mann sein. Das war die große Auseinandersetzung, und deswegen — ich darf auch die sozialistische Frak-

tion daran erinnern — haben wir gemeinsam in einer Kampfabstimmung gegen die Volkspartei damals eine Reform beschlossen, deren wesentlichste Zielsetzung nicht die Bereitschaftstruppe war, sondern deren wesentlichste Zielsetzung die Aufstellung einer milizartigen Landwehr war.

Bei den Verhandlungen mit der Volkspartei hat die Volkspartei Bedenken angemeldet — wir haben zuerst auf Drei-Parteien-Basis verhandelt — und verlangt, daß die Sicherheitsklausel für die Bereitschaftstruppe hineinkommt. Ich war von Anfang an zwar nicht überzeugt, aber ich habe mich bemüht, daß wir zu einer Drei-Parteien-Einigung kommen, und so haben wir diese Sicherheitsklausel, wie sie die Volkspartei gewünscht hat, hineingenommen. Das heißt, die Reform 1971 war: Aufbau einer milizartigen Landwehr zur Verteidigung Österreichs im Ernstfall und Aufstellung einer Bereitschaftstruppe innerhalb dieser umfassenden Verteidigungskräfte.

Bedauerlicherweise sagt der Herr Finanzminister genau das Gegenteil von dem, was seinerzeit das Ziel der Reform war, und sagt genau das, was die Volkspartei immer wieder unterstellt. Leider ist der erste Sprecher der Regierungsfraktion nicht darauf eingegangen. Ich habe gehofft, daß er irgendwie eine Aufklärung oder eine Korrektur dieses Satzes geben wird. Ich möchte ausdrücklich feststellen: Es ist aus freiheitlicher Sicht und aus historischer Erinnerung unrichtig, daß das wesentlichste Ziel der Reform 1971 die Aufstellung der Bereitschaftstruppe war.

Das, Herr Bundesminister, ist aber mit einer der Punkte, die immer wieder zwischen Regierung, Regierungsfractionen und Freiheitlichen, wenn wir in die Fragen der Landesverteidigung eintreten, als Hindernis stehen.

Daher meine Frage: Ist diese Stelle mit Ihnen abgestimmt worden oder stammt sie aus Ihrem Ressort, beziehungsweise was sagen Sie zu dieser Feststellung des Finanzministers, die vom Standpunkt der Freiheitlichen unter allen Umständen korrigiert werden müßte? Wobei ich hinzufüge: Sie wissen, daß ich immer als Mahner aufgetreten bin, das Ziel der Reform, die Aufstellung der Landwehr möglichst bald zu vollziehen, denn wir stehen immer auf dem Standpunkt, daß wir sicherlich eine jederzeit bereite Feuerwehr brauchen; das ist die Bereitschaftstruppe, die ja auch gesetzlich verankert ist. Aber Ziel muß doch sein, daß in irgendeinem Ernstfall, im Krisenfall, eine Landwehr vorhanden ist — erste Etappe 150.000 Mann —, die diesem Staate eine Chance zum Überleben gibt. Das erfordert die Aufstellung der nationalen Ver-

Zeillinger

teidigungskräfte, um die wir ja, seitdem wir um eine Reform bemüht sind, eigentlich gemeinsam ringen sollten, aber bedauerlicherweise darüber immer wieder in Kampf ausbrechen.

Diese Tendenz, die der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede zum Ausdruck gebracht hat, ist von uns in diesem Haus mehrmals angegriffen worden. Die Tendenz ist im Verteidigungsministerium immer wieder zutage getreten und hat immer wieder gezeigt, daß man im Verteidigungsministerium letzten Endes den Versuch macht, die Grundgedanken der Reform zu torpedieren.

Ich stehe nicht an, Herr Bundesminister, auch hier öffentlich festzustellen: Es sind seit einigen Wochen, fast möchte ich sagen, Monaten leise Anzeichen am Himmel, eine leichte Morgenröte sozusagen. Ich möchte nicht behaupten, daß eine Umkehr eingetreten ist, aber man sieht nun ein, daß die Landwehr mindestens ebenso wichtig ist wie die Bereitschaftstruppe, und man geht nun daran, auch diese Landwehr aufzustellen.

Nun zu meiner zweiten konkreten Frage. Sie haben bereits angekündigt — zwar ohne nähere Angabe —, daß ein Landwehrkonzept kommen wird: Die Reform 1971 hat das Ziel gehabt, ich betone das immer wieder, die nationalen Verteidigungskräfte in Form einer milizartigen Landwehr zu schaffen. Wann kommt dieses Landwehrkonzept? Wann wird es erstmals vorgelegt? Wir haben es nämlich noch immer nicht. Wir haben interessanterweise bereits die zweite Etappe, aber die erste Etappe für die Landwehr haben wir bis heute noch nicht bekommen.

Nun zum dritten: Wenn man das Budget anschaut, so muß man feststellen, daß es nicht auf den Reformgedanken, nicht auf die Landwehr, sondern praktisch auf die Bereitschaftstruppe ausgerichtet ist. Ich kann es mir erklären. Man hat nämlich noch im Frühjahr im Verteidigungsressort immer wieder betont, daß — was 1971 als Sicherheitsklausel von der ÖVP hineinreklamiert wurde und was dann der Finanzminister gesagt hat — die Bereitschaftstruppe das Ziel der Reform sei. Man hat bereits im Frühjahr das Budget erstellt und vielleicht erst im Herbst den Irrtum erkannt. Das Budget jedenfalls ist bedauerlicherweise im stärksten Maße auf die Bereitschaftstruppe ausgerichtet.

Ich darf hier nur einige Zahlen aus dem Budget herausgreifen. Für die Bereitschaftstruppe ist ein Mehraufwand von 375 Millionen Schilling vorgesehen. 102 Millionen Schilling im ordentlichen Budget und 273 Millionen

beträgt die sogenannte Stabilisierungsquote, also das, was mit größter Sicherheit bei Anhalten der gegenwärtigen Entwicklung noch flüssiggemacht wird. Das ist doch ein arges Mißverhältnis! Die ganze Stabilisierungsquote für das Verteidigungsressort beträgt nämlich nur 480 Millionen. Von den 480 Millionen werden allein 273 Millionen für die Bereitschaftstruppe vorweggenommen, und mit dem Rest — ich will Sie jetzt nicht aufhalten und das alles vorlesen — wird alles übrige, einschließlich der Landwehr, finanziert, nach dem Grundgedanken, erstens einmal die Systemerhaltung und alles übrige an Erhaltung zu finanzieren. Darüber hinaus soll auch noch die Landwehr aufgebaut werden. Da bleibt Ihnen nämlich dann aus der Stabilisierungsquote für die Landwehr praktisch nichts mehr übrig.

Herr Minister! Allein aus diesen Zahlen — ich könnte Ihnen das jetzt bei den Budgetzahlen von vorne bis rückwärts nachweisen — ist ersichtlich, daß noch im Frühjahr bei der Erstellung und Ausarbeitung des Budgets der Bereitschaftstruppe der Vorrang gegeben wurde und die Landwehr links liegengelassen worden ist. Das ist eines der Probleme, das ist mit einer der Gründe für die Sorgen, die wir haben.

Wir wollen die Landwehr haben! Wir hören, daß, wenn irgendwo eine Einheit intakt ist, angenommen sie hat 14 Fahrzeuge, von denen acht vollkommen intakt sind, dann diese acht Fahrzeuge weggenommen und der Bereitschaftstruppe gegeben werden. Die übrigen sechs bleiben der Landwehr. Sollen da Offiziere und Unteroffiziere begeistert zu dieser Landwehr, die wir brauchen, die ein Primat, die Vorrang hat in Österreich, stehen?

Es gibt sogar Gerüchte! Ich darf Ihnen aber gleich sagen, das gäbe einen Sturm im Parlament, der alles in den Schatten stellen würde, wenn Sie tatsächlich darangingen, der Bereitschaftstruppe auch äußerlich den Vorrang einzuräumen. Wir wissen, es ist bedrückend zu sehen, wie unsere Soldaten manchmal daherkommen. In der Zeit der größten Not, in den dreißiger Jahren, als ich eingerückt war, waren die Soldaten wesentlich besser gekleidet als heute. Woran das liegt, weiß ich nicht. Ist die Konfektion so rückschrittlich oder sind unsere heutigen Fachleute nicht mehr in der Lage, das Problem zu lösen? Ich weiß es wirklich nicht. Jedenfalls tragen die Soldaten nicht freudig die Uniform, aber nicht deswegen, weil sie nicht gerne eine Uniform tragen, sondern weil sie das Gefühl haben, daß sie nicht gut damit aussehen. Ein Problem, das lösbar ist, das gelöst gehört!

Zeillinger

Nun geht das Gerücht herum — ich hoffe, daß es nur ein Gerücht ist —, daß man der Bereitschaftstruppe neue Uniformen geben will, aber nicht den Landwehreinheiten. Wenn das passiert, Herr Minister, wäre das der offensichtliche Beweis und wäre das die Zerschlagung des Konzeptes 1971 im äußerlichen, denn dann gehen die letzten weg. Der Soldat möchte, wenn er schon Dienst macht und begeistert Dienst macht, äußerlich etwas repräsentieren.

Ich darf noch einmal sagen: Aus den Ziffern des Budgets ist nicht erkennbar, aber aus verschiedenen anderen Tatsachen ist erkennbar, welchen Vorrang die Bereitschaftstruppe gegenüber der Landwehr hat. Ich bin gerne bereit, wenn Sie eine Beschwerdestelle einrichten, Ihnen von allen Einheiten schreiben zu lassen, wie die Landwehr benachteiligt wird, daß ihr Geräte weggenommen werden, daß sie auch bei den Einberufungen benachteiligt wird. Das alles führt dazu, daß sich die Landwehr als eine Armee zweiten Ranges vorstellt.

Ich darf noch einmal sagen: Vorrang hat nach dem gemeinsamen Willen der Regierungsfraktion und der Freiheitlichen die Landwehr, weil sie es ist, die wir im Ernstfall zur Verteidigung dieses Staates brauchen, und nicht die Bereitschaftstruppe, die durchaus gleichberechtigt danebensteht. Das sind jene Einheiten, mit denen Sie Paraden abführen können, die aber auch in Katastrophenfällen zum Einsatz kommen. Aber zur Verstärkung brauchen Sie die Landwehr. Bei Paraden werden Sie aber im wesentlichen mit der Bereitschaftstruppe auskommen.

Uns geht es nicht um Paraden, sondern uns geht es um den Ernstfall. Das ist also die Frage, in der — wie ich glaube und hoffe — in den letzten Monaten ein Wandel stattgefunden hat. Wie Sie das noch im Budget reparieren wollen, ist mir unklar. Wenn das Budget so durchgeführt wird, wie es jetzt vollzogen wird, dann hat im Jahre 1974 die Bereitschaftstruppe gegenüber der Landwehr einen nicht mehr aufzuholenden Vorrang.

Herr Minister! Weil ich gerade beim Budget bin, darf ich noch eine sehr optimistische Feststellung des Herrn Finanzministers korrigieren, der in seiner Budgetrede folgendes gesagt hat: „Für das Jahr 1974 sind 5,88 Milliarden Schilling präliminiert. Dies bedeutet eine Ausweitung des Budgetrahmens um 798 Millionen Schilling oder 15,8 Prozent.“

Wir haben mittlerweile einvernehmlich festgestellt, daß der Herr Finanzminister nicht rechnen kann. Es sind nur 15,7 Prozent. Er streitet dies zwar ab, aber jeder Computer,

jede Rechenmaschine, auch der Herr Minister werden bestätigen, daß es nur 15,7 Prozent sind. Ich will wegen des einen Zehntels nicht lange sprechen, obwohl es ja bekanntlich beim Verteidigungsbudget um Hundertstel geht. Aber das ist ein effektiver Rechenfehler.

Aber weiter heißt es: „Im einzelnen handelt es sich um eine allgemeine Erhöhung des Personalaufwandes um 287 Millionen Schilling, das sind 13,7 Prozent gegenüber 1973, und um eine höhere Dotierung des Sachaufwandes um 512 Millionen Schilling; letzteres bedeutet eine Steigerung um 17,2 Prozent gegenüber dem Budgetvoranschlag 1973.“

Das ist natürlich nur äußerlich richtig, denn diese Zahlen, dieses Ziffernspiel, sind nur auf Grund des größten Täuschungsmanövers, das je eine Regierung in diesem Staate gemacht hat, möglich.

Wir haben schon bei verschiedenen Kapiteln Gelegenheit gehabt, uns damit zu beschäftigen. Ich möchte jetzt gar nicht mehr im einzelnen darauf eingehen. Die Regierung und natürlich auch der Verteidigungsminister sind, weil es alle Minister getan haben — es war offenbar eine Androsch-Idee —, dazu übergegangen, die Familien- und die Geburtenbeihilfe nicht mehr beim Personal-, sondern beim Sachaufwand zu verbuchen. Familien- und Geburtenbeihilfe sind also nicht mehr Personalangelegenheiten, sondern wie der Kauf von Kanonen und der Bau von Kasernen ein Sachaufwand. Das ergibt natürlich eine wesentliche Verschiebung und eine scheinbare Besserstellung gegenüber dem Vorjahr.

Der Grund dafür, warum ich dies bei diesem Kapitel nochmals hervorgehe, ist, daß durch die Budgetrede des Finanzministers die Öffentlichkeit irreführt worden ist. Herr Verteidigungsminister! Ich weiß nicht, ob und inwieweit Sie sich dessen bewußt waren: In Wirklichkeit ist eine budgetmäßige Verschlechterung eingetreten. Denn in Wirklichkeit bedeutet es — so ist es bei allen Regierungen gewesen, bei der Koalition, bei der Volkspartei —, daß die Familienbeihilfe und die Geburtenbeihilfe sowie die Gehälter zum Personalaufwand gehören. Das würde aber beim Personalaufwand eine Steigerung von 391,3 Millionen oder 18,6 Prozent und beim Sachaufwand eine Steigerung von nur 407 Millionen oder 13,7 Prozent bedeuten.

Der Finanzminister sagt gegenüber der Öffentlichkeit, daß der Personalaufwand nur um 13,7 Prozent steigt. Das stimmt nicht, er steigt nämlich um 18,6 Prozent. Das ist ja unvermeidbar! Das ist einfach die Entwicklung

Zeillinger

auf Grund der Bezüge und auf Grund der gesetzlichen Voraussetzungen! Das kann man ruhig eingestehen!

Aber er behauptet eine Steigerung des Sachaufwandes — und hier beginnt es interessant zu werden — um 17,2 Prozent. Das stimmt gar nicht. Nur um 13,7 Prozent!

Zu der Steigerung auf 17 Prozent kommen Sie nur, weil Sie auf einmal die Geburtenbeihilfe hernehmen. Die Tatsache, daß die Frau eines Feldwebels ein Kind kriegt, ist nicht mehr eine Personalangelegenheit, sondern ist wie der Kanonenkauf ein Sachaufwand.

Wie wollen Sie das erklären? — Ich darf Sie einladen, uns das in Ihrer Beantwortung vor Augen zu führen. Ich persönlich kann es nicht verstehen. Aber offenbar reparieren Sie, Herr Verteidigungsminister, so wie Ihre Ministerkollegen — ich muß sagen, Sie sind sich alle einig bei diesem Täuschungsmanöver — die Budgetzahlen dadurch, daß Sie wesentliche Teile einfach von einem Budgetteil in den anderen transferieren, daß Sie persönlich Geburten- und Familienbeihilfe vom Personal- zum Sachaufwand übertragen und damit auf eine wesentliche Verbesserung des Sachaufwandes kommen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch andere Fragen unserer Landesverteidigung anschneiden und dabei eine Frage in den Vordergrund stellen, die mit der umfassenden Landesverteidigung zusammenhängt, nämlich eine Frage, die nicht nur die Soldaten, sondern die vor allem die Zivilbevölkerung interessiert: Wie weit ist diese Zivilbevölkerung Österreichs, wie weit ist der Österreicher im Ernstfall geschützt? Wie ist der Stand der zivilen Landesverteidigung?

Die Verantwortung liegt zwar budgetär beim Innenminister. Kompetent sind die Länder. Diese Kompetenzschwierigkeiten haben wir immer wieder. Aber darüber hinaus kommt freilich dem Verteidigungsministerium eine doch sehr starke Rolle zu, insbesondere eine Rolle hinsichtlich der Aufklärung der Öffentlichkeit.

Ich darf ein Beispiel bringen, das die Wiener Kollegen und auch die Wiener Bevölkerung interessieren wird. In Wien ist derzeit ein großes Projekt, der U-Bahn-Bau. In allen Staaten der Welt und in allen modernen Städten der Welt, also unter allen Regierungen, die Wert darauf legen, moderne Regierungen zu sein, werden solche Bauten gleichzeitig dazu benützt, Schutzbauten für die Zivilbevölkerung sogar für den Fall eines Atomkrieges etwa zu schaffen, auf jeden Fall aber für den Fall eines konventionellen Krieges.

Mir ist aufgefallen, daß Wien die einzige Stadt Europas ist — das wird vielleicht den Herrn Bautenminister interessieren, weil es in sein Ressort fällt —, die einzige Stadt Europas — ich konnte darüber hinaus nicht Nachforschungen anstellen —, die eine U-Bahn baut und nicht gleichzeitig auch Vorsorge für den zivilen Schutz der Bevölkerung trifft. Das sind die billigsten Anlagen zum Überleben der Bevölkerung! Man könnte — ich weiß noch nicht, wie weit die U-Bahn ausgebaut wird — etwa 800.000 Wiener allein in den Schutzbauten der U-Bahn unterbringen, und zwar bei minimalsten Aufwendungen.

Um ein Beispiel zu sagen — ich bin kein Fachmann, aber die Fachleute haben das gesagt —: man brauchte nur die Abgänge zu winkeln. Ich weiß nicht, ob das vorgeschlagen worden ist. Ich darf Sie fragen, Herr Minister: Sind Sie konsultiert worden? Sind Sie befragt worden? Haben Sie irgendeine Möglichkeit gehabt, mit den Herren zu sprechen? Nämlich wegen des Druckes: man baut bei den Schutzräumen die Abgänge und die Schächte gewinkelt, um den Druck zu nehmen. Das ist eine der primitiven Voraussetzungen, die in allen Staaten vollzogen sind.

Eigentlich müßten Bautenminister und Verteidigungsminister bei den zuständigen Stellen intervenieren. Ich weiß nicht, woran es gescheitert ist: Ist es niemandem in der Regierung eingefallen? Haben es die Wiener abgelehnt? Wer immer es abgelehnt hat: Tatsache ist, daß man die Möglichkeit, 800.000 Wiener eine Überlebenschance zu geben, aus mir unbekannten Gründen preisgegeben hat. Ich darf Sie, Herr Minister, bitten, dazu Stellung zu nehmen, denn es ist eine Frage, mit der sich auch der Verteidigungsrat wird befassen müssen.

Zuständig sind die Länder. Warum hat die Wiener Stadtverwaltung kein Interesse, daß die Wiener in einem möglichen kommenden Krieg geschützt werden können? In einem Krieg, den niemand will, aber der unter Umständen nicht vermieden werden kann. Man sieht, wie rasch man in einen Krieg hineingerät. Man kann es beschönigen, wie man will: Wir sind momentan in einen Kalten Krieg hineingezogen, die Araber führen gegen uns einen Kalten Krieg, und ein Kalter Krieg kann bekanntlich sehr leicht heiß werden.

Herr Minister! Ich muß fragen: Wer übernimmt die Verantwortung dafür? Ich vertrete einen anderen Wahlkreis, aber wir machen uns dort auch große Sorgen darüber. Wer übernimmt in Wien die Verantwortung dafür, daß man leichtfertig das Leben von fast 1 Million Wienern nicht geschützt hat, daß man sich

Zeillinger

geweigert hat, die notwendigen Schutzbauten zu errichten? Ich betone es noch einmal: In allen Städten mit modernen Verwaltungen und in allen Ländern mit modernen Regierungen in Europa, die an die Zukunft denken, sind derartige Schutzbauten bei Neubauten miteingeführt worden!

Wien ist überhaupt besonders vernachlässigt. Es gibt wenige Bundesländer, in denen es ebenso ist. Wir haben also Bundesländer wie Vorarlberg und die Steiermark. Dort haben wir zwar schon die gesetzliche Verpflichtung, bei Neubauten Schutzräume einzuplanen, aber die tatsächliche Durchführung scheitert in der Steiermark wie in Vorarlberg meist daran, daß die notwendigen Baurichtlinien bis heute noch nicht herausgegeben worden sind. Aber das ist eine Ländersache.

Aber ich darf einen anderen Fall bringen, ebenfalls in Wien: Es ist zum Beispiel in der Öffentlichkeit viel diskutiert worden und in der Bevölkerung nicht verstanden worden: Es ist die Votivparkgarage gebaut worden, ebenfalls eine der natürlichen Schutzanlagen, wie man sie in allen Staaten zum Schutz der Bevölkerung ausbaut. Es soll angeregt worden sein, Druckschleusen in die Zugänge einzubauen. Mir ist nicht klar, wie weit das Verteidigungsministerium eingeschaltet war, denn irgend jemand muß den zuständigen Stellen sagen: Meine Herren, hier kann man im Ernstfall 20.000 Menschen schützen!

Angeblich — es ist eine nicht bestätigte Information — soll dieser Vorschlag sogar dem Wiener Magistrat vorgelegt worden sein. Der Wiener Magistrat soll abgelehnt haben, weil weder das Bautenministerium noch das Verteidigungsministerium über Befragung das für notwendig angesehen haben. Es geht ein solches Gerücht in Wien.

Tatsache ist, daß einer der größten Schutzbauten, die in Wien möglich sind, ein Bauwerk, das Überlebenschancen für Zehntausende Wiener geboten hätte, daran scheitert, daß man diese notwendigen Schleusen nicht eingebaut hat; man kann sie freilich noch nachträglich machen, aber Sie wissen, daß das ungefähr der vierfache Kostenaufwand sein wird.

Meine Frage lautet daher: Wie ist der Stand des Zivilschutzes? Wie weit werden Sie von der Regierung in beratender Funktion herangezogen, und wie weit versuchen Sie, auf eine Politik Einfluß zu nehmen, die letzten Endes darauf hinauslaufen muß, unserer Zivilbevölkerung in einem kommenden Krieg einen möglichst großen Schutz zu geben?

Ich möchte noch kurz eine Frage, eine Ausstattungsfrage anschneiden, die akut geworden ist, die mir bewußt geworden ist — das möchte ich auch gleich sagen — durch die Energiekrise. Wir haben in Österreich — das ist kein Geheimnis — noch aus alten US-Beständen den Panzer M 47. Das ist einer der größten Benzinfräser, die es gibt; ich glaube, er verbraucht zwischen 800 und 1000 Liter auf 100 Kilometer. Bei einer Generalüberholung dieses alten Fahrzeuges ist die Rentabilitätsgrenze bei weitem überschritten. Es sind noch Bataillone damit ausgerüstet!

Daneben gibt es — übrigens auch aus US-Beständen — den M 60, der dieselbetrieben und daher wesentlich billiger im Betrieb ist.

Meine Frage — ich bestehe gar nicht darauf, Herr Minister, daß Sie heute hier die Antwort geben, aber uns vielleicht doch bei Gelegenheit darüber aufklären, denn diese Frage ist aus dem Heer an uns herangetragen worden in diesen und in ähnlichen Fällen —: Was wird geplant, um derart alte Geräte auszuscheiden? Man muß sie keineswegs wegwerfen. Man kann sie verschrotten. Man kann die Kanonen immer noch bei territorialen Verteidigungsanlagen aufbauen und einbauen; das ist ja schon geschehen. Aber die Frage ist: Wie lang schleppen wir noch solche unrentablen Fahrzeuge mit? Aus dem Budget ersehe ich keine Möglichkeit einer Modernisierung und einer Neuanschaffung.

Ein weiteres Problem, das einerseits alle Länder interessiert und auf der anderen Seite auch im Budgetausschuß eine Überraschung hervorgerufen hat, ist der Stand der Kasernen. Wir wissen, daß Österreich an und für sich genügend Kasernen hätte, aber unsere Kasernen sind zum Teil in einem Zustand, daß man den Soldaten kaum noch zumuten kann, sich darin aufzuhalten. Wir hören das übrigens immer wieder bei den Soldatengesprächen, welche die drei Fraktionen hier im Haus während der Sitzungen durchführen. Es herrschen in manchen Kasernen sanitäre Verhältnisse, die jeder Beschreibung spotten.

Nun hören wir, daß eine ganze Reihe von Kasernen verkauft werden soll. An einem Verkauf der Kasernen sind sicherlich viele interessiert: der Finanzminister, der Bautenminister, unter Umständen auch der Landwirtschaftsminister. Es geht doch um Werte, die sicherlich die Grenze einer halben Milliarde übersteigen.

Es ist nun die Frage: Welche Konzeption hat das Verteidigungsministerium beziehungsweise wie weit ist die Koordinierung mit dem

Zeillinger

Bautenminister? Wir haben im Zuge der Budgetberatungen — ich freue mich, daß ich dem Herrn Bautenminister das gleich ausrichten kann — festgestellt, daß die Landesverteidigungsbauten im Bautenressort untergebracht sind. Wir haben den Herrn Verteidigungsminister im Ausschuß darauf aufmerksam gemacht, daß hier Ansätze vorhanden sind, die jeder Beschreibung spotten, die tatsächlich so weit führen, daß demnächst unsere Armee, unsere Verteidigungskräfte in Zelten werden kampieren müssen. Ich muß anerkennen: Der Herr Verteidigungsminister hat sich auch gar nicht gescheut, den Teil, der im Bautenressort untergebracht ist, als katastrophal zu bezeichnen. „Katastrophal“ heißt, am Rande einer Katastrophe. Und so ist es auch, wenn hier nicht dringend Abhilfe geschaffen wird, wenn hier nicht dringend weitere Mittel dafür aufgewendet werden.

Die Reformierung besteht nicht darin, daß man die alten Kasernen verkauft. Das ist eine sehr lange Liste von mindestens 15 bis 20 Kasernen, die 80 bis 130 Jahre alt sind, die zum Teil an die Kommunalbehörden, also an die Städte verkauft werden sollen. In Wien sind es drei Kasernen, in Vorarlberg eine, in Tirol zwei, in Oberösterreich zwei. (*Abg. Josef Moser: Zwei in Vorarlberg!*) Zwei in Vorarlberg? O, das fehlt mir, ich habe nur die Rhombergkaserne, ich kann es ruhig sagen. In Wien sind es die Radetzkykaserne, die Starhembergkaserne, die Carlkaserne, alle drei 80 Jahre alt, sie sollen verkauft werden. In Vorarlberg habe ich auf meiner selbst erhobenen Liste also nur die Rhombergkaserne, sie ist 80 Jahre alt, in Tirol die Danklkaserne, 120 Jahre alt, die Fennerkaserne, 130 Jahre alt, in Oberösterreich die Conradkaserne in Linz mit 75 Jahren und die Kavalleriekaserne Enns mit 120 Jahren, in Kärnten die Waisenhauskaserne, sie ist 100 Jahre alt, und die Aichelburgkaserne, die ist 40 Jahre alt. In der Steiermark ist es die Hummelkaserne, 30 Jahre alt, und die Dominikanerkaserne, in Niederösterreich ist es die Reiterkaserne in Stockerau und die Herbertkaserne in Krems, und in Salzburg steht, wie ich weiß, die Riedenburgkaserne zum Verkauf. Das ist also eine lange Liste von Kasernen, die verkauft werden sollen, sie sind größtenteils 70, 80, 100 und mehr Jahre alt.

Auf der anderen Seite sehen wir im Budget, daß bisher schon im Kapitel Bauten die Ansätze für die Landesverteidigung sinken. Statt einem Plus von 15 Prozent, was die allgemeine Budgetausweitung wäre, sinken sie ab. Das heißt also, im Bautenressort wird für die

Landesverteidigung weniger zur Verfügung gestellt als in den vergangenen Jahren.

Nun wollen wir die Kasernen verkaufen. Sicher bekommt man dafür Geld herein, aber das Konzept, daß man die alte Kaserne hergibt und dafür irgendwo eine neue Kaserne bekommt, das ginge in keinem Staat auf. Ich glaube, das ist ein stümperhaftes Konzept. Es mag vielleicht da und dort eine Ausnahme geben, aber in der Regel, wenn Sie sich die Kasernen anschauen, müssen Sie zugeben, daß ein solches Konzept ja in keinem Staat möglich ist. Ich glaube auch nicht, daß das in Österreich ernsthaft erwogen wird.

Ich muß aber jetzt in Anwesenheit beider Minister, des Herrn Verteidigungsministers und des Herrn Bautenministers, fragen: Wo wollen Sie dann die Soldaten unterbringen? Wir haben eine lange Liste, ein Offert an die Öffentlichkeit, Kasernen zu verkaufen. Und wo sollen welche gebaut werden? Denn die Mittel, die in Ihrem Budget sind, Herr Bautenminister, die reichen ja nicht einmal für den bisherigen Umfang aus! Sie berücksichtigen nicht die Budgetsteigerung, sie berücksichtigen keine Steigerung der Baukosten und sinken noch ab. Das heißt also, Sie haben offensichtlich die Erhaltung der alten Kasernen, die Sie verkaufen wollen, schon aus dem Budget hinausgeschmissen. Aber im Budget ist nirgendwo das Geld, mit dem Sie irgendwo eine neue Kaserne kaufen wollen.

Ich kann sehr gut verstehen, daß der Finanzminister sagt, wenn er 20 Kasernen verkauft, dann wird ihm das etwa eine halbe Milliarde bringen. Das ist sehr schön, aber dann muß ja auch irgendwo, wenn 20 oder 12 oder 14 Kasernen im Laufe der nächsten Jahre gebaut werden, Raum geschaffen werden, um die Soldaten unterzubringen. Im nächsten Jahr wollen Sie nur verkaufen. Sie inserieren, ob irgend jemand eine Kaserne kaufen will — die meisten sind aber nicht anzubringen, möchte ich gleich hinzufügen, zumindest nicht zu den Vorstellungen, die die Regierung hat. Aber wo sind dann die Mittel für die Unterbringung der Soldaten? Die fehlen im Budget vollkommen. Der Bautenminister kürzt dem Verteidigungsminister die Mittel für Bauten. (*Zwischenruf.*) Alle klagen über die Luftraumüberwachung. Ich möchte das Thema heute nicht im einzelnen behandeln, aber die Mittel für die Luftraumüberwachungsanlagen, die klarerweise eine Voraussetzung dafür sind, daß der Luftraum überwacht werden kann, sind gekürzt worden von einer Million auf 500.000 S. Das ist genau der Betrag, den man einer Gesellschaft für irgendeine Erforschung

8890

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Zeillinger

gegeben hat. Auch das haben wir im Ausschuß ausführlich besprochen.

Aber wollen wir darüber reden: Die Luftraumverteidigungsanlagen, die ja Überlebens- und Existenzsicherungsfragen darstellen, sind im heurigen Budget nur mehr mit einer Million veranschlagt gewesen und sind auf 500.000 S gekürzt worden. Und die Mittel für die Kasernen sind weiter gekürzt worden, und 20 Kasernen wollen Sie verkaufen!

Herr Verteidigungsminister! Sie haben im Budgetausschuß offen gesagt: Das Verteidigungsbudget, soweit es beim Bautenminister Moser ist, bezeichne ich als katastrophal. — Schön, das haben wir gehört. Der Herr Bautenminister hat gestern nicht Gelegenheit gehabt, ausführlich dazu Stellung zu nehmen. Aber das interessiert doch die Öffentlichkeit! Erstens einmal sind es ja Zehntausende Soldaten, die einrücken und die nur hören, daß der Minister sagt, die Situation ist katastrophal. Dem steht ein Bautenminister gegenüber, der dafür nicht nur kein Geld übrig hat, sondern das wenige auch noch streicht. Eine Regierung, die die Mittel für die Luftraumverteidigung auf die Hälfte kürzt und genau diesen Betrag einer ihr politisch nahestehenden Gesellschaft zu irgendeinem Studium gibt — das ist also eine andere Affäre —, und drittens und letztens haben wir eine Situation, wo wir fragen müssen: Wo werden wir dann die Soldaten unterbringen? Nehmen Sie an, Sie kriegen jetzt die Käufer, dann bekommt der Finanzminister das Geld, und wo werden die Soldaten dann in Zukunft untergebracht?

Auf dem Gebiet der Kasernen herrscht also eine trostlose Situation! Ich möchte das Hohe Haus nicht aufhalten, jeder kennt aus seinem Wahlkreis die Situation. Weil gerade der Herr Bautenminister hier ist, möchte ich Sie einladen: Kommen Sie einmal mit mir nach Steyr hinauf, dort ist ein Block bereits nicht mehr benützbar. Das ist ja ganz klar: Die sozialistische Regierung kürzt immer die Mittel. Die Kasernen verfallen effektiv. Die Ratten rennen herum, der Verputz fällt von den Wänden herunter, die Soldaten mußten ausziehen. Rein wirtschaftlich gesehen ist das das teuerste Verwirschaften von Geld, das es überhaupt gibt. In Steyr ist der Fußboden in einem ganzen Block infolge der mangelnden Vorsorge der Regierung völlig verfault. Die sanitären Anlagen befinden sich in einem katastrophalen Zustand. Niemandem würde man das in einem zivilisierten Staat zumuten, aber unseren Soldaten muten wir das zu. Und ein Block ist überhaupt unbenützbar gewor-

den. Verkaufen werden Sie den auch nicht mehr können, denn da hätten Sie ihn nicht verfallen lassen dürfen.

Das ist also die Situation einer katastrophal schlechten Wirtschaft auf dem Bausektor. Damit ich keinen Ordnungsruf bekomme: Das Wort „katastrophal“ wiederhole ich nur, das hat der Herr Verteidigungsminister im Ausschuß gebraucht, und zwar im Zusammenhang mit der Politik, die Sie betreiben. Ich schließe mich dem an, denn die Situation auf dem Verteidigungssektor ist katastrophal, was die Bereitstellung von Budgetmitteln, aber auch was die Vorsorge und Obsorge für die vorhandenen Mittel anbelangt. In zehn Jahren ist die Hälfte aller Kasernen, die Sie jetzt ausschreiben, verfault und unbenützbar, und Sie kriegen gar nichts mehr. Sie müssen dann noch etwas zahlen, damit sich eine Firma findet, die diese Kasernen abreißt.

Ich möchte anerkennen, Herr Minister, daß im heurigen Budget zwei Anträge, welche wir Freiheitlichen im Vorjahr eingebracht haben, berücksichtigt worden sind. Es ist dies einerseits die Förderung der beiden Gesellschaften, der Offiziers- und der Unteroffiziersgesellschaft, die wir im Vorjahr verlangt haben und die heuer im Budget berücksichtigt worden ist. Und es ist ein höherer Budgetansatz. Die Mittel für Entschädigung von Übungen sind von 39 Millionen auf 92 Millionen angestiegen, denn die Übungen sind ja eine wesentliche Voraussetzung der Verteidigungsreform, die wir im Jahre 1971 hier beschlossen haben. Wir haben im Vorjahr einen Antrag auf Erhöhung eingebracht, der auch akzeptiert worden ist, und wir haben heuer festgestellt, daß Sie also die Mittel von 39 Millionen auf 92 Millionen hinaufgesetzt haben.

Ich möchte dem Herrn Verteidigungsminister bei dieser Gelegenheit die Vorschläge und die Fragen noch kurz vortragen, die wir Freiheitlichen für notwendig halten im Zusammenhang mit der Verteidigungspolitik.

Ich habe bereits angeführt, daß wir ehestens die Vorlage des Landwehrkonzeptes für notwendig erachten, daß wir zweitens eine Eindämmung der Papierflut, die von allen Soldaten verlangt wird, für notwendig erachten, einer Papierflut, die ins Gigantische geht. Im Grunde genommen braucht heute jede Kompanie bereits einen Buchhalter nur für das Zulagensystem. In den Einheiten sind keine. Es gibt im Verteidigungssystem 400 verschiedene Zulagen, die durchschnittliche Kompanie hat 100 Zulagen; sie hat aber keine Fachkräfte, sondern die Soldaten, die einrücken, die in der Schreibstube sitzen, die müssen sich mit 100 Zulagen abfinden, wobei

Zeillinger

man noch dazu hört, daß die Berechnung dieser Zulagen unerhörte Schwierigkeiten macht. Das und überhaupt in diesem Zusammenhang die Papierflut ist so, daß die Einheitsführer allgemein darüber klagen.

Den Vorschlägen voranstellen möchte ich einen Punkt, der dem Verteidigungsrat zu- steht, das ist die verfassungsmäßige Verankerung, das heißt, das Haus hat es zu beschließen. Der Verzug ist nicht durch das Ressort eingetreten, sondern durch eine mangelnde Initiative im Verteidigungsrat. Der Verteidigungsrat ist Monate hindurch nicht einberufen worden, die für März beschlossene Sitzung ist erst im November einberufen worden, sodaß wir in Verzug sind mit der verfassungsmäßigen Verankerung der umfassenden Landesverteidigung und auch mit der Verabschiedung der Verteidigungsdoktrin als Basis der bereits erstellten Konzeption einer Raumverteidigung. Ich darf den Herrn Verteidigungsminister bitten, sich in Zukunft innerhalb der Regierung stärker für die Erledigung dieser beiden Punkte einzusetzen. *(Präsident Dr. M a l e t a übernimmt den Vorsitz.)*

Ein weiterer Vorschlag, Herr Minister: Uns fehlt bisher eine Übersicht, wie weit Sie eine Verlagerung der Versorgungsbasen in den Basisraum planen, die Räumung exponierter Lager und eine Bevorratung für eine bestimmte Anzahl von Tagen. Darüber haben wir bisher noch nichts gehört.

Die materielle Vorsorge bei Waffen, Munition, Gerät, auch Bekleidung und Ersatzteile ist überhaupt trist. Es ist bisher nicht gelungen, diese Situation zu verbessern. Sie wird natürlich umso ernster, je näher wir der Aufstellung der Landwehr kommen.

Weiters interessiert uns die Beschaffung genügender Mittel für die Truppe. Es wird hier immer wieder geklagt, daß es bei der Ausbildung Schwierigkeiten gibt und daß man die Leute nicht genügend ausbilden kann, weil die notwendigen Mittel für die Ausbildung nicht zur Verfügung stehen.

Wenn wir das Landwehrkonzept erstellen, und zwar hinsichtlich der Organisation und hinsichtlich einer ersten Etappe von 150.000 Mann mit dem Ziel einer Landwehr von 300.000 Mann, so dürfen wir nicht einzelne Teile sehen, sondern müssen das Gesamte sehen. Es wird also ein neuer Mob-Rahmen festzulegen sein. Bis jetzt gilt, wenn ich richtig informiert bin und wenn ich mich richtig erinnere, immer noch der 7. Mob-Abschnitt.

Ich darf fragen: Wann wird die erste Etappe der Landwehr stehen? Die zweite Frage lautet: Wie weit wird das auslaufende Mob-Heer im

Ernstfall miteinzubeziehen sein? Wir haben diese Fragen ja im Zusammenhang mit der Wehrgesetznovelle, die wir jetzt beraten, bereits im Ausschuß besprochen.

Ich darf, Herr Minister, in diesem Zusammenhang auch sagen: Ich glaube nicht, daß das, was jetzt dringend notwendig und als eine erste Reparatur erfolgt, ausreichen wird. Ich frage Sie daher, da Sie ja für das Jahr 1974 und bis zum Ende der Legislaturperiode planen müssen: Welche weiteren Gesetzesänderungen beabsichtigen sie noch, welche Gesetzesänderungen werden Sie in der Regierung beantragen und welche Gesetzesänderungen werden Sie dem Hause vorlegen, um die gemeinsam erarbeiteten Ziele für die Landesverteidigung erreichen zu können? Ich glaube nämlich, daß noch weitere Gesetzesvorlagen notwendig sein werden.

Der nächste Punkt ist eine verstärkte Zusammenarbeit des Herres, ist vor allem im Ernstfall die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit unserer nationalen Verteidigungskräfte mit Gendarmerie, Polizei, Zollwache, dem Roten Kreuz, den Feuerwehren und so weiter. Eine Koordinierung wäre dringend notwendig.

Eine solche Koordination scheint aber bisher nicht erfolgt zu sein. Bei der Anschaffung von Funkgeräten zum Beispiel geht jede dieser Stellen ihre eigenen Wege. Im Ernstfall können die einzelnen Einheiten nicht miteinander in Verbindung treten. Innerhalb des Innenressorts ist jetzt zwischen Polizei und Gendarmerie diese Schwierigkeit beseitigt worden. Wir müssen aber, wenn wir wirklich Verteidigungskräfte aufbauen und uns für den Ernstfall vorbereiten, so weit kommen, daß alle diese im Ernstfall zur Verfügung stehenden Kräfte auch miteinander koordiniert sind und miteinander in Verbindung treten können. Ich darf daher fragen, wie weit Ihr Ressort diesbezüglich initiativ geworden ist.

Weiters halten wir Freiheitlichen eine klare und offene Information der Bevölkerung über die Massenmedien betreffend getroffene Maßnahmen und Absichten innerhalb der Landesverteidigung für notwendig, und zwar auch dann, wenn das unpopulär ist und wenn es Geld kostet. Es sollen Fragen wie etwa der zivilen Landesverteidigung und des Zivilschutzes zur Diskussion gestellt werden. So etwa zum Beispiel die Frage: Es könnten 800.000 Wiener zufolge des U-Bahn-Baues geschützt werden, sie werden es aber nicht. Auch darüber sollte die Öffentlichkeit informiert werden. Gerade Ihr Ressort sollte ja ein Interesse daran haben, die Öffentlichkeit diesbezüglich zu informieren. Es wäre meiner Ansicht nach die Aufgabe des Verteidigungs-

Zeillinger

ressorts — wenn Sie es getan haben — zu sagen: Wir sind an den Wiener Magistrat herangetreten und haben gesagt, es besteht die Möglichkeit, durch billigste Umbauten, so wie in allen anderen Hauptstädten, die Bevölkerung zu schützen. Aber der Wiener Magistrat hat das abgelehnt. — Es geht also um eine stärkere Information der Bevölkerung.

Denken Sie daran, Herr Minister, für Kaderübende etwa steuerliche Vorteile zu beantragen? Wir müssen ja ein Interesse daran haben, einen größeren Personenkreis dafür heranzuziehen und müssen dafür einen Anreiz bieten. Meine Frage geht also dahin, welcher Anreiz Ihnen zweckmäßig erscheint und welchen Sie innerhalb der Regierung vertreten.

Eine Frage, Herr Minister — das wurde von uns wiederholt kritisiert —, betrifft die Ausnahmepolitik, die Sie betreiben. Es ist eine Gefälligkeitspolitik. Ich weiß nicht, auf Grund welchen Druckes. Wir haben schon viel zu viele Ausnahmen! Ich darf nur diejenigen Ausnahmen anführen, die Sie den Studierenden gegeben haben. Ich habe die Möglichkeiten zusammengestellt:

Erste Möglichkeit: Der Maturant kann sechs Monate dienen und dann Truppenübungen machen.

Zweite Möglichkeit: Der Maturant kann drei Monate und drei Monate dienen und dann Truppenübungen machen.

Dritte Möglichkeit: Er kann drei Monate und drei Monate dienen und kann Kaderübungen und Truppenübungen machen.

Vierte Möglichkeit: Er kann sechs Monate und sechs Monate dienen und Truppenübungen machen.

Fünfte Möglichkeit: Er kann sechs Monate und sechs Monate dienen und Kaderübungen und Truppenübungen machen.

Dazu kommt dann übrigens noch eine weitere Ausnahmenregelung für die Hochschulassistenten.

Warum halten wir Freiheitlichen das für bedenklich? — Was Sie heute nämlich den Maturanten geben, werden morgen mit Recht Saisonarbeiter, Kellner, Landarbeiter und so weiter verlangen. Sie alle werden kommen und werden Ausnahmen für ihren Bereich verlangen. Dann wird aber das, was wir anstreben, wiederum nicht möglich sein, daß wir nämlich endlich einmal zu einer Ruhe im Heer kommen und zu einer milizartigen Landwehr, die ungestört ausgebildet und aufgestellt werden kann.

Herr Verteidigungsminister! Das waren einige Fragen von uns Freiheitlichen. Ich hoffe, Sie können heute den Großteil davon beant-

worten. Wenn Sie glauben, daß irgend etwas der Geheimhaltungspflicht unterliegt, so besteht die Möglichkeit, das in den Bericht, den Sie uns in Aussicht gestellt haben, aufzunehmen.

Sie ersehen aus unserer Stellungnahme, daß wir das Budget ablehnen. Wir lehnen das Budget wegen der finanziellen Ansätze ab. Die Annahme des Budgets ist uns praktisch durch die Erklärung des Finanzministers nicht möglich. Wir hätten, auch wenn die Ansätze befriedigend wären, das Budget auf Grund der Erklärung des Finanzministers nicht annehmen können. Er erklärte nämlich, daß die Bereitschaftstruppe das wesentlichste Merkmal wäre.

Aber Sie sehen, daß wir neben dieser Ablehnung ein eindeutiges Ja zum Heer sagen. Wir weisen eine Politik, wie sie die andere Oppositionspartei betreibt, zurück. Die andere Oppositionspartei spricht nämlich von einem totalen Zusammenbruch des Heeres. Wir aber glauben an dieses Heer. Österreich kann nämlich im Ernstfall nur überleben, wenn wir ein Heer haben, ein Heer, das von uns allen getragen wird, das wir gemeinsam aufgebaut haben und das sich auf das Vertrauen der gesamten Bevölkerung und aller staatsbejahenden Kräfte in diesem Staate stützt.

Wir glauben an dieses Heer zum Unterschied von Ihnen, meine Damen und Herren von der Volkspartei. Wir glauben an dieses Heer! Wir glauben an die Möglichkeit, daß das Heer, daß die nationalen Verteidigungskräfte so aufgebaut werden können, wie wir es uns im Jahre 1971 bei der Reform vorgestellt haben. Wir bejahen diese Chance ganz offen. Wir bejahen das Heer! Wir bedauern, daß wir wegen der Unzulänglichkeiten nein zum Budget sagen müssen. Es würde uns freuen, wenn es uns gelingen würde, in der Zukunft auch das Budget den wirklichen Erfordernissen der Verteidigung anzupassen. Wir Freiheitlichen wären dann durchaus bereit, zu diesem Kapitel ja zu sagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kittl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kittl** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! In einer Zeit neuerlicher militärischer Auseinandersetzungen im israelisch-arabischen Raum, im Nahen Osten, kann erwartet werden, daß dem Kapitel 40, Militärische Angelegenheiten, im Rahmen der allgemeinen Haushaltspolitik mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. In einer Zeit weltwirtschaftlicher Kontroversen besteht auch die Möglichkeit, viel eindringlicher, als das bisher der

Kittl

Fall war, über die Aufgaben der wirtschaftlichen Landesverteidigung, also über die Bevorratungspolitik, zu sprechen.

In einer Zeit hektischer internationaler Konferenzen wird einmal mehr sichtbar und für uns als neutraler Staat unterstrichen, wie richtig die vom Herrn Bundeskanzler Doktor Kreisky in Zusammenarbeit mit dem Herrn Außenminister Dr. Kirchschräger konzipierte Neutralitätspolitik ist, die uns trotz aller Spannungen in Europa und in der ganzen Welt ein hohes Maß an Sicherheit gewährleistet hat.

In welchem Maß die sozialistische Bundesregierung die Neutralitätspolitik und die Verteidigungspolitik bewertet, das beweisen die Veranstaltungen, die aus Anlaß des Nationalfeiertages am 26. Oktober durchgeführt worden sind: Veranstaltungen in den Bundesländern, eine Reihe von Veranstaltungen in der Bundeshauptstadt Wien, darüber hinaus zwei wesentliche Veranstaltungen, nämlich die Jubiläumsfeier des Österreichischen Parlamentarischen Rates der Europabewegung hier im Parlament und die Veranstaltung, zu der unser Bundeskanzler in der Hofburg unter dem Titel „Volk und Landesverteidigung“ eingeladen hat. Ich glaube, daß gerade diese Veranstaltung nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland ein großes Echo gefunden hat. Bundeskanzler Dr. Kreisky hat aufgezeigt, wie wichtig es ist, daß wir immer bereit sind, unsere Republik zu verteidigen, und daß es ein echtes Anliegen dieser sozialistischen Bundesregierung ist, das österreichische Bundesheer zielstrebig weiter auszubauen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf nun in einem kurzen Rückblick darauf hinweisen, daß das österreichische Bundesheer vom Anfang der sechziger Jahre bis zum Jahre 1970 immer im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen der Parteien gestanden ist, und zwar viel weniger aus grundsätzlichen Überlegungen der Verteidigungskonzeption, sondern viel mehr wegen der einseitigen Personalpolitik, die von den Verteidigungsministern der Österreichischen Volkspartei betrieben worden ist.

Der Vorgänger aus meinem politischen Bezirk, Abgeordneter Preussler, hat im Hohen Haus wiederholt zu dieser Frage Stellung genommen, und heute spitzt sie sich immer mehr zu. Daher glaube ich, daß man einmal zu einer grundlegenden Feststellung kommen muß, daß man erklären muß: Wie immer die Regierung gebildet ist, die Verteidigungspolitik für die Republik Österreich muß einfach erfüllt werden! Es gab in der Vergangenheit — das soll heute festgehalten werden, wenn man die Aufgaben richtig erkennen

will — kein Graf-Bundesheer, es gab kein Schleizer-Bundesheer, es gab kein Prader-Bundesheer, und ebenso gibt es — das soll zur Objektivität beigesteuert werden — kein Lütgendorf-Bundesheer. Aus unserer Bundesverfassung, aus unserer Gesetzgebung heraus haben wir dem Bundesheer die Verteidigungsaufgaben zugewiesen, und das Bundesheer hat diese Aufgaben zu erfüllen.

Infolge der politischen Entscheidung der Jahre 1970 und 1971 ist es zu einer friktionsfreieren, zu einer spannungsfreieren Arbeit im österreichischen Bundesheer gekommen, das haben die Tatsachen bewiesen. Auf einmal waren auch hohe Offiziere des österreichischen Bundesheeres bereit, über ihre Überzeugung auf Grund ihres fachlichen Wissens in der Öffentlichkeit zu berichten und darzulegen, wie sie sich selbst diese Landesverteidigungspolitik vorstellen. Bekannt ist die Tatsache, daß es in Übereinstimmung zwischen der Freiheitlichen Partei und der Sozialistischen Partei Österreichs zu dem neuen Wehrsystem 1971 gekommen ist und daß darüber hinaus durch das neue Kompetenzgesetz, dessen Inkrafttreten mit 1. Jänner 1974 festgelegt wurde, der große Aufgabenbereich der „Umfassenden Landesverteidigung“ dem Bundeskanzleramt zugewiesen worden ist.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat geglaubt feststellen zu müssen, daß es einen absoluten Widerspruch gäbe zwischen dem, was als Verteidigungssystem 1971 festgelegt worden ist, und dem, was heute im Budget in Fortsetzung der Wehrpolitik ausgewiesen wird. Herr Abgeordneter Zeillinger! Die Bereitschaftstruppe ist kein eigener Truppenteil, sondern sie gehört zum milizartigen Aufbau der Landwehr. Der Bereitschaftstruppe ist in der Gesamtüberlegung eine bestimmte Aufgabe zugewiesen, sodaß das Wehrsystem dadurch zielstrebig aufgebaut wird. Ich bitte, das noch einmal zu bedenken.

Wir haben bei den Überlegungen bezüglich des österreichischen Bundesheeres festgestellt, daß ein Mehr an Ausbildungsgeräten, ein Mehr an Nahkampfmitteln und Munition für die Soldaten eine absolute Notwendigkeit sind, wenn man dem Bundesheer das geben will, was es effektiv braucht. Ich glaube, daß darin kein Widerspruch zur Heereskonzeption liegt. Wenn die Bereitschaftstruppe, voll gerüstet, auch tatsächlich ihre Aufgabe übernommen hat, dann wird die nächste Stufe noch mehr auf den weiteren Aufbau, die Ausbildung und Ausrüstung der milizartigen Landwehr ausgerichtet werden können.

Hohes Haus! Wir haben auf Grund unserer Tätigkeit als Politiker immer die Möglichkeit, mit den Herren des Militärs auf Landesebene

8894

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Kittl

und auch hier im Hohen Haus zu sprechen. Mit meiner Auffassung befinde ich mich in Gegensatz zu den Ausführungen des Abgeordneten Tödling, der geglaubt hat, hier im Hohen Haus wiederum feststellen zu müssen, daß die Soldaten selbst bei Gesprächen erklärt hätten, es bestünde nach wie vor ein Leerlauf, sie würden in diesen sechs Monaten nicht zielstrebig und durchgehend ausgebildet.

Ich glaube, der Herr Kollege Marwan-Schlosser wird bestätigen können, daß ich bei diesen Gesprächen wiederholt an die jungen Soldaten die Frage gerichtet habe: Wird gut ausgebildet? Wie ist die Behandlung? Besteht eine durchgehende Ausbildung? Ja oder nein? *(Abg. Marwan-Schlosser: Sie waren zweimal dabei!)* Bei diesen Gesprächen wurde fast zu 100 Prozent erklärt: Die Soldaten werden ununterbrochen ausgebildet. Es hat sogar einen Soldaten gegeben, der gefragt hat: Warum muß ich eine Übung zwanzigmal machen? — Wir haben dann gemeinsam — auch die Vertreter der ÖVP und der FPÖ — erklärt: In dem einen oder anderen Fall wird es vielleicht notwendig sein, einen bestimmten Ausbildungsvorgang nicht nur zwanzigmal, sondern auch dreißig-, vierzig- und fünfzigmal zu wiederholen, damit er auch tatsächlich sitzt.

Ich glaube, daß wir gemeinsam mit den Verantwortlichen im Bundesheer die Aufgabe zu erfüllen haben, dafür zu sorgen, daß tatsächlich zielstrebig und gut ausgebildet wird.

Ein weiterer Beitrag aus diesen Gesprächen: Wir haben doch alle zusammen, glaube ich, festgestellt, daß die Disziplin ausgezeichnet ist. Wir haben einen ausgezeichneten Eindruck in diesen Gesprächen gewonnen. Es hat auch relativ wenige Klagen über eine schlechte Unterbringung gegeben. Das muß ich noch einmal festhalten, weil der Abgeordnete Zeilinger ausgeführt hat, daß es manchmal Schwierigkeiten gegeben hat und bestimmte Anlagen nicht in einem sehr guten Zustand sind.

Auf Grund unserer Aufgaben im Landesverteidigungsausschuß wurden wir vom Bundesminister für Landesverteidigung eingeladen, an einer Übung unter dem Titel „Funkenflug“ teilzunehmen. Unsere Fraktion war dadurch ausgezeichnet, daß eine Frau, unsere Abgeordnete Johanna Hager, bereit war, mitzutun, obwohl den Frauen die Verteidigungspolitik doch nicht so sehr liegt. Frau Kollegin Wieser, vielleicht ist es auch Ihnen möglich, das nächstemal mitzumachen. Frau Hager war jedenfalls bereit und hat gesagt: Das schaue ich mir an, denn ich muß ja in meinem politischen Bereich auch darüber berichten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es dem Herrn Minister möglich ist, die Abgeordneten des Hauses mehr an die Truppe heranzuführen, dann werden wir mehr sehen und besser urteilen können. Wir haben im Laufe dieses Übungstages festgestellt, daß die Aufgaben der Luftüberwachung großartig erfüllt werden. Wir haben dann noch an einer militärischen Übung teilgenommen. Daraus habe ich erkennen können, daß wir mit Fug und Recht behaupten können, daß das österreichische Bundesheer bereit ist, seine Aufgabe zu erfüllen. Vielleicht, Herr Abgeordneter Tödling, überlegen Sie sich das noch einmal. Wir glauben, daß viel mehr Bereitschaft, viel mehr Einsatzfähigkeit im österreichischen Bundesheer ausgewiesen wird, als die Oppositionspartei Österreichische Volkspartei in ihren Überlegungen wahrhaben will. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Nun zu einer politischen Publikation, die in mehrfacher Beziehung etwas merkwürdig ist, weil ein Abgeordneter des Hauses als Herausgeber zeichnet. Er führt an, daß diese Publikation von einem Kreis wehrpolitisch interessierter Staatsbürger verfaßt worden ist.

Die Publikation ist schon insofern ein bißchen merkwürdig, als nicht einmal im Impressum angeführt wird, wer für den Inhalt verantwortlich ist. Man kann nicht einmal feststellen, ob der Herausgeber tatsächlich an dem Vorwort mitgearbeitet hat, denn nicht einmal das Vorwort ist gezeichnet. Man weiß daher nicht, wer das tatsächlich verfaßt hat.

Am Schluß dieses Vorworts heißt es: „Das vorliegende Weißbuch“ — ich möchte fast meinen, daß man sagen kann: das vorliegende Schwarzbuch — „wolle als politisches Dokument verstanden werden. Dort, wo seine Aussagen nicht durch Nachweise belegt sind, sind die Aussagen dennoch belegbar.“

Ich möchte dazu sagen, daß es einem Herausgeber wie dem Abgeordneten Ermacora doch möglich sein müßte, die Dinge etwas präziser zu formulieren. Denn wenn er eine Aussage macht, dann, glaube ich, soll er dafür auch einstehen, damit sie tatsächlich belegbar ist, und er soll auch gleich in seiner Schrift die entsprechenden Hinweise bringen.

Auf Seite 31 finden wir den sehr markanten Satz: „Bei Betrachtung der sozialistischen Wehrpolitik über den Zeitraum von etwa 1955 bis 1972 ist man versucht, dieser Politik eine wohlüberlegte Planung und deren konsequente Durchführung zuzumessen.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Den Abgeordneten und damaligen Verteidigungsminister Graf können wir zwar nicht mehr als

Kittl

Zeugen führen, aber ich richte die Frage an den Herrn Abgeordneten Dr. Schleinzer und auch an den Herrn Abgeordneten Dr. Prader, ob sie sich beim Herrn Abgeordneten Ermacora für die Durchführung konsequenter sozialistischer Wehrpolitik während ihrer Minister-schaft bereits bedankt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, so kann man die Dinge nun wirklich nicht sehen, denn in den Jahren bis 1970 haben Abgeordnete der ÖVP den Verteidigungsminister gestellt. Man kann ihnen wohl nicht unterschieben, daß sie eine konsequente sozialistische Wehrpolitik gemacht hätten.

Dann noch der nächste Gedankengang aus diesen Arbeitskreisen. Ich kann nicht sagen, wie weit der Herr Abgeordnete Ermacora daran mitgewirkt hat, das ist nicht ausgewiesen. Einige Diktionen weisen aber doch darauf hin, daß er mitgearbeitet hat, denn soviel weiß man schon aus seinen Reden.

Es wurde der sehr interessante Satz formuliert: „Nach bald drei Jahren sozialistischer Wehrpolitik ist es offensichtlich, daß diese vorrangig auf die Zerschlagung des Bundesheeres ausgerichtet ist, um dann sozusagen aus der Konkursmasse des Heeres ein neues, sicherlich ein ‚sozialistisches Heer‘ aufzubauen.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist Ihnen vom Abgeordneten Zeillinger schon vorgehalten worden, daß Sie sich die Ausdrücke „Zerschlagung“, „Auflösung“, „Ausradierung des österreichischen Bundesheeres“ überlegen sollen. Wenn Sie politisch auf einer Linie bleiben würden, nämlich der „Demolierung des Bundesheeres“, dann könnte ich es noch verstehen. Aber nicht verstehen kann ich es, wenn Sie, ohne den Rat Ihres früheren Verteidigungsministers heranzuziehen, behaupten, daß man tatsächlich plötzlich, über Nacht, ein sozialistisches Bundesheer aufbauen kann. Das möchte ich mit Fug und Recht bezweifeln.

Ich glaube, wir alle wissen es — ich habe das eingangs bereits klar zum Ausdruck gebracht —: Es gibt kein Bundesheer Lütgendorf, es gibt kein sozialistisches Bundesheer, es wird auch kein Bundesheer der Österreichischen Volkspartei geben. Hier wurde eine Aufgabenstellung vorgenommen, und es wird auch möglich sein, daß das Bundesheer schließlich seine Aufgabe tatsächlich erfüllt.

Es wurde heute schon gesagt, daß es in der Schwerpunktausbildung für die Bereitschaftstruppe darum geht, sehr viele Aufgaben zu erfüllen. Es wird sehr viel für moderne Nah-

kampfmittel getan werden müssen, außerdem muß einfach Munition beschafft werden, darüber hinaus brauchen wir Luftverteidigungsmittel, neue Kraftfahrzeuge und neue Panzerabwehrmittel.

Hohes Haus! Ich möchte mit einem Gedankengang zum Schluß kommen: Ich bin davon überzeugt, daß das österreichische Bundesheer auf Grund der enormen Wirtschaftsentwicklung unserer Republik eine etwas kritische Phase durchmachen mußte. Aus unserer Praxis wissen wir, daß eine Reihe von Offizieren und Unteroffizieren es sich einmal anders überlegt haben, daß sie neue Dienstposten bei öffentlichen Körperschaften angetreten haben oder auch in der Privatindustrie im Zeichen der Beweglichkeit des Arbeitsmarktes neue, bessere Verdienstmöglichkeiten gesucht haben. Aus der persönlichen Überlegung heraus: Wo kann ich mehr verdienen?, haben sicher eine Reihe verantwortlicher Herren des Bundesheeres die einmal übernommene Aufgabe aufgegeben und sich neuen Verdienstmöglichkeiten zugewendet. Das beweist aber eigentlich die Tatsache, daß ein gesundes Bundesheer auch diese etwas kritische Phase überwinden kann.

Aus der Gruppe höchster Offiziere des Bundesheeres hat Oberst Kuntner in einer der letzten Publikationen ausgeführt, daß nach seiner festen Überzeugung diese Talfahrt, bedingt durch die große Wirtschaftsentwicklung, überwunden ist und daß es nunmehr echt und in vollem Sinne des Wortes mit dem Bundesheer aufwärts und vorwärts geht.

Ich glaube daher, daß es unsere große gemeinsame Aufgabe ist, alles im Rahmen unserer Möglichkeiten für das österreichische Bundesheer zu geben und zu tun, daß wir aber auch bereit sein müssen, die Arbeit der Offiziere, der Unteroffiziere und der Mannschaften im vollen Umfange anzuerkennen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marwan-Schlosser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst will ich Herrn Abgeordneten Kittl sagen, daß auch wir anerkennen, daß unsere Soldaten einsatzbereit und einsatzwillig sind; dies haben wir in unsere Überlegungen durchaus einbezogen. Wir kritisieren ja nicht die Leistungen der Truppe, sondern diese Regierung, die der Truppe nicht gibt, was die Truppe braucht. Das Wort „Demontage“ — wenn dieses Wort fällt, meine Herren — zitieren wir meist aus Artikeln. Wenn wir es selbst gebrauchen, dann

Marwan-Schlösser

meinen wir damit lediglich, daß diese SPO-Regierung dem Heer nicht gibt, was das Heer braucht, um effektiv einsatzbereit zu werden. Der Beweis dafür ist das vorliegende Budget, welches völlig ungenügend ist: Man gibt dem Heer nicht, was es benötigt.

Auch das Kapitel Militärische Angelegenheiten ist in ein Grundbudget und in ein Konjunkturausgleichsbudget geteilt; letzteres spaltet sich in die Stabilsierungsquote und in das Konjunkturbelebungsprogramm. Gerade bei den der Landesverteidigung zugesprochenen Mitteln kann man nur sagen: viele Titel, aber sehr wenig Mittel. Doch der Herr Verteidigungsminister ist zufrieden, er hat fast alles bekommen, was er wollte. Er kommt damit aus — so ähnlich äußerte er sich im Budgetausschuß, und das in einer Zeit, in der er nachweislich an die Soldaten keine Bergschuhe und für die Truppenübungen kaum Regenschutzkleidung ausgeben lassen kann.

Wir leben seit Wochen in einer Zeit, da unsere Bevölkerung nach einer verstärkten Sicherheitspolitik verlangt. Nicht nur die Terrorfälle, auch der vierte Israelfeldzug müssen uns ernstlich daran mahnen, daß auch ein Kleinstaat für seine Sicherheit gerüstet sein muß. Gerade jetzt ist das Verständnis der Bevölkerung dafür gegeben, daß man nicht nur für die soziale Sicherheit etwas tun muß, sondern auch für die staatliche Sicherheit. Es stellt sich doch jeder Österreicher die Frage: Kann ich mich sicher fühlen?

Die militärische Landesverteidigung ist ein Teil unserer Sicherheitspolitik; auch sie kostet Geld. Nur gibt man für sie sehr wenig in diesem Budget aus. Gerade auf diesem Gebiet unserer Sicherheitspolitik hat die Sozialistische Partei aus rein wahlopportunistischen Überlegungen Maßnahmen gesetzt, deren Folgen dazu führen, daß in der Presse des öfteren von einer Demontagearbeit gesprochen wird.

Herr Abgeordneter Zeillinger will unsere Warnungen vor der schlechten und unzulänglichen SPO-Wehrpolitik umfunktionieren. Ich stelle daher ausdrücklich fest, daß wir die Bemühungen des Heeres, also unserer Soldaten, voll anerkennen und hochschätzen.

Ich erkläre namens meiner Partei: Die ÖVP tritt nach wie vor für eine effektive Landesverteidigung ein. Gerade das aber darf uns nicht daran hindern, die Fehler der SPO-Regierung aufzuzeigen und das zu fordern, was das Heer wirklich braucht, um seine Aufgabe erfüllen zu können. Zeillinger tut sich allerdings jetzt schwer, weil er doch der Reform zugestimmt hat; also kann er wegen Befangenheit keine echte Kritik üben.

Nun betreibt die SPO die Haltet-den-Dieb-Politik. Ich halte Herrn Abgeordneten Czernetz ansonsten für einen ernst zu nehmenden Politiker, aber in Sachen Landesverteidigung zeigt er sich zumindest falsch orientiert. In seiner außenpolitischen Rede vom 5. Dezember machte er zwei Aussagen, die völlig falsch und unwahr sind. Laut stenographischem Protokoll sagte er wörtlich: Erstens: Ich stelle fest, daß die Bereitschaftstruppe gegenwärtig 15.000 Mann stehen hat. Zweitens: Im Jahre 1968, in der Tschechenkrise, war nichts da, gar nichts.

Beides ist unrichtig, Herr Abgeordneter Czernetz. Sie bedienen sich da einer SPO-Sprachregelung, einer SPO-Propagandawalze, die aus der Feder eines Propagandachefs stammen könnte. Die Wahrheit über den Tschechenkriseneinsatz ließe sich sehr rasch finden, wenn man nur wollte, denn man brauchte nur die Standesmeldung vom 22. August 1968 auszuheben. Doch das tut man ganz offensichtlich nicht, man behauptet einfach: Nichts war da, gar nichts!

Ich habe hier die Standesmeldung von zwei damals eingesetzten Einsatzbrigaden. Das ist ein Geheimnis, ich sage daher nur: Die eine Brigade wies 90 Prozent, die andere 80 Prozent ihrer Friedensstärke aus. Diese Brigaden waren — das unterstreiche ich — nach Alarmierung einsatzbereit. Es mußte also kein einziger Reservist mobil gemacht werden. Heute, nach dreijähriger SPO-Regierungszeit, pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß kein einziges Kampfbataillon einsatzbereit ist. (*Abg. Mondl: Das ist eine Lüge! Wir haben niemals mobil gemacht! Du träumst von der Mobilmachung!*) Wenn man das sagt, ist es kein Hochverrat, wie dies einmal ein Reporter schrieb. Die Beweise hierfür liegen vor den Augen der gesamten Öffentlichkeit zutage.

Erstens: Als es in der Steiermark Hochwasser gab, mußte mobil gemacht werden; das ist allgemein bekannt.

Zweitens: Der Herr Verteidigungsminister gab mehrfach zu, daß er im Krisenfall mobil machen muß, wenn er Truppen einsetzen will.

Drittens: In der Anfragebeantwortung 115/A.B. aus 1972 heißt es: „Die bisherige Einsatzbereitschaft ging weitgehend verloren.“ (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Maleta: Ich bitte, meine Herren, sich zurückzuhalten. Es kann sich ja jeder zum Wort melden. (*Abg. Dr. Bauer: Da braucht der Herr Mondl nicht „Lüge“ zu sagen!*) Danke vielmals für die Aufklärung.

Abgeordneter **Marwan-Schlosser** (*fortsetzend*): Es könnte das Heer im Falle einer Krise nicht mehr in der Weise aufgeboden werden, wie das im Jahre 1968 noch der Fall war. — Das ist die Wahrheit. 1968 gab es eine stets einsatzbereite Truppe, heute, 1973, nach dreijähriger SPÖ-Regierung, nur noch Mobilmachung.

Dazu aber noch eine ganz wichtige Hinzufügung: Die heutzutage mobilmachungsfähigen Verbände bestehen aus Soldaten aus der Zeit vor 1970. Die nach 1970 ausgebildeten Soldaten können noch nicht mobil gemacht werden.

Nun zur zweiten falschen Behauptung des Abgeordneten Czernetz. Er sagte, daß gegenwärtig 15.000 Mann Bereitschaftstruppe stehen. Es mag sein (*Abg. Mondl: Warum sind sie denn schlechter geworden, wenn es die gleichen waren?*), daß man 15.000 Mann der Bereitschaftstruppe zuzählt, es mag auch sein, daß sie schon stehen können, aber kämpfen, also uns verteidigen, können sie nicht. Einzelkämpfer und Gruppenkämpfer sind ausgenommen. Aber den Kampf im Verband und den Kampf der verbundenen Waffen beherrschen sie nicht.

Auf einen Nenner gebracht: Den Sozialisten ist es tatsächlich gelungen, das Heer zu seinem derzeitigen Zustand zu führen. Diese Aussage muß man als verantwortungsbewußter Politiker hier im Hohen Hause machen. Man kann sich nicht in die Tasche lügen, man kann nicht sagen und dazu lächeln: Alles ist in Ordnung, reden wir nicht darüber!

Diese meine Feststellung ist kein Vorwurf gegenüber unseren Soldaten. Sie können nichts dafür, sie geben — das wiederhole ich noch einmal — ihr Bestes. Dieser mein Vorwurf richtet sich gegen die SPÖ-Regierung, und der in erster Linie Anzuklagende heißt Dr. Kreisky.

Des Gesamtbeweises wegen muß ich hier einige Fakten in Erinnerung bringen:

Erstens: Es warnten alle Experten vor einer übereilten Einführung der sechsmonatigen Dienstzeit. Man muß sie gewissenhaft vorbereiten und schrittweise zu ihr überleiten.

Zweitens: Es warnte die Bundesheer-Reformkommission den Kanzler. Doch der Politiker Kreisky kanzelte die Kommission als irrelevant ab.

Drittens: Es warnte Generaltruppeninspektor Fussenegger. Er wandte sich an Regierung und Parlament mit den Worten: „So ausgebildete Soldaten würden im Einsatzfall nichts weiter als Kanonenfutter sein.“ — Doch den Wahlstrategen Kreisky ließ dies kalt.

Viertens: Es warnten zuerst 1700 Offiziere, dann fast alle aktiven Offiziere. Sie schrieben: „Aus unserer Mitverantwortung heraus halten wir es für unsere Pflicht, Sie als die gewählten Volksvertreter auf die folgenschweren Konsequenzen der vorliegenden Wehrgesetznovelle aufmerksam zu machen.“ Doch Kreiskys Volksvertreter blieben auf Demontagekurs vergattert.

Fünftens: Es warnten 77 frisch ausgemusterte Leutnants und wandten sich an den Herrn Bundespräsidenten. Das war keine verpöpten Generale, die nicht umdenken wollen — wie es die Sozialisten beleidigend sagen —, das waren begeisterte, leistungsbereite junge Fachleute.

Meine Partei warnte immer wieder vor überhüdeltem Handeln. Sie blieb bei ihrer staatsbewußten Verantwortlichkeit trotz des Wahlausganges vom 1. März 1970. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie blieb vertragstreue gegenüber Staatsvertragsverpflichtungen und dem Neutralitätsgesetz.

Wir warnten während der Parteienverhandlungen über die Wehrgesetznovelle. Wir legten unsere Vorschläge zu Beginn der Verhandlungen auf den Tisch. Die SPÖ hat keinen Lösungsvorschlag vorgelegt. Der Kanzler beilegte sich, die Verhandlungen abubrechen; am 18. Februar 1971 erklärte er die Verhandlungen als „gescheitert“.

Die Wehrgesetznovelle 350 der Beilagen wurde mit Datum 2. 3. 1971 vom frischgebackenen Verteidigungsminister Lütgendorf als Regierungsvorlage eingebracht. Sie wurde angeblich nicht im Ministerium zusammengebraut. Wo dann, frage ich mich. Sie hatte 40 Ziffern. Während der Verhandlungen im Landesverteidigungsausschuß brachten die SPÖ und die FPÖ 51 Abänderungsanträge ein. Zum Schluß war die Regierungsvorlage völlig umkrepelt.

Wir sagten immer wieder: Zuerst muß man das Fundament schaffen, bevor man die Mauern umbauen kann. Wir sagten: Jeder Industriebetrieb besorgt zuerst das Fachpersonal, die Maschinen, das Material, bevor er auf einen neuen Produktionszweig umschaltet.

Ich wiederhole hier die Gründe, warum wir damals der SPÖ-FPÖ-Novelle nicht zustimmen konnten. Nicht, weil wir gegen die sechs Monate waren, Herr Abgeordneter Mondl, sondern wir verlangten:

erstens: die gesetzliche Sicherstellung von 15.000 Mann Bereitschaftstruppe;

zweitens: mehr und wirksamere Anreize für Freiwillige;

Marwan-Schlosser

drittens: die Bildung eines Reservekadets ist sicherzustellen.

Alle diese drei Punkte hat die Vorlage, dieses Gesetz, nicht erfüllt, der Beweis dafür ist heute erbracht.

Doch Kanzler Kreisky wollte Neuwahlen. Er hatte keine Zeit zum Verhandeln, er drängte damals auf Abstimmung. Es mußte im Husch-Pfusch-Verfahren die Wehrgesetznovelle durchgepeitscht werden. Wir konnten die kleine Koalition SPÖ-FPO daran nicht hindern. Im Juli 1971 wurde das unausgegorene Demontagegesetz mit den Stimmen der SPÖ und der FPO beschlossen.

Am 10. Oktober hatte Dr. Kreisky seinen Wahlsieg. Er bestieg mit knappster Mehrheit alle Ministersessel; die FPO schickte er in den Talon. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Knappste Mehrheit! Der Herr Abgeordnete Kreisky hat einmal gesagt: Wer nicht mindestens sieben Mandate oder mehr Mehrheit hat, ist eine Pfuscherregierung. Das hat der Herr Kreisky gesagt! Wenden Sie sich an ihn und lassen Sie sich von ihm aufklären.

Seitdem spielt Dr. Kreisky sein parteipolitisches, sein wehrpolitisches Schachspiel weiter. Er zog sich willfähige Bauern, er schob sie auf sein politisches Schachbrett. Doch die vier Gruppenbefehlshaber, mit dem Generaltruppeninspektor an der Spitze, mußten am 6. Dezember 1971 ihr „Unmöglich — weil ...“ gegen die Truppengliederung 1972 in den Raum stellen. General Bach trat zurück.

Wie sagte doch Abgeordneter Czernetz am 5. Dezember wörtlich: „Aber bitte — Sie werden sicherlich wissen, daß diese Reorganisation“ — er meinte des Bundesheeres — „in Durchführung ist, daß wir“ — also die SPÖ — „uns verlassen auf Berufsoffiziere und einfach nicht hinschauen, aus welchem Lager sie kommen.“ — Darauf paßt nur ein Sprichwort: Da lachen sogar die Hühner!

Inzwischen deckte die Zeit auf:

Erstens: Die von uns vorausgesagte Demontage ist nicht mehr zu vertuschen.

Zweitens: Stimmen aus dem Ausland wurden laut. Verteidigungsminister Schmidt, finnische Generale, Schweizer Politiker und so weiter äußerten sich.

Drittens: Der Israel-Feldzug zog über Nahost. Trotz Entspannungspolitik, trotz Sicherheitskonferenz und Abrüstungsgesprächen fordert man: Stark bleiben und sich nicht erpressen lassen!

Wieso, wann, wie weit und wodurch dem Kanzler Bedenken aufsteigen, ist wohl sehr schwer zu ergünden. Wie schrieb doch Her-

mann Stöger im „Kurier“: „Es wäre wirklich wünschenswert, wenn man einmal wirklich wüßte, was der Kanzler wirklich meint, wenn er etwas vor der Öffentlichkeit sagt.“ Herr Abgeordneter Kittl: Veranstaltungen und Reden sind leider kein Beweis für eine effektive Landesverteidigung. Eines der Echos, über die wir reden, werde ich nachher zitieren.

Showmaster Dr. Kreisky — bitte, der Ausdruck stammt nicht von mir — bediente sich, als ihm die Bedenken aufgestiegen waren, nun zweier Schaubühnen:

Erstens der Bühne des Verteidigungsrates. Als Kulisse diente einem erweiterten Landesverteidigungsrat die alte kaiserliche Burg zu Wiener Neustadt. Dort monologisierte Doktor Kreisky die Lage. Neu daran war nur, daß sie aus Kreiskys Mund kam.

Das zweite Bühnenstück spielte in der Hofburg zum Staatsfeiertag. Kreisky wandte sich an Volk und Ausland mit seinem Sprechstück: „Volk und Landesverteidigung.“

Dieter Lenhardt vom „Kurier“ kommentierte kurz, klar, unabhängig: „Die Frage bleibt also: Wo ist das Wecksignal, das mehr wäre als eine bemerkenswerte Kanzlerrede?“

Das vorliegende Budget ist beileibe dieser Weckruf nicht. *(Abg. Pay: 800 Millionen mehr, Herr Marwan!)* Aber Dr. Kreisky hat also bemerkenswert über die Landesverteidigung geredet. Er will ja auch keine Soldaten vergrämen.

Kanzler Kreisky redet also als Kanzler-Dampf-in-allen-Gassen. Er gibt lächelnd zu: Er ist völliger Laie in Fragen der Landesverteidigung. Aber er mischt sich hinein, er mischt die Karten. Er verhindert, daß die von ihm berufenen Fachleute die gesetzlichen Aufträge erfüllen können.

Und was macht General Lütgendorf? Minister Lütgendorf mußte seit langem die Husch-Pfusch-Wehrgesetznovelle novellieren. Er hat dies auch angekündigt. Übrigens: Er hat schon viel angekündigt!

Einen 43-Punkte-Reformplan, eine Wehrdoktrin, einen Psychoplan, ein Landwehrkonzept, Abfangjäger, „Gebe alte Kasernen für neue“, Wien als offene Stadt, 7 Prozent vom Gesamtbudget und vieles andere mehr.

Doch wenn man ihn fragt, wie weit es mit diesem oder jenem Plan stehe, dann bekommt man als Antwort: Es wird noch daran gearbeitet, es wäre nicht sinnvoll, jetzt schon etwas davon herzuzeigen.

Nachdem Sie, Herr Minister, so gerne Studiengruppen studieren lassen, stelle ich an Sie die konkrete Frage, die ich Sie bitte mir

Marwan-Schlosser

zu beantworten: Aus den Berichten über den vierten Israel-Feldzug war zu entnehmen, daß eine Reihe neuer Waffen zum Einsatz gekommen sind. Da hieß es in einem Blatt: „Erste Analysen zeigen, wie wichtig Kleinraketen im Kampf gegen Panzer und tief-fliegende Jagdbomber sind.“

Ich frage Sie daher: Haben Sie eine Studien-gruppe eingesetzt, die sowohl die Kampf-führungsgrundsätze wie die Erfahrungsbe-richte studiert, insbesondere aber die Wirkung der neu eingesetzten panzerbrechenden Waf-fen und Luftabwehrwaffen, im besonderen der oben erwähnten Kleinraketen, und wie weit diese für die österreichische Rüstung inter-essant wären?

Zweitens: Ich habe allerdings mit Ihren Antworten nicht immer wahre Freude. Da habe ich Sie anlässlich der Beratungen im Bud-getausschuß gebeten, daß Sie mir Einsicht in die vor langer Zeit angekündigte Studien-arbeit über ein Berufsheer gewähren.

Ich möchte an dieser Stelle einfügen: Ich wurde vom Abgeordneten Steininger gefragt, was ich über das Berufsheer geäußert hätte. Ich kann ihm nur antworten: gar nichts. Denn dieses Wort habe ich niemals in diesem Zu-sammenhang in den Mund genommen, son-dern ich habe immer erklärt, daß es eine Freiwilligentruppe sein solle und sein könne, denn im gegenwärtigen Gesetz, das Sie ge-macht haben, ist ja schon eine Freiwilligen-truppe. Wenn Sie Freiwillige hätten, dann wäre diese Truppe jetzt schon da. Nur in die-ser Richtung habe ich mich geäußert.

Der Herr Minister beantwortete mir die Frage, ob ich eine Studie über das Berufsheer bekommen würde, mit Ja. Über Erinnerung wurde mir nun eine „Studie“ von eineinhalb Seiten zugesandt. Eineinhalb Seiten!

Da ich nicht ernstlich annehmen kann, daß dies die ganze Studie ist, frage ich Sie heute nochmals, Herr Minister:

Sind diese eineinhalb Seiten wirklich die ganze derzeit vorhandene Studie?

Wenn nein, warum haben Sie mir nicht die anderen Unterlagen zusenden lassen?

Sind Sie bereit, falls doch eine Studie vor-liegt, mir diese umgehend zur Einsicht geben zu lassen?

Herr Minister! Der Abgeordnete Moser fragte Sie anlässlich der Budgetausschußsitzun-gen nach dem Landwehrkonzept. Er bekam als Antwort: „Noch nicht fertig, ist in Arbeit!“ Und das, obwohl die Landwehr doch der Schwerpunktgrund für die sozialistische Wehr-rechtsreform war und seit Beschlußfassung

derselben zweieinviertel Jahre vergangen sind. Dazu kann man nur sagen: „Unglaublich, wie da gebrodelt wird.“

Ich richte daher eine weitere konkrete Frage an Sie, Herr Minister! Wenn schon die Arbeit am Landwehrkonzept nicht fertig ist, sind Sie bereit, mir wenigstens in groben Umrissen zu sagen, was dieses enthalten soll, was es ent-halten wird?

Inzwischen kracht die Landwehr in allen Fugen. Sie bekommt kaum Rekruten. Sie hat kaum Ausbilder. Sie hat fast nur Systemerhal-ter.

Herr Minister! Eine Fülle von Problemen haben sich aufgestaut. Sie harren darauf, einer Lösung zugeführt zu werden. Daß sie noch nicht gelöst sind, ist — schlechthin gesagt — skandalös.

Sie haben Wesentliches nicht erledigt. An-statt Ihre Ministerverantwortlichkeit wahrzu-nehmen, reisen Sie im Ausland herum! (*Abg. Pay: War der Dr. Prader nie im Ausland? Das ist ja lächerlich!*) Innenminister Rösch bemerkte zu einer dieser Reisen, solange er Innenminister ist, würde er das Gebiet der Republik Österreich nicht verlassen. Wenn eine Inspektion notwendig ist, werde er einen dafür zuständigen Herrn schicken. — Sie, Herr Minister, sind viel im Ausland unterwegs.

Herr Minister! Wie sind Sie erreichbar, wenn Sie unterwegs sind? Wieso und warum konnte man Sie in jenen kritischen Stunden nicht erreichen, als wegen der Geiselnahme in Schwechat der Ministerrat zu einer außer-ordentlichen Sitzung zusammentrat? In jenen kritischen Stunden für Österreich waren Sie ganz einfach nicht zu erreichen!

Herr Minister! Wieso waren Sie in jener Krisensituation nicht erreichbar? Ich möchte nicht mißverstanden werden: Ich frage nicht, wo Sie waren, ich frage lediglich, wieso Sie nicht erreichbar waren! Wo Sie waren, kann jedem Österreicher egal sein. Nicht egal aber kann sein, daß Sie in einer Krisensituation nicht auffindbar sind.

Ich richte auch an den Herrn Bundeskanzler die Frage: Was hat der Herr Bundeskanzler unternommen? Ist künftighin sichergestellt, daß die Mitglieder dieser Bundesregierung in einem plötzlich eintretenden Krisenfall jeder-zeit erreichbar sind?

Ist auch sichergestellt, daß nicht die gesamte Bundesregierung im Handstreich oder durch eine Terroraktion in ihrer Gesamtheit außer Gefecht gesetzt werden kann? Bitte da ja nicht lachen; solche Sachen sind bezüglich höherer Stäbe leider schon vorgekommen.

Marwan-Schlosser

Ich frage den Herrn Bundeskanzler, was und wie hierfür vorgesorgt wurde. Ich erwarte heute keine Antwort vor dem Plenum. Aber als Obmann des Verteidigungsausschusses erwarte ich einen Bericht, den ich in einer vertraulichen Sitzung des Landesverteidigungsausschusses behandeln lassen kann.

Und nun zu Wöllerdorf. Ich habe Sie, Herr Minister, im Laufe der Budgetausschüßberatungen gefragt, warum Sie ausgerechnet die Babenbergerkaserne in Wöllersdorf als Wartelager für die Emigranten aus Rußland zur Verfügung gestellt haben. Dieses Objekt, das niemals Anhaltelager war, ist doch nur mit erheblichem Aufwand zu sichern. Am meisten gefährdet werden die Insassen dieses Wartelagers sein; natürlich auch dessen Anrainer.

Sie haben mir zur Antwort gegeben, daß Sie in den späten Abendstunden des 6. November zu einer Besprechung zum Innenminister gebeten worden wären. Innenminister Rösch hätte von Ihnen „spezifisch“, so sagten Sie wörtlich, hätte also von Ihnen „spezifisch“ die Kaserne Wöllersdorf verlangt. Sie hätten daraufhin dem Flughafen näher gelegene Kasernen angeboten. Doch die endgültige Entscheidung wäre am Freitag, dem 9. November gefallen, und Sie hätten die Babenbergerkaserne räumen müssen.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Mußten Sie gehorchen? Wem mußten Sie gehorchen? Warum konnten Sie als ein Minister, der für die Sicherheit in und für Österreich gemäß Bundes-Verfassungsgesetz und gemäß § 2 des Wehrgesetzes mitverantwortlich ist, Ihre Bedenken nicht durchsetzen? Ihre Bemerkung, daß Fragen der Sicherung der Kasernanlage nicht in die Beurteilung Ihres Ministeriums fallen, halte ich glatt für eine Flucht aus Ihrer Mitverantwortung für die Sicherheit unseres Landes und unserer Bevölkerung.

Zu Ihrem angestammten Ressort zurück. Die Bereitschaftstruppe hat keine Freiwilligen, die Landwehr keinen Kader. In dieser Situation bringt der Landesverteidigungsminister keine Regierungsvorlage zustande. Da springen Abgeordnete der SPÖ ein. Diese legen an Stelle des Ministers statt einer Regierungsvorlage einen Initiativantrag mit ganzen acht Punkten vor. Bei der Behandlung desselben im Verteidigungsausschuß brachten die Sozialisten zu ihrem eigenen Antrag mit acht Ziffern gleich elf Abänderungs- und Zusatzanträge ein. Es war das gleiche Husch-Pfusch wie seinerzeit beim SPÖ-Stammgesetz. Und da soll jemand zustimmen, das soll man mitverantworten? Noch dazu, wo wir als Oppositions-

partei trotz oftmaligen Verlangens seit Jahren keinen Bericht über den Zustand des Heeres erhalten?

Uns zeichnet sich die Lage des Heeres eben so ab — wir können ja nur Äußerungen Verantwortlicher aus der Presse entnehmen und uns erläutern lassen —, so hören wir: Als General Spannocchi Armeekommandant wurde, sagte er: „Wir fangen ja am 1. Juli 1973 praktisch mit Null an“.

„Dialog“ schrieb in seiner Nummer 3: „Kreisky drückte die Verkürzung des Wehrdienstes von neun auf nur sechs Monate durch und demonstrierte dadurch die Armee bis zur Nutzlosigkeit.“

Die „Kronen-Zeitung“ vom 1. November 1972 schreibt: „Daß das Bundesheer eine Krise durchzumachen hat, ist kein Geheimnis. Wie schlecht es allerdings um unser Heer wirklich bestellt ist, das geht aus einem am Dienstag von der Aktion Landesverteidigung veröffentlichten Zahlenmaterial hervor.“

Dem Parlament aber versagt man jegliche Auskunft! Minister und die SPÖ verhindern hier eine Aufklärung des Hauses, damit wir uns kein Bild über den wahren Zustand des Bundesheeres machen können. Wenn einst Minister Prader so gehandelt hätte! Er wäre in fast jeder Haussitzung unziert behandelt worden!

Wie ist die Lage im Heer also wirklich? Ein General skizzierte sie mir gegenüber kurz, prägnant: Wir haben Stäbe, aber keine Bataillone, wir haben Kurzdienster, aber keine Freiwilligen, wir haben Reservisten, aber kein Kaderpersonal für sie.

Ich kenne die Stimmung einiger Offiziere um Spannocchi. Sie wollen außerhalb des Parteienstreites stehen und in Ruhe arbeiten. Das möge und muß für sie so sein!

Für mich als Politiker zeichnet sich meine Aufgabe anders ab. Für mich ist „weiterdienen“ allein keine Richtschnur für meine verantwortungsvolle Tätigkeit als Abgeordneter dieses Hauses.

Abgeordneter Steininger meinte: Egal, ob die Bereitschaftstruppen 5000, 10.000 oder 15.000 Mann haben. — Das ist eben nicht egal, meine Herren von der linken Seite! Wer soll eine Mobilmachung sichern, wenn keine Bereitschaftstruppe steht? Ich kann nur warnen, und ich muß dort reden, wo man dem Heer von der Gesetzgebung her nicht das gibt, was es braucht, um seine Aufgabe erfüllen zu können. Wenn ich an der Regierung Kritik übe — das wiederhole ich —, dann ist es keine Kritik an den Soldaten!

Marwan-Schlosser

Wie also zeichnet sich die Lage des Heeres noch ab: Die Masse der Rekruten bekommt die Bereitschaftstruppe. Sie braucht, wenn sich keine Freiwilligen oder Durchdiener melden, pro Jahr 30.000 Mann. Als Systemerhalter werden die restlichen 10.000 Rekruten benötigt, für die Landwehr verbleiben Null Komma Josef Rekruten.

General Duic nimmt in der „Österreichischen militärischen Zeitschrift“ kritisch zum Thema „Landwehr und Miliz“ Stellung. Er spricht darin vom „Scheitern des Kampfes gegen den Leerlauf“. Ein General, der es wissen muß. Er spricht vom Scheitern des Kampfes gegen den Leerlauf! Dann sagt er, daß neben dem Bedarf für die Bereitschaftstruppe und die Systemerhalter „kaum Wehrpflichtige für die Landwehr übrigbleiben“. Und General Duic muß es doch wissen.

Die „Kleine Zeitung“ vom 30. Juni 1973 schreibt unter dem Titel „Der Ruinenkommandant“: „Fast 25.000 junge Österreicher werden jährlich nur deshalb eingezogen, um Erdäpfel zu schälen, Dienstwagen zu chauffieren, verrottetes Material zu bewachen, Telefongespräche zusammenzustöpseln oder in irgendwelchen Kanzleien Stundenfresser abzuschneipeln!“ (*Ruf bei der SPÖ: Das haben sie unter Prader nicht machen müssen!*)

Daß dem so ist, sagen uns oftmals die Soldaten, die anlässlich der Kontaktgespräche hier im Hause mit uns diskutieren!

Der Herr Abgeordnete Kittl hat vorhin gemeint, die Soldaten sagen, daß es bestens wäre und es keinen Leerlauf gäbe. Herr Abgeordneter Kittl, ich stelle fest: Sie waren erst zweimal bei solchen Kontaktgesprächen. Wir anderen aber, die bereits an 115 Kontaktgesprächen beteiligt waren, kennen die wirkliche Stimmung und kennen die Aussagen der Rekruten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Für mich stellt sich die Frage, ob eine solche angebliche Ausbildung nicht Mißbrauch der Wehrpflicht ist. Unsere Jungen haben die Pflicht, im Falle eines Falles ihr Vaterland mit der Waffe in der Hand verteidigen zu müssen. Ihnen aber steht das Recht zu, eine gute, solide Ausbildung zu erhalten; eine Ausbildung, die sie in die Lage versetzt, schießen und kämpfen zu können, eine Ausbildung, die ihnen Überlebenschancen bietet, eine Ausbildung, die sie nicht als reines Kanonenfutter auf das Schlachtfeld wirft!

Eine Verwendung als Schreiber, Graszupfer, Autoputzer und Kartoffelschäler ist dazu nicht geeignet. Aber gerade das müssen jährlich mehr als 10.000 unserer Jungen tun, dazu werden sie durch diese SPÖ-Regierung mißbraucht.

Unsere Kritik an diesem lückenhaften System ist kein Krankjammern! Unsere Kritik muß diese Regierung wecken, denn unser Volk verlangt mehr denn je nach einer soliden Sicherheitspolitik!

Jetzt, da der Verteidigungshut brennt und die Stahlhelme glühen, die Verteidigungsmuffen unüberhörbar pfeifen und klappern, sucht die SPÖ nach Lösungen.

Als erste Maßnahme kehrte sie zum viermaligen Einrückungsterminsystem aus Praders Zeiten zurück.

Zum zweiten bemüht man sich, Durchdiener zu bekommen, weil es so gut wie keine Freiwilligen gibt! Eine mit Durchdienern besetzte Bereitschaftstruppe ist aber gar nichts anderes als die seinerzeit so verteilte und abqualifizierte Prader-Truppe; nur mit gewaltigen Nachteilen ausgestattet: Man dient anstatt achteinhalb Monate nur acht Monate.

Diese Bereitschaftstruppe kostet viel, viel mehr Geld, da das Durchdienen hoch honoriert wird. Die Durchdiener stehen im Frieden dem Reserveheer nicht mehr zur Verfügung. Da kann man sich nur fragen: Warum eine schlechtere und teurere Lösung? Wofür soll sie gut sein?

Wie, so lautet für mich die Frage, soll es nun weitergehen? Unsere primäre Aufgabe als Oppositionspartei ist es, diese Regierung zu kontrollieren! Wir haben ihre Fehler aufzuzeigen! Das tun wir!

Es erhebt sich natürlich die Frage, wie wir es besser machen würden. Dazu ist zu sagen, daß wir zuallererst einmal eine klare Übersicht bekommen müssen! Diese hat man uns arrogant und überheblich bisher verweigert. (*Abg. Pay: 15 Jahre habt ihr es nicht gehabt!*) Herr Abgeordneter Pay, der Herr Minister Prader hat 1966 einen ganz dicken zweibändigen Situationsbericht über das Bundesheer dem Hause vorgelegt. Er wurde lange beraten, aber leider nicht beschlossen. (*Abg. Pay: Wir haben ihn noch!*) Es erhebt sich natürlich die Frage, wie man es besser machen kann.

Wir sind nach wie vor für eine funktionsfähige militärische Landesverteidigung. Wir stehen ehrlichen Bemühungen um ein Herauskommen aus der Krisensituation unseres Heeres positiv gegenüber. Voraussetzung aber ist, daß es sich um eine ehrliche Anstrengung handelt, die auch wirksam ist.

Der uns vorgelegte Mondl-Antrag erfüllt diese Forderung nicht. Auch das vorliegende Budget ist kein Weckruf in Richtung Hilfe für das Heer! Daher lehnen wir das Budget ab! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kriz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kriz (SPO): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser, ich darf Ihnen jetzt etwas sagen: Kritiker der Landesverteidigung hat es und wird es in den freien Ländern der Welt immer geben. Aber was Sie hier heute gebracht haben — Sie sehen zu schwarz. Es ist ja klar, es liegt in der Natur der Sache, daß diese Hälfte schwarzreden, schwarzmalen, schwarzsehen muß. Aber das ist ja zutiefst schwarz, das nimmt Ihnen keiner mehr ab! (*Abg. Marwan-Schlosser: Die Wahrheit paßt euch nicht!*)

Es ist schon bedenklicher, wenn der Herr Bundesparteiohmann Dr. Schleinzer, der leider jetzt nicht mehr da ist, bei allen möglichen Gelegenheiten immer wieder sagt, die österreichische Verteidigungspolitik sei gescheitert. Wenn er da wäre, müßte ich ihm sagen, er irrt, er irrt gewaltig.

Die Heerespolitik — Herr Minister Prader, jetzt an Sie ein Wort — war auch unter Ihnen nie den gegebenen Verhältnissen angepaßt. Wenn Sie, und erst zuletzt in Mautern, in meinem Bezirk, immer wieder von einem Pleitesystem sprechen — bitte, ich habe die Zeitungsnachrichten, wenn Sie glauben, daß es nicht wahr sein sollte, gebe ich Ihnen die Zeitung —, dann müssen Sie selbst, geschätzter Herr Minister, vor der eigenen Tür kehren. Da gebe es meines Erachtens noch sehr viel Schutt wegzuräumen.

Wir benötigen, und das haben wir immer wieder gesagt, für Österreich ein maßgeschneidertes Bundesheer. Eine Armee, die nicht versteinern will, muß sich der sie umgebenden und tragenden Gesellschaft, die sich wandelt, anpassen. Sie können sich darauf verlassen, ob Sie wollen oder nicht, meine Damen und Herren der ÖVP: Wir kommen mit der Heeresreform über alle Runden, und wenn es zwölf Runden werden sollten! Es wird für die Wehrstrategen der ÖVP (*Zwischenruf des Abg. Marwan-Schlosser*) — hören Sie gut zu, Herr Marwan-Schlosser! — nicht einmal ein Punktesieg heraus schauen, das kann ich Ihnen jetzt schon prophezeien! Letzten Endes werden wir mit unserer Reform einen K.-o.-Sieg über Sie erringen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie brauchen nicht zu lachen. Warten Sie ab, und dann werden Sie sehen! Darf ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten Feldmarschall Conrad von Hötzendorf zitieren, der einmal über das Wesen der militärischen Ausbildung sagte: „Der Inhalt steht über der Form, der Geist über der Materie, das Erziehen über dem Abrichten, die Überzeugung über dem Zwang.“ (*Ruf bei der ÖVP: Aber wenn der*

Geist abgeht, was machen wir dann?) Den Geist haben wir, darüber brauchen Sie sich nicht den Kopf zu zerbrechen.

Ost und West suchen neue Wege für eine internationale Verständigung. Dies war nun klar erkennbar bei der jetzigen Nahostkrise. Die Staaten des Warschauer Paktes haben unterrichteten Kreisen zufolge erst vor kurzem in hier in Wien mit der NATO geführten Verhandlungen über den Truppenabbau in Mitteleuropa einen konkreten Plan für eine phasenweise Verminderung der Streitkräfte von 1975 an vorgelegt. Für unsere anerkannte immerwährende Neutralitätspolitik jene positive Begleiterscheinung, die wir nur begrüßen können. Es darf nicht übersehen werden, daß uns gerade die immerwährende Neutralitätspolitik zur Landesverteidigung verpflichtet.

Hohes Haus! Ich glaube, ohne Bereitschaft zu allen zumutbaren Verteidigungsaufgaben würde Österreich die von ihm übernommene Verpflichtung verletzen. Jedem Kenner der Geschichte der Arbeiterbewegung kann nicht entgehen, daß Friedrich Engels bereits den rein militärisch-technischen Problemen größtes Interesse entgegengebracht hat. Auch unser hochgeehrter verstorbener Bundespräsident Körner, der 1934 in Generalsuniform vom Austrofaschismus eingekerkert wurde, wird uns stets ein Vorbild im militärischen Denken sein.

Natürlich — und das wird von uns nicht bestritten —, in der Umstrukturierung ist derzeit unser Heer etwa bei einem Krisenfall nur bedingt einsatzfähig. Dies war aber auch unter Dr. Prader nicht viel besser, das muß ich Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser.

Am 22. November hat hier im Parlament wieder ein Kontaktgespräch zwischen Abgeordneten und Soldaten des Bundesheeres stattgefunden. Und da möchte ich jetzt auf das antworten, was Sie hier gebracht haben hinsichtlich einer Hilfestellung von seiten des Bundesheeres bei Katastrophenfällen. Dabei wurde, offenbar in polemischer Weise, die seinerzeitige Teilmobilmachung als Grund dafür angeführt, daß mit der Wehrdienstverkürzung die Bewältigung einer Hochwasserkatastrophe nicht mehr möglich sei. Die Teilmobilmachung, die bei der seinerzeitigen Hochwasserkatastrophe in der Steiermark durchgeführt wurde, geschah — jetzt hören Sie bitte gut zu — ausschließlich, um einmalig und erstmalig zu erproben, wie eine solche Teilmobilmachung funktioniert. Ohne weiteres hätte auch ohne Mobilmachung mit den bestehenden Pi-Kräften alles bewältigt werden können. (*Abg. Marwan-Schlosser: Aber, aber!*) Nicht haha! Das stimmt schon! Hierzu wären wie bei früheren gleichgelager-

Kriz

ten Katastrophen einige Pi-Verbände aus Niederösterreich beziehungsweise Salzburg in den Katastrophenraum zu verlegen gewesen. Meine Herren! Dies geschah letztlich auch deshalb nicht, weil zum damaligen Zeitpunkt bei der gegebenen Wetterlage auch im Donauraum mit einer gewissen Hochwassergefahr gerechnet werden mußte und die Möglichkeit bestand, daß man auch hier die Wehrkräfte benötigte.

Für den Katastropheneinsatz war und ist unser Bundesheer jederzeit einsatzfähig. Zum Beispiel — auch wenn Sie es nicht gerne hören, weil Sie ja alles nur zerreden — hat die 3. Panzergrenadierbrigade bei den Katastropheneinsätzen vor einigen Jahren unter erschwerten Bedingungen viel für die betroffene Bevölkerung getan, unter anderem 44 lebensnotwendige Brücken gebaut. Selbst eingefleischte Gegner müssen diesen Einsatz zur Rettung von Hab und Gut unserer Mitmenschen neidlos anerkennen. Ich hoffe, daß Sie das auch tun, Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser!

Hohes Haus! Zurück zur Reform. Haben die Herren Abgeordneten der großen Oppositionspartei schon vergessen, oder darf ich Sie daran erinnern, daß der jetzige Armeekommandant General Spannocchi dem damaligen Verteidigungsminister Prader, der jetzt leider nicht mehr da ist, als wehrpolitischer Berater im Rahmen der „Aktion 20“ zu verstehen gab, man bräuchte Jahre, um einige dringende Reformen durchführen zu können? Er kam bei Ihnen mit seiner Meinung nicht durch.

Verlassen Sie sich darauf, unsere Zielsetzung, die Heeresreform, wird gelingen. Beispiele gibt es genug. Seien Sie beruhigt, wir haben echte Fakten. So hat die Unteroffiziersgesellschaft in ihrem Schreiben vom 10. Oktober 1973 — ich habe das Schreiben hier — sich zur Gänze hinter die Reform des Ministers gestellt und die enormen finanziellen Besserstellungen des Unteroffizierskorps besonders hervorgehoben und dafür dem Bundesminister die Goldene Verdienstplakette verliehen. Im Vorstand, das möchte ich besonders hervorheben, sitzt kein einziger Unteroffizier unserer Seite.

Vor einigen Monaten konnten wir uns — Abgeordneter Pölz, Haas und ich — überzeugen, daß die 3. Panzergrenadierbrigade als Teil der Bereitschaftstruppe die ihr gestellten Aufgaben mit viel Geschick meistert. Also noch kein Koch als Panzerfahrer, wie manchmal von Ihnen behauptet wird. Sie verfügt über genügend Kaderpersonal, auch das möchte ich hier sagen, und wird vom Oberst des Generalstabes Maerker und seinem Offizierskorps tadellos geführt. Er hat in seinem Verband die meisten längerdienenden Soldaten des Bundesheeres. Sein moderner Füh-

rungsstil gefällt den jungen Leuten, ein völlig neues Gefühl hat sie erfaßt, und sie haben Vertrauen — das unterstreiche ich ganz besonders — zur österreichischen Bundesregierung. Mit wenigen finanziellen Mitteln hat man Lehrsäle zu Licht- und Tonstudios umgebaut, mit der Seh- und Hörmethode hat man nachgewiesenermaßen den größten Erfolg. (Zwischenruf des Abg. Marwan-Schlosser.) Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser, Sie müssen ein bisserl lauter sein, ich höre Sie nicht, ein bisserl kräftiger! Als ehemaliger Soldat ein bisserl kräftiger! (Neuerlicher Zwischenruf.)

Militärische Lehrstoffe wurden entrümpelt. Uninteressant für den Präsenzdienster, wie sich Pulver zusammensetzt; unwichtig der Gasdruck eines Geschosses, den sowieso Präsenzdienster und Soldaten nicht ändern könnten. Wichtig ist, daß der Mann weiß, wie sein Sturmgewehr richtig bedient wird. Er braucht auch nur jene Teile des Maschinengewehres kennen, die im Schießdienst und im Notfall notwendig wären. Hat man früher auf den Exerzierdienst besonderen Wert gelegt, so nach Ihrer Art und Weise, so werden bei dieser Brigade im ersten Monat 20, später noch weniger Stunden dazu verwendet. Dekken, robben, das wird heute besonders im Exerzierdienst geübt, denn hier ist ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Überleben im Krisenfall gegeben. Marschieren oder Geländedienst macht fit, daher ist das Ausbildungsprogramm auf diese Punkte besonders ausgerichtet, auch unter erschwerten Bedingungen. Alles in allem eine zielgerechte Ausbildung.

Eine besondere Auszeichnung, meine Damen und Herren, für den zeitgerechten Führungsstil bei Berücksichtigung moderner Ausbildungsmethoden dürfte sein, daß in den letzten zwei Jahren mehr als 20 Militärattachés, die in Österreich akkreditiert sind, diesem Teil der Bereitschaftstruppe einen offiziellen Besuch abgestattet haben. Darunter waren Delegationen aus Amerika, der UdSSR, Frankreich, England, Brasilien, Südafrika und so weiter.

Der Kontakt — das möchte ich ganz besonders hervorstreichen — zwischen Offizieren und uns Abgeordneten ist einmalig und ohne größere Probleme.

Durch die gute Zusammenarbeit ist es uns auch gelungen, Millionenbeträge aufzutreiben, damit ein weiterer Unterkunftstrakt in der Raab-Kaserne in Mautern gebaut werden kann. Sie sehen also, daß wir uns wirklich bemühen. Die Baugrube — hören Sie jetzt gut zu! — wurde noch unter dem seinerzeitigen Bundesminister Dr. Prader ausgehoben. Das erkenne ich neidlos an. Das ist noch ein Verdienst des Herrn Dr. Prader. Aber dann

Kriz

konnte nicht mehr weitergebaut werden, weil auch unter Dr. Prader kein Geld da war, obwohl man die Unterkünfte für die Soldaten dringend gebraucht hätte.

In einiger Zeit werden wir so weit sein, örtlich und überregional wieder ein Versprechen eingelöst zu haben, nämlich Kasernen aus dem Ballungszentrum einer Stadt in die Randgebiete zu verlegen. Die frei werdenden Räume werden der aus den Nähten platzenden Höheren Technischen Lehranstalt Krems zur Verfügung gestellt werden.

Hohes Haus! Natürlich wird man in Zukunft den Dienst beim Bundesheer etwas lukrativer gestalten müssen. Da bin ich durchaus der Meinung des Herrn Abgeordneten Zeillinger.

Bei den Bundesheerkontaktgesprächen im Parlament ist des öfteren von den Jungmännern die Frage der Verlängerung des sonst üblichen Zapfenstreiches angeschnitten worden. Persönlich gebe ich zu, daß man als junger Mann hie und da nach 22 oder 23 Uhr in die Kaserne kommen will. Eine Lösung würde sich insofern anbieten, als man etwa als Belohnung für gute Leistungen den Jungmännern pro Monat einen Block mit Bewilligungsscheinen gibt, die zum Überziehen des Zapfenstreiches berechtigen. Beispiele gebe es deren noch viele. Global könnte man sie als Schulversuche in der Brigade bezeichnen.

Meine Damen und Herren! Ich sage noch einmal: Die Umstrukturierung des Heeres ist dringend notwendig gewesen. Als Sozialdemokraten weisen wir die seinerzeitige Äußerung des Herrn Abgeordneten Prader zurück, daß kein Krieg das Bundesheer mehr ruiniert hätte als diese Reform. Persönlich würde ich solche Äußerungen von einer derart leichtfertigen Art nie in den Mund nehmen.

Es kann uns dann nicht wundern, daß kleine Teile, aber sehr winzig kleine Teile von Offizieren, die das Gestern nicht vergessen können, solche durch nichts zu beweisende Äußerungen gerne aufgreifen und in abgeänderter Form wiedergeben.

Ansonsten hätte sich bei der Landestagung des Kameradschaftsbundes am 7. Oktober in Krems ein hoher Offizier in Uniform, der stellvertretende Militärkommandant von Niederösterreich, Oberst des Generalstabes Dadag, einer der gewesenen Adjutanten des Herrn Bundesministers Prader, nicht die Feststellung erlauben können, das österreichische Bundesheer sei von der Regierung verkauft und veratet worden.

Vielleicht teilen Sie das dem Herrn Minister Prader einmal mit. Herr Minister Prader hätte sich solche Äußerungen nie gefallen lassen. Welchen Niederschlag ein derartiger Anspruch bei Minister Prader, bei seinen Herren

und dem OAAB gefunden hätte, wage ich nicht auszusprechen.

Ich muß Sie aber, meine Herren, trotzdem allen Ernstes fragen: Ist es auch Ihre Meinung, daß ein hoher österreichischer Offizier, der als Ehrengast geladen ist, im Hinblick auf seinen abgelegten Eid zur Republik Österreich eine solche Erklärung abgeben darf?

Meine Herren! Die Granaten, die Sie heute verschießen, werden, militärisch ausgedrückt, durchwegs Rohrkrepierer sein. Sie treffen damit sich selbst — das hat heute schon Herr Abgeordneter Zeillinger gesagt —, die, alles kritisieren, alles Positive, das geschehen ist, zerreden wollen. Es gibt keinen Scherbenhaufen, Herr Abgeordneter Tödling — auch wieder nicht da! Kollege, sag es ihm bitte!

Ihre Meinung über militärische Fragen wird seitens Ihrer eigenen Funktionäre einer harten Kritik unterzogen. Ich muß noch einmal darauf zurückkommen, damit man nicht glaubt, wir schießen uns nur auf den Abgeordneten Tödling ein. Man sollte das folgende einige Male sagen, damit irgendwo daraus Schlüsse gezogen werden. So haben im Heft 33 der Publikation „Horizont“ vom September 1973 Landessekretär Hermann Schützenhofer und Landesobmann Ing. Beder erklärt, Abgeordneter Tödling möge als OVP-Wehrsprecher sein Amt zurücklegen. Sie meinten unter anderem, daß es für einen Wehrsprecher der zweitgrößten österreichischen Partei zuwenig sei, nur kurz vor oder nach einer Sitzung des Landesverteidigungsrates irgend etwas dahorzureden und dann wieder für Monate in der Versenkung zu verschwinden.

Stimmt nun, meine Herren von der rechten Seite, der Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Wodica, daß Herr Abgeordneter Tödling nicht einmal von Ihrer Partei als Wehrexperte gewünscht wird? Hohes Haus! Die Schwanengesänge der OVP können weder die österreichische Bevölkerung noch uns beeindrucken.

Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser! Nehmen Sie zur Kenntnis: Die Talfahrt ist zu Ende! Die Herren Militärexperten der OVP sagen immer wieder, unter einer sozialistischen Regierung gebe es keine einsatzbereite Truppe.

Doch gerade das Gegenteil ist der Fall. Dies beweist zum Beispiel die 3. Panzerbrigade im Raum St. Pölten — Krems.

Ich möchte Sie bitten, dem Herrn Klubobmann Koren zu sagen, daß ich nur mehr, Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser, darauf warte, daß Herr Klubobmann Dr. Koren nach der heutigen für Sie wieder verlorenen Budgetschlacht Kapitel Landesverteidigung seinen Wehrexperthen zurnft: „Vorwärts, Kameraden! Wir müssen zurück!“ (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich mit der Frage beschäftigen, wie ernst oder wie wenig ernst die derzeitige sozialistische Alleinregierung die Sicherheitspolitik der Republik Österreich nimmt.

Dabei werde ich mich nicht der Terminologie der Österreichischen Volkspartei bedienen, also nicht von der „Demontage“ und der „Talfahrt“ des österreichischen Bundesheeres reden. Ich werde mich dabei auch nicht der Zitate bedienen, die mein sozialistischer Vordränger verwendet hat, als er auf der einen Seite Conrad von Hötzendorf und auf der anderen Seite das militärische Paradestück der Sozialdemokratie der Ersten Republik, General Theodor Körner, bemühte.

Ich möchte vielmehr die Frage, wie ernst es die sozialistische Alleinregierung mit der Sicherheitspolitik dieser Republik nimmt, mehr aus jenem Aspekt beleuchten, der aus dem Bericht ersichtlich wird, den der Bundesrat am 27. Juni dieses Jahres der Bundesversammlung der Schweiz unterbreitet hat. Richtig erscheint es mir, dabei von jenen Erklärungen auszugehen, die Bundeskanzler Dr. Kreisky beim Amtsantritt der sozialistischen Alleinregierung zum Thema Landesverteidigung abgegeben hat. Ich beziehe mich auf die damalige Regierungserklärung und zitiere daraus:

„Das gesamte Volk, welches im Falle einer Aggression in Mitleidenschaft gezogen werden würde, hat sich zu schützen, weshalb an der Verfolgung des weiteren Ausbaues einer Umfassenden Landesverteidigung festgehalten wird und die nötigen Vorsorgen getroffen werden.“

Nach der Grundkonzeption für die Landesverteidigung Österreichs in den siebziger Jahren wird die Bundesregierung jene legislativen Voraussetzungen schaffen, welche bei Fortführung der allgemeinen Wehrpflicht für eine wirksame Umfassende Landesverteidigung und auf dem militärischen Sektor für einen Schutz des Bundesgebietes erforderlich sind.

Mit der Verabschiedung der Wehrgesetznovelle vom 15. Juli 1971 wurde der erste Schritt für ein den österreichischen Verhältnissen entsprechendes Wehrsystem und für die Einleitung einer tiefgreifenden Reform des Bundesheeres getan.“

Zum Zeitpunkt der Abgabe der gegenständlichen Regierungserklärung waren wir Freiheitlichen auch der Meinung — und sind es heute noch —, daß mit der Wehrgesetznovelle 1971 der erste entscheidende Schritt zur Einleitung einer Gesamtreform des österreichischen Bundesheeres getan werden sollte.

Man kann dem Regierungschef auch folgen, wenn er sich vorbehaltlos, wie es in der Regierungserklärung vom 5. November 1971 der Fall war, für die Umfassende Landesverteidigung aussprach.

Meine Damen und Herren! Die Hälfte dieser Gesetzgebungsperiode ist abgelaufen, daher darf man doch sehr berechtigt die Frage aufwerfen: Was hat Bundeskanzler Dr. Kreisky von diesem Teil der Regierungserklärung vom 5. November 1971 auf dem Gebiet der Umfassenden Landesverteidigung eingelöst? Hat der Regierungschef Wort gehalten? Kann man sich auf die Aussagen verlassen, die die sozialistische Alleinregierung zu Fragen der Verteidigungspolitik gemacht hat, oder gibt es hier eine bis zur Stunde nicht überbrückte Kluft zwischen Theorie und Praxis?

Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß in der Landesverteidigung die Kluft zwischen Theorie und Praxis bis zur Stunde unüberbrückt ist. Zu meinem Bedauern habe ich weiters festzustellen, daß der erste Schritt mit der Wehrgesetznovelle 1971 gesetzt wurde — durchgeführt wurde er auch mit den Stimmen der freiheitlichen Abgeordneten —, daß aber dann Bundeskanzler Dr. Kreisky die Einlösung seines Versprechens und die Realisierung seiner Regierungserklärung bezüglich der Landesverteidigung bis zur Stunde schuldig geblieben ist.

Ich muß in Fortsetzung des Gedankenaustausches jetzt bei einer Situation anknüpfen, die mit 1. Jänner 1974 Realität wird. Niemand hat die sozialistische Alleinregierung genötigt, das große Kompetenzgesetz zum Beschluß zu erheben; aber dieses Gesetz ist nunmehr beschlossen. Es räumt dem Regierungschef, ich möchte bewußt nicht sagen, mehr Macht als bisher ein, sondern ordnet dem Bundeskanzler in einem bisher noch nicht dagewesenen Ausmaß in der Zweiten Republik die Rolle des Koordinators im Kabinett zu. Und in diesen Koordinationsbereich wird ab dem 1. Jänner 1974 auch die Umfassende, das heißt die gesamte Landesverteidigungspolitik und auch die gesamte Sicherheitspolitik fallen.

Daher bin ich heute nicht zufrieden, wenn bei der Debatte des Kapitels Landesverteidigung der zuständige Ressortminister auf der Regierungsbank Platz genommen hat. Mir fehlt der Bundeskanzler, denn er ist für die Sicherheitspolitik im besonderen und für die Koordinationsfragen auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik in Zukunft auch im allgemeinen zuständig und verantwortlich.

Aus dieser Verantwortung möchte ich den Bundeskanzler bei der Debatte über die Landesverteidigung nicht entlassen. Ich richte daher an ihn die Bitte, er möge kommen und

8906

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Peter

am weiteren Verlauf der Debatte teilnehmen. Es werden nach mir noch weitere Abgeordnete das Wort ergreifen. Dr. Kreisky soll sich bitte anhören, was die Abgeordneten zur Verteidigungspolitik nicht nur dem Ressortminister, sondern auch dem Bundeskanzler der Republik zu sagen haben. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Nicht zuletzt gehe ich darauf ein, weil es immerhin einen unüberhörbaren Akzent des Staatsoberhauptes vor einigen Wochen zum Thema Verteidigung gegeben hat, den kein Politiker überhören und übersehen konnte. Ich meine die Rede des Herrn Bundespräsidenten, die er anlässlich der Ausmusterung der Leutnante in der Militärakademie Wiener Neustadt gehalten hat.

Im Rahmen dieser Rede forderte das Staatsoberhaupt angemessene Mittel für die Verteidigung. Nun bitte ich sowohl den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, im besonderen den Herrn Bundesminister für Finanzen und nicht zuletzt Herrn Bundeskanzler Doktor Kreisky, mir Antwort auf die Frage zu geben: Sind im Bundesfinanzgesetz 1974 im Sinne der Meinungsäußerung des Herrn Bundespräsidenten angemessene Mittel für die Landesverteidigung enthalten? Darüber muß man debattieren, wenn Bundespräsident Jonas bei einem wesentlichen Anlaß angemessene Mittel für die Verteidigung der Republik fordert.

Ich möchte die Worte des Herrn Bundespräsidenten durch Zitierung des „Kuriere“ in Erinnerung rufen:

„Die Republik Österreich werde ihre internationale Vertrauensstellung nur dann behaupten können und selber ein Faktor der europäischen Sicherheit sein, wenn ihre Verteidigungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Freiheit, Unabhängigkeit und militärischen Neutralität keine Zweifel aufkommen lassen.“

„Die Mittel für eine derartige Politik, so führte der Bundespräsident weiter aus, müßten in einer Größenordnung, wie sie einem militärisch neutralen Kleinstaat zumutbar sei, sichergestellt werden.“

„Bei allem Optimismus dürften die Österreicher jedoch den Blick für Realitäten nicht verlieren: Begrenzte gewaltsame Auseinandersetzungen, vielleicht in neuen Formen, seien noch immer möglich, wie dies die Gegenwart lehrt.“

Soweit die Meinungsäußerung des Herrn Bundespräsidenten.

Nun möchte ich mich nicht orientieren am Verteidigungsbudget der Schweiz, auch nicht am Verteidigungsbudget Schwedens mit 36 Milliarden österreichischen Schilling im

Jahr 1973, aber doch ganz bewußt folgende Frage aufwerfen: Wie sieht denn die Relation der 5,8 Milliarden für die österreichische Verteidigung im Jahre 1974 zum Verteidigungsetat der Schweiz und Schwedens aus? Ist das eine wirklich guten Gewissens zu beantwortende Relation? — Ich bin der Meinung, daß das nicht der Fall ist. Daher ist auch von den präliminierten Beträgen her ein sehr berechtigter Anlaß gegeben, zum Verteidigungsbudget des Jahres 1974 aus freiheitlicher Sicht nein zu sagen.

Ich unterstreiche vollinhaltlich, was mein Fraktionskollege Zeillinger zum Ausdruck gebracht hat. Uns Freiheitlichen wäre ein Ja zum Kapitel Landesverteidigung als Oppositionspartei viel lieber als ein Nein zu dieser Haushaltsgruppe. Aber es liegt nun einmal an und in der Regierungspartei, daß sie entweder nicht in der Lage oder nicht willens war, die Voraussetzungen für dieses Ja der Freiheitlichen zum Kapitel Landesverteidigung zu schaffen.

Setzen wir den nächsten Schritt, dann wäre über jene interessante Veranstaltung zu reden, die der Herr Bundeskanzler am Staatsfeiertag, dem 26. Oktober, unter der Themenstellung „Volk und Landesverteidigung“ in die Wege geleitet hat.

Ich habe mich durch die zeitliche Festsetzung dieser Veranstaltung vom Herrn Bundeskanzler etwas gefrotzelt gefühlt. Weder der Obmann der Österreichischen Volkspartei noch der Obmann der Freiheitlichen Partei hatten an diesem Tag Zeit und Gelegenheit, an dieser interessanten Veranstaltung „Volk und Landesverteidigung“ teilzunehmen, die noch dazu vom Bundeskanzler der Republik veranstaltet wurde. Der Nationalrat hatte am 26. Oktober in diesem Saal Gäste aus vielen Ländern Europas. Während wir an der Festsitzung im Hohen Hause teilnahmen, ließ sich der Herr Bundeskanzler durch die Frau Minister Firnberg vertreten. Auch wieder eine Frage, die in den unbewältigten Koordinationsbereich des Koordinators Dr. Kreisky fällt. Aber wir hatten ja die Möglichkeit, die Aussagen nachzulesen.

Ich will gerne zugeben, daß die Aussagen, die der Bundeskanzler beim Seminar „Volk und Landesverteidigung“ gemacht hat, aufschlußreich gewesen sind. Allerdings ist in diesem Zusammenhang die Frage aufzuwerfen, inwieweit Dr. Kreisky selbst Konsequenzen aus seinen eigenen Schlüssen zieht.

Zuerst meinte der Bundeskanzler in seinem damaligen Vortrag:

„Will man sich also der Idee der Landesverteidigung in realer Weise nähern, dann muß erst einmal Klarheit darüber geschaffen

Peter

werden, daß sie trotz der ungeheuren technologischen Entwicklung Sinn hat."

Ich hoffe, daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung sich darüber im klaren sind, daß „trotz der ungeheuren technologischen Entwicklung“ die Landesverteidigung für einen neutralen Staat „einen Sinn“ hat!

Unter der richtigen Annahme, daß diese Erkenntnis in der Bundesregierung obwaltet, wäre dann der nächste Schritt der, daß die Bundesregierung eine entsprechende Überzeugung durch Aufklärung in der Bevölkerung weckt. Diese Überzeugung zu schaffen ist wiederum Aufgabe der Bundesregierung, und niemand kann und wird der Bundesregierung diese Aufgabe abnehmen.

Weiter führte der Bundeskanzler in diesem Vortrag aus:

„Unsere Landesverteidigung im speziellen Fall hat auch die Aufgabe, in Zeiten der Unruhe und Unsicherheit in der Umgebung Österreichs, sollten sie bedauerlicherweise eintreten, die Republik auch dann, wenn sie nicht unmittelbar betroffen ist, gegen solche Entwicklungen abzusichern.“

Und schließlich ist die Bereitschaft der Landesverteidigung ein Korrelat zur Neutralitätspolitik.“

Da dürfen wir wieder beim Bundeskanzler selbst anknüpfen und fragen: Wie weit ist das Werk nun gediehen? Inwieweit hat der Regierungschef die Regierungserklärung in diesem Teil realisiert?

Wenn wir das Dilemma vereinfacht, aber sicherlich wahr ausdrücken, dann steht auf der einen Seite die unfertige Bereitschaftstruppe, und auf der anderen Seite ist der Weg zur Landwehr lang, weit und beschwerlich.

Meinem Eindruck nach, Herr Bundesminister, sind, was die Landwehr anbelangt, zwei kostbare Jahre verlorengegangen, die Sie nicht einbringen können. Der Silberstreif Landwehr wird frühestens im Jahre 1977 am Horizont erscheinen, wenn nichts Unvorhergesehenes dazwischenkommt und wenn andererseits der Aufbau der Bereitschaftstruppe so abrollt, wie er vom Armeekommando ins Auge gefaßt wurde.

Nun bestätigte ja der Bundeskanzler in seinen weiteren Ausführungen vom 26. Oktober 1973 gerade das, was ich eben sagte, wenn er in dem zitierten Vortrag fortfuhr: „Hier scheint mir nun ein wichtiger politischer Aufklärungsprozeß notwendig zu sein, der frei von militärischem Geist gehalten werden muß, um erfolgreich zu sein.“

Einverstanden bin ich mit dem Aufklärungsprozeß, nur gibt es zwei Lesarten für diese Passage:

Ich habe hier vom Freisein „von militärischem Geist“ gelesen, verschiedenen Zeitungen entnahm ich aber das Freisein von „militaristischem Geist“. Ich nehme an, daß der Bundeskanzler falsch wiedergegeben wurde und daß er vermutlich von militaristischem Geist sprach. Denn eine überzeugende Aufklärung über Landesverteidigung frei „von militärischem Geist“ wird einer sozialistischen Alleinregierung nie und nimmer gelingen.

Nun sollen nach Ankündigung des Bundeskanzlers „Modellveranstaltungen“, wie er sie am Staatsfeiertag durchgeführt hat, in verschiedenen Teilen der Republik zur Aufklärung der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Ich habe dagegen nichts einzuwenden, aber ich werfe die Frage auf, wie breit dann der Aufklärungsprozeß sein wird, den der Bundeskanzler mit solchen Modellveranstaltungen zu erreichen beabsichtigt.

Ein heute schon zitierter Satz, den ich wiederholen möchte, ist folgender aus der Kreisky-Rede vom 26. Oktober 1973:

„Nur dann, wenn Österreich eine gute Heimat für alle seine Bürger ist, wird es dieses hohe Maß an Verteidigungsbereitschaft geben.“

Ich stehe unter dem Eindruck, daß Österreich eine gute Heimat für alle seine Bürger ist. Aber die Verbesserung der Effizienz unserer Armee wird nicht allein von der „guten Heimat Österreich“ abhängen, sondern davon, was die Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungskraft der Republik zu unternehmen beabsichtigt.

Dr. Kreisky schloß dann in seinen Vortrag vom 26. Oktober 1973 folgende Passage ein: „Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß die Grundsätze der Landesverteidigung in unserer Bundesverfassung verankert werden, und sie ist bereit, dem Parlament eine Entschließung vorzulegen, die diese Grundsätze konkretisiert.“

Wie lang redet Dr. Kreisky von der verfassungsmäßigen Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung! Als wir Freiheitlichen sie in diesem Hause schon vor einem Jahrzehnt vertreten haben, hat man sie von Regierungsseite „nicht einmal ignoriert“. Spät hat Bundeskanzler Dr. Kreisky die These der Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung in der Bundesverfassung übernommen. Bis heute ruht sie im Schoß des Landesverteidigungsrates, und bis heute ist sie nicht zum Gesetzesbeschluß erhoben worden! Somit habe ich das Arbeitstempo zu kritisieren, und für das Arbeitstempo des Landesverteidigungsrates ist nicht der Bundesminister für Landesverteidigung, sondern in erster Linie der Vor-

8908

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Peter

sitzende des Landesverteidigungsrates, der Bundeskanzler selbst, verantwortlich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich richte vor allem an die Abgeordneten der sozialistischen Fraktion die Bitte, dieser von uns Freiheitlichen vertretenen und von Dr. Kreisky nun selbst übernommenen These der verfassungsmäßigen Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung in den weiteren parlamentarischen Verhandlungen den gebührenden Raum einzuräumen, und zwar jenen gebührenden Raum, den sie von den Aspekten der Sicherheitspolitik her hat.

Wenn ich von der militärischen Landesverteidigung ausgehend versuche, zum Gesamtkomplex der Sicherheitspolitik vorzudringen, dann komme ich zu einem für mich persönlich nicht befriedigenden Ergebnis dahingehend, daß die Sicherheitspolitik dieser sozialistischen Alleinregierung eine sehr asystematische, eine partielle und nicht eine auf ein Gesamtkonzept ausgerichtete ist.

Es wäre zu empfehlen, daß der Kanzler den zuständigen Ministern der Schweiz einen Besuch macht, um dort jene Erfahrungswerte für Österreich zu nützen, die in der Eidgenossenschaft in Jahrzehnten auf dem Gebiet der Umfassenden Landesverteidigung erarbeitet worden sind, die immer wieder überarbeitet wurden und die am 27. Juni dieses Jahres einen neuerlichen Niederschlag im Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz gefunden haben. Man könnte die Grundsätze, die im Sicherheitsbericht der Schweiz enthalten sind, zum großen Teil für das neutrale Österreich übernehmen. Ich habe noch nie ein Dokument über Sicherheitspolitik gelesen, das in solcher Offenheit die Grundsätze darlegt, nach denen die Sicherheit der Schweiz gewährleistet werden soll.

Etwas, Herr Bundesminister, was in Ihren Bereich und in den des Herrn Generaltruppeninspektors reicht, sind jene Aussagen, die Generalstabschef Vischer in aller Öffentlichkeit auf Grund der Eindrücke und Erfahrungswerte gemacht hat, die der Schweizer Generalstab anlässlich der Entwicklungen im letzten Nahostkrieg gesammelt hat. Die bekannten drei Interviews Vischers in der „Weltwoche“ unter dem Titel „Krisenmanagement zwischen Krieg und Frieden“, „Verteidigungskonzeption der Schweiz durch die Nahostereignisse erhärtet“, und „Die billigste Landesverteidigung ist jene, die zeitgerecht und umfassend vorbereitet ist“, diese drei Interviews des Eidgenössischen Generalstabschefs sind eine Fundgrube für wertvolle Anregungen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Die Grundsätze für die Selbstbehauptung eines kleinen demo-

kratischen Staates, die im Schweizer Sicherheitsbericht aufgestellt worden sind, könnten wir unbesehen für Österreich übernehmen, wenn sich der Landesverteidigungsrat und der Landesverteidigungsausschuß endlich einmal Zeit nehmen würden, sich mit diesen Problemen eingehend auseinanderzusetzen.

Da der Bundeskanzler nicht anwesend ist, richte ich an Sie, Herr Verteidigungsminister, die Bitte, die Forderung der freiheitlichen Abgeordneten weiterzuleiten, die sozialistische Alleinregierung möge im Sinne des Berichtes des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheit der Schweiz zum raschestmöglichen Zeitpunkt einen ähnlichen Bericht dem Nationalrat vorlegen, in dem die Bundesregierung die Grundsätze der Sicherheitspolitik für die Republik Österreich darlegt. Wenn sie dabei der Hilfe und Unterstützung der freiheitlichen Abgeordneten bedarf, so werden wir diese Unterstützung gern gewähren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Prader. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Prader** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs wie mein Vorredner, der Klubobmann der Freiheitlichen Partei, mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß der Herr Bundeskanzler dieser Debatte nicht beiwohnt. Mit 1. Jänner des kommenden Jahres tritt ja eine neue Situation gemäß den Kompetenzbestimmungen des neuen Ministeriengesetzes insofern ein, als dem Herrn Bundeskanzler nun die Koordinationskompetenz in bezug auf die Umfassende Landesverteidigung zugeordnet wird. Wenn das das Entree und der Beginn dieser neuen Aufgabenstellung ist, so eröffnen sich sehr wenig positive Zukunftsperspektiven. Ich hoffe nicht, daß sich in dieser Absenz die Wertschätzung des Herrn Bundeskanzlers ausdrückt, die er den Problemen der Umfassenden Landesverteidigung entgegenbringt.

Es wurde in der letzten Zeit vielfach darüber debattiert, wem der Vorrang zu gebühren hätte. Immer mehr konnte man durchhören, daß man von der Regierungsseite eine gute Außenpolitik als die beste Verteidigungspolitik ansehe, weshalb ihre daher in allen Bereichen die Priorität bei diesem wichtigen Staatsanliegen zukäme.

Wenn Sie meine Meinung und auch die Meinung der Österreichischen Volkspartei dazu hören wollen, so ist das eine vom anderen nicht zu trennen. Ja es ist sogar — um es umgekehrt zu sagen — eine gute und vorbereitete Verteidigungspolitik auch eine hervorragende Grundlage zur Ermöglichung einer

Dr. Prader

guten Außenpolitik, im besonderen wenn es sich um die Außenpolitik eines neutralen Staates handelt.

Was aber die gute Außenpolitik anlangt, liefert uns der heutige Tag doch Material, das in seiner Ungeheuerlichkeit vielleicht noch gar nicht so richtig zum Bewußtsein gekommen ist.

Ich habe die „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Dezember vor mir. Hier ist auf der ersten Seite angeführt: „Kreisky für Palästinenserstaat“. Wiedergegeben wird ein Interview, das der Herr Bundeskanzler am Montag einer ägyptischen Tageszeitung, die hier genannt ist, gewährt hat und worin er vor allem die friedensbezogene Tätigkeit des ägyptischen Staatspräsidenten besonders würdigt.

Weiter heißt es in diesem Artikel: „Im Nahen Osten habe sich die Lage nach dem Oktoberkrieg geändert. ‚Der israelische Militarismus wird nicht mehr lange dauern können.‘ Das Palästinenserproblem kann nach Kreisky nur durch die Gründung eines palästinensischen Staates geregelt werden, zu der die ganze Welt beitragen müsse. Er glaube, Frau Golda Meir sträube sich dagegen, aber“ — unter Anführungszeichen — „sie wird sich dem nicht in alle Ewigkeit widersetzen können“, fuhr der Kanzler fort.“

Ich muß sagen: Das ist eine Ungeheuerlichkeit! Das ist eine ungeheuer diffizile Angelegenheit, und der, der das gesagt hat, ist der gegenwärtige Regierungschef der österreichischen Bundesregierung. Er hat in einer derart heiklen Angelegenheit — und diese Meinung muß ja entstehen — die außenpolitische Konzeption der Republik Österreich damit festgelegt!

Ich bin viel zuwenig sacherfahren und sachkundig, um mir dazu persönlich ein Urteil bilden zu können. Die Bedeutung dieser Frage aber, Erklärungen in dieser Richtung abzugeben, um unter Umständen wieder eine selbstherrliche Ortstafelsituation zu schaffen — diesen Konflikt haben wir bis heute noch nicht bewältigt! —, das ist etwas, was hier festgehalten werden muß. Und in einer solch entscheidenden Frage ist auch nicht nur der geringste Kontakt oder die geringste Zusammenarbeitsbereitschaft mit den Oppositionsparteien vorhanden gewesen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

So kann man die Dinge nicht machen! Man kann nicht, wenn ein Malheur entsteht, dann wieder an die Bereitschaft der Opposition appellieren, aus staatspolitischen Gründen die Regierung in allen diesen Handlungen abzu-

decken. So geht das nicht! Wir möchten daher heute schon die Alleinverantwortlichkeit — auch in dieser Frage — klar herausstellen. Ich bin nur neugierig, wie der Herr Außenminister, der eigentlich zur Federführung in der Außenpolitik berufen wäre, nun zu diesen Dingen Stellung nehmen wird.

Nun zu einigen Bemerkungen, die hier gemacht wurden. Der Herr Abgeordnete Steininger hat heute als erster Debattenredner der SPÖ das Wort ergriffen. Er ist momentan auf „Erholung“. Der Herr Abgeordnete hat das bekannte Schlagwort ... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Immerhin ist die Präsenz bei uns wesentlich besser als auf Ihrer Seite. Ich stelle das fest. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie hätten ja eigentlich das Budget zu vertreten und zu verteidigen. Das ist aber nur als Randbemerkung gedacht.

Herr Abgeordneter Steininger hat wieder vom sogenannten Leerlauf gesprochen. Ich glaube nur: Die Rede, die er heute gehalten hat, war bereits vor dem Regierungsantritt Ihrer Regierung konzipiert, denn die Passagen, die darin verwendet wurden, deuten sehr klar in diese Richtung.

Er hat auch das Wort „Leerlauf“ erwähnt. Es hätte ihm aber besser getan, darüber zu schweigen. Es ist richtig: Es gibt jetzt keine „Leerlaufsoldaten“ mehr; es gibt nur noch „Systemerhalter“; das ist ein sehr schöner, hervorragender Ausdruck, der allerdings umso deutlicher klarmacht, worum es dabei geht und was Sie in der Vergangenheit kritisiert haben und jetzt nach Ihrem System umso weniger zu bewältigen in der Lage sind.

Vielleicht — ich hätte das gerne dem Herrn Abgeordneten Steininger gesagt und expliziert — läßt er sich einmal die Unterlagen aus dem Verteidigungsministerium geben — ich nehme an, es wird ihm dazu Zutritt geboten —, aus denen ersichtlich ist, daß gegenwärtig 22.000 Jungmänner bei einem Gesamtrekrutenkontingent von 40.000 als „Nur-Systemerhalter“ benötigt werden mit einer Ausbildungszeit von knapp vier Wochen. Das heißt, mehr als die Hälfte des gesamten Rekrutenkontingentes wird gegenwärtig nur zu Leerlauf Tätigkeiten eingesetzt.

Wie „groß“ war Ihre Rede, in der Sie immer kritisiert haben, daß die Soldaten Kartoffel schälen müssen, statt zu exerzieren und Waffenübungen zu machen. Sie schälen heute noch immer! Und wenn sie nicht schälen, gibt es nur eine Alternative: Da müssen die Soldaten die Kartoffeln ungeschält essen. (*Heiterkeit.*)

Dr. Prader

Wo ist nun die Durchführung Ihrer Rezeptur, in der Sie völlig richtig vorgeschlagen haben, daß das ja den Soldaten abgenommen werden müßte, daß man Zivilpersonal einstellen müßte, um diese Leerlauf Tätigkeiten hintanzuhalten.

Was ist in dieser Richtung geschehen? Wieviel Zivilpersonal haben Sie? Wissen Sie, wieviel Zivilpersonal Sie brauchen würden? — Sie würden über 22.000 neue Zivilbedienstete brauchen! Das bedeutet in Ihrem Dienstpostenplan 22.000 zusätzliche Dienstposten! — So schauen die Dinge in Wahrheit aus! (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Wie praktizieren Sie die Gegebenheiten nun? Eines hat er auch noch nicht mitgeteilt, daß nämlich die Verkürzung der Wehrdienstzeit den Leerlauf nicht behebt, sondern ihn potenziert und daß außerdem — ich bedaure, daß diese Kenntnis fehlt — die Dauer des Wehrdienstes nur zu einem Teil in bezug auf die Ausbildung entscheidend ist, zum anderen Teil aber die Stärke der präsenten Armee von der Dauer der Dienstzeit abhängt. Deswegen haben Sie keine Präsenz, weil das System, das das neutralisieren sollte, nämlich die Ergänzung durch eine Berufsarmee, nicht stimmt. Sie haben weder eine Berufsarmee, noch haben Sie alle diese Voraussetzungen! Daher kann eine sechsmonatige Dienstzeit nicht funktionieren!

Da können Sie reden, soviel sie wollen. Das sind die Fakten! Wir setzen uns gerne mit Fakten auseinander, nicht mit irgendwelchen Schmalmeien und Angaben. Das möchte ich Ihnen hier sehr deutlich gesagt haben.

Weil genüßlich gewisse Stellungnahmen der steirischen Jungen Volkspartei heute hier wieder zitiert oder angeklungen sind: Ich würde am besten darüber schweigen. (*Abg. Wodica: Sie haben auch alle Ursache!*) Erinnern Sie sich an Ihre Jusos mit der Vergesellschaftung der Privatautos. Ich glaube, gerade Sie haben auf diesem Gebiet so viel geboten, daß die Österreichische Volkspartei oder die Jugend der Volkspartei gar nicht in der Lage ist, das alles aufzuholen, was Sie permanent in diesem Bereich produzieren. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Außerdem haben sie zu der Vergesellschaftung der Autos nur etwas kalmierend gemeint, es sei ja schließlich das Recht der Jugend, eine Meinung zu haben. Wir dürfen gnädigst bitten: Billigen Sie auch der Jugend, die Ihnen nicht nahesteht, diese Meinungsfreiheit zu. Das möchte ich dazu deutlich gesagt haben. (*Abg. Dr. Schranz: Zitieren dürfen wir doch noch!*) Was haben Sie gesagt? Ich bin sehr

begeistert über Zwischenrufe, nur muß ich sie verstehen, sonst kann ich nicht antworten. (*Abg. Dr. Schranz: Zitieren dürfen wir sie doch!* — *Abg. Ofenböck: Da werden wir doch gar nicht fertig, wenn wir die Jusos zitieren!*) Es ist ja gar nicht ums Zitieren gegangen. Sie haben uns ja in einem öffentlichen Appell aufgefordert, ihnen das zu verbieten, sie zum Widerrufen gewisser Dinge zu bewegen. Das war Ihre Stellungnahme. Das hat mit einem Zitat gar nichts zu tun!

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat in bezug auf die Ausführungen meines Kollegen Tödling im Sommer dieses Jahres in gekonnter Demagogie unerhört kühne Kombinationen hier vor diesem Haus vertreten. Er hat das, was Tödling gesagt hat, in ein Wehrkonzept der Österreichischen Volkspartei, in einen Standpunkt der Österreichischen Volkspartei umfunktioniert, und gemeint: Selbst er, der sich große Redefreiheit zubillige, würde sich nicht getrauen, solche Erklärungen ohne Genehmigung des freiheitlichen Klubs hier abzugeben, und er nehme an, daß selbstverständlich das auch auf einer Zustimmung des Klubs der Österreichischen Volkspartei beruhe.

Herr Abgeordneter Zeillinger! Ich bin gar nicht der Auffassung, daß das Konzept, das Tödling vorgeschlagen hat, günstig und richtig ist. Aber es sind Elemente, die überlegenswert sind, drinnen. Daß eine im Umbau befindliche Armee unter Umständen gewisse Regenerationszeiten benötigt, um sich zu formieren und um sich auf die neue Aufgabe hin bereitzustellen — das ist ein Element, das überlegenswert ist. Eines ist uns vielleicht auch gestattet: Daß man gewisse Auffassungen zur Überlegung und damit zur Debatte stellt. Das möchte ich Ihnen gerne dazu sagen.

Der Herr Abgeordnete Kriz hat, sehr zu meinem Bedauern, den Fall aus Krems hier wiedergegeben, nämlich die Aussage und die Rede des Herrn Obersten Dadag. Man mag zu den Dingen stehen und sie anfassen, wie man will, aber gegen eines werden wir uns wehren: daß hier verschiedene Maßstäbe, sehr verschiedene Maßstäbe angelegt werden. (*Abg. Kriz: Wieso verschiedene Maßstäbe?* — *Abg. Ofenböck: Weiterreden lassen!*) Ich fordere Sie auf: Lesen Sie sich die Protokolle dieses Hohen Hauses durch; die Protokolle allerdings aus der Zeit, in der Sie sich in diesem Hohen Haus in Opposition befanden. Damals haben Sie die Offiziere aufgefordert, ihre Meinung zu sagen, ohne Rücksicht auf das politische System, ohne Rücksicht auf den Minister und ohne Rücksicht darauf, ob sie damit gut oder schlecht bei

Dr. Prader

ihren Vorgesetzten ankommen. Das war Ihre Aufforderung, Herr Abgeordneter Kriz! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Daher: Entweder bleiben Sie dabei oder nicht! Das möchte ich hier in aller Deutlichkeit klargestellt haben. (*Abg. Libal: Da hat sich keiner getraut!*) Aha! Ich weiß nur nicht, wieso Sie dann hier diese Stellungnahme genüßlich verlesen und die einzelnen, die damals eine sehr harte Kritik geübt haben, außerordentlich belobigt haben. Das möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben: Wir werden nicht zusehen, daß Sie damals so gesprochen, daß Sie damals diese Dinge als Idealzustand hingestellt haben und jetzt einen solchen Standpunkt von diesem Rednerpult aus produzieren. Das ist nicht möglich! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das kommt mir so vor — um auf das zurückzuschalten, was ich eingangs schon gesagt habe — wie die immerhin sehr bedeutsamen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers in bezug auf die Palästinenserfrage. Da kennt sich dann auch keiner mehr aus.

Ich weiß nicht, wie das eigentlich ist. Es hat ja eine ohnedies in Diskussion gestandene Unterschriftenkurrende zugunsten der Israeli gegeben, die vom Herrn Präsidenten des Hauses, vom Herrn Dritten Präsidenten des Hauses und — soviel ich weiß — auch vom Herrn Zweiten Präsidenten des Hauses sowie von vielen anderen auch unterzeichnet wurde. Wie stimmt denn das jetzt eigentlich zusammen?

Das sind Erscheinungsformen, die die österreichische Politik disqualifizieren. Das sind vor allem Erscheinungsformen, die Ihre Regierungspolitik disqualifizieren und als das hinstellen, was sie tatsächlich ist: unbrauchbar für dieses Land und schädlich für dieses Land! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Kriz: Sie vermischen Apfel und Birnen! — Abg. Dr. Gruber: Jetzt wissen wir endlich, wer Lütgendorf ablöst: der Kriz wird es tun! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich nehme an, es war Zufall, daß am 23. November dieses Jahres zwei Darstellungen über die sozialistische Wehrpolitik in der Presse erschienen sind, und zwar ein Artikel in der „Kronen-Zeitung“ und einer im „Kurier“, der ja nach Ihrem Presseflugblatt nun mit auserwählt ist, die Regierung Kreisky stürzen zu helfen. Sie haben ihn zwar heute wieder in Ihrem Sinne zitiert.

Am 23. November — man könnte das Datum etwa als Vorabend der Budgetdebatte und auch als Vorabend der Debatte über das Kapitel Landesverteidigung in diesem Haus

nennen — erschienen diese Artikel. Sie sind natürlich durchdacht, klug projiziert, richtig disponiert als Rechtfertigung und Erfolgsmeldung der sozialistischen Verteidigungspolitik und natürlich auch um darzutun, wie schlecht es früher war.

Für die Strategie habe ich absolut politisches Verständnis. Kein Verständnis habe ich aber für Unwahrheiten und manipulierte Darstellungen. Eine solche Verhaltensweise ist auch einer Regierungspartei unwürdig. Ich werfe sie nicht den Artikelschreibern vor, aber den Informanten. Ich möchte das sehr klar sagen.

Das ist ungefähr das gleiche Vorgehen, das Sie jetzt anscheinend allgemein an den Tag legen und wofür die Rede Ihres Zentralsekretärs, des Herrn Abgeordneten Marsch, geradezu ein Prototyp war, wie Sie sich jetzt in politischen Auseinandersetzungen zu bewegen gedenken. Das spiegelt sich in Ihrer ganzen Propaganda wider. Sie geben sehr viel Geld aus, um Ihr Gesicht aufzupolieren — ich gebe zu, daß wir mit gleich viel Geld Ihnen nicht entgegenwirken können —, aber was hier geboten wird, widerspricht meines Erachtens der politischen Fairneß.

In dieser Flugschrift — ich nehme an, Sie kennen sie; ergänzend muß hinzugesagt werden, daß sie von fachkundigen Leuten gemacht wurde — steht unter anderem: Heiratsbeihilfe von 15.000 S bei erstmaliger Heirat. Diese Beihilfe wird kurz nach der Eheschließung ausbezahlt. Die ÖVP verteidigte das ungerechte System der Steuerabschreibungen.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Es wurde bereits einmal darauf hingewiesen, welchen Standpunkt wir einnahmen. Wir haben die Wahlmöglichkeit empfohlen: entweder den Bezug des Geldes in Natur oder, wenn es in einem Fall günstiger ist, die Möglichkeit, diesen Betrag durch Steuerabzug zu konsumieren. So sind die Fakten. (*Abg. Dr. Schranz: Aber nur 10.000 S!*) Und niemand von Ihnen kann mir erzählen, er hätte nicht gewußt, daß das unser Standpunkt ist. Trotzdem schreiben Sie das in diese Flugschrift. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Ich wiederhole daher: Langsam lassen Sie überhaupt jede politische Fairneß vermissen, die aber zu der Grundstrategie einer Demokratie und einer demokratischen Partei gehören sollte. Das ist Ihr Stil!

So wurde es auch bei der Verteidigungspolitik gemacht, etwa nach dem seinerzeitigen Goebbels-Spruch: Wenn es auch falsch ist — wenn man es oft sagt, glauben es die Leute trotzdem!, verbunden mit dem Ver-

Dr. Prader

trauen auf die Sachkenntnis vieler Leute und die nicht mögliche Unterscheidung und Abwägung der einzelnen Standpunkte.

Das charakterisiert aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungspartei, Ihr schlechtes Gewissen und vor allem auch Ihr Wissen um Ihre Fehlleistung, denn sonst hätten Sie solche Methoden nicht notwendig. *(Ruf bei der SPO: Als Ex-Verteidigungsminister müßten Sie den Mund nicht so voll nehmen! — Heftiger Widerspruch bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPO.)* Dieser Zwischenruf zeigt wieder, wie schwer es ist, mit Ihnen sachlich zu diskutieren. Das ist das Problem. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Daher ist auch die sachbezogene Diskussion in Verteidigungsfragen so schwierig, und daher tun wir uns auch bei der Behandlung der konkreten Materien so schwer.

Herr Brantl schreibt wieder — vielleicht hören Sie mir zu — in diesem Artikel von 3,3 Milliarden Schulden, die die SPO-Regierung als Erbe der ÖVP-Regierung im Verteidigungsressort übernehmen mußte. Ich stelle hier zum zweitenmal fest: Es sind genau 1.394,787.730 S. Und das nach einer Amtszeit des ÖVP-Ministers Prader von über sechs Jahren! Derzeit sind es 6.734,662.000 S nach der Beilage C des Teilheftes zum Kapitel Landesverteidigung. Auf das Jahr 1974 entfallen davon allein 3.491,673.000 S. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Die gesamten Aufwandskredite sind in diesem Budget nur mit 3.423,622.000 S ausgewiesen — und das verstehe ich nicht. Es sind daher mehr Schulden vorhanden, und zwar um 68,051.000 S, als Sie überhaupt sachbezogene Verwendungsmittel ausgewiesen haben.

Ich habe den Herrn Verteidigungsminister im Ausschuß um Aufklärung gebeten und habe darauf keine Antwort bekommen.

Diese Darlegungen, meine Damen und Herren, leiten überhaupt zur Beurteilung des gesamten Budgets bezüglich der Landesverteidigung über: nominell das höchste Verteidigungsbudget. Das wurde heute schon sehr herausgestrichen, und sogar der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner diesmaligen Budgetrede dem Kapitel mehrere Sätze gewidmet. Bei der längsten aller Budgetreden war es immerhin möglich, auch das unterzubringen. Nominell das höchste Verteidigungsbudget. Das stimmt! Wir haben auch das höchste Staatsbudget. Aber auf die nominellen Werte kommt es ja nicht an. Die Teuerungsrate — fragen Sie doch Ihren zuständigen Minister — ist gerade im Rüstungsbereich und im Baubereich gewaltig, die Personalkosten sind enorm. Der Finanzminister

hat die Steigerung gegenüber 1973 in seiner Budgetrede mit 287 Millionen angegeben. Dazu kommen noch die versteckten Personalkosten, die Minister Lütgendorf auf meine Anfrage mit 1.203,234.000 S angegeben hat und die daher aus der Verwendbarkeit des Sachkredites abzuziehen sind. Es verbleiben daher für den gesamten Sachaufwand 2.256,210.000 S.

Wenn ich, anknüpfend an das Vorhergesagte, daran erinnern darf, daß schon jetzt — selbst wenn ich das nicht abziehe — die Verpflichtungen die vorhandenen Mittel übersteigen, dann wird diese Situation geradezu grotesk und einfach völlig unerklärlich. Das, glaube ich, ist etwas, was Sie in Ihre Überlegungen mit einbeziehen müssen. Den Anteil am Gesamtbudget, je nachdem, wie man ihn jetzt berechnet, mit Konjunkturausgleich, nur mit einem Teilkonjunkturausgleich oder mit dem Normalbudget, stellen Sie so heraus, wie man es gerade braucht. Sie tun es immer so, daß für Sie eine günstige Augenblicksziffer herauskommt.

Nehmen wir den Anteil — obwohl er viel zu hoch ist — mit 3,7 Prozent des Gesamtbudgets an, ein Vorsprung gegenüber dem letzten Jahr mit 3,6 Prozent. Während der gesamten Zeit meiner Ministerschaft betrug der Durchschnittsanteil am Gesamtbudget 4,3 Prozent. Das würde, wenn Sie ihn jetzt zugrunde legen, nicht 5,88 Milliarden, sondern 1 Milliarde Schilling mehr bedeuten.

So die Sachlage. Ich bitte Sie daher, in Ihrer Propaganda nicht etwas vorzugaukeln, was nicht vorhanden ist. Das nützt niemandem. Das nützt auch nicht dem Heer.

Schließlich haben Sie sich ja, weil ohnedies zuwenig Geld da ist, nun zu dem ziemlich teuersten Wehrsystem entschlossen, das es überhaupt gibt. Vielleicht wird das einmal richtig erkannt, und vielleicht motiviert das gewisse Maßnahmen der vergangenen Zeit, in der man auch versucht hat, sich jene Beschränkung aufzuerlegen, die Sie sich heute infolge des Verteidigungsbudgets auch werden auferlegen müssen.

Im übrigen — das darf ich hier einmal mit aller Deutlichkeit in Erinnerung rufen — kritisieren wir nie, wenn es möglich ist, dem Heer Geld zur Verfügung zu stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der linken Seite! Sehr zum Unterschied von Ihnen! Was Sie sich hier an Demagogie geleistet haben, und zwar im Zusammenhang mit der Beschlußfassung über die Wehrmilliarde, das darf ich jetzt besonders hervorheben. Sie haben zwar vorher immer gesagt, das Heer habe zuwenig Geld. Als aber im Nachhang

Dr. Prader

zu der Tschechenkrise ein Sofortaufstockungsbetrag zur Bewältigung wichtiger Belange zur Verfügung gestellt wurde — die sogenannte Wehrmilliarde —, haben Sie alles getan, um das zu verhindern.

Ich möchte mich an den heutigen Herrn Bundeskanzler wenden und an seine Ausführungen erinnern, in denen er diese Wehrmilliarde immer für andere Zwecke verkauft hat. Er hat der breiten Öffentlichkeit vorgerechnet, wie viele Schulen man um das Geld, das die ÖVP für das Heer hinaussschmeißen will, bauen hätte können. Er hat dann in Wiener Neustadt der verstaatlichten Industrie gesagt, das wäre doch ein Aufstockungsbetrag für die Erhöhung des Grundkapitals. Ein anderes Mal wurde vorgerechnet, wie viele Spitäler und Wohnungen man mit diesem Geld, das man dem Heer geben will, bauen könnte. So war Ihre Argumentation!

Das, meine Damen und Herren von der Linken, werden Sie von uns nie zu hören bekommen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Darin unterscheidet sich unsere Oppositionskritik in bezug auf das Bundesheer so sehr von der, die Sie in Ihrer Oppositionszeit hier praktiziert haben.

Damit ist aber, glaube ich, auch im Prinzipiellen der Unterschied dargetan.

Herr Bundesminister! Ich kritisiere nicht, daß Sie so gigantische Schulden machen und haben. Das Wort Schulden haben Sie erfunden. Es ist völlig sachunkundig. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Im Verteidigungsressort — darf ich Sie daran erinnern — geht das so nicht: Auf der einen Seite haben Sie dauernd eine langfristige Rüstungskonzeption verlangt, und auf der anderen Seite haben Sie sich, wenn das geschehen ist, hier wegen der Verschuldung alteriert. Wie machen Sie denn eine langfristige Rüstungskonzeption? Ja gibt es denn in diesem Haus überhaupt noch einen Menschen, der glaubt, die Aufrüstung oder überhaupt Rüstungskonzepte können im Rahmen eines Jahresbudgets abgewickelt werden? Selbst wenn das Geld da ist, kriegen Sie doch die Rüstungsgüter nicht! Was da alles zur Einführung neuer Waffensysteme dazugehört! Erstens, daß man sie kriegt, zweitens daß man sie verdaut, daß man sie verkraftet, weil ja hier eine ungeheuer intensive Ausbildung notwendig ist, um mit den neuen Techniken vertraut zu werden. Und es müssen auch die entsprechenden Zuteilungen und Einordnungen in den Truppen erfolgen.

Daher kritisieren wir das gar nicht. Wir sind froh, wenn langfristige Rüstungskonzepte ent-

wickelt werden, weil sie gerade das Gegenteil von dem sind, was die andere Methode bedeuten würde, nämlich eine Politik von der Hand in den Mund und, auf deutsch gesagt, ein hinausgeschmissenes Geld. Das sind die Probleme.

Daher haben Sie es ja eigentlich so leicht, weil Sie hier eine Opposition vor sich haben, die nie um den Preis der Demagogie (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der SPÖ*) gegen das österreichische Bundesheer operiert und seinen Interessen zuwiderhandelt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Um bei der Wahrheit zu bleiben: Jetzt lese ich in einem Artikel — es ist ja unglaublich, was hier geboten wird — über das Interview des Herrn Armeekommandanten: „... in erster Linie“ — es wird hier von Geld gesprochen — „nicht für komplizierte Waffen oder elektronische Einrichtungen,“ — obwohl er nachher ein Großradar im Süden verlangt, das ist eine ziemlich komplizierte elektronische Einrichtung, das aber nur nebenbei —, „sondern für lange vernachlässigte Grundinvestitionen, wie Fahrzeugpark oder Kasernenrenovierungen, ...“

Herr Bundesminister! Warum provozieren Sie permanent von uns Anfragen, sehr ausführliche Anfragen? Denn ich müßte Sie jetzt fragen, wann diese Modernisierung des Kraftfahrzeugparks eingeleitet wurde; zum Großteil auch mit den Mitteln der Wehrmilliarde. Nur folgendes ist eingetreten: Diese Konzeptionen sind damals in die Wege geleitet und gemacht worden von der Entwicklung bis zur Bestellung! Und Sie ernten jetzt, weil sie jetzt ausgeliefert werden. Das ist der Unterschied!

Oder: Wer hat den so gepriesenen Panzerjäger-Kürassier auf die Welt gebracht? Er wurde entwickelt, er wurde bestellt, und jetzt ist er das Renommierstück des Heeres. Unter der Ministerschaft von Prader war das der Fall! (*Ruf bei der SPÖ: Nur kein Eigenlob!*)

Wann wurde die berühmte Panzerhaubitze M 109 in die Armee eingeführt? Zu unserer Zeit! Wann wurden die Panzernahbekämpfungsmittel beschafft? Fragen Sie doch! (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Auf das hab' ich gewartet! Herr Kollege, ich erkläre es Ihnen nicht. Ich habe das schon so oft hier getan. Das werden Sie nie begreifen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Über alles das werden wir Sie dann befragen unter genauer Zeitangabe, wann das alles geschehen ist.

Ich lese plötzlich mit höchstem Erstaunen, daß die Bestellung von Interzeptoren erst dann geschehen kann, wenn die Vorausset-

Dr. Prader

zungen für den Betrieb vorher gegeben sind. Das war immer mein Standpunkt, weil man sonst einen sündteuren Vogel vor dem Garagator stehen hat, der aber nicht in Bewegung gesetzt werden kann. Alles „neue“ Erkenntnisse.

Herr Bundesminister! Was die Kasernneubauten und die Renovierungen anbelangt: Ich werde Ihnen eine Österreichliste überreichen, um Sie zu befragen, wann wo etwas geschehen ist; wie etwa in Langenlebar, Götzendorf, Absam und all die anderen Dinge, die ich jetzt gar nicht alle aufzählen möchte. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen, wie das jetzt eigentlich ist.

Das sagen Sie zu einem Zeitpunkt, in dem im Budgetteilheft in der Beilage D zu lesen ist, daß Ihr Baubudget, das zu allen Zeiten viel zu gering war, im Jahre 1972 rund 75 Millionen Schilling betrug, im Jahre 1973 auf 66 Millionen herabgesetzt wurde, und jetzt, da es eine 40prozentige Baupreissteigerung in dieser Branche gibt, für das Jahr 1974 mit 64 Millionen festgelegt wird.

Das sind die Fakten, wie sie im Budget stehen. Und so wird draußen in der Optik argumentiert. Das ist etwas schwierig. Ich sage es Ihnen sehr klar.

Wir wünschen sehr — das sage ich Ihnen —, daß das Heer in bezug auf die Grundausstattung möglichst rasch perfektioniert wird, daß die Infrastruktur des Heeres verbessert wird. Wir wünschen sehr, daß das rascher und besser und weiter vorangeht, weil das immer der Mangel des Heeres war, weil es nie jenen Investitionsfaktor bekommen hat, den es gebraucht hätte, um möglichst rasch damit fertig zu werden.

So schauen die Dinge aus. Wir werden — das sage ich Ihnen auch — in diesen Fragen, die entscheidend für den Aufbau des Heeres sind, jede nur mögliche und gebotene Mithilfe leisten.

Aber, um zu anderen Dingen noch etwas zu sagen, was da für eine Augenauswischerei geschieht oder, nennen wir es militärisch, was da für „Türken“ — ja, Türken heißt das — in die Welt gesetzt werden, das ist geradezu unglaublich. Ich möchte dem die Fakten ein bißchen gegenüberstellen.

Was für bewegte Klagen wurden erhoben über den Wasserkopf des Ministeriums! Es müsse verkleinert werden, denn das sei doch unmöglich! Und jetzt die Fakten: Sie haben dieses Ministerium umgegliedert, und zwar war der Stichtag am 30. November 1972, da haben Sie angefangen. An diesem Stichtag

waren im Ministerium 1630 Dienstposten, und die Umgliederung begann mit 1. Dezember 1972, da waren es dann 1398 Dienstposten. Sie haben daher 232 Dienstposten eingespart.

Aber wie haben Sie diese Einsparung gemacht? Sie haben eine Reihe von Dienststellen — ich kann sie Ihnen noch alle aufzählen — und Ämter aus dem Ministerium herausgenommen, haben sie als nachgeordnete Ämter und Dienststellen eingerichtet, die zählen daher formell nicht mehr zum Ministerium, aber in diesen nachgeordneten Ämtern und Dienststellen gibt es 488 Dienstposten, und wenn Sie die jetzt wieder zusammenzählen, ist dieses Problem „Wasserkopf Ministerium“ so gelöst worden, daß alle zusammen jetzt um 256 Dienstposten mehr haben, als das früher der Fall war. Das ist eine hervorragende Leistung! *(Ruf bei der ÖVP: Wie bei der Bundesbahn!)*

Oder weil Sie immer so beredete Klage führten über die vielen Stäbe und wie Sie hier rationalisieren: Sie haben jetzt ein Armeekommando eingerichtet, darüber werde ich noch einiges sagen. Sie haben erklärt, die anderen werden jetzt aufgelöst, das Gruppenkommando I und das Kommando der Luftstreitkräfte werden aufgelöst, jetzt wird ein Armeekommando daraus gemacht. Früher gab es da 249 Dienstposten und jetzt sind es 302. Dieser Stab hat sich also ein bißerl vermehrt, er ist immer größer geworden.

Das Gruppenkommando II hat früher 134 Dienstposten gehabt, das Korpskommando, das ist dasselbe, hat 150. Das Gruppenkommando III hat ebenfalls früher 135 Dienstposten gehabt, und jetzt hat es ebenfalls 150.

Und weil Sie immer gesagt haben, das ist eine Miniausgabe einer Großmacharmee, es sei doch entscheidend, daß unsere Armee — heute ist das wieder gepredigt worden — den österreichischen Verhältnissen maßgeschneidert an den Leib angepaßt werde. Das ist eine herrliche Anpassung! Früher haben wir Brigaden gehabt, die in ihrer Konstruktion, in der Zusammensetzung aller Waffengattungen für sich selbst, kleine, selbständige operationsfähige Einheiten waren. Jetzt stehen wir da: Jetzt haben wir Armeekommandos, Korps, Divisionen und keine Soldaten! Das ist das Malheur, das Sie angerichtet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In allen Armeen geht man von der Konzeption von Großverbänden weg, wir haben sie jetzt glorreicherweise neuerlich eingeführt.

Oder ich erinnere Sie an den „Türken“: Zu viele Generale. Man hat dies abgeschafft. Nicht die Generale, sondern den Titel. Sie

Dr. Prader

waren nie Generale, sie haben Brigadiere geheißen. Der jetzige Herr Verteidigungsminister weiß das. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Nein, er hat sich immer als Brigadier bezeichnet. Aber es waren zusammen jedenfalls viel zu viele. Jetzt hat man den Titel abgeschafft, es sind zwar dieselben, aber jetzt heißt er „Oberst in der VIII. Dienstklasse“. Eine großartige Lösung!

Oder wie Sie kritisiert haben, daß im Ministerium ... *(Zwischenruf von der SPÖ.)* Sie wissen das ja nicht! Sie waren damals noch nicht im Hohen Haus, Herr Kollege, daher wissen Sie von dieser Kritik wenig! *(Ruf bei der SPÖ: Das ist Ihre Einstellung zur Jugend! Nur wenn man ein hohes Dienstalter hat, dann hat man was zu reden!)*

Das ist doch keine sachliche Auseinandersetzung! Reden wir von etwas anderem, schieben wir es auf ein Nebengeleise — das ist die Methode, die Sie gerne haben möchten. Wir bleiben aber trotz Ihrer Präsenz auf der Hauptstrecke, glauben Sie mir das! *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben kritisiert, daß es ja unmöglich wäre, daß dem Verteidigungsministerium so viele Offiziere und Unteroffiziere zugeteilt seien. Herr Abgeordneter Mondl, Sie waren in dieser Angelegenheit besonders aktiv. Ich lese es Ihnen nicht vor, wie es jetzt aussieht, denn da müßten Sie sich kränken. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Da müßte man Ihnen Ihre Sachen auch vorlesen!)* Aber es hat heute sehr beredt ein Kollege Vorredner, ich weiß nicht mehr genau, wer das war, hier gemeint, es müsse das alles außer Streit sein, es gebe kein sozialistisches Heer, es gebe kein ÖVP-Heer, es sei eine Institution der Republik. *(Ruf bei der ÖVP: Es ist das österreichische Bundesheer!)*

Wissen Sie, das habe ich noch nicht erlebt, Sie kennen das: Es ist eine offizielle Aussendung des Verteidigungsministeriums, ich glaube, es ist sogar die jüngste Folge 7/1973, und da steht auf Seite 4 „Bekenntnis des BSA zur Landesverteidigung“. Da wird sehr ausführlich auf die Zeitschrift „Der Sozialistische Akademiker“ und die Ausführungen die Wehrpolitik betreffend in dieser Ausgabe Bezug genommen. Allein diese Todsünde, daß man das in dieser Form bringt, hätte es früher nicht gegeben. Ich stelle das nur fest. Ich will gar nicht behaupten, ob das ungünstig ist oder nicht. *(Ruf bei der SPÖ: Vom ÖAAB?)* Nein, überhaupt nicht das Zitat von politischen Zeitungen in diesen Aussendungen. *(Ruf bei der SPÖ: Da war alles ÖAAB, da hat man nicht zitieren müssen!)*

Jetzt aber hören Sie mir zu:

„In einem abschließenden Artikel“ — heißt es hier — „wird die als dringend bezeichnete Forderung „Auch sozialistische Reserveoffiziere!“ gebracht.“ *(Ruf bei der SPÖ: Na und, ist da etwas dabei?)* Bei euch ist nie etwas dabei! Das ist ja das Phänomen, daß das, was früher vielleicht schlecht war, jetzt gut ist. Das ist Ihre Wandelbarkeit, die Metamorphose, die Sie uns täglich hier vorexerzieren.

Herr Bundesminister! Entgegen den Empfehlungen der Bundesheer-Reformkommission, wurde nun das Armeekommando als eigene nachgeordnete Dienststelle, abgesetzt vom Ministerium, eingerichtet. Ich habe es Ihnen damals gesagt — deswegen hat nämlich die Reformkommission eine andere Lösung vorgeschlagen —: Das bedeutet die Errichtung eines zweiten Ministeriums.

Die Ziffern haben das ja schon unter Beweis gestellt. Die Reibereien sind an der Tagesordnung. Funktionell hat sich ja eigentlich nichts geändert, weil es eine weisungsgebundene, befehlsmäßig nachgeordnete Dienststelle ist. Nur dort wird eben gemacht, was man selber will, und nicht das, was das Ministerium entwickelt, und daher ergeben sich die Stoßlinien. Ein zweites Ministerium, das Ihnen noch einiges aufzulösen geben wird, denn jetzt geht es nicht nur um die Existenz, denn die ist da, jetzt geht der Streit natürlich um die Kompetenzen. Aus dem werden Sie nicht mehr herauskommen. Herr Bundesminister, weil Sie vorhin gesagt haben, Sie haben das nicht gesagt. Das stimmt, Sie haben das nicht gesagt.

Nun etwas überhaupt zu der Verteidigungspolitik. In der letzten Zeit gibt es Erklärungen zur Verteidigungspolitik nur mehr vom Herrn Armeekommandanten. Ich frage Sie: Welche Rolle spielen Sie denn hier eigentlich noch in der österreichischen Verteidigungspolitik? *(Ruf bei der ÖVP: Eine traurige!)* Sie sind doch der Minister! Der Armeekommandant gibt politische Erklärungen ab, und mit ihnen müssen wir uns hier auseinandersetzen, weil das gar nicht anders möglich ist, und Sie sagen, die Erklärung stammt nicht von Ihnen. Ich muß sagen, das ist unmöglich! Das ist eine für die Opposition auf die Dauer geradezu unerträgliche Situation. Das ist die Situation der politisierenden Generale, und in dieser Beziehung haben wir uns bisher sehr wohltuend von Südamerika unterschieden.

Und jetzt noch eine Frage, Herr Bundesminister! Wie weit sind Sie eigentlich mit der Aufstellung des angekündigten unifor-

Dr. Prader

mierten weiblichen Hilfskorps vorangekommen?

Meine Damen und Herren! So sehen im gesamten die nüchternen Fakten aus. Bleibt, ich bedaure sehr, das sagen zu müssen, als leuchtendes Symbol Ihrer bisherigen Leistung nur eines, das Barett. Seien Sie mir nicht böse: Das ist zuwenig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wodica.

Abgeordneter **Wodica** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Einige Vorredner veranlassen mich dazu, das Wort zu nehmen, und ich darf vielleicht gleich beim Herrn Dr. Prader beginnen. Mich stimmt es ein wenig nachdenklich, daß, wenn der Selbstverteidigungsminister a. D. Dr. Prader so gut war, dann die Wähler ganz anders entschieden haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nach den Ausführungen des Dr. Prader hat das Bundesheer keine Regimenter, keine Bataillone, keine Kompanien, keine Soldaten mehr; eines hat er vergessen: keinen Doktor Prader mehr, und das bedauere ich gar nicht. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Hietl: Das ist wenig!)*

Herr Dr. Prader hat sogar bei den Kartoffelschälern mit astronomischen Zahlen zu jonglieren versucht. Damit hat er wieder einmal versucht, in alter Praxis über ihm unangenehme Angelegenheiten hinwegzureden. Herr Dr. Prader, hier könnten wir uns treffen, aber nicht auf diese Art, die Sie meinen, wenn Sie von der ÖVP-Jugend sprechen und sagen: Selbstverständlich ist das die freie Meinung und das freie Meinungsrecht der ÖVP-Jugend. Würden sozialistische Jugendliche eine solche Äußerung machen, würden Sie sie als Jutos bezeichnen, und diese Aussage dann zur Parteimeinung stempeln. Wenn schon, Herr Dr. Prader, dann gibt es auch hier das Recht der freien Meinungsäußerung der Jugend, auch wenn es die sozialistische Jugend sein sollte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. Prader! Sie haben — darum haben sich fast alle Ihre Redner bemüht —, um das Image des Bundesheeres zu heben, zweifellos eine „Anerkennung“ dafür verdient, daß Sie heute von „Leerlaufsoldaten“ und von „Systemerhaltern“ gesprochen haben.

Einer Ihrer Vorredner, Tödling, hat gesagt, wir bilden zuwenig Panzerfahrer aus. — Wir werden den Panzerfahrern sagen, Herr Doktor Prader, daß Sie diese Männer zu Leerlaufsoldaten stempeln wollen. Ich frage Sie, Herr Dr. Prader: Ist das keine Demagogie? *(Abg. Dr. Prader: Da haben Sie mir nicht zugehört!)* Oder können, nein besser, wollen Sie

nicht verstehen, daß Sie dann von Leerlaufsoldaten sprechen? *(Abg. Dr. Prader: Erkundigen Sie sich doch im Ministerium über die Aktenlage!)* Ich glaube, die Erkundigung hätten Sie nötiger, Herr Dr. Prader! *(Beifall bei der SPÖ.)*

In ihrer Ohnmacht und Einfallslosigkeit greift ein Großteil — ich sage: ein Großteil, nicht alle — der ÖVP-Politiker immer wieder zum vermeintlichen Schlagwort von der Demontage des Bundesheeres. Dabei kommt es manchen Sprechern der ÖVP gar nicht so sehr auf den Wahrheitsgehalt ihrer Behauptungen an, denn sie verschweigen manches oder, wenn es sein muß, auch alles. *(Abg. Graf: Daß Sie sich das noch aufschreiben müssen, das ist allerhand!)* Es wäre sehr gut, Herr Kollege Graf, manche Ihrer Leute würden sich etwas aufschreiben, ich frage nur, ob es von Nutzen wäre. *(Abg. Skritek: Kollege Graf! Schauen Sie sich doch Ihre Leute an!)*

Kollege Marwan-Schlosser hat die Feststellung gemacht: Man gibt dem Heer nicht, was es braucht. Verschwiegen hat er, daß dem Heer das leider nie gegeben wurde. Ich habe mich schon gefreut, daß durch die Gespräche mit Bundesheerangehörigen auch der Kollege Marwan, wie viele andere in letzter Zeit, so meinte ich, eine andere Einstellung zu unseren Vorstellungen über das Bundesheer gewonnen hat. Meine sehr Verehrten! Auch in der Vergangenheit wurde dem Bundesheer nicht so viel Geld gegeben, als es gebraucht hätte; das stimmt, das sind ja auch die Ursachen dafür, daß wir heute schlechte Kasernen, wenig Munition und schlechte Uniformen haben.

Kollege Marwan! Ich bin erschüttert über die Feststellung, die ein Generalstabsoffizier der Reserve hier macht. Anscheinend soll damit auch das Image des Bundesheeres angehoben werden: Daß über Probleme des Bundesheeres nach Vorstellung von Kollegen Marwan die „Hühner lachen“, ist eine sehr bezeichnende Einstellung zum Bundesheer. *(Abg. Marwan-Schlosser: Nur nicht alles verdrehen!)* Ja, Kollege Dr. Prader, sicherlich werden über das Bundesheer viele unwahre Darstellungen gemacht. Ich möchte nur eines sagen, Kollege Marwan... *(Zwischenruf des Abg. Marwan-Schlosser.)* Beruhige dich, ich komme schon wieder zu dir; du hast einmal an dieser Stelle die Behauptung aufgestellt, ich und die SPÖ würden Offiziere des Bundesheeres überwachen und bespitzeln. Den Beweis dafür bist du mir bis heute schuldig geblieben. Herr Dr. Prader, erkennen Sie darin einen besonderen Akt politischer Fairneß? Ich nicht!

Wodica

Man fragt sich: Warum ist die ÖVP in der Opposition so entsetzt über die Entwicklung in unserer Bundesheer? Darauf gibt es eine klare Antwort — ich habe das auch schon einmal zum Ausdruck gebracht, aber manche Dinge kann man Ihnen nicht oft genug sagen —: Seit Sie mit dem AAB im Bundesheer nicht die alleinige Personalpolitik machen können und der Wirtschaftsbund im Bundesheer nicht mehr allein Wirtschaftspolitik betreiben kann und sich sichtbare Erfolge beim Bundesheer abzeichnen und auch anerkannt werden, sind Sie gegen das Bundesheer, und Tödling und Marwan werfen uns immer wieder Demontage des Bundesheeres vor.

Herr Dr. Prader! Ist das vielleicht nach dem Vorbild Goebbelscher Propagandapolitik zu verstehen, wie Sie das heute beliebt haben auszudrücken? Ich möchte Ihnen sagen, der Vorschlag Tödlings in der Bundesheerfrage war Demontage des Bundesheeres im höchsten Grad. Ich glaube, ich kann mir ersparen, einige Ausschnitte aus seiner Erklärung in einer Zeitung, überbetitelt mit „Der Heeres-Tödling“ hier vorzulesen. General Spannocchi hat demgegenüber erklärt: Ich kann nicht verstehen, daß eine so laienhafte Idee Platz in einer so großen Partei findet.

Eine weitere Schlagzeile: „VP-Sprecher schlägt Heilschlaf für das Bundesheer vor.“ Ich möchte sagen, wenn in einer Zeitung die Äußerung der Jungen ÖVP: „ÖVP-Wehr-Experte soll nun den Hut nehmen“ steht, so sind wir derselben Meinung, denn es wäre schon höchste Zeit für den Abgeordneten Tödling. Daß er nicht böse ist, wenn ihn seine Partei ablöst, kann ich ihm versichern, wir auch nicht.

Ich kann Ihnen aber auch versichern, wir waren und sind keine Demontierer des Bundesheeres. Der Herr Tödling — so möchte ich das sehen — ist Demontierer des Bundesheeres par excellence.

Und nun zu meinen Ausführungen. Vor etwa drei Jahren erklärte ich: Hören Sie auf mit dem Krankjammern und Gesundbeten des Bundesheeres! Damals wurde ich von einigen von Ihnen belächelt. Daß heute General Spannocchi dieselbe Äußerung macht, bestätigt mir, wie recht ich damals hatte. Er sagte ebenfalls: „Die Armee wird auch das Krankjammern der ÖVP überstehen.“ Das, meine Herren, sollten Sie eigentlich ein wenig beherzigen.

Spannocchi meint: „Die Startposition ist in Ordnung.“ — Ich traue ihm als Fachmann hier mehr Fachkenntnisse zu als manchem, der so redet, als verstünde nur er Verteidigungspolitik.

Daß die letzten Manöver eindeutig unter Beweis gestellt haben, daß die Bemühungen um die Reform des Bundesheeres erfolgreich sind, wenngleich wir natürlich erst am Anfang sind, mag ein Militärberichtersteller in einer Zeitung richtig dargelegt haben, indem er sagt: „Alles in allem ließen die Herbstmanöver 1973 erkennen, daß der Ausbildungsstand des Bundesheeres nicht schlechter, sondern eher besser geworden ist. Die Truppe hält Disziplin, ist einsatzfreudig und besitzt eine solide soldatische Ausbildung.“

Noch einige kurze Betrachtungen zum Budget, von unserer Warte gesehen. Es wurde schon erwähnt: Im Budgetjahr 1973 betrug der Anteil des Landesverteidigungsbudgets am Gesamtbudget 3,65 Prozent. Im Jahr 1974 werden es immerhin 3,69 Prozent sein. Der personelle Aufwand und die gesetzlichen Verpflichtungen betragen 1974 mehr als 3,1 Milliarden österreichische Schilling und waren im Vorjahr mit 2,6 Milliarden beziffert. Der Sachaufwand erfuhr gegenüber 1973 eine Steigerung von rund 351 Millionen. Mit anderen Worten ausgedrückt betrug der Investitionsaufwand und der sonstige Aufwand, also die Budgetmittel, die der Truppe zugute kommen, im Jahr 1973 42,2 Prozent und wird 1974 45,9 Prozent betragen.

Meine Damen und Herren! Aus diesen Ziffern können Sie entnehmen, daß diese Regierung im Rahmen des ihr Möglichen alles versucht, um den materiellen Bedürfnissen der Truppe besser als bisher Rechnung zu tragen.

Nehmen Sie zum Beispiel die Munitionsversorgung. Erst dieser Regierung ist es gelungen, auf diesem Gebiet Schwerpunkte zu setzen und mit einem Munitionsbeschaffungskonzept, das über mehrere Jahre läuft, den dringendsten Bedarf zu decken. Frühere Regierungen haben meist höchst spektakuläre Rüstungskäufe getätigt, darüber aber meist das vernachlässigt, was man unter dem allgemeinen Begriff der Versorgung versteht. Damit ist nun einfach kein Lorbeer zu gewinnen. Wir jedoch sind uns bewußt, daß ohne ausreichende Versorgung unserer Soldaten mit den zum Leben und Überleben notwendigen Gütern, mit ausreichender Munition, mit einer gesicherten Ersatzteilversorgung und mit den nötigen Instandsetzungseinrichtungen die besten und modernsten Waffen und Geräte nutzlos wären.

Was fangen wir zum Beispiel mit Jabos an, wenn wir sie nicht in die Luft bringen können und wenn sie die ihnen zugedachte Aufgabe mangels entsprechender Munition nicht erfüllen können. Wir haben hier bewußt

Wodica

einen Schwerpunkt gesetzt, und ich glaube, daß dies die Zustimmung des ganzen Hauses findet.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß wir die Bereitschaftstruppe aufstellen. Sie wissen auch, daß wir im Rahmen des Budgetüberschreitungsgesetzes 1973 für die materielle Ausrüstung dieser Bereitschaftstruppe zusätzliche Kredite bewilligt haben. Auch dies basiert auf einem mehrjährigen Konzept. Aber es ist nicht so, daß wir durch die Aufstellung der Bereitschaftstruppe etwa die Landwehr vergessen. Nein! Es muß bedacht werden, daß wir einfach nicht in der Lage sind, sofort allen Verbänden die verbesserte Ausrüstung und Bekleidung zu beschaffen. Natürlich sollen zuerst diejenigen, die sich für eine längere Dienstzeit entschieden haben, auch zuerst in den Genuß der verbesserten Ausrüstung und der attraktiveren Uniformen kommen. Nach und nach werden dann auch die anderen Verbände dementsprechend umgerüstet werden. Auch hier wurde nach einem von Fachleuten ausgearbeiteten Konzept ein Schwerpunkt gesetzt.

Hohes Haus! Wir waren uns bewußt, daß wir durch die Verkürzung der Wehrdienstzeit neue Wege in der Ausbildung beschreiten müssen. Die Verbesserung der Truppenübungsplätze, der Übungsanlagen und die Anschaffung von modernsten Ausbildungsgeräten — wieder im Rahmen eines längerfristigen Programms — ermöglichen eine Intensivierung und komprimierte Ausbildung. Dabei bleibt es jedoch nicht. Wir wollen die uns anvertrauten Soldaten weiter- und fortbilden und bedienen uns hiebei des programmierten Unterrichtes.

Wie uns immer wieder von ausländischen Besucherdelegationen bestätigt wird, braucht unsere wirklichkeitsnahe Ausbildung keine Vergleiche zu scheuen. Unsere gut ausgestatteten Truppschulen, die Militärakademie und die Landesverteidigungsakademie genießen besten Ruf und sind, was letztere anlangt, auch international anerkannt.

Von mancher Seite wird gefragt, ob wir auch den Weg beschreiten wollen, den einige Nachbarländer beschritten haben, die eigene Hochschulen für Soldaten gründen wollen. Ich darf hier feststellen, daß diese Regierung nicht daran denkt, eine Militärhochschule zu gründen. Aber selbstverständlich werden wir den einen oder anderen Offizier, der hiefür besonders prädestiniert erscheint, auf unsere Hochschulen und Universitäten schicken, damit er sein Können und Wissen erweitert und dies in den Dienst der Allgemeinheit stellen kann.

Hohes Haus! In diesem Budget sind erstmalig auch vermehrte Aufwendungen für die Infrastruktur des Bundesheeres vorgesehen. Gerade auf diesem Gebiet gibt es einen ungeheuren Nachholbedarf. Dieser betrifft nicht nur neue Hochbauten, wie Kasernenanlagen, sondern vor allem auch Zweckadaptierungen, Kleinstbaumaßnahmen, Ausbau der Truppenübungsplätze, Schießstätten, Sportplätze und Einrichtungen, die der Landesbefestigung dienen.

Auch der Ausbau der Militärflugplätze und die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit einer passiven Luftabwehr fallen hierunter. Ein besonderes Anliegen ist aber die bessere räumliche Ausstattung in den Kasernen durch verbesserte Einrichtungen und geringere Belegschaften in den einzelnen Wohnräumen.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend kann und muß gesagt werden, daß wir mit den im Voranschlag vorgesehenen Mitteln effizienter arbeiten, diese Mittel schwerpunktmäßig einsetzen und damit dem Ziel einer besseren Ausbildung und Versorgung unserer Soldaten nähergekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kinzl.

Abgeordneter **Kinzl** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß es höchste Zeit wird, daß wir zu einem aktuelleren Thema im Zusammenhang mit der Verteidigung übergehen. Ich möchte jetzt über die Bevorratung sprechen.

Bereits beim Budget 1973 habe ich Sie, Herr Minister, gefragt, wie lange wir mit der vorhandenen Mob-Verpflegung auskommen. Sie haben damals gesagt, daß wir damit sieben Tage auskommen. Im Budget 1974 ist wieder der gleiche Betrag von 2,8 Millionen Schilling für die Mob-Verpflegung vorgesehen. Inzwischen ist eine entsprechende Teuerung eingetreten, sodaß ich annehmen muß, daß wir im kommenden Jahr nur mehr für sechs Tage Mob-Verpflegung haben. Angesichts der jetzigen Lage auf dem Versorgungssektor möchte ich das geradezu als einen sträflichen Leichtsinn bezeichnen.

Da ich weiß, daß die Versorgungslage bei Treibstoffen ungefähr gleich ist, möchte ich fast die Frage stellen, ob man die Lebensmittelversorgung auf die Treibstoffversorgung oder die Treibstoffversorgung auf die Lebensmittelversorgung, auf sieben Tage, abgestellt hat. Beides ist nämlich völlig ungenügend.

Bei den Treibstoffen werden wir derzeit nicht in der Lage sein, Reservelager anzulegen. Lebensmittel sind zum Teil noch vor-

Kinzl

handen, und es wäre daher eine Bevorratung möglich. Wir hatten heuer, 1973, eine ausgezeichnete Getreideernte und sind in der Lage, den Anschluß bei Brot und selbstverständlich auch bei Mehl an die nächste Ernte 1974 zu finden.

Über eines müssen Sie sich aber, meine Damen und Herren von der linken Seite, im klaren sein: Zu den derzeitigen Brotgetreidepreisen werden Sie nicht mehr die nötigen Mengen angeliefert bekommen. Der österreichische Bauer hat heuer im Sommer für seinen Normalweizen einschließlich Mehrsteuer einen Preis von 2,49 S bekommen. Der Weltmarktpreis ist aber zurzeit für Normalweizen 3,60 S, für den Qualitätsweizen müssen wir sogar 4 S bezahlen, wenn wir etwas importieren wollen. Sie ersehen daraus, daß es höchste Zeit ist, daß der Preis für Brotgetreide nachgezogen wird.

Und nun ein weiteres. Ich sehe eine Gefahr herankommen, an die man vielleicht jetzt noch gar nicht denkt: Ich habe von maßgeblicher Seite erfahren, daß innerhalb des letzten Jahres der Kunstdüngerverbrauch um 38 Prozent gesunken ist. Das bedeutet weiter, daß wir logischerweise im nächsten Jahr eine schlechtere Ernte haben werden. Da kann das Wetter sehr schön sein.

Der Kunstdüngerverbrauch ging deswegen zurück, weil Sie die Preise in einer Art angehoben haben, daß es geradezu unvorstellbar ist. Bis zum heurigen Jahr war Kunstdünger nur mit 0 bis 2,5 Prozent umsatzsteuerbelastet; seit Einführung der Mehrwertsteuer haben wir aber eine Belastung von 16 Prozent, sodaß es gefährlich wird, was dabei herauskommt. Sie sehen, daß das eine ausgesprochene Kurzsichtigkeit der Regierung war und ist.

Sie haben unseren Anträgen auf Herabsetzung der Mehrwertsteuer für Kunstdünger von 16 auf 8 Prozent, die wir mehrmals eingebracht haben, kein Gehör geschenkt, sondern sie niedergestimmt.

Über eines müssen Sie sich im klaren sein, meine Damen und Herren von der linken Seite: Die Zeiten, in denen Sie sagen konnten: Wenn ihr Bauern Österreichs nicht in der Lage oder nicht bereit seid, zu diesem Preis zu liefern, dann werden wir uns das einfach aus dem Ausland hereinholen, die sind vorbei. Erstens einmal bekommen wir nichts, und zweitens sind die Preise im Ausland bedeutend höher.

Ich war heuer im Frühjahr in Kanada und hatte Gelegenheit, dort mit den Herren des Landwirtschaftsministeriums zu sprechen.

Sie haben gesagt, daß die Russen bereits die gesamte Ernte von 1973 und von 1974 von ganz Kanada aufgekauft haben. Die Aussichten, im Ausland etwas zu bekommen, sind also ausgesprochen schlecht.

Bei Getreide werden wir, wie gesagt, bis zum Sommer durchkommen. Schlecht aber ist die Versorgung bei Fett. Die Eigenproduktion beträgt bei Butterfett und Schweinefett zirka 45 Prozent. 55 Prozent Fett beziehen wir aber aus dem Ausland. Das geht noch.

Katastrophal ist aber die Lage auf dem Speiseölsektor. 1971 haben wir selbst noch zirka 2500 Tonnen in Österreich produziert, aber damals bereits 86.500 Tonnen Speiseöl importiert. Inzwischen ist aber die Eigenzeugung zurückgegangen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die letzte Ölmühle wurde aufgelassen. Im Zusammenhang mit der Krise denkt man jetzt daran, wieder eine Ölmühle zu errichten. Es ist aber völlig uninteressant. Mit den wenigen 1000 Tonnen — vielleicht sind es noch 2000 Tonnen — Raps und Ölfrüchten, die in Österreich produziert werden, kann man keine Ölmühle beschäftigen. Sie müssen daher, ob Sie wollen oder nicht, etwas anderes tun. Die Preise, die der Bauer für die Ölfrüchte bekommt, sind derart uninteressant, daß keiner in der Lage oder gewillt ist, etwas anzubauen.

Sie ersehen daraus, daß Sie noch und noch Fehler gemacht haben und daß wir nicht in der Lage sind, auf diesem Sektor Reserven anzulegen. Noch besteht diese Möglichkeit bei einigen Produkten. Bei Getreide haben wir noch die Garantie, daß wir bis zum nächsten Jahr auskommen; wir haben noch genügend Zucker — auch den hat der österreichische Bauer erzeugt —, aber auch der Zuckerpreis liegt unter dem Weltmarktpreis. Auch dieser Preis wird nicht zu halten sein. Geben Sie sich keiner Täuschung hin!

Nun habe ich eine Bitte an Sie, Herr Verteidigungsminister: Ich würde Sie schon sehr darum bitten, daß, wenn schon die gesamte übrige Regierung in bezug auf die Bevorratung total versagt hat, wenigstens Sie auf diesem Sektor etwas tun, denn unsere Soldaten sollen doch wenigstens etwas zu essen haben, wenn schon Treibstoff und dergleichen ausgegangen ist.

Aus diesem Grunde bringe ich nun folgenden Entschließungsantrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kinzl und Genossen zum Bundesfinanzgesetz 1974 (880 und 974 der Beilagen) betreffend Sicherstellung der Ver-

8920

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Kinzl

pflegung für das Mob-Heer für eine angemessene Frist.

Anlässlich der Debatte zum Bundesvoranschlag 1973 hat der Bundesminister für Landesverteidigung Karl Lütgendorf erklärt, daß die Verpflegung für das mobilisierte Heer für einen Zeitraum von sieben Tagen ausreicht. Diese einwöchige Verpflegungsvorsorge muß als vollkommen unzureichend angesehen werden. Es ist daher unverständlich, daß für 1974 unter Außerachtlassung der eingetretenen Kostensteigerungen wiederum nur die gleichen Mittel veranschlagt sind wie 1973.

Es muß erwartet werden, daß ein Mobilisierungsfall mit einer Versorgungskrise zusammenfällt, sodaß eine ausreichende Vorsorge für eine angemessene Frist unbedingt erforderlich ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Landesverteidigung wird aufgefordert, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Verpflegung des mobilisierten Heeres für eine angemessene Frist sichergestellt ist.

Herr Minister! Wir haben bewußt keine Zeit angegeben; nicht zwei Monate, nicht drei Monate. Unser Wunsch, unser Ziel wäre, daß für das Heer eine Bevorratung für drei Monate vorhanden ist. Wir wissen aber genau, daß das von heute auf morgen undenkbar, daß das nicht möglich ist. Wenn wir derzeit bestenfalls eine Versorgung für vielleicht sechs oder sieben Tage haben, so können wir das von heute auf morgen nicht ändern, weil gar nicht die Möglichkeit dazu bestünde. Es wären weder die finanziellen Mittel vorhanden noch die anderen Möglichkeiten gegeben. Aber eine Versorgung für sechs oder sieben Tage ist geradezu ein Witz, Herr Minister. Ich ersuche Sie, Herr Minister, deswegen sehr, sehr dringend im Interesse der Soldaten, aber auch der gesamten österreichischen Bevölkerung, den eingebrachten Entschließungsantrag zu bejahen und das Bestmögliche zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Lütgendorf. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung **Lütgendorf:** Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich die einzelnen konkret an mich gerichteten Fragen bezüglich des Budgets 1974 beantworte, gestatten Sie mir bitte, eine Bemerkung vorwegzunehmen. Ich möchte

meinen Dank allen Abgeordneten der drei Parteien zum Ausdruck bringen, die heuer bezüglich des Heeresbudgets in emotionsfreier und sachlicher Weise dazu Stellung genommen haben und — in meinen Augen — damit zum Ausdruck gebracht haben, wie sehr ihnen das Kapitel Landesverteidigung und die weitere Entwicklung der österreichischen Landesverteidigung am Herzen liegen.

Ich darf nunmehr zu den einzelnen Fragen kommen.

Ich darf Herrn Abgeordneten Tödling, der die Erklärung abgegeben hat, daß seiner Meinung nach die Bereitschaftstruppe nur auf dem Papier stünde, sagen: Ich bin in der letzten Sitzung des Landesverteidigungsrates am 6. Dezember bereit gewesen, einen Bericht über die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres — damit ist ja in erster Linie die Bereitschaftstruppe gemeint — abzugeben, doch haben damals die Vertreter der ÖVP keinen größeren Wert auf diesen Zustandsbericht gelegt.

Was die Studie der Mobilmachungsabteilung über die Entwicklung des Mob-Heeres und des Kaderpersonals anbelangt, so wollte ich auch hier zum Ausdruck bringen, daß erfreulicherweise die Zahlen des verfügbaren Reservekadern — aufgeschlüsselt nach Reserveoffizieren, Unteroffizieren und Chargen — höher liegen, als sie der Herr Abgeordnete Tödling genannt hat.

Nicht ganz verstanden habe ich seine Bemerkung: Wir befinden uns in einer ausweglosen Situation. Ich kann nur annehmen, daß er damit nicht das Bundesheer gemeint hat, denn beim Bundesheer befinden wir uns in einer ausgesprochenen Aufwärtsentwicklung und keinesfalls in einer ausweglosen Situation.

Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat an mich in erster Linie die Frage gerichtet, ob der in der Budgetrede des Herrn Finanzministers enthaltene Satz „Den ... Zielsetzungen, zu deren wesentlichsten die Aufstellung einer Bereitschaftstruppe zählt, entsprechend ...“ mit mir vorher abgesprochen wurde.

Dazu darf ich sagen, daß der Herr Finanzminister seine Budgetrede — zumindest was den Part Landesverteidigung anbelangt — nicht mit mir vorher abgestimmt hat. Ich darf aber doch hier zum Ausdruck bringen, daß es sich um das Budget 1974 handelt und nicht um die allgemeine Zielsetzung der gesamten Bundesheerreform und daß wir ja eine Art Prioritätenkalender dahingehend gesetzt haben, daß das Schwergewicht der Bundes-

Bundesminister Lütgendorf

heerreform in struktureller Hinsicht auf der Aufstellung der Landwehr liegt und daß entsprechend einer Entscheidung des Gesetzgebers unverzüglich die Bereitschaftstruppe aufzustellen ist. Davon hat sowohl der Finanzminister als auch ich ableiten müssen, daß wir für das Jahr 1973/74 finanzmäßig in erster Linie zwingende Vorsorgen für die Bereitschaftstruppe vornehmen müssen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Zeillinger! Im Budget für 1974 können Sie feststellen, daß beim Sachaufwand, wo wir rund 375 Millionen Schilling für die Bereitschaftstruppe vorgesehen haben, dieser Anteil nicht einmal ein Sechstel des Gesamtsachaufwandes für das Bundesheer beträgt, daß daher ein überwiegend größerer Teil — wenn man es so zum Ausdruck bringen kann — zugunsten der Landwehr zu zählen ist.

Ich möchte auch in diesem Zusammenhang davor warnen zu glauben, daß es einen Unterschied zwischen Bereitschaftstruppe und Landwehr insofern gibt, daß man darin vielleicht zwei getrennte Wehrmachtsteile oder Bundesheerteile erblicken kann. Das ist nicht der Fall. Verbände beider — sowohl Landwehr wie Bereitschaftstruppe — stehen unter einheitlichen Kommanden, und hier gibt es keine Unterschiede.

Ihre Frage nach dem Landwehrkonzept darf ich dahingehend beantworten, daß ich noch während der Dauer der Herbstsession des Nationalrates dieses Konzept dem Landesverteidigungsrat vorlegen werde.

Die für den Beschauer zunächst einmal erscheinende Übertragung der Familienbeihilfe auf den Sachaufwand ist dahingehend zu sehen, daß nach der 24. Gehaltsgesetz-Novelle der Anteil der Mehrleistungsvergütung auf den Sachaufwand übertragen wurde, während andererseits die Aufwandskomponente hier wieder wesentlich abgesunken ist. Man kann fast sagen, daß es zu einer Aufteilung zwischen Personal- und Sachaufwand gekommen ist.

Die von Ihnen zitierte Vielzahl der Zulagen bedeutet eine ungeheure Erschwernis in der gesamten Verwaltungstätigkeit, und man muß natürlich auch hier wieder auf die Besonderheiten gerade des militärischen Dienstes hinweisen, auf die zahlreichen verschiedenen Funktionen mit den differenzierten Aufgaben, die natürlich auch in einer entsprechenden Zulagenordnung ihren Ausgleich finden. Eine Änderung wird erst dann eintreten, wenn wir zu einer Neuorientierung und völligen Neuregelung des Besoldungsschemas für das Bundesheer kommen werden.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben mich auf die zivile Landesverteidigung angesprochen. Wenngleich diese nicht in die Kompetenz des Verteidigungsministers fällt, kann ich Ihnen versichern, daß ich mich in der Vergangenheit auch dieser Frage sehr angenommen und bemüht habe, mit dem Bundesminister für Inneres hier einige Fortschritte und Akzente zu setzen.

Etwa ein halbes Jahr nach meiner Amtsübernahme habe ich mit zuständigen Beamten des Magistrates Wien — gemeinsam mit dem Bundesminister für Inneres und dem Bundesminister für Bauten — ein Informativgespräch geführt und auch damals sehr mit Nachdruck die Anregung deponiert, daß man beim Projekt der U-Bahn Wien auch die notwendigen Schutzräume für die Bevölkerung vorsehen und auch bei der Linienführung der breiten Einbeziehungsweise Ausgänge zu den einzelnen U-Bahn-Stationen durch eine entsprechende Abwinkelung vorsorgen möge, daß es nicht durch allfällige Druckwellen in den unteren Räumen zu schweren Schädigungen an Mensch und Material kommt.

Sie haben mich auch nach der Votivparkgarage gefragt. Dazu kann ich keine Auskunft geben, ich wurde diesbezüglich nicht befragt.

Was den Austausch beziehungsweise den Ersatz von veraltetem Gerät, seien es jetzt Fahrzeuge, seien es andere Gerätesysteme, anlangt, darf ich Ihnen sagen, daß dies schrittweise durchgeführt wird. Wir haben gerade in diesem Jahr und werden im verstärkten Maße im Jahr 1974 weitere alte „Benzinfresser“, wie sie bezeichnet werden, ausscheiden. Übrigens, von den 153 Panzern M 47 haben wir nur 103 Stück für zwei Bataillone bei der Truppe eingesetzt, während die restlichen 50 in einem Park abgestellt sind. (Ruf bei der ÖVP: Im Sternwartepark?) Es ist nicht der Sternwartepark, wo sie abgestellt wurden — das ist ein militärischer Versorgungsausdruck —, sondern in Kraftfahrzeugparks, sagen wir in Lagern.

Kasernen. Es ist völlig richtig, daß auch, wie Herr Minister Prader zum Ausdruck gebracht hat, der Ansatz im Budget 1974 für Instandhaltung, Instandsetzung, Adaptierung und Verbesserung der Kasernen noch unzureichend ist. Immerhin ist im Budget 1974 für die Instandhaltung von Gebäuden — 1973 mit 7,9 Millionen — ein ganz beachtlicher Zuwachs auf 41,5 Millionen vorgesehen.

Wir haben bezüglich des Altkasernen-sanierungsprogramms ein sehr klares Konzept erstellt. Ein interministerielles Komitee hat auch die Grundsätze festgelegt. Es sollen zuerst die Liegenschaften, auf denen alte und zur Veräußerung vorgesehene Kasernen ste-

Bundesminister Lütgendorf

hen, verkauft werden, und erst nach Fertigstellung der Neukasernenanlagen soll eine Übersiedlung der Truppe beziehungsweise jener in den Altkasernen befindlichen Dienststellen des Bundesheeres in die Neuanlagen erfolgen. Der Verkaufserlös für die Altliegenschaften steht ausschließlich zur Bezahlung der Baukosten für die neuen Anlagen zur Verfügung.

Die Eindämmung der Papierflut ist ein Anliegen, das ich von allem Anfang an schon sehr verfolgt habe. Sie stellt auch einen der 43 Punkte im Bundesheerreformplan dar. Wir werden durch den weiteren Einsatz unserer Elektronischen Datenverarbeitung zweifelsohne schnell gewisse Fortschritte machen können. Auf der anderen Seite wird aber auch die nun bald anlaufende Verwaltungsreform dafür sorgen, daß vor allem das gesamte Meldewesen und das sehr überhandnehmende Formularwesen stark eingeschränkt werden können.

Zur verfassungsmäßigen Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung — Sie haben mir die Anregung gegeben, dieser Forderung einen stärkeren Nachdruck innerhalb der Regierung zu verleihen — darf ich hier mitteilen, daß, nachdem ja im Redaktionskomitee des Landesverteidigungsrates Übereinstimmung hierüber besteht, der Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht hat, er lege Wert darauf, daß diese Novelle des Bundes-Verfassungsgesetzes möglichst in Bälde auch realisiert werde. Das steht, wie allgemein bekannt, in sehr engem Zusammenhang mit dem Entschließungsantrag über die Gesamtverteidigungsdoktrin.

Was das Vorsorgen anbelangt, also Versorgungslager größeren Umfanges im Basisraum, darf ich, Herr Abgeordneter, bitten, Verständnis dafür zu haben, wenn ich in der Öffentlichkeit keine näheren Details angeben will. Ich bin gerne bereit, in dem vorgesehenen Geheimbericht für den Landesverteidigungsrat hiezu eine Aussage zu machen.

Die Beschaffung ausreichender Ausbildungsmittel moderner Art wird fortgesetzt, nachdem ein allgemeines Programm erstellt wurde, welche der modernen Mittel am geeignetsten für unsere Zwecke sind und in welcher Größenordnung etwa sich der finanzielle Aufwand bewegen soll. Es sind sehr beträchtliche Mittel, die hierfür investiert werden müssen, die wir daher auch nur auf einige Jahre hinaus aufgliedern und aufteilen können.

In diesem Zusammenhang ist aber auch vor allem der forcierte weitere Ausbau der Schieß- und Übungsplätze hervorzuheben, der immerhin vom Jahr 1973 auf das Jahr 1974 eine Budgetanteilssteigerung von 11,7 auf 23,5 Mil-

lionen ausmacht, eine sehr beachtliche Steigerung, noch dazu, wenn man bedenkt, daß viele der Tiefbauarbeiten von Truppenkräften beziehungsweise von unserem eigenen hiezu eingerichteten Sanierungsstab mit modernen Baumaschinen geleistet und damit auch billiger hergestellt werden können.

Was Ihre Frage anbelangt, inwieweit und in welchem Umfang nun das auslaufende Mob-Heer übergeleitet oder in die neue Landwehr einbezogen werden kann, darf ich auch auf das Landwehrkonzept selbst verweisen, welches diesbezüglich, glaube ich, schon sehr genaue Eindrücke vermittelt.

Auf dem legislativen Gebiet sind verschiedene Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Einführung einer neuen Offiziers- und Unteroffiziersausbildung vorgesehen, weshalb Novellierungen einzelner Gesetze erforderlich sind. Außerdem darf ich noch einmal wiederholen, daß auch eine neuerliche Novelle der wehrrechtlichen Bestimmungen beabsichtigt ist.

Die Zusammenarbeit mit den maßgebenden Dienststellen der Exekutivorgane ist ausgezeichnet. Ich darf hier berichten, daß erst vor kurzem ein Kontaktgespräch zwischen meinem Ressort und dem Bundesministerium für Inneres stattgefunden hat, das viele gemeinsame Fragen österreichischer Sicherheitspolitik behandelte. In diesem Gespräch sind auch verschiedene materielle Fragen angeschnitten worden, um Wege zu finden, wie man in Zukunft gemeinsam Gerätesysteme — vor allem am Fernmeldesektor —, aber eventuell auch leichte Waffen beschaffen könnte.

Was die Information der Bevölkerung über Fragen der Landesverteidigung anbelangt, so darf ich sagen, daß wir nach eingehenden Prüfungen und nach Auswertung verschiedenster analytischer Untersuchungen geplant haben, im Jahre 1974 in einem stärkeren Maße an die Öffentlichkeit heranzutreten. Auch hier ist eine Kompetenzabgrenzung insofern erfolgt, als dem Armeekommando die Information nach innen und dem Ministerium die Information nach außen zufällt, wobei auch da wiederum die Information natürlich nur in einer Kooperation mit der neu zu schaffenden Koordinierungsstelle Umfassende Landesverteidigung im Bundeskanzleramt vorgenommen werden wird.

Herr Abgeordneter Marwan-Schlosser! Es ist eine Selbstverständlichkeit für das Planungsbüro im Ministerium, sich über alle modernen Waffensysteme, Gerätesysteme verschiedenster Art am laufenden zu halten. Daher wurde natürlich auch hier die Wirkung der leichten Panzerabwehrwaffen und der Bodenlufraketen, wie sie im jüngsten Krieg

Bundesminister Lütgendorf

in Nahost verwendet wurden, sehr genau verfolgt. Eine eigene Studiengruppe wurde hiezu nicht eingesetzt.

Der Ihnen übersandte eineinhalb Seiten umfassende Kurzauszug der Studienarbeit „Berufsheer“, den Sie erwähnt haben, ist ja nur eine komprimierte Übersicht. Selbstverständlich kann Ihnen hier eine sehr eingehende Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich noch keine näheren Angaben über das Landwehrkonzept mache. Ich bitte, da noch etwas Geduld zu haben. Wie ich vorhin gesagt habe, wird es mehr oder weniger bald dem Landesverteidigungsrat vorliegen.

Meine Erreichbarkeit — das sage ich zu Ihrer Beruhigung — ist immer gegeben. Zum Zeitpunkt der Ereignisse von Marchegg — Schönau, das war eine reine Angelegenheit des Innenministeriums, stand ich mit meinem Adjutanten in telephonischer Verbindung. Ich befand mich zu dieser Zeit in Österreich. Es wäre mir ohne weiteres möglich gewesen, mit einem Hubschrauber in zirka eineinhalb Stunden, mit dem Auto in zweieinhalb Stunden in Wien zu sein.

Daß man sich selbstverständlich Gedanken macht, auch den Schutz von Regierungsmitgliedern beziehungsweise der gesamten Bundesregierung für gewisse Krisenzeiten vorzusehen, damit nicht, wie Sie es so nett ausgedrückt haben, vielleicht die ganze Bundesregierung hoppgenommen werden könnte (*Abg. Graf: Die halbe genügt auch!*), darf ich zu Ihrer Beruhigung sagen: Aber wir sind nicht so ängstlich in der Bundesregierung.

Wöllersdorf. Ein Stichwort, das Sie gaben. Ich habe weder jemandem zu gehorchen gehabt — den möchte ich erst kennenlernen, dem ich zu gehorchen habe (*lebhaft Heiterkeit im ganzen Hause*) —, noch bin ich genötigt worden, eine Kaserne zur Verfügung zu stellen. Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, daß das eine ganz logische Folge war. Bei einem guten Team ist es eben üblich, daß man sich in aller Ruhe ausspricht und dann den in der jeweiligen Lage günstigsten Weg beschreitet, der empfehlenswert ist. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Herr Präsident! Ich bitte, neuerlich eine nicht zum Gegenstand gehörende Aussage machen zu dürfen: Nachdem hier in diesem Hohen Haus schon einmal ein Mißtrauensantrag gegen mich gestartet wurde, nachdem schon dringliche Anfragen versucht haben — es war nur ein Versuch —, mich etwas in Verlegenheit zu bringen, ist es heute das erste Mal, daß mir Angehörige des rechten

und des linken Flügels Applaus gespendet haben. (*Anhaltende Heiterkeit. — Beifall bei der SPÖ und Abgeordneten der ÖVP.*)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Peter! Auf Ihre an den Herrn Bundeskanzler gerichtete Frage, wann er nun gedenkt, die in der Regierungserklärung in Aussicht gestellte legislative Voraussetzung verschiedener Art, insbesondere was die Umfassende Landesverteidigung anbelangt, einzulösen, darf ich wohl auch im Namen des Herrn Bundeskanzlers sagen, daß in Bälde die notwendige legislative Basis geschaffen wird, um auch der Umfassenden Landesverteidigung das Gewicht zu geben, welches ihr zufällt.

Der Herr Bundespräsident hat in seinem Tagesbefehl an die Leutnante im September von den erforderlichen angemessenen Mitteln für die Landesverteidigung gesprochen. Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, haben an mich die Frage gerichtet, ob diese auch im Budget 1974 enthalten sind. Dazu darf ich ergänzend sagen, daß man da nicht allein das Budget 1974 sehen darf, sondern dieses im Zusammenhang mit jenem achtjährigen Investitionsprogramm für die militärische Landesverteidigung sehen muß, welches die Bundesregierung am 9. Oktober beschlossen hat. Dieses sieht wirklich jene Mittel vor, die notwendig sind, um eine zielstrebige, unseren österreichischen Verhältnissen angepaßte Landesverteidigung zu sichern.

Herr Abgeordneter Peter! Sie haben den direkten Antrag gestellt, es möge ein Bericht in ähnlicher Form vorgelegt werden, wie er dem Schweizer Bundesrat unter dem Titel „Sicherheitspolitik der Schweiz“ übermittelt wurde. Ich darf bitten, meinen Bericht über Zielsetzung und Umfang der Bundesheerreform und den gegenwärtigen Stand der militärischen Landesverteidigung abzuwarten, wo sich zweifelsohne sehr viele Parallelen zwischen meinem Bericht und jenem des Schweizer Bundesrates abzeichnen werden.

Herr Abgeordneter Dr. Prader! Es tut mir leid, wenn Ihnen vielleicht nicht die richtigen Zahlen aus meinem Ressort übermittelt wurden, aber wir haben immerhin von den 11.000 Wehrpflichtigen pro Einberufungsturnus rund 4000 Wehrpflichtige, die in innerbetrieblichen Funktionen eingesetzt werden. Das sind also im Jahr nicht 22.000, sondern 16.000 und von denen tatsächlich 27 Prozent. Sie sind in erster Linie zur Aufrechterhaltung des Fernmeldebetriebsdienstes, des Sanitätsdienstes, des Kraftfahrdienstes, des Feldzeug- und Wirtschaftsdienstes und natürlich auch des Küchendienstes erforderlich. Den Einsatz dieser Soldaten kann man aber wirklich nicht

8924

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Bundesminister Lütgendorf

als einen Leerlauf bezeichnen. Diese Leute haben wir ja auch vor dem Jahre 1970 in gleichen Funktionen benötigt.

Es ist auch nicht richtig, wenn man von der Annahme ausgeht, wenn man 16.000 Soldaten für derartige systemerhaltende Tätigkeiten einsetzen muß, daß man deswegen 16.000 Zivilbedienstete einstellen müßte. Denn diese 16.000 Soldaten rotieren ja im Laufe eines Jahres. Tatsächlich würde man, wenn man alle diese von mir vorhin genannten Funktionen statt von Wehrpflichtigen von Zivilbediensteten ausführen lassen würde, rund 6000 bis 7000 Personen benötigen.

Herr Dr. Prader! Sie haben von der Notwendigkeit von Regenerationszeiten gesprochen. Ich stimme Ihnen völlig zu. Ich darf nur bitten, daß Sie auch mir und meinen Mitarbeitern im Ressort zubilligen, daß wir eine gewisse Zeit brauchen, um eine so große, durchgreifende Reorganisation und Umstrukturierung vorzunehmen.

Ich darf noch einmal auf das Kapitel Bauten zurückkommen und hier sagen: Wenn Sie jene Posten, die für die Instandhaltung von Gebäuden für das Jahr 1974 präliminiert sind, und jene für militärische Bauten zusammennehmen, so ergibt sich, daß für das Jahr 1973 insgesamt 73,9 Millionen und für das Jahr 1974 106,3 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Ihre letzte Anfrage, Herr Abgeordneter Doktor Prader, lautete: Wie weit steht es mit der Aufstellung des uniformierten weiblichen Hilfskorps? Meine Antwort ist kurz: Da wir kein uniformiertes weibliches Hilfskorps einführen werden (*Abg. Dr. Prader: Das ist in der „AZ“ gestanden!*) — ich glaube nicht immer alles, was in der Zeitung steht —, kann es auch nicht „stehen“. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Koren: Was in der „Arbeiter-Zeitung“ steht, soll man schon glauben! — Abg. Ofenböck: Er ist nicht der einzige, der das nicht glaubt!*)

Herr Abgeordneter Kinzl! Ich begrüße als zuständiger Ressortchef persönlich Ihren Initiativantrag, ich darf aber ergänzend dazu sagen, daß wir nicht nur für sieben Tage Mob-Verpflegung haben, sondern darüber hinaus noch für zehn Tage Verpflegung jeweils bei der Truppenküche gelagert haben. Das ist immerhin schon Verpflegung für 17 Tage. Darüber hinaus werden — das haben wir der Öffentlichkeit nicht im vollen Umfang bekanntgegeben — schon seit längerer Zeit intensive Gespräche mit großen Nahrungsmittelindustrien geführt, die auch bereits einzelne Übereinkommen erbrachten hinsichtlich der Lagerung und Vorratshaltung einer große-

ren Menge vor allem nicht verderblicher Nahrungsmittel, hauptsächlich Konservenverpflegung für eine längere Zeitspanne. Es ist also für das, was Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, als angemessene Frist bezeichnet haben, schon Vorsorge getroffen worden.

Und wenn ich abschließen darf mit den Worten, die heute der Herr Abgeordnete Tödling erwähnt hat: Es bedarf aller Kräfte dieses Hauses, um eine starke Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu gewährleisten!, dann kann ich nur meine Freude zum Ausdruck bringen, daß wir in eine Epoche treten, in der es wirklich zu einer Drei-Parteien-Verteidigungspolitik kommen möge. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Der vom Herrn Abgeordneten Kinzl eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Behandlung.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Bauer.

Abgeordneter Dr. Bauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Bundesminister hat in seinem Schlußwort, wenn man das so sagen darf, darauf hingewiesen, daß er — ich möchte ihn jetzt gerne wörtlich zitieren — allen Abgeordneten der drei Parteien danke, die in emotionsfreier Weise zu Fragen der Landesverteidigung Stellung genommen haben.

Damit hat wohl der Herr Bundesminister, den ich als kompetenten Mann der Sozialistischen Partei in Fragen der Landesverteidigungspolitik ansehen darf, quasi mit einem Satz all das weggeräumt, was hier an Verdächtigungen, Unterstellungen, nicht gerügten Zwischenrufen — wenn ich etwa an den Kollegen Mondl denke — von der linken Seite in den Raum gestellt wurde im Zusammenhang mit der Kritik (*Abg. Skritek: Ihre Leute waren Waisenknaben!*) — Kollege Skritek, ich höre Sie nicht, vielleicht wiederholen Sie den Zwischenruf; ich gehe immer gerne auf Zwischenrufe ein, das wissen Sie (*Abg. Skritek: Hören Sie sich einmal die Zwischenrufe Ihrer Kollegen an, dann rügen Sie andere!*) —, die wir hier deponiert haben, uns von Ihnen vorgeworfen wurde. Wenn Sie, Kollege Skritek, so empfindlich sind, dann empfehle ich Ihnen besonders (*Abg. Skritek: Sie sind empfindlich, Sie rügen uns ja!*) — Sie rügen uns! —: Lesen Sie sich einmal die Protokolle von Debatten in vergangenen Jahren durch, als die Regierung Klaus sich bemühte, in Landesverteidigungsfragen progressive Wege zu gehen. Was haben Sie und Ihre Parteifreunde hier aufgeführt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dr. Bauer

Meine Damen und Herren! Es ist kennzeichnend — ich verstehe die Unruhe in den sozialistischen Bänken durchaus — für diese Art der Landesverteidigungspolitik, wie sie jetzt betrieben wird, daß der Herr Bundesminister hier sagen mußte, daß der Herr Bundesminister für Finanzen seine Budgetrede, wenigstens was den Part Landesverteidigung betroffen hat, mit dem Herrn Verteidigungsminister nicht abgestimmt hat. Das ist also offenbar auch ein Beitrag zu jener Transparenz, die der Herr Bundeskanzler so sehr wünscht. Wir nehmen das gerne zur Kenntnis, weil uns das wieder einmal einen Beweis dafür liefert, wie diese am besten vorbereitete Regierung auch in Fragen der Landesverteidigung arbeitet und am Werk ist.

Herr Bundesminister Lütgendorf ist übrigens der disziplinierteste Bundesminister, den wir hier jemals gehört haben. Er hat sein gestörtes Verhältnis zum Parlament offenbar in der Zwischenzeit korrigiert. Er war heute auch der am wenigsten Trockene, wie man auf Grund des Beifalls bemerkt hat, der ihm entgegengebrandet ist. Offenbar überläßt er es jetzt gerne anderen Mitgliedern der Bundesregierung, ins Fettnäpfchen zu treten, wenn man sich so an bestimmte Äußerungen etwa der Frau Gesundheitsminister erinnert.

Meine Damen und Herren! Wenn man bemerkt hat, wie der Herr Verteidigungsminister als Artillerist quasi ein Sperrfeuer vor seine Landesverteidigungspolitik legt, dann ist man sehr besorgt, vor allem deshalb besorgt, weil, auch wenn mit Engelszungen — meine Damen und Herren, wenn Sie das hier getan hätten, Sie konnten es nicht — von Ihrer Seite Fragen der Landesverteidigung angeschnitten worden wären, Sie nicht in der Lage gewesen wären, die tatsächlichen Fakten zum Verschwinden zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie behaupten, daß der Nominalbetrag, der im Augenblick für dieses Ressort zur Verfügung steht, tatsächlich der höchste ist, daß noch nie so viel Geld für die Landesverteidigung ausgegeben wurde, so stimmt das hinsichtlich des Nominalbetrages, aber es stimmt nicht bezüglich des Realbetrages. Sie können mit diesen Beträgen, meine Damen und Herren, nicht zuletzt auf Grund der inflationistischen Politik, die Sie seit Jahren betreiben, bei Gott nicht das machen, was Sie machen könnten, wäre die Stabilitätspolitik unserer Regierung fortgesetzt worden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Uns ist im Laufe der Debatte vorgeworfen worden, wir hätten 38 Kompanien, wenn ich mich richtig erinnere, aufgelöst, Sie aber hätten schon wieder fünf neue Einheiten aufgestellt.

Ich darf Ihnen sagen: In dem von Ihnen kritisierten Zeitraum hat es nicht weniger als 51 Einsatzbataillone gegeben; heute haben Sie kein einziges einsatzbereites Bataillon, Sie haben da und dort in Brigaden verstreut kleinere einsatzfähige Einheiten. Das nehme ich Ihnen ganz gern ab. Im Krisenfall müßten Sie erst mobilisieren, was außenpolitisch kaum jemals opportun sein dürfte. Einen derartigen Grad der mangelnden Einsatzbereitschaft des Bundesheeres gab es bisher noch nie! Wie begründen Sie das, meine Damen und Herren von der linken Seite des Hauses? Sie sagen, hier handle es sich um ein anderes System. — Ein anderes System? Ist deshalb die Kaderpersonallage beim Bundesheer so katastrophal und beträgt deshalb der Abgang beim Kaderpersonal jährlich rund 500 Mann? Die Zahl der Längerdienenden übersteigt trotz Werbung die Zahl 1500 nicht, und der Bedarf an längerdienenden Soldaten, Kollege Dr. Fischer, beläuft sich nach den unterschiedlichen Erklärungen des Herrn Verteidigungsministers und seines Armeebefehlshabers auf 12.000 bis 15.000 Mann. Daher kann leider schon jetzt abgesehen werden, daß die Bereitschaftstruppe in der derzeit vorgesehenen Art bedauerlicherweise, ich sage „bedauerlicherweise“ nicht zustandekommen wird und kann.

Bis 1977 soll das Bundesheer über 29 Bereitschaftsbataillone verfügen. Das ist schon von der Zielsetzung her nur wenig mehr als die Hälfte dessen, was früher an Einsatztruppen vorhanden war. Die SPÖ erklärt aber auch, daß bis Ende 1974 die Bereitschaftstruppe bis zu 60 und 70 Prozent mit längerdienenden Soldaten aufgefüllt sein würde. *(Abg. Mondl: Das stimmt ja nicht!)* — Kollege Mondl! Wenn Sie hundertmal schreien, es ist nicht wahr, so ist es wahr! Das können Sie nicht wegdiskutieren! — Das ist wohl nur dann der Fall, wenn man die sogenannten Durchdiener, nämlich die Acht-Monate-Diener dazurechnet. Aber nicht einmal das ist bei Ihnen erreichbar, meine Damen und Herren!

Darüber hinaus berufen Sie sich permanent auf Reformmaßnahmen, die Ihnen angeblich seinerzeit von der Bundesheer-Reformkommission empfohlen wurden. Das trifft schon hinsichtlich der Einrichtung des Armeekommandos nicht zu. Ich weiß schon, das ist unangenehm für Sie, das hören Sie nicht gern. Aber man muß Ihnen diese Dinge sagen, und man muß das vor allem auch der Öffentlichkeit sagen, der Sie die sechs Monate als politischen Gag verkauft haben, mit dem Sie die Wahlen gewonnen haben. Und jetzt stehen Sie vor der Tatsache, daß dieses Bundesheer nicht einsatzfähig und nicht einsatzbereit ist. Das interessiert die Öffentlichkeit, nicht Ihre

8926

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Dr. Bauer

Zwischenrufe, Herr Dr. Fischer! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man hört, daß — bis 1971 geheimgehalten — die Stärke des Mob-Heeres mit rund 120.000 Mann anzunehmen war und daß seit der Wehrgesetznovelle 1971 feststeht, daß das Mob-Heer in dieser Stärke nicht zu halten ist, und zwar deshalb nicht, weil es einfach nicht möglich sein wird, das erforderliche Kaderpersonal heranzubilden, dann sehen Sie, meine Damen und Herren, nicht das Chaos, dann sehen Sie das Durcheinander, vor dem Sie stehen. Gar nichts wird es Ihnen nützen, wenn Sie dafür Verteidigungsminister verantwortlich machen wollen, die vor mehreren Jahren im Amt waren und die sich redlich bemüht haben, dieses Bundesheer als ein einsatzfähiges Heer zum Schutze unserer Heimat zu verwenden und zum Schutze unserer Heimat auch entsprechend zu finanzieren. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Sie sind jene — und das ist Ihnen natürlich unangenehm —, die allen alles versprechen, die auch versprochen haben, daß Sie ein einsatzfähiges Heer auf Grund der sechsmonatigen Dienstzeit zur Verfügung stellen. Sie stehen jetzt vor der Tatsache, daß das nicht so ist, und Sie werden bei der nächsten Gelegenheit, bei den nächsten Wahlen mit Sicherheit — wir rechnen auf die Einsicht der österreichischen Wähler — mit diesen Dingen, mit diesem Leerlauf, mit diesem Durcheinander, wenn Sie wollen, auch mit dem Chaos auf dem Gebiet der Landesverteidigung einiges erleben. Das ist unsere Hoffnung. Wir rechnen auf die österreichische Bevölkerung, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Wünscht der Herr Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache beendet.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Kapitel 40 mit dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in der Fassung der Regierungsvorlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Über die zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungsanträge wird nach der dritten Lesung abgestimmt werden.

Beratungsgruppe X

Kapitel 65: Verkehr

Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt

Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen

Präsident: Wir kommen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe X.

Spezialberichterstatter ist Herr Abgeordneter Treichl. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Treichl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe X zusammengefaßten Kapitel 65 „Verkehr“ (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), 78 „Post- und Telegraphenanstalt“ (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) und 79 „Österreichische Bundesbahnen“ (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 in seiner Sitzung am 21. November 1973 der Vorberatung unterzogen.

Umfangsmäßig erreicht die Beratungsgruppe X — insbesondere auf Grund der Tatsache, daß sie die beiden größten Bundesbetriebe, nämlich die Österreichischen Bundesbahnen und die Post- und Telegraphenanstalt in sich schließt — Gesamtausgaben in der Höhe von 31,3 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen in der Größenordnung von 24,0 Milliarden Schilling. In der Beratungsgruppe X wird daher über fast ein Fünftel der Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes und etwa ein Sechstel der Gesamteinnahmen des Budgets für das Jahr 1974 entschieden.

Kapitel 65: Verkehr. Im Kapitel 65 sind die Ausgaben und Einnahmen der Zentralleitung des Bundesministeriums für Verkehr veranschlagt. Sein Aufgabenbereich umfaßt die Angelegenheiten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenanstalt, der See- und Binnenschifffahrt, des zivilen Luftverkehrs, die Angelegenheiten der Verkehrsförderung, Angelegenheiten des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitungen, Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrnehmung des gesetzlichen Dienstnehmerschutzes für die Bediensteten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenanstalt, der Schifffahrt und der Luftfahrt.

Die Regierungsvorlage enthält im Kapitel 65 „Verkehr“ Ausgaben in der Größenordnung von 2042,683 Millionen Schilling, denen Einnahmen in Höhe von 32,220 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt.

Für das Kapitel 78 „Post- und Telegraphenanstalt“ sind Gesamtausgaben in Höhe von 13.363,163 Millionen Schilling präliminiert; auf der Einnahmenseite erwartet man im Jahre 1974 11.087,516 Millionen Schilling. Auf Grund dieser Budgetdaten wird somit bei der Post-

Treichl

und Telegraphenanstalt im Finanzjahr 1974 mit einem Abgang zu rechnen sein, der sich kassamäßig — also in der Gegenüberstellung von Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen — in einer Größenordnung von 2275,647 Millionen Schilling darstellt. Der auf Grund des Fernmeldeinvestitionsgesetzes beim Ansatz „Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernspreckgebühren“ vorgesehene Ausgabenbetrag erscheint um 277 Millionen Schilling höher veranschlagt als im Bundesvoranschlag 1973. Beim Ansatz „Fernmeldeanlagen“ ist eine Ausgabenerhöhung um 49,931 Millionen Schilling, beim Ansatz „Sonstige Anlagen“ eine Ausgabenerhöhung um 39,712 Millionen Schilling gegenüber dem Bundesvoranschlag 1973 vorgesehen.

Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Für das Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ werden im Budget 1974 Gesamtausgaben in der Höhe von 15.923,5 Millionen Schilling und Gesamteinnahmen in der Höhe von 12.925,0 Millionen Schilling veranschlagt. Nach Gegenüberstellung der Betriebsausgaben mit den Betriebseinnahmen errechnet sich ein kassamäßiger Betriebsabgang in der Größenordnung von 1,4 Milliarden Schilling, der unter Berücksichtigung der außerordentlichen Gebarung einen kassamäßigen Gesamtabgang von 3,0 Milliarden Schilling ergibt. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Im Rahmen der außerordentlichen Gebarung stehen rund 1,616 Millionen Schilling für Zwecke der Elektrifizierung und sonstiger Investitionen zur Verfügung. Zur Abgeltung der betriebsfremden Lasten werden Pensionszahlungen der Österreichischen Bundesbahnen von 4110,9 Millionen Schilling im Budgetkapitel „Pensionen“ der Hoheitsverwaltung verrechnet. Ferner fließen den Österreichischen Bundesbahnen aus dem Titel der Abgeltungen gemäß § 18 des Bundesbahngesetzes 1460,0 Millionen Schilling zu, die im Kapitel 65 „Verkehr“ verrechnet werden.

Für alle drei Budgetkapitel der Beratungsgruppe X sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag Ausgabenbeträge eingesetzt:

Beim Kapitel 65 handelt es sich um 23,3 Millionen Schilling, und zwar insbesondere für Investitionen im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Zivilluftfahrt;

beim Kapitel 78 „Post- und Telegraphenanstalt“ insgesamt um 472,515 Millionen Schilling, davon beim Ansatz „Sonstige Anlagen“ 68,366 Millionen Schilling, beim Ansatz „Förderungsausgaben D“ 4,149 Millionen Schilling und — als Stabilisierungsquote — beim Ansatz „Aufwendungen“ 400 Millionen Schilling;

beim Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ um Mittel in der Größenordnung von 1418 Millionen Schilling, von denen 1268 Millionen Schilling bei den baulichen Anlagen und im Fahrpark Verwendung finden würden.

In der Debatte über die Beratungsgruppe X ergriffen nach dem Spezialberichterstatte die Abgeordneten DDr. König, Dr. Stix, Ulbrich, Ing. Gradinger, Ing. Scheibengraf, Ofenböck, Wodica, Hietl, Kittl, Marwan-Schlosser, Kostelecky, Kern, Troll, Kammerhofer, Alberer, Frodl und Glaser das Wort. Bundesminister Lanc nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen und Problemen Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1973 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe X unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit durch mich den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 65: Verkehr (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag),

dem Kapitel 78: Post- und Telegraphenanstalt (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), und

dem Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag),

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1974 (880 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident **Probst**: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Gradinger. Er hat das Wort.

Abgeordneter Ing. **Gradinger** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist sicherlich keine Überbewertung, wenn ich einleitend zu meinen Ausführungen die Feststellung mache, daß die Probleme der Verkehrspolitik immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken. Die weltweiten Ereignisse und die damit verbundene kritische Situation, in der wir uns befinden, haben noch schärfer deutlich gemacht, in welchem engem Zusammenhang die Probleme des Verkehrs nicht nur zur Umwelt, sondern auch zum Problem des Wachstums und der Stabilität stehen.

Wenn es gestern noch so war, daß aus der Unwirklichkeit in unseren städtischen Bereichen eine existenzbedrohende Notsituation werden könnte — ich erinnere mich dabei immer an die vor einiger Zeit ausgestrahlte Filmsendung über den Smog-Alarm in einer Stadt im Ruhrgebiet und daran, was in die-

Ing. Gradinger

sem Zusammenhang auf uns zukommen könnte —, ist es tatsächlich heute schon so, daß man auf vielen Ebenen bereit ist, das Auto in den Anklagestand als Prügelknaben dafür hinzustellen. Und wenn es gestern noch vorrangig erschienen ist, daß man etwas gegen das Schwinden der Lebensqualität tun müßte, vor allen Dingen in den Städten gegen die Luftverpestung, gegen die Entvölkerung unserer Stadtkerne, was in die allgemeine Feststellung ausmündet: Dagegen müßte jetzt ernst etwas unternommen werden!, tut sich nun ein zumindest genauso ernstes Problem auf, nämlich die Verknappung der Energieträger überhaupt, und das scheint, wie die Dinge nun laufen, keine vorübergehende Erscheinung zu sein, und es scheint so zu sein, als gehe es nicht mehr nur um ein bißchen weniger oder mehr Autofahren, sondern darum, daß ab nächstem Jahr schon in aller Kürze auf uns mehr zukommen wird.

In diese Situation gestellt spüren wir, daß uns umso härter jetzt die Versäumnisse in den letzten Jahren treffen, keine gesamtösterreichische Verkehrsplanung zu haben; Planung nicht als Dogma, sondern als eine Norm, die man von Zeit zu Zeit den Erfordernissen der Zeit anzupassen hat. Das ist umso mieser für Österreich, wo doch die Verkehrspolitik in so weiten Bereichen in die Zuständigkeit des Staates fällt.

Es gibt zwar ein sozialistisches Verkehrskonzept, aber von dem scheint der neue Verkehrsminister selbst nicht allzuviel zu halten. Ich schließe das aus seinen Ausführungen, aus seinen Äußerungen, die er bei Beratung dieses Kapitels im Finanz- und Budgetausschuß getan hat, wo er wörtlich formulierte: Wenig Konkretes, wenig Detail!

Wie planlos gerade auf der Ebene der Verkehrspolitik bis jetzt vorgegangen wurde, wird uns am Beispiel der Bundeshauptstadt sehr klar und deutlich vor Augen gestellt. Ich darf es mit den Worten einer Aussendung der Gesellschaft für Straßenwesen formulieren, die besagt:

Wien, eine Stadt, bis vor dem ersten Weltkrieg mit dem modernsten Verkehrsnetz, und nun wird uns angeboten: eine Strecke moderne Schnellbahn, zwei Stück Untergrundstraßenbahn, zwei Strecken Bau der U-Bahn und drei winzige Fußgängerzonen ohne zugeordnete Funktion. Man hat also den Eindruck: so, wie es gerade angefallen ist, wurden die Dinge aufgegriffen und dann verwirklicht.

Die Bundesregierung hat in Sachen gesamtösterreichische Verkehrsplanung bis jetzt zu wenig getan. Sie hat auf dieses brisante Problem nicht nur heute, sondern schon seit längerer Zeit mit Inaktivität reagiert, mit Ver-

niedlichen, so wie wir das auch in vielen anderen Bereichen dieser Bundesregierung im Ablauf der letzten Jahre hinnehmen mußten. Ich denke jetzt nur an das Verniedlichen in Sachen Niedergang unserer Verteidigungspolitik oder bei der Bekämpfung des Preisauftriebes.

Nun ist man gezwungen, sozusagen unter Zugzwang zu reagieren, weil man spürt, daß diese Abhängigkeit von Ölländern an einem ganz dünnen Faden hängt.

Es stellt sich tatsächlich immer mehr und dringender die berechtigte Frage, ob es nicht gut gewesen wäre, wenn eine Aufgabenteilung zwischen Schiene und Straße heute geklärt wäre, wenn ein vernünftiger Verbund in Szene gesetzt worden wäre, wenn die Abgrenzung: hier Individualverkehr, hier öffentlicher Verkehr, vorhanden wäre. So aber befinden wir uns in einem Schwebezustand.

Ich sage es noch einmal: Das Auto, der private PKW, ist in den Anklagestand versetzt. Alle diejenigen, die das tun, vergessen aber, welch ein großes Maß an Freiheit der eigene Wagen dem Menschen gebracht hat, wie stark der PKW die Wirtschaft — auch unsere — und die Industrie beeinflusst, wie viele Arbeitsplätze eventuell dadurch auf dem Spiele stehen — in Österreich beispielsweise mit der eigenen Produktion, bei der Zubehörindustrie — und nicht zuletzt, welch ein guter Steuerzahler der Autofahrer ist.

Statt der gewünschten Kooperation der Verkehrsträger — diesen Verdacht werde ich nicht los — sinnt man noch immer auf dirigistische Maßnahmen. Der Verdacht ist begründet auf Grund gewisser Äußerungen und Aussendungen. Es ist noch immer nicht etwa der Gedanke an eine etwas höhere Straßenbenutzungsgebühr und an eine weitere Begrenzung der Transportzeiten fallengelassen worden. Man ist allzu leicht geneigt, dabei zu vergessen, daß man ja weder mit dem versteckten noch mit dem offenen Zwang ein gesundes, vernünftiges Verhältnis sowohl dieser Verkehrsträger untereinander als auch mit anderen herbeiführen kann.

Mit einem Behördendenken allein, mit dem zu geringen Service für die österreichische Wirtschaft, mit den zu langsamen, zu geringen Verbindungen, die angeboten werden, wird sich an der derzeitigen Situation unserer großen Dienstleistungsunternehmen im Vergleich zu den privaten Transportmöglichkeiten und dem Individualverkehr nicht allzu viel ändern.

Ein Beispiel war vor einiger Zeit in der „Wochenpresse“ in diesem Zusammenhang angeführt: Ein Bauunternehmer aus Linz ließ

Ing. Gradinger

eine kleine Baumaschine per Bahn ins Waldviertel transportieren. Dieser Transport hat so viele Tage gedauert wie mit dem LKW Stunden. Das ist keine Ausnahmerecheinung, da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Das ist typisch für das Angebot.

Dabei stehe ich nicht an zu erklären, daß es selbstverständlich für beide Verkehrsträger, sowohl für die Schiene wie auch für die Straße, gut wäre, wenn ein günstigeres Angebot vorhanden wäre.

Bei einer kritischen Beurteilung der Budgetansätze selbst erhebt sich die logische Frage, welches Ziel die Bundesregierung für das Jahr 1974 verfolgt. Welches spezielle Ziel verfolgt sie, um zu einer Verbesserung der Situation in Anbetracht der gegenwärtigen Lage, in die wir hineingestellt wurden, zu kommen?

Nicht nur wir, die wir damit unmittelbar befaßt sind, sondern auch die Öffentlichkeit hat großes Interesse daran zu erfahren, was von einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik erwartet werden kann. Man erwartet raschere, bessere Verbindungen, mehr Qualität beider Dienstleistungsbetriebe, sowohl bei den Österreichischen Bundesbahnen wie auch bei der Post- und Telegraphenverwaltung, eine — wie man immer sagt — attraktivere Gestaltung.

Die Bereitschaft, vom eigenen PKW auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, muß gefördert werden, vor allem in Anbetracht der Maßnahmen, die gesetzt wurden und noch werden, wie etwa Tempo 100 und ein eventuelles Sonntagsfahrverbot. Es gibt Ankündigungen, man bereitet eine eventuelle Kontingentierung vor. Wir haben eine massive Teuerung der Treibstoffpreise festzustellen. Alles das, glaube ich, wird diese Bereitschaft fördern.

Das muß aber anderseits bedeuten: Mehr Garnituren, mehr Waggon. Es war sehr imposant, wie man in der Schweiz, als dort das Sonntagsfahrverbot eingeführt worden ist, auf diesen voraussichtlichen 20prozentigen Transportzuwachs reagiert hat: Man hat sofort mehr Züge eingesetzt. Ich frage mich nur, ob das bei uns mit den Budgetansätzen für das Jahr 1974 möglich sein wird.

Mir ist gestern eine Notiz in die Hände gefallen, eine Erhebung, die besagt, daß in Wien mehr als 50 Prozent aller Arbeitnehmer mit dem eigenen PKW zu ihren Büros und zu ihren Arbeitsstätten fahren. Ich frage mich, ob dann, wenn man gezwungen ist umzusteigen, unsere öffentlichen Verkehrsmittel, speziell bei den Verkehrsspitzen in der Früh und am Abend, überhaupt in der Lage sein werden, diesen zusätzlichen Anfall zu ver-

kraften, zumal man gleichzeitig feststellt, daß etwa für den weiteren Schnellbahnausbau — eine Strecke gibt es bekanntlich, die befahren wird — ganze 2000 S im Jahr 1974 zur Verfügung stehen.

Ich finde bei vielen anderen Ziffern und Ansätzen, daß bei den Österreichischen Bundesbahnen im großen und ganzen Budgetkosmetik betrieben worden ist, daß fixe Beträge für fixe Titel eingesetzt sind und daß durch die Hereinnahme für die Abgeltung der Sozialtarife und für die Pensionslasten die Verringerung des Defizits erreicht wurde. Aber das bringt bekanntlich keine zusätzliche Waggonbestellung. Es müßten eigentlich all diejenigen sehr enttäuscht sein, die da meinten, daß nun unter der SPO-Regierung das goldene Zeitalter der Bundesbahnen begonnen hat.

Heute, nach dreieinhalb Jahren dieser Regierung, erhebt sich die Frage: Was ist aus dem damals lauthals immer wieder geforderten Investitionsprogramm geworden, mit dem Ausbau der ungenügenden Sicherungsanlagen, mit den Betriebsverbesserungen, die ständig in dieser Zeit gefordert und verlangt wurden, und mit dem Ausschöpfen der Möglichkeiten, die uns die Elektronik bietet?

Der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen — das ist in diesem Zusammenhang interessant — hat erst vor kurzem in einer Aussendung bekanntgegeben, daß er ein Konzept erstellt hätte für den Betrieb, das auf eine Verbesserung der Wirtschaftssituation und eine, wie es heißt, möglichst ausgeglichene Gebarung ausgerichtet ist.

Eine der wesentlichsten und in dieser Konzeption ausführlich behandelten Voraussetzungen dafür ist die finanzielle Sicherstellung des Investitionsbedarfes der Österreichischen Bundesbahnen. Das ist jedoch mit diesem Budget abermals nicht gewährleistet, und zwar trotz einer erheblichen Steigerung des Defizites und trotz des Umstandes, daß rund 8,6 Milliarden Schilling Steuergelder für diesen Betrieb zugesprochen werden müssen.

Die Budgetansätze der Österreichischen Bundesbahnen tragen dieser Forderung keinesfalls Rechnung. Sie sind unglaublich und unbefriedigend und werden auch aus diesen Gründen von meiner Fraktion, der Österreichischen Volkspartei, abgelehnt.

Ich wiederhole: Es erfolgt eine Ablehnung aus dem Grund, weil für Investitionen im Grundbudget — das ist vor allen Dingen für uns maßgebend — niedrigere Ansätze als für 1973 vorgesehen sind. Ohne Stabilisierungsquote könnten nämlich keine Neubestellungen von Waggon vorgenommen

Ing. Gradinger

werden. Das ist unseres Erachtens eine wesentliche Frage für die zwei österreichischen Waggonbaufabriken, die deswegen Auftragslücken befürchten müssen, wodurch auch eine Gefährdung der Arbeitsplätze gegeben ist. Schließlich lehnen wir deshalb ab, weil die Jahresquote hinter dem Fünfjahresprogramm der Österreichischen Bundesbahnen zurückbleibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf das Problem der Nebenbahnen zu sprechen kommen. Es sind auf Vorschlag des Vorstandes der Österreichischen Bundesbahnen 28 Nebenbahnstrecken davon betroffen, und zwar, weil sie nicht wirtschaftlich sind, weil sie defizitär gebaren.

Ich meine, daß der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen in diesem Zusammenhang gut beraten wäre, wenn er nochmals diese 28 Nebenbahnstrecken überprüfen würde, wenn er überlegen würde, ob es nicht im Licht der jüngsten Ereignisse eine andere Darstellung dafür gibt, also ob sie aufgelassen werden sollen oder nicht, vor allem, wenn ein Zugang vom eigenen PKW zu den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erwarten ist.

Das trifft auch auf viele andere Bereiche zu. Ich denke an die Bergwerke, die wir in Österreich haben. Es wird diesbezüglich auch ein Umdenken erforderlich sein.

Noch eines: Die österreichischen Bundesbahnen werden nicht besser werden, wenn man im gleichen Zeitpunkt das Angebot verringert. Das dritte, etwas, was mich persönlich dabei interessiert: Ein Großteil der zur Auflösung bestimmten Nebenbahnstrecken befindet sich in Randlagen, Gebieten an der Grenze zur Tschechoslowakei, zu Ungarn und Jugoslawien, in Gebieten, die ohnehin mit schweren Hypotheken belastet sind, ein niedriges Wirtschaftswachstum haben, eine geringe Steuerkraftkopfquote, die gegen Abwanderung und viele andere Probleme anzukämpfen haben, die schon wiederholt hier angeführt worden sind.

Ich glaube, auch von diesem Standpunkt des gesamtwirtschaftlichen Interesses aus nicht nur speziell aus der Sicht der Österreichischen Bundesbahnen muß abgewogen werden, ob hier so vorgegangen werden soll oder nicht.

Zu diesem Fragenkomplex eine lokale Sache, betreffend die Aspangbahn, die sich fast auch in einem Zustand wie eine Nebenbahn befindet. Sie ist zwar nicht von einer Auflösung betroffen, aber ihr Zustand scheint fast so zu sein. Es ist eine eingleisige Bahnlinie, die bedeutende Teile unserer Republik Österreich erschließt, das südliche Niederösterreich, die Oststeiermark, das südliche

Burgenland, aber doch gibt es Schwierigkeiten um Schwierigkeiten, die mit dieser Bahnlinie in Zusammenhang stehen.

Ich erinnere da an eine ständige Forderung der Elin Weiz. Die Zuständigen sagten, sie können ihre Produkte nicht transportieren. Ich habe in mündlichen Anfragen vorgebracht, wie es um den Personenverkehr bestellt ist, daß man sich heute noch auf dieser Linie mit einem Mittel von 30 Kilometern pro Stunde bewege. Ich habe da ein Beispiel aus meiner Heimat, Bahnstrecke Oberwart—Wien, geschildert, wo heute noch immer zwei Zugs garnituren verkehren. Auch dieses Beispiel ist nicht vereinzelt, sondern ist typisch für die Situation, der wir mit dem Budget Rechnung tragen müßten.

Ich sage es noch einmal: Da besteht eine große Chance für unsere beiden Dienstleistungsbetriebe, die, fürchte ich, vertan wird. Und das wäre auch der Fraktion der Österreichischen Volkspartei nicht recht, denn das Personal, das bei Bundesbahn und Post- und Telegraphenverwaltung beschäftigt ist, würde ein besseres Image ihrer Unternehmungen verdienen, als es derzeit gegeben ist, ein Personal, das mit einem hohen Maß an Pflichterfüllung seinen Dienst verrichtet, einen Dienst, der mit großen Gefahren verbunden ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit namens meiner Fraktion diesen Beschäftigten Dank und Anerkennung aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Einige Feststellungen zur Tarifpolitik im allgemeinen. Ich glaube, hier gilt noch immer der Grundsatz: Solange keine konkreten handfesten Details über Dinge, die verwirklicht werden sollen, über entsprechende Rationalisierungskonzepte, Investitionskonzepte im Bereiche der Verkehrsträger vorliegen, so lange sind Tarifierhöhungen der Bevölkerung schwer verständlich zu machen. Kein Verständnis erst recht dann, wenn die amtlich geregelten Preise und Tarife — das steht ja bekanntlich fest — in den letzten Jahren stärker gestiegen sind als die Preise der übrigen Waren und Markenartikel.

Es ist auch diese Schwierigkeit zweifelsohne ein Ausfluß der schlechten Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahren gemacht worden ist. Daran ändert auch die späte Erkenntnis des Herrn Finanzministers nichts, der in seiner Einbegleitungsrede zum Budget 1974 an die Spitze stellte, Stabilität habe für diese Bundesregierung absoluten Vorrang. Wenn dem so wäre, dürfte die Entwicklung bei den Tarifen nicht so gelaufen sein, wie es bisher den Anschein hat.

Noch im September 1973 hat der Herr Finanzminister bei einer Pressekonferenz er-

Ing. Gradinger

klärt, sobald es die Preisentwicklung zulasse, werde man mit Tarifierhöhungen bei Bahn und Post rechnen müssen. Der frühere Verkehrsminister Frühbauer hat Ankündigungen in ähnlicher Richtung getan.

Mit 1. 1. 1974 — das steht bereits fest — werden wir eine Erhöhung der Gütertarife zur Kenntnis nehmen müssen.

Bei den Personentarifen ist es ein bißchen anders. Hier hat es zuerst geheißt, auch da müsse man etwas tun. Es ist von 4 Prozent, beim Nahverkehr von einem höheren Ausmaß, die Rede gewesen. Der neue Verkehrsminister hat zurückgezogen. Hier sieht man noch nicht klar, was uns 1974 erwartet.

Etwas durchsichtiger scheint es bei den Fernsprechgebühren und bei den Fernschreibgebühren zu sein.

Es ist auch zu erwarten, daß die E-Wirtschaft mit einem neuerlichen massiven Tarifierhöhungsantrag beim Herrn Verkehrsminister vorstellig wird. Vielleicht ist es auch schon geschehen. Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob es tatsächlich der günstige Zeitpunkt ist, zumal erst vor kurzem massive Treibstoffpreiserhöhungen hingenommen werden mußten, zumal durch die Öl-misere andere Produkte wahrscheinlich laufend massive Preiserhöhungen erfahren werden; ich denke zum Beispiel nur an die Produkte der chemischen Industrie.

Wäre es nicht klüger, wenn die öffentliche Hand der Wirtschaft mit einem guten Beispiel voranginge?

Herr Bundesminister! Ihre Begründung, die Sie im Finanz- und Budgetausschuß im Zusammenhang mit der Fernmeldegebührenerhöhung gegeben haben, scheint mir sehr billig zu sein: Etwa, daß die nachrichtentechnische Industrie in den letzten eineinhalb Jahren um 15 Prozent teurer geworden wäre, daß die Gebühren in Deutschland noch viel höher seien als in Österreich und daß man das letzte Mal 1967 eine Gebührenerhöhung durchgeführt hätte.

Das Ausland lassen wir besser beiseite; wir haben in Österreich mit österreichischen Einkommen zu leben. Man soll nicht immer das Ausland heranziehen. Man tut dies leider nur dann, wenn es günstige Argumente liefert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun zu den 15 Prozent Teuerung bei der nachrichtentechnischen Industrie. Da muß ich folgende Frage vorlegen: Könnte nicht jeder private Unternehmer, jeder Industrielle mit derselben Begründung vor die Paritätische gehen um einen Preiserhöhungsantrag einzubringen?

Zum Argument, daß der Tarif seit 1967 eingefroren ist: Ich kenne große Berufszweige, die auf längere Strecken Preise eingefroren haben, als es in diesem Fall gegeben ist: der österreichische Bauer etwa. Und wenn ihm einmal ein paar Groschen dazugegeben werden, dann macht man daraus eine Staatsaffäre.

Ich glaube, diese Beispiele allein sind keine Begründung dafür, daß man jetzt in diesem Zeitpunkt so komprimiert Tarifierhöhungen an allen Ecken und Enden vornehmen müßte. Das ist meines Erachtens ein sehr gefährliches Unterfangen zu dieser Zeit.

Einige Worte zu dem Problem der Post- und Telegraphenverwaltung, die nach meiner Meinung mit diesem Budget nicht viel besser dran ist. Mir fehlt der Optimismus des Herrn Finanzministers, daß mit diesem Grundbudget und den 400 Millionen Stabilisierungsquote jene Schwerpunkte zu verwirklichen sind, die eben erforderlich wären. Ich denke da zum Beispiel an den Abbau der Wartelisten. Es gibt heute über 200.000 Menschen in Österreich, die auf einen Telefonanschluß warten. Ich denke an die blockierten Leitungen, an das verstopfte Fernmeldenetz, an die vollbeschalteten Wählerzentralen.

Ich denke an den dritten Schwerpunkt, an die überfüllten Schülerautobusse. Es gibt schon Schwerpunkte, die eine zügigere Lösung verdienen würden. Wenn man aber feststellt, daß im Budget 1974 Ansätze geringer budgetiert sind als etwa die Reifenkosten, die Kosten für Treibstoffe, für Brennstoffe, dann fehlt mir der Glaube, daß man die umso aufwendigeren Arbeiten mit diesem Budget 1974 zügiger durchführen wird können.

Das zweite Fernmeldeinvestitionsgesetz hat vorgesehen, daß wir imstande sind, in der Zeit von 1973 bis 1976 mit einem Aufwand von zirka 13 Milliarden Schilling unter anderem 573.000 neue Telefonanschlüsse herzustellen. Ich bin der Meinung, dieses Bild der Zahlen von 1973 bis 1976 ist bereits überholt, ist in eine Verzerrung geraten, und auch die im Fernmeldeinvestitionsgesetz vorgesehenen Steigerungsraten für die Bestellermächtigungen sind durch die Teuerung, durch die schlechte Wirtschaftspolitik unter die Räder gekommen. Ich habe mir sogar eine Information geben lassen, derzufolge es für 1974 so aussieht, daß befürchtet werden muß, daß die vorgesehenen Beträge für die Bestellermächtigungen gar nicht erreicht, sondern um 200 Millionen Schilling unterschritten werden. Dabei ist der Telefonanschluß heute in Stadt und Land — das möchte ich betonen — ein solches Erfordernis, eine solche Notwendigkeit aus Gründen der Sicherheit, der Zweck-

Ing. Gradlinger

mäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit geworden, so wie Licht und Wasser in jedem Haushalt in Österreich.

Daher verlangt und erwartet der Österreicher zu recht, daß beim Abbau der Warteliste etwas Überzeugendes getan wird, daß die Ansuchen früher berücksichtigt werden, daß das Nachrichtennetz, die Koaxialkabeln in verstärktem Umfang ausgebaut werden und daß unser Richtfunknetz und die Zentralen vor allen Dingen größer geplant werden, damit es nicht Fälle gibt, wie es bei mir in meinem Heimatbezirk war, wo man feierlich mit dem Herrn Bundesminister eröffnet hat und am nächsten Tag die Wählerzentrale vollbeschaltet war. Vor allen Dingen soll mit diesen Schwerpunkten erreicht werden, daß das Telefonieren nicht weiterhin so ein Geduldspiel, wie es sich heute bereits anbietet, bleibt, denn manchmal hat man den Eindruck, daß, was den Zeitaufwand betrifft, die Verbindungen heute so rasch zustandekommen, wie es seinerzeit mit dem Kurbelinduktor der Fall gewesen ist. Wir sollten uns also bemühen, aus den Postkunden wieder zufriedene Kunden zu machen.

Herr Bundesminister! Hier gibt es einiges aufzuholen, denn man hat die Entwicklung Jahre hindurch nicht in jener Größenordnung sehen wollen, wie die Zeit sie an uns herangebracht hat. Deswegen heute die bedauerliche Feststellung: Die Gebühreneinnahmen stagnieren, nicht weil die Leute weniger telefonieren, sondern weil die Leitungen und die Zentralen blockiert sind. Das gilt nicht nur für den Bereich der Stadt Wien, sondern auch für unsere Bundesländer. Bei den Bundesländern haben wir noch immer ungelöste Probleme — und hier bitte ich Sie auch um eine entsprechende Initiative, Herr Bundesminister —, es sind Vorstellungen von uns im Ausschuß gemacht worden, etwa über das Modell der Telefonanschlußgemeinschaften oder die Frage einer pauschalierten Herstellungsgebühr. Die Ungerechtigkeiten zwischen Stadt und Land sollen damit abgebaut werden. Hierzu gibt es zum Beispiel bewährte Vorbilder im Ausland. Der Herr Bundesminister Fröhbauer hat sich ja gerade mit diesen Fragen sehr ernst beschäftigt.

In meinem letzten Teil, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich mich noch ganz kurz mit den Fragen, die im Zusammenhang mit der Schifffahrt bestehen, beschäftigen. Für die Schifffahrt hat die Donau die zentrale Bedeutung. Ich glaube, das gehört hervorgehoben, denn der Ausbau des Rhein-Main-Donaukanals steht in absehbarer Zeit — man spricht sogar von einer Fertigstellung vor dem Jahr 1980 — vor der Tür. Es fehlt angeblich noch eine Strecke von 170 km im Raum Nürn-

berg—Einmündung Donau. Wir werden dann mit der Tatsache einer Wasserstraße in einer Länge von 3400 km quer durch den europäischen Kontinent, von der Nordsee bis ins Schwarze Meer, konfrontiert sein.

Ich glaube, jeder ist sich dessen bewußt, wenn er sich mit diesen Fragen auch nicht beschäftigt, welche neue ungeheure Möglichkeiten für Österreich mit der Eröffnung dieses Europakanals, der ein günstiger Transportweg für die Beförderung österreichischer Wirtschaftsgüter sein wird, gegeben sind. Wir wissen es jetzt, in dieser Zeit, zu schätzen, was das bedeutet. Diese Wasserstraße wird Industrie Gründungen zur Folge haben — man weiß aus Erfahrungen, daß diese begünstigt werden —, die Konkurrenzsituation der österreichischen Wirtschaft wird eine bessere werden — ich denke nur etwa an unsere Schwerindustrie im Raume Linz —, und es wird auch durch die zentrale Lage Österreichs völlig neue Perspektiven im Handel zwischen Ost und West geben.

In diesem Zusammenhang wird auch der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft eine große Aufgabe gestellt. Angesichts dieser gewaltigen Veränderungen werden wir beziehungsweise diese Gesellschaft uns erst recht bemühen müssen, nicht aus dem Geschäft gedrängt zu werden. Wir kennen ja aus der Berichterstattung die Schwierigkeiten beim Frachtgeschäft, die staatlich gestützten Tarife, die Preise der östlichen Reedereien, und es geht ja sogar die Schwierigkeit der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft so weit, daß staatliche Betriebe Österreichs wegen der billigeren Verladung auf Schiffe der Ostländer disponieren. Ich glaube, solange der österreichische Steuerzahler für das Defizit der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft aufkommt und dazuzahlen muß, gehört auch diese Frage im Lichte der Entwicklung überlegt.

Dasselbe gilt für den Passagierverkehr. Hier gibt es jedenfalls auf Grund der Beschlüsse, die hier im Hohen Hause gefaßt wurden, günstigere Ausblicke für die kommende Zeit. Vor allen Dingen dann, wenn der Herr Bundesminister zu den Zusagen steht, die der Vorgänger, Herr Bundesminister Fröhbauer, gegenüber den daran interessierten Landeshauptleuten gemacht hat. Ich glaube, bei allen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Schifffahrt auf der Donau getroffen werden, müßte in der Zukunft oberste Maxime sein, daß die Donau im Bereiche unseres Territoriums ein österreichischer Strom zu bleiben hat.

Der Beitrag Österreichs zum Ausbau der Donau wird der sein, daß eine Kette von Kraftwerken und Schleusenanlagen ausgebaut

Ing. Gradinger

werden muß. Kraftwerke und Schleusanlagen bedeuten Begleitdämme, Begleitmauern, höheren Grundwasserstand, schlechtere Flußqualität. Ich möchte jetzt nicht gleich in eine bestimmte Richtung argumentieren, sondern vorerst feststellen, daß es ein Faktum ist, daß die Donaukraftwerke in den landschaftlich weniger bedeutenden Teilen des Donautals einen hohen Beitrag zur Energieversorgung Österreichs geleistet haben. Es arbeiten ja Jochenstein, Aschach, Persenbeug und Ottensheim, die restlichen Kraftwerke sollen in Melk, Rossatz, Altenwörth, Greifenstein, Wien, Regelsbrunn, Wolfsthal die Donau sperren.

Gerade in der jetzigen Situation der Verknappung der Energieträger müssen wir uns uneingeschränkt — und ich nehme an, daß das eine unbestrittene Tatsache ist — zur Forcierung unserer eigenen Möglichkeiten, zum forcierten Kraftwerksbau bekennen. Selbstverständlich! Das soll aber nicht so weit führen, daß man diese Energieverknappung von jetzt zum Vorwand nimmt und sich über so manche berechtigte Einwände etwa der Naturschützer hinwegsetzt.

Ich möchte jetzt auf den Fall der Wachau zu sprechen kommen. Ich glaube — um es ganz deutlich und nicht verschwommen zu formulieren —, es muß auch in der kommenden Zeit bei der Beurteilung dieser schwierigen Problematik gelten, daß der volkswirtschaftliche Nutzen abgewogen werden muß, und zwar, was man erreichen will mit zusätzlicher Energie, mit einer Vertiefung der Fahrrinne, damit die Europakähne auf dem österreichischen Teil der Donau passieren können. Es bleibt nach wie vor die Frage zu prüfen, ob es für dieses Opfer dafürsteht, die Donau im Bereiche der Wachau als einen Kanal zu führen. Ich glaube, diese Angelegenheit dürfte vom Standpunkt des Technikers nicht allzu schwierig sein. Wenn heute schon zugegeben wird, daß die Energiegewinnung in diesem Abschnitt eigentlich zweitrangig ist durch die Zugeständnisse, die man den Naturschützern bereits in der Frage der Höhe der Aufstauung gemacht hat, und nur mehr die Vertiefung der Fahrrinne übrigbleibt, so glaube ich, müßte es mit den heutigen Erkenntnissen der Technik möglich sein, auch diese Frage für beide Teile befriedigend zu lösen.

Besser wäre es meines Erachtens nach, wenn wir in Zukunft mit unseren Energien, die uns geliefert werden und die uns zur Verfügung stehen, nicht in jenem verschwenderischen Ausmaß umgehen, wie wir das bisher — ohne oder zu wenig darüber nachzudenken — getan haben.

Besser wäre es, den forcierten Ausbau des zweiten Kernkraftwerkes vorzunehmen, wie ja überhaupt die Kernkraft in absehbarer Zeit jene Energie sein wird, die den entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit Österreichs bieten wird.

In diesem Zusammenhang war ich von der Schrift eines Mannes beeindruckt, der gestern den Nobelpreis verliehen bekommen hat, ich meine den Verhaltensforscher Professor Konrad Lorenz, der in einem Brief abschließend an den Bürgermeister von Dürnstein geschrieben hat:

„Es ist unverantwortlich“ — ich zitiere wörtlich —, „dieses Projekt zur Ausführung zu bringen. In wenigen Jahren werden derartige Vorhaben als Verbrechen gegen die Natur verurteilt werden.“

Ich fühle mich nicht in der Lage, dem noch etwas hinzuzufügen. Ich glaube, das ist eine beredte Sprache für sich.

Hohes Haus! Die Ungewißheit über die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung hat die Situation in Österreich schlagartig verdüstert — auch den Verlauf dieser diesjährigen Budgetdebatte. Jeden Tag entnehmen wir der Berichterstattung schärfere Maßnahmen. Es hat nichts — wie der Herr Bundeskanzler gemeint hat — mit politischem Zweckpessimismus zu tun, wenn man rechtzeitig erkennt, was eventuell auf uns zukommen kann.

Auf uns zukommen wird auf alle Fälle eine schwierigere Phase — das ist uns allen klar — bei der Gestaltung unseres menschlichen Zusammenlebens. Obwohl die Bundesregierung bisher in Anbetracht dieser weltweiten kritischen Situation, angesichts dieses deutlichen Gürtel-enger-Schnallens unserer Nachbarn, der Italiener, der Schweizer, der Deutschen, außer Andeutungen und Einberufung einer Regierungsklausur meines Erachtens nur mit halben Maßnahmen reagiert hat und bis gestern so getan hat, als lebten wir auf einer „Insel der Seligen“. Dabei warten die Menschen in Österreich darauf, daß die Bundesregierung rechtzeitig Vorsorge trifft, daß vorausschauend regiert wird. Ich glaube, die Österreichische Volkspartei hat doch wiederholt in so entscheidenden Phasen zu erkennen gegeben, daß wir bereit sind, unseren Teil der Verantwortung mit zu tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit diesem Budget werden wir das jedoch nicht können. Wir vermissen die Entschlußkraft, Schwerpunkte zu setzen, auch zum Beispiel bei der Gestaltung eines attraktiveren Massenverkehrs unserer Verkehrsmittel. Daher können wir diesen Budgetansätzen, diesem Kapitel unsere Zustimmung nicht geben.

Ing. Gradinger

Nichtsdestotrotz, Herr Bundesminister, gestatten Sie mir noch eine persönliche Adresse an Sie: Wir haben in den letzten Jahren auch als Oppositionspartei immer unter Beweis gestellt, daß wir bereit waren, an einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik mitzuarbeiten, konstruktiv mitzuarbeiten, weil wir uns der Bedeutung, welche die Verkehrspolitik für die österreichische Wirtschaft und damit für die gesamte österreichische Bevölkerung hat, bewußt sind. Ihr Vorgänger, Herr Bundesminister, hat diese Bereitschaft gewürdigt, das sei auch bei dieser Gelegenheit erwähnt. Er hat in entscheidenden Fragen immer wieder die Zusammenarbeit mit uns gesucht. Es ist nicht von ungefähr, sondern vielleicht gerade darauf zurückzuführen, daß bei Gesetzesvorlagen, die das Verkehrsressort betroffen hat, meistens eine einstimmige Verabschiedung herbeigeführt werden konnte. Ich meine, Sie wären gut beraten, Herr Bundesminister, wenn Sie diese Vorgangsweise, diese gute Tradition beibehalten — an uns soll es nicht gelegen sein — zum Wohle einer gesunden Verkehrspolitik, die wir alle miteinander gestalten und entwickeln wollen. *(Beifall bei der OVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Herr Vorredner hat seine Darlegungen damit begonnen, daß er mahnend davon gesprochen hat, man möge doch nicht in der heutigen Situation das Auto quasi in den Anklagezustand versetzen.

Ich möchte diesen Ball aufnehmen und weiterspielen und einleitend einige Überlegungen zu dem Thema: Hie Massenverkehr — hie Individualverkehr, äußern.

Der Individualverkehr hat ja in den letzten Jahren eine stürmische Aufwärtsentwicklung genommen und seinen Anteil am gesamten Personenverkehrsaufkommen auf rund 75 Prozent erhöht.

Trotzdem zeigt sich jetzt oder vielleicht gerade durch diese Entwicklung, daß ihr gewisse Grenzen gesetzt sind. Es taucht das Problem des Individualverkehrs in zwei Bereichen auf. Einmal im Bereich der Ballungsräume, im wesentlichen im Bereich unserer Städte, und zum zweiten taucht das Problem auf beim Transport über weite Strecken. Da wird nun auf einmal wieder die Bedeutung des öffentlichen Massenverkehrs entdeckt. Ich möchte aber ebenso eindringlich davor warnen, nunmehr das Kind mit dem Bade auszuschütten und das Auto und den Individualverkehr gewissermaßen zu verteufeln. Es gibt nämlich neben den Problemen in den Ballungsräumen, die sehr lokalisiert erscheinen, neben den Problemen, die der Fernverkehr mit sich bringt,

den weiten Bereich des Flächenverkehrs, den kein Verkehrssystem so gut bedient, wie es das Auto tatsächlich tut. Auf längere Sicht, nicht nur kurzfristig, wird hinsichtlich des Flächenverkehrs das Auto unschlagbar bleiben. Aber auch in bezug auf die Ballungsräume dürfen wir uns nicht auf ein dogmatisches Entweder-Oder stürzen, sondern wir müssen ein Sowohl-als-Auch ins Auge fassen.

Denn es steht durch zahlreiche Expertenuntersuchungen fest, daß die Ersetzung des Individualverkehrs in den Ballungsräumen allein durch ein Massenverkehrssystem zu einer mindestens gleich teuren Lösung führen würde. Ein leistungsfähiges Massenverkehrssystem ist nicht billiger als der Individualverkehr. Es löst nur die Raumprobleme besser.

Aber da wiederum gibt es ein verhältnismäßig einfaches Mittel, um den übertriebenen Individualverkehr in den Ballungsräumen einzuschränken. Es ist nicht notwendig, wie das heute vor allem von jungsozialistischer Seite immer wieder in die Debatte geworfen wird, dem Autobesitzer, dem Autofahrer, ein immer noch größeres Ausmaß an Belastungen aufzuerlegen. Es gibt Methoden, ein Überborden des Individualverkehrs in den Städten einzudämmen, ohne daß ich auf gesteigerte finanzielle Belastungen lossteuere. Beispielsweise genügt es, die Dauerparkplätze auf öffentlichen Verkehrsflächen in den Städten drastisch einzuschränken.

Auf diesen Umstand hat auch der Sachverständigenrat der Bonner Bundesregierung jüngst hingewiesen. Gerade derjenige Autofahrer, der sein Auto nur benützt, um in der Früh zum Arbeitsplatz im Stadtinneren zu gelangen und am Abend wieder heimzufahren, der kann das nur tun, wenn er einen Dauerparkplatz hat. Sind diese Dauerparkplätze limitiert, nicht vorhanden, dann wird ohne jede finanzielle Bestrafung des Autofahrers ein Gutteil dieser Verkehrsteilnehmer auf ein Massenverkehrssystem umsteigen. Es wird also auf eine Lösung ankommen, die Massenverkehr und Individualverkehr kombiniert.

Das bedeutet vermehrte Anstrengungen in zweierlei Richtungen: einmal in Richtung Industrie und zum anderen Mal in Richtung Verkehrspolitik.

Es ist gar keine Frage, daß das heutige Auto für den städtischen Verkehr nicht optimal ist. Weder ist es von seiner Größe her optimal, es ist zu groß, noch ist es vom Benzinverbrauch her optimal, es verbraucht zu viel.

Drittens stellt es auch in der jetzigen technischen Ausstattung der Motore und der Vergaser eine Umweltbelastung dar. Hier ist der Appell an die Autoindustrie zu richten, die

Dr. Stix

Zukunftsprobleme dadurch mitlösen zu helfen, daß man ein stadtgerechtes, sparsames und umweltfreundliches Kleinstauto schafft. Aber das ist nur die eine Hälfte.

Die andere Aufgabe obliegt der Verkehrspolitik. Sie muß die richtige Kombination zwischen Massenverkehr und Individualverkehr erarbeiten. Das setzt zunächst von seiten der öffentlichen Hand voraus, daß sehr viel attraktivere Massenverkehrssysteme geschaffen werden müssen, als sie gegenwärtig vorhanden sind. Die heutigen Massenverkehrssysteme sind weder hinsichtlich der Quantität ihrer Verfügbarkeit noch hinsichtlich der Qualität das, was wir brauchen, um unsere Verkehrsprobleme zu lösen.

Zusammenfassend möchte ich zum Thema Massenverkehr — Individualverkehr sagen: Ein Ja zu einer Schwerpunktverlagerung auf einen attraktiv zu gestaltenden Massenverkehr in den Ballungsräumen, aber man darf daraus kein Dogma machen, sondern muß die positiven Seiten des Individualverkehrs erkennen und miteinbauen!

Damit möchte ich meine weiteren Ausführungen auf den wichtigsten öffentlichen Massenverkehrsträger, auf die Bahn, konzentrieren. Zur Post wird mein Fraktionskollege Melter dann einiges sagen.

Die Österreichischen Bundesbahnen verdienen die größte Aufmerksamkeit, weil ihre finanzielle Entwicklung in den letzten Jahren in ein derart beängstigendes Abgleiten geraten ist, daß ich mich wundere, mit welcher Ruhe die Beteiligten und Verantwortlichen dem überhaupt noch zusehen können.

Ich möchte von der Bilanzentwicklung, also von der Darstellung der wirtschaftlichen Gebärung ausgehen. Der Reinverlust betrug 1972 3,4 Milliarden Schilling. 1973 wird er sich auf 4,2 Milliarden Schilling belaufen. 1974 verringert er sich zunächst optisch auf 1,7 Milliarden. Das ist aber lediglich optisch.

Um mit den Vorjahren vergleichen zu können, müssen wir diesem ausgewiesenen Verlust das Mehr an künftiger Pensionsabgeltung und das Mehr an der Abgeltung der Sozialtarife hinzurechnen. Tut man dies, dann ergibt sich für das Jahr 1974 ein vergleichbarer Jahresverlust von 5,2 Milliarden Schilling, und er ist damit wiederum um rund 1 Milliarde höher als im Jahr 1973. Diese Rechnung muß man vornehmen, wenn man sich nicht in die eigene Tasche lügen will.

Eine andere Frage ist es, ob man die Pensionsabgeltungen und den Ersatz der Sozialtarife bejaht oder nicht. Wir bejahen das, weil wir aus Gründen der Transparenz der Meinung sind, daß die Lasten, die die Bahn nicht

direkt zu verantworten hat, auch als Lasten des Bundes sichtbar gemacht werden sollen. Es ist richtig — und in diesem Sinne stehen wir auch zum gemeinsam gefaßten Beschluß zur Bundesbahngesetzesnovelle —, diese Abgeltungen vorzunehmen. Wir dürfen uns aber durch diese optische Operation nicht selbst über die wirkliche Lage täuschen.

Was kostet uns die Bahn wirklich? Sie erhält aus dem Budget an Pensionsabgeltungen 4,1 Milliarden, an Subventionstarifen 1,4 Milliarden. Sie weist einen zu ersetzenden Bilanzverlust von 1,7 Milliarden aus. Der wahre Zuschuß, den der Bund für die Bahn zu zahlen hat, beläuft sich daher auf 7,3 Milliarden Schilling.

Was das in dieser Größenordnung bedeutet, mag ein Vergleich mit dem Budget für die Landesverteidigung veranschaulichen. Wenn ich das Budget der Landesverteidigung, das Grundbudget plus Stabilisierungsquote plus Konjunkturbelebungsquote hernehme, dann komme ich summa summarum auf 6,5 Milliarden Schilling. Demgegenüber lassen wir die Bahn mit 7,3 Milliarden Schilling bezuschussen.

Wer angesichts dieser Größenordnungen und dieser Summen nach wie vor ruhig bleibt, den kann ich persönlich nicht verstehen, denn noch zeichnet sich ja keinerlei Silberstreifen am Horizont ab, noch zeichnet sich nicht ab, wie es bei der Bahn aufwärts gehen soll.

Fachleute sind sich darüber einig, daß das größte Problem die Personalentwicklung bedeutet. 1972 gab es 74.455 Eisenbahner, 1973 waren es mehr. Für 1974 ist eine Reduktion um 506 Eisenbahner vorgesehen. Der Herr Bundesminister sagte im Ausschuß, diese Zahl würde unterschritten werden. Wenn ich aber die Zahlen des Arbeitsbehelfes und der Teilhefte hernehme, dann stelle ich fest, daß die Verringerung 90 Eisenbahner betrifft.

Ich frage mich jetzt: Wo bleiben denn all die Rationalisierungserfolge der letzten Jahre? Der Anteil der Personalaufwendungen ist inzwischen auf 76 Prozent des Gesamtaufwandes gestiegen.

Nun wiederum ein Vergleich, der zeigt, wie drastisch die Größenordnungen sind. Wenn ich den gesamten Personalaufwand von 14,5 Milliarden Schilling um die Pensionsabgeltungen aus dem Budget kürze, die 4,1 Milliarden Schilling ausmachen, dann komme ich auf einen Nettopersonalaufwand von 10,4 Milliarden. Dieser ist immer noch höher als die gesamten Erträge aus dem Personen- und Güterverkehr.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie: Was werden Sie tun, um dieser katastrophalen Entwicklung Einhalt zu gebieten? Die Sanierung der Bundesbahn kann nur über eine Verrin-

Dr. Stix

gerung des Personalstandes führen. Das hat besonders deutlich auch Herr Abgeordneter Ulbrich von der Sozialistischen Partei gesagt, als er 1971 erklärte, es gäbe etwa 25.000 Eisenbahner zuviel. (*Abg. Peter: Damals hat er keine Wahl gehabt!*) Ich wäre schon froh, wenn es gelänge, 10.000 einzusparen, denn nach heutiger Relation würde das eine Ersparnis von über 1 Milliarde Schilling bedeuten.

Aber es fehlen ja auch die Voraussetzungen für die Einsparungen. Die Voraussetzungen wären nämlich eine massive Rationalisierung. Diese setzt ihrerseits massive Investitionen voraus, für diese Investitionen wiederum bedürfen wir einer ganz entscheidenden Kapitalzufuhr. An dieser Kapitalzufuhr fehlt es den Österreichischen Bundesbahnen.

Herr Bundesminister! Sie haben das Ressort neu übernommen. Ich mache Ihnen keine Vorwürfe, die Sie nicht zu verantworten haben, aber ich möchte Sie hier und heute ausdrücklich als den ansprechen, der Sie Ihrem ganzen Werdegang nach sind, nämlich als Finanzfachmann. Und als Finanzfachmann — davon bin ich überzeugt — werden Sie sehr wohl erkennen, daß das Kardinalproblem der Österreichischen Bundesbahnen der Kapitalbedarf ist.

Im zehnjährigen Investitionsprogramm bis 1982 veranschlagen die Bahnen 40,5 Milliarden Schilling. Dem entspricht eine Jahresquote für 1974 im Ausmaß von 4,5 Milliarden Schilling. Wie sieht dagegen der Bundesvoranschlag aus? Wenn ich ihn um die Bezugsvorschüsse bereinige, die interessanterweise und völlig unzutreffenderweise unter den Investitionsmitteln aufscheinen, dann ist für 1974 auf den Schilling genau der gleiche Betrag eingesetzt wie für 1973, nämlich 2,5 Milliarden Schilling; also keinerlei Steigerung.

Erst wenn ich mir die Stabilisierungsquote anschau, dann finde ich eine Steigerung um 860 Millionen Schilling und noch einmal in der Konjunkturbelebungsquote um 408 Millionen Schilling, macht summa summarum 3,8 Milliarden Schilling.

Jetzt kann man eine Defizitrechnung aufstellen: Es werden 4,5 Milliarden benötigt. Wenn ich nur das Grundbudget hernehme, fehlen 2 Milliarden Investitionsmittel für 1974; nehme ich die Stabilisierungsquote mit hinzu, fehlen 1,1 Milliarden Schilling Investitionsmittel, und nehme ich auch noch die Konjunkturbelebungsquote hinzu, fehlt noch immer eine dreiviertel Milliarde Schilling auf die Jahresquote 1974 des Investitionsprogramms der Österreichischen Bundesbahnen.

Es ist also keine Vorsorge getroffen worden, um das große Sanierungswerk einzuleiten.

In diesem Zusammenhang muß etwas zur Stabilisierungsquote gesagt werden. Ganz offensichtlich sind alle Erhöhungen, mit denen die Bahnverwaltung rechnet, daß sie sie in Anspruch nehmen kann, aus dem Grundbudget herausgenommen und in die Stabilisierungsquote hineingenommen worden.

Nun frage ich — diese Frage müßte ich eigentlich an den Herrn Finanzminister stellen —: Wie kann er sagen, daß es sich um eine Stabilisierungsquote handelt, die nur im Falle eines Falles eingesetzt wird, wenn die Stabilisierungsquote mindestens in diesem Kapitel „Verkehr“ Ausgaben enthält, die normalerweise im Grundbudget sein müßten und mit deren Inanspruchnahme die Bahn ganz selbstverständlich fest rechnet? Hier hat der Herr Finanzminister offensichtlich ein ganz großes Täuschungsmanöver inszeniert, er darf aber nicht glauben, daß wir dieses nicht durchschauen.

Aber auch mit der Stabilisierungsquote fehlt der Bundesbahn mehr als 1 Milliarde Schilling.

Wenn ich einen Überschlag mache auf das gesamte zehnjährige Programm und das Teilheft als Beweis anführe, dann hängen von den 40,5 Milliarden dringend benötigter Investitionsmittel sage und schreibe 8 Milliarden völlig in der Luft.

Damit kommen wir zum Finanzierungssystem der Österreichischen Bundesbahnen. Nach freiheitlicher Auffassung ist das derzeitige Finanzierungssystem völlig untauglich, ganz und gar nicht geeignet, die finanziellen Erfordernisse der Bahn zu treffen.

Derzeit — und das ist die geltende Rechtslage — sind die Finanzierung und die Kapitalzufuhr nur über das Budget möglich. Wir wissen, daß illegale Auswege versucht werden. Wir kennen das Anwachsen der Verwaltungsschulden, wir erkennen die Dreiecksgeschäfte, wo mit den Firmen Kreditlieferungen in der Weise abgeschlossen werden, daß sich die Firmen die Bankkredite besorgen und die Zinsen in die Preise einkalkulieren. Ich habe sogar dafür ein gewisses wirtschaftliches Verständnis, weil die Notlage der Bahn offensichtlich ist, aber als Abgeordneter muß ich sagen: Es ist ein illegaler Vorgang, den man nicht billigen kann.

Die Ursache für diese Situation und die eigentliche Krankheit der ÖBB sind leicht zu diagnostizieren. Es ist schlicht und einfach, Herr Bundesminister, die fehlende Finanzhoheit. Es muß eine außerbudgetäre Finanzierung gefunden werden, es muß den Bundesbahnen ein direkter Zugang zum Kapitalmarkt geöffnet werden.

Dr. Stix

Warum sollte in Österreich nicht das gehen, was etwa in der Bundesrepublik Deutschland geht? Dort gibt es Bahnanleihen. Warum gibt es in Österreich keine Bahnanleihen? Warum beharrt man stur auf der ausschließlichen Finanzierung über das Budget, von der nachzuweisen ist, daß sie den Erfordernissen unter keinen Umständen entsprechen kann.

Wir haben noch ein anderes Beispiel, die übrige verstaatlichte Industrie, die weit mehr Beschäftigte hat als die Bahn. Auch diese verstaatlichte Industrie finanziert sich ja nicht über das Budget, sondern legt Anleihen auf. Denken wir etwa an die Energieanleihe unserer Elektrizitätswirtschaft oder auch an die Anleihen der Stahlfirmen. Warum soll das, was dort gut geht, bei den Bundesbahnen unmöglich sein? Es ist von der Sache her nicht einzusehen und das Festhalten an der unbrauchbaren, veralteten, alleinigen Finanzierung über das Budget muß als krasser Dogmatismus angeprangert werden.

Herr Bundesminister! Sie als Finanzfachmann in diesem Ressort werden einmal daran gemessen werden, ob Sie dieses Kardinalproblem der Österreichischen Bundesbahnen lösen konnten oder nicht.

Noch einige abschließende Worte zur Renaissance des Schienenverkehrs. Wir wissen, daß diese Renaissance von den Erfordernissen her kommt, ja im Gange ist. Aber wir sehen gleichzeitig, daß es an allen Ecken und Enden an den Voraussetzungen hiefür fehlt.

Lassen Sie mich als Beispiel die Fahrbetriebsmittel erwähnen. Es ist bekannt, daß der Fahrpark überaltert und zu gering ist. Trotzdem sind im Grundbudget 1974 um 109 Millionen Schilling weniger für Fahrbetriebsmittel vorgesehen als im Budget 1973.

Oder: Wenn ich den Geschäftsbericht der Bundesbahnen selbst hernehme, und zwar den Geschäftsbericht über das Jahr 1972, so lese ich auf Seite 17 folgendes:

„Die beabsichtigten Verbesserungen des Verkehrsangebotes in einer Zeit der zunehmenden Konkurrenzierung durch andere Verkehrsträger und Verwaltungen konnten wegen der ungünstigen Situation auf dem Anlagen-, Triebfahrzeug- und Personalsektor nur in geringem Ausmaß verwirklicht werden.“

Das ist doch nichts anderes als ein klares Eingeständnis fehlender Voraussetzungen.

Ein weiterer Hinweis aus demselben Geschäftsbericht auf Seite 20:

„Der Saldo zu Lasten der Österreichischen Bundesbahnen zwischen Mieterträgen und Mietaufwendungen für die Benützung fremder Güterwagen im Rahmen des RJV-Europ-Über-

einkommens erhöhte sich von 84 Millionen Schilling auf 156 Millionen Schilling.“

Auch hier wird doch eine Mangelsituation deutlich, der im Budget leider überhaupt keine Rechnung getragen wird.

Abschließend noch als Zeugen zu der gleichen Situation die Worte von Professor Knapp im „Kurier“ vom 4. Dezember, wo der Verfasser sinngemäß ausdrückt:

Die Österreichischen Bundesbahnen haben zu wenig Waggons, weil keine Mittel dafür vorhanden sind, andererseits drohen aber bei den österreichischen Waggonbaufirmen Beschäftigungslücken, weil eben die Anschlußaufträge der Österreichischen Bundesbahnen fehlen.

Das waren drei Beispiele, die leider nur zu deutlich veranschaulichen, daß es an den Voraussetzungen für die erhoffte Renaissance der Schiene fehlt.

Diese Beispiele zeigen leider weiters, daß auch im Budget alles fehlt, um diese benötigten Voraussetzungen zu schaffen.

Herr Bundesminister! Wir wissen, daß auf das Massenverkehrsmittel Bahn große Aufgaben zukommen. Aber um diesen Aufgaben entsprechen zu können, müssen erst einmal die Voraussetzungen geschaffen werden. Ich appelliere an Sie, Herr Bundesminister: Schaffen Sie diese Voraussetzungen und — man kann die Sache drehen, wie immer man will — lösen Sie das Kardinalproblem der Österreichischen Bundesbahnen, die Finanzierungsfrage! Geben Sie den Österreichischen Bundesbahnen Finanzhoheit, eröffnen Sie ihnen den Kapitalmarkt. Nur dann, wenn Sie das zuwegebringen, werden Sie das Sanierungswerk der Österreichischen Bundesbahnen einleiten können. Dieses ist dringend vonnöten.

Aus all den genannten Gründen sehen wir Freiheitlichen uns veranlaßt, diesem Kapitel des Budgets unsere Zustimmung zu verweigern. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident **Probst**: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ulbrich. Er hat das Wort. (Abg. *Peter*: Mit nur mehr 83 statt 86 Prozent! — Abg. *Bregartner*: Der *Peter* hätte eine Freude, wenn er einmal 83 hätte! — Abg. *Ulbrich*: Ja, sicher wäre das eine Freude, aber die spielt es leider nicht für alle!)

Abgeordneter **Ulbrich** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe sehr aufmerksam meine Vorredner angehört. Ich glaube, ich habe wieder so etwas wie einen sechsten Sinn gehabt. Ich habe mir nämlich vorgenommen, folgende Punkte in der Diskussion zu behandeln: Verkehrspolitik, die Personalwirtschaft und den Aufwand,

Ulbrich

Problem des Abganges, Defizit, Investitionen, Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen.

Zu manchem, was meine Vorredner gesagt haben, kann ich ja sagen, zu vielem sage ich nein. Wenn man von der Sanierung der ÖBB spricht und dabei auf den Gedanken kommt, die Verantwortlichkeit auf den Zeitraum von 1970 bis 1973 zu verlegen, dann ist das sehr billig.

Man muß einmal untersuchen, welches Verbrechen an den Österreichischen Bundesbahnen auf Grund der Finanzpolitik seit 1945 begangen wurde. Denn diese Bahn hat seit ihrem Bestehen nach 1945 niemals — niemals! — jene Investitionsraten erfüllt bekommen, die notwendig gewesen wären, um der heutigen Verpflichtung nachkommen zu können.

Suchen wir also die Schuld nicht bei den Ministern Frühbauer, Waldbrunner, Probst und so weiter, sondern suchen wir wie Doktor Stix die Schuld dort: Das Kernproblem der ÖBB ist ein finanzielles Problem. Das heißt, wenn ich diesen Betrieb saniere, muß ich aus der Lohnintensivität in die Kapitalintensivität umsteigen. Das heißt ferner: Ich muß den Personalstand auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen und unter Ausnützung technischer Möglichkeiten dorthin führen, wohin er gehört, und die technische Entwicklung eben entsprechend fördern.

Das hat man nicht gemacht. Man möge sich also jetzt nicht als besser hinstellen, als man ist. (*Abg. Kern: Seit 1971 macht man es?*) Man kann nicht alles von 1971 an machen, Herr Kern! Aber ich bitte Sie noch einmal: Bleiben Sie bei der Landwirtschaft, denn von der Verkehrspolitik haben Sie keine Ahnung! Bleiben Sie dort, wo Sie sind! Ich sage Ihnen noch einmal: Bleiben Sie bei Ihren Erdäpfeln und beim Kraut und lassen Sie uns in Frieden!

Man spricht über das sozialistische Verkehrskonzept. Ich nehme das Inhaltsverzeichnis zur Hand und sage Ihnen ganz freundlich, was da angeführt wird:

„Verkehrspolitische Grundsätze“, „Zielsetzungen für das Gesamtverkehrssystem“, „Verkehr in den Ballungsgebieten“, „Straßenverkehr“, „Eisenbahn“, „Luftfahrt“, „Binnenschifffahrt“, „Hochseeschifffahrt“, „Rohrleitungsverkehr“, „Post- und Fernmeldewesen“, „Seilbahnen“.

Wir nehmen nicht in Anspruch, daß das eine Wunderlösung ist. Aber eines, glaube ich, können wir mit Berechtigung sagen: daß wir uns bemüht haben, auf Grund echter Untersuchungen zur Erkenntnis zu kommen, wie man die Verkehrspolitik führen kann. Man kann sie nicht allein vom Standpunkt der ÖBB aus leiten. Das habe ich in diesem

Haus nicht erst einmal gesagt, das habe ich schon des öfteren bei den Budgetdebatten wiederholt: Die Frage der Verkehrspolitik ist in der Hauptsache die, ob man Schiene und Straße koordinieren kann.

Sie von der Österreichischen Volkspartei haben doch selbst ein Verkehrskonzept gemacht. Ich habe es hier als Traumbüchel der gewerblichen Wirtschaft bezeichnet. Welche Aussagen haben Sie in diesem Gesamtverkehrskonzept gemacht, meine Herren? Nennen Sie konkret eine Linie! Es ist eine phantastische Arbeit unter Bundesminister Weiß geschehen, es ist ein Zusammentragen allen Materials um den Eisenbahnbetrieb, die Straße, die Luftfahrt und dergleichen, aber eine konkrete Aussage fehlt.

Und dann darf ich mir die 107 Punkte der Österreichischen Volkspartei zu Herzen nehmen. Ich glaube, es stimmt, was da steht:

„Gestärkt durch das Vertrauen der Wähler, wollen wir in den Jahren 1971 bis 1975 eine Politik auf der Basis unserer Weltanschauung und dieses Programms betreiben.“

Sie haben Pech gehabt. Sie sind ausgerutscht. Sie können nichts dafür, es ist eben geschehen. Aber da gibt es dann unter Punkt VII die Bezeichnung „Besser wirtschaften“, und da steht unter Punkt 10:

„10. Ordnung der Verkehrswirtschaft durch freie Wahl der Verkehrsmittel und Abschaffung der Fernverkehrssteuer zum ehestmöglichen Zeitpunkt.“

Damit wollen Sie Verkehrspolitik machen? (*Abg. Hietl: Einen Teil davon!*) Kollege Hietl! Damit können Sie überhaupt nichts anfangen, das sage ich Ihnen ganz freundlich. Das ist genauso gut, wie wenn Sie dazu nichts gesagt hätten. Das wäre vielleicht besser gewesen. Damit können Sie gar nichts anfangen. (*Abg. Hietl: Das ganze Konzept vorlesen, nicht ein Stück!*) Ich darf Ihnen das nachher geben, Sie können es lesen und studieren und bekommen wenigstens ein Gefühl dafür, was in der Verkehrspolitik notwendig ist.

Bleiben wir bei der Bundesbahn und bei den Möglichkeiten! Einige der Herren sind schon sehr lange im Parlament. Ich muß jetzt nicht alle Debatten aus dem Protokoll anführen. Was war denn, als es darum gegangen ist, finanzielle Mittel für die Bundesbahn zu beschaffen, damit die Elektrifizierung durchgeführt werden kann? Ich erinnere an den Streit um die Elektrifizierung der Südbahnstrecke über den Semmering, der jahrelang gedauert hat, bis dann endlich von seiten des Finanzministers, der Ihrer Couleur angehört hat, die Mittel bereitgestellt worden sind, damit man dort 50.000 Tonnen Kohle pro Jahr ersparte.

Ulbrich

Sie können hinschauen, wohin Sie wollen: Das ist ein Fleckerlteppich, das ist keine Politik finanzieller Natur gewesen.

Wenn man nun fragt: Wie schaut es mit der Politik der sozialistischen Regierung aus?, dann möchte ich dazu sagen: Diese sozialistische Regierung hat einen der entscheidendsten Schritte auf der gesetzgebenden Ebene vollzogen, indem sie dafür sorgte, daß Schiene und Straße endlich einem Ministerium unterstellt sind und daß damit die Voraussetzungen — rein verwaltungsmäßig gesehen — zur Verhandlung um die Koordinierung gegeben sind. Es gibt keinen Streit zwischen Schiene und Straße in der Form, daß der eine den anderen besiegt. Das wäre Wahnwitz, das brächte keine Lösungen.

Wie ist denn die Österreichische Bundesbahn vertreten durch ihre zuständige Mitgliedsorganisation, die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft?

Sendung im ORF vom 12. November 1973, Blauer Montag. Man beschäftigt sich mit den OBB. Da spricht man von Liberalisierung, greift das Verkehrskonzept der SPÖ an und meint dann, das Motto „Zurück zur Schiene“ sei gleich dem „Zurück zur Natur“.

Jetzt frage ich mich, ob die Herren, die derartige Parolen unters Volk tragen, von der Verkehrspolitik wirklich eine Ahnung haben.

Aber der Spaß kommt ja noch:

„Der private Güterverkehr soll praktisch abgewürgt und damit die freie Wahl der Verkehrsmittel unmöglich gemacht werden.“

Jetzt frage ich Sie: Haben die kleinen Spediteure, die mittleren Speditionsbetriebe in Österreich überhaupt eine Chance zu existieren, wenn der Werksverkehr und der Werksfernverkehr von der Industrie dirigistisch eingesetzt wird?

Solange Sie keine konkrete Aussage über die Lösung dieses Problems machen können, so lange wird die Frage Schiene—Straße problematisch sein. Wenn wir sagen: Kontingentierung, Konzessionierung, Lizenzen!, dann doch nicht zum Nachteil dieser Betriebe, sondern zu ihrem Nutzen, damit sie auf dem Verkehrsmarkt existent sein können.

Wenn man daraus falsch Schlüsse zieht und zum Beispiel wie in der Sitzung des Verkehrsausschusses meint: Na ja, da geht man wieder den Weg des Klassenkampfes!, dann muß ich sagen: Darüber kann man nicht einmal mehr lachen, so traurig ist dies. Denn es leiden nicht nur die Spediteure darunter, sondern es leiden unter dem Werksverkehr und unter dem Werksfernverkehr im gleichen Ausmaß die OBB.

Die Industrie drückt mit dem Werksverkehr die Spediteure und drückt über die Speditionsbetriebe, über Mittel- und Kleinstbetriebe, die OBB in der Tarifpolitik. Das müssen Sie zuerst einmal sehen, dann kann man über Verkehrspolitik und Wirtschaftspolitik reden!

Da meint man: Weg mit der Privatwirtschaft! Man wünscht hier Genossenschaften. Woher kommt denn der Gedanke der Genossenschaft überhaupt? Kommt er nicht aus der Not der Menschen? Waren das nicht die Pioniere von Rochdale? Waren das nicht Fünfhauser Fabrikanten, die sich zusammenschlossen, um auf dem Gebiet der Genossenschaften zum Erfolg zu kommen. Und sind es nicht Ihre Molkereigenossenschaften, Ihre Winzergenossenschaften, sind es nicht die Konsumgenossenschaften, die auf Gemeinschaftsbasis entscheidend in der Wirtschaft tätig sind? Man soll also Gedanken und Ideen, die vorteilhaft und nutzbringend sind, nicht so diskreditieren!

Wenn man immer von der Vorsorge spricht und meint, es müßte doch etwas gemacht werden, dann muß ich sagen: Meine werten Herren von der rechten Seite! Sei wann hört man denn bei Ihnen das Wort „Planung“? Früher einmal haben Sie es noch leiser gesagt. Sie sagten Planifikation, denn Planung — sagen wir es heraus! — ist marxistisch. Heute sagt man: Warum hat die Regierung nicht Vorratslager geplant? Sie hätten doch wissen müssen, daß die arabischen Ölscheichs einmal den Ölhahn abdrehen. Haben Sie es gewußt? Haben Sie jemals eine Ahnung gehabt um diese Situation, bevor Sie entstanden ist? Heute quietscht jeder, weil er sich denkt: Bum, Radierer, was ist mit meinem Automobil? Ich kann nicht mehr fahren, das Öl habe ich nicht, Benzin habe ich keinen, die Eisenbahn hat zu wenig Waggons, da kann er hinten nachrennen, das geht nicht mehr — schuld sind der rote Minister und die rote Regierung, nicht die Fehler der Vergangenheit. Schuld ist die verfehlte Verkehrspolitik der Ersten und Zweiten Republik in Österreich. Das soll man einmal klar und deutlich aussprechen. Bemühen wir uns doch alle mitsammen, um zu einer Lösung zu kommen!

Wissen Sie, was am Allerschönsten ist? Diese Radiosendung, die von der Bundeswirtschaftskammer gesendet worden ist, bezahlt die OBB mit 1 Million Schilling Mitgliedsbeitrag pro Jahr an die Interessensvertretung. Wenn das die richtige Art und Form ist, über Verkehrspolitik und Wirtschaftspolitik zu verhandeln, wenn man sich diese Vorteile herausholt und dann so unfair spricht, dann möchte ich dazu schon etwas sagen.

Ulbrich

Wir haben uns mit der Frage Verkehrspolitik mit einigen Professoren der Hochschule in Graz auseinandergesetzt, und wir haben uns über die Frage der Wegekostenrechnung, die eine Voraussetzung für die Regelung der Verkehrspolitik ist, unterhalten. Bundesminister Weiß hat eine derartige Untersuchung durchführen lassen durch Herrn Dr. Kraus von der Grazer Hochschule. Aber das ist ja nur ein Teil, denn in dieser Untersuchung fehlen nämlich zwei wesentliche Merkmale, und zwar fehlt darin die Untersuchung des Kostenaufwandes, des Einsatzes der Exekutive im innerstädtischen Verkehr, im außerstädtischen Verkehr in seiner Gesamtheit an Sonntagen, an Feiertagen, an Wochenenden, und es fehlt uns eine Untersuchung über den immensen Kostenaufwand der Unfallfolgen auf der Straße.

Sie können sagen und reden, was Sie wollen, aber das sicherste Verkehrsmittel in diesem Lande heißt noch immer Österreichische Bundesbahnen und sonstige Eisenbahnen der privaten und Lokalbahngesellschaften. Daher, glaube ich, sollte man sich das alles wirklich grundsätzlich überlegen. Man sieht, wenn man da hineinschaut, welche Probleme sich ergeben. Den Spaß mit irgenwelcher Polemik, die dann nicht halten kann, kann man sich ruhig ersparen.

Nun zur Forderung des Herrn Dr. Stix bezüglich Finanzhoheit, Rechtspersönlichkeit der ÖBB. Darauf kann ich nur eine Antwort geben: Die Österreichischen Bundesbahnen sind im Jahr 1923 ein selbständiger Wirtschaftskörper mit eigener Rechtspersönlichkeit geworden und waren im Jahr 1931 total verschuldet. Deswegen lehnen wir einen derartigen Weg ab, weil wir nämlich wissen, daß auf dem Kapitalmarkt diese Milliardenbeträge nicht aufzubringen sind, um diesen Betrieb nach dem Grundsatz privatwirtschaftlichen Denkens zu leiten.

Ich stütze mich hier, wie ich das ja schon des öfteren getan habe, auf einen guten Freund, der leider nicht mehr unter uns ist, auf die Untersuchung des Herrn Dr. Kummer in der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahr 1957 in seiner Kurzfassung, wo er sagt: Ja Sanierung, Kernfrage Abgeltung der betriebsfremden Lasten.

Bleiben wir gleich dabei! Wie oft wurde in diesem Haus während der Koalitionszeit und innerhalb der Alleinregierung der ÖVP die Forderung auf Lösung dieses Problems der Kontenbereinigung entsprechend dem Ersuchen der UIC erhoben? Wie oft haben wir gesagt: Entlastet doch diesen Betrieb von jenen Kosten, die nicht sein eigen sind! Da

ist man auf taube Ohren gestoßen. — Das wurde aber verlangt von Ihrem Dr. Kummer.

Man sagt: ÖBB-Selbständigkeit. Wer wird aber das Startkapital bereitstellen, das notwendig ist, um dieses Unternehmen in der Verkehrspolitik konkurrenzfähig zu machen? Sicherstellung der Erneuerung, Finanzierung der notwendigen Investitionen, letzten Endes nollens volens die Frage der Personalwirtschaft und dergleichen!

Ich bin der Auffassung: Einverstanden. Unterhalten wir uns über die Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen, aber bekennen Sie doch die Fehler, die Sie gemacht haben, daß diese Situation Wirklichkeit geworden ist! Wir verlangen ja gar nicht, daß Sie sich anklagen. Aber das Vielversäumte der letzten Jahre können Sie nicht der sozialistischen Regierung aufschreiben. Das müssen Sie schon auf Ihren Janker schreiben, das muß ich Ihnen freundlichst mitteilen. (*Abg. Ofenböck: Welch ein Wandel, Kollege Ulbrich: Solange Sie in der Opposition waren, war immer die ÖVP-Regierung schuld!*) Kollege Ofenböck, nichts für ungut: Geh Fußball spielen! Denn von diesem Geschäft verstehst du doch nichts. Das hast du schon ein paarmal bewiesen mit deinen ungeschickten Fragen und Erklärungen. Es geht nicht um die ÖVP-Alleinregierung, es geht um die Mißwirtschaft der ÖVP-Finanzminister seit 1945 hinsichtlich der ÖBB. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Man spricht von den Bruttoinvestitionen. Ich habe mir eine kleine Rechnung über die Jahre 1958 bis 1968 aufgestellt. Das sind durchwegs Jahre, in denen die finanzielle Geschäftsführung grundsätzlich in Händen der ÖVP lag. Das Erfordernis der Bundesbahnen am Investitionssektor betrug 14 Milliarden Schilling. Erhalten hat die Bundesbahn in diesem Zeitraum 8 Milliarden; das sind rund 55 bis 57 Prozent. Da diese Investitionsraten immer verschieden angesetzt waren — ich verweise auf Langsamfahrstellen, Schienenbrüche, alte Waggons, schlechte Lokomotiven —, haben wir keine Investitionen gemäß der technischen Entwicklung. Das soll man doch klar und deutlich aussprechen, wenn man über Investitionen spricht.

Zur Auseinandersetzung über das Budget. Sie dürfen uns glauben, auch wir waren überrascht und sind nicht begeistert davon, aber mit einem Unterschied: In Ihrer Zeit hat die Bundesbahn überhaupt keine Hoffnung gehabt, auf Sicht gesehen einmal die Mittel zu erhalten, die sie benötigt. Wir haben Vertrauen zu unserem Finanzminister und zu unserer Regierung, daß in dieser Frage eine Lösung gefunden wird.

Ulbrich

Wenn man dann zum Beispiel weiß, daß uns der Bahnhof Wolfurt 3 Milliarden Schilling kostet und wir nicht wissen, wann man dort überhaupt ein Gleis hinlegen kann, weil wir vorerst die Schüttung durchführen müssen ... (*Abg. Stohs: Liegt schon, das Gleis!*) Ja, aber wieviel fahren kann nichts darauf, aber anschauen kannst du es und photographieren! Das Gleis liegt.

So schaut die Situation aus. Dort draußen kann man den Verschiebebahnhof deswegen nicht aktualisieren, weil das Fundament, der Grund noch viel zu leicht ist. Sagen wir es doch heraus: Es gibt Stabilisierungsmöglichkeiten, aber dann muß man bereit sein, diese auch zu nutzen.

Man spricht über die Schnellbahn. Was ist das schon die Schnellbahn? Ja, aber wie war das denn, als die Schnellbahn gebaut worden ist? Was hat Herr Bundesminister Weiß als Abgeordneter an dieser Stelle zur Frage der Schnellbahn gesagt? Lesen Sie die Protokolle nach! Er hat gemeint: Man kann doch den Wienern kein Geschenk machen! Und heute wird die Schnellbahn überall gefordert. Da muß man eben ein bißchen vorsichtiger werden und langsam gehen.

Jetzt fragt man: Bundesbahn — finanzielle Mittel? Ich greife ein Thema heraus!

Die Bundesbahn zahlt Hunderte Millionen an Mineralölsteuer. Das Fahren mit dem Geld besorgt man auf der Straße. Wenn die Bundesbahn heute sagt, sie möchte einen Anteil an der Mineralölsteuer haben, dann schreit alles von Osten bis Westen, von Süden bis Norden: Unmöglich! Nun gut; nehmen ist immer besser als geben! Das ist ein alter Spruch. Aber man möge sich doch klar darüber sein: man kann von der Bundesbahn nicht nur nehmen, sondern man müßte auch geben!

Es wäre ein Schritt der Vernunft, wenn man zum Beispiel sämtliche schienengleichen Straßenübergänge auf Kosten der Mineralölsteuer sanieren würde. Das würde der Bundesbahn eine finanzielle Entlastung bringen, da sie diese Belastung weg hat, und die Autofahrer beim schienengleichen Straßenübergang sichern. Vielleicht haben wir Glück! Wenn wir so weiter tun, kommen wir auf Tempo 40, dann hört man und sieht man eh alles, was sich auf der Schiene tut. Aber so ist es doch wirklich. Daher glaube ich schon, man soll sich das überlegen.

Ich verweise auf die Klagen über die Verspätungen. Bei 20 Minuten, 30 Minuten Auf- ruhr in Österreich! (*Abg. Peter: Stunden!*) Wenn einer dieser Herren zum Beispiel nach Amerika oder auf einen anderen Kontinent fliegt und auf einmal daraufkommt, daß er

fünf Stunden, sechs Stunden, einen Tag oder zwei auf seinem Kofferl auf dem Flughafen sitzt, weil eben nicht geflogen wird, dann akzeptiert der Fluggast das als Selbstverständlichkeit, er zahlt nur noch viel mehr dafür und freut sich, daß er sitzen darf. Bei der Bundesbahn ist das eine Mißwirtschaft, sind das Organisationsmängel, haben die Leute keine Ahnung von dem Geschäft. Daß da irgend etwas anderes dahinterstehen kann, überlegt niemand.

Wie herrlich ist es denn, wenn man so mit dem Auto am Sonntag abend von irgendeinem Bundesland nach Wien fährt und auf einmal die Tafel 100 kommt? Dann kommt ein Automobil mit Blinker, dann heißt es: Stau, Stau! Und dann staust du dich drei Stunden von St. Pölten bis Wien durch, durch ein Paradies. Da gibt es doch bestimmt nichts darüber zu reden. Man kann allen Herrschaften nur gratulieren, die diese Freuden des Fliegens und des Autofahrens als so viel besser feststellen als die Bundesbahnen.

Wenn wir über diese Sachen reden, dann schauen wir uns das doch richtig an! Vergleichen wir das Budget, die Investitionen, die ÖBB und dann die Investitionsplanung Österreichische Bundesbahnen mit dem, was im Budget steht! Ich hoffe, ich mache jetzt nicht einen großen Fehler, aber g'spassig ist es schon.

Als die Bundesbahn ihr Investitionsprogramm erstellte und errechnete, was sie sich vorstellt, da hat sie ja Traumideen gehabt. Als dann die Bundesbahnverwaltung, der Vorstand, mit dem Finanzminister und den übrigen Ministern verhandelt hat, damit sie sich irgendwie in ihren Standpunkten annähern, haben einige meiner Freunde in unserer Verwaltung gesagt: Gut, ist eh klar, das, was wir verlangen, ist nicht drinnen. Aber wenn wir nur das bekommen, was sie uns versprochen haben, dann haben wir schon einen wesentlichen Erfolg.

Ich kann nicht verstehen, daß das dann gar so schlecht sein kann. Noch einmal: Wir freuen uns über die Möglichkeiten der Investitionsrate nicht. Aber wir erkennen, in der gegenwärtigen Situation ist eine andere Möglichkeit nicht gegeben. Ich bin davon überzeugt, daß man damit zu einem Erfolg kommen wird.

Unser Kollege Gradinger hat die Nebenbahnen aufgegriffen. Ich sage euch, das ist ja herrlich! Nur eine bescheidene Frage: Wer hat denn den Zirkus mit den Nebenbahnen angefangen? Wer hat den offenen Brief an die Gewerkschaft der Eisenbahner im Herbst 1965 geschrieben? Die sozialistische Fraktion der Eisenbahner oder der Herr Bundesminister

Ulbrich

Wolfgang Schmitz? Soll ich Ihnen sagen, was dort gestanden ist? Auflösung der Nebenbahnen, Einstellung der Strecken, Auflösung der Haltestellen, und so ist das dahinmarschiert. Wenn es nach Herrn Dr. Schmitz gegangen wäre, hätte man die Eisenbahn irgendwo in ein Sardinienbüchsl einrollen müssen, und weg wäre sie gewesen.

Aber heute stellt man sich her und sagt: Meine Herren, denken Sie doch nach! Wir sind doch dort draußen an der böhmischen Grenze, wir grenzen an Ungarn und Jugoslawien, wir brauchen doch die Eisenbahn!

Lesen Sie doch das Memorandum der Österreichischen Volkspartei vom Februar 1966. Wer hat denn die ersten Anträge auf Einstellung der Nebenbahnen der ÖBB gestellt?

Wer hat sich nicht getraut einzustellen? Das ist wieder eine zweite Geschichte. Es war der Herr Bundesminister Weiß. Er hat zu mir gesagt: Schauen Sie, ich bin doch kein Narr, ich fange mir da keinen Krieg an! Er war der einzige vernünftige Mensch. Aber seit dieser Zeit hat die Drohung immer bestanden. Wenn wir es verhindert haben, geben Sie es doch zu, dann nur deshalb, weil wir doch einer der entscheidendsten Faktoren waren, weil wir über 1000 Menschen bei den Nebenbahnen beschäftigt haben und weil wir diesen Nebenbahnenrahmen benötigen.

Was hat denn der Professorenbericht gesagt? Er hat gesagt: Nichts versilbern, die Eisenbahnen können wir brauchen.

Wenn ich in meiner „Arbeiter-Zeitung“ die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers bei den Niederösterreichischen Grenzlandgesprächen lese: Übereinstimmung zwischen Regierung und Vertretern Niederösterreichs: die Nebenbahnen werden nicht eingestellt, dann kann man das ja nur begrüßen. Aber mit der Erklärung: die Nebenbahnen werden nicht eingestellt, ist noch nichts geschehen, denn dann muß man sich auch zum nächsten Schritt bequemen, dann muß man sich klar darüber werden, daß die Nebenbahnfrage nicht nur eine Frage des reinen administrativen Dienstes ist, ob sie einzustellen ist oder nicht, sondern ebenfalls ein finanzielles Problem darstellt.

Die Nebenbahnen kosten in ihrer Gesamtsumme auf Investitionsebene 2 Milliarden Schilling. Wir wären schon dankbar, wenn man echt und sauber zu einer Lösung käme. Ich bin davon überzeugt, daß nach dieser Erklärung des Kanzlers auch mit dem Finanzminister ein Weg gefunden werden muß.

Und ich gehe sogar so weit zu sagen, die Millionen für die Nebenbahnen sind nicht im allgemeinen Budget festzulegen, sondern es

ist konkret ein Nebenbahngesetz zu statuieren, damit meine Freunde in der hohen Verwaltung der ÖBB nicht bei den Nebenbahnen kletzeln, wenn sie für die Hauptbahnen etwas brauchen. Da muß man von vornherein einen Strich machen: Saubere Rechnung, Haupt- und Nebenbahnen bleiben gute Freunde. Macht man das nicht, dann ist das Problem da. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, die Nebenbahnen sind wichtig.

Jetzt wieder eine Frage: Wer hat denn überhaupt die gesetzlichen Grundlagen zur Lösung der Nebenbahnfrage geschaffen? Erinnern Sie sich doch, wie wir über das Bundesbahngesetz verhandelt haben, als wir erklärt haben, diese Frage müsse gelöst werden. Nichts haben wir bekommen. Als wir die Kontenbereinigung angeschnitten haben, wurde sie im Verkehrsausschuß abgelehnt.

Als wir gesagt haben, man kann eine Eisenbahn wie die ÖBB nicht nach kaufmännischen Grundsätzen führen, wurde das abgelehnt. Jetzt auf einmal schreibt man: Die Österreichischen Bundesbahnen sind unter Bedachtnahme auf das öffentliche Interesse nach kaufmännischen Grundsätzen zu verwalten und zu betreiben. Da ist doch eine Wandlung eingetreten, ich begrüße sie und ich freue mich darüber, denn das ist eine einmalige Sache, daß wir einen einstimmigen Beschluß auf der Basis der Österreichischen Bundesbahnen zusammengebracht haben.

Wie lautet nun im § 18 diese Gesetzesänderung? Da heißt es im Absatz 1:

„Die Bundesregierung kann beschließen, daß die Österreichischen Bundesbahnen ...“ — unter litera c geht es weiter — „auf Strecken oder Streckenteilen einen betriebswirtschaftlich nicht mehr zumutbaren Schienenverkehr ganz oder teilweise weiterzuführen haben.“

Ich bin ja neugierig, wenn wir mit dem Herrn Niederl reden werden, was er platiti wird für die Nebenbahn bei Radkersburg, und wenn wir mit dem Herrn Maurer reden werden, was er für die Eisenbahn oben an der böhmischen Grenze hergeben wird. Da werden Sie schauen, wie terrisch sie sind. Da wird keiner mehr von der Eisenbahn, von der Nebenbahn reden. Da wird jeder einen Weg suchen, um schnell wegzukommen, damit er ja nicht berappen muß. Es geht nimmer mehr.

Ich bin also der Auffassung, man soll, wie ich es immer wieder behauptet habe, mit den Bundesbahnen kein politisches Spiel treiben, man soll uns in Frieden lassen und man möge uns bei der Lösung der Probleme unterstützen. Das ist viel mehr wert als die Polemiken, die sich jetzt ergeben haben.

Ulbrich

Ich glaube also, behaupten zu dürfen, in der Frage, ob die Nebenbahnen erhalten bleiben sollen, haben wir als Gewerkschaft der Eisenbahner vielleicht den entscheidendsten Anteil gehabt. Wir haben die Bürgermeister, die Landesregierung von Niederösterreich aktiviert und haben gesagt: Herrschaften, da muß eine Lösung kommen! Heute muß ich sagen: Auf Grund der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers haben wir das Gefühl, daß wir wirklich zu einer echten Klarheit kommen.

Man spricht über die Elektronentechnik. Jetzt glaubt jeder, wenn er ein Computerkastel sieht, da braucht er nur hineinreden, und auf der anderen Seite fallen schon alle Lösungen heraus wie bei einem 20 Groschen-Automaten. So ist das doch nicht! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß die Lösung der Untersuchung des Wagnumlaufes in ihrer vorbereitenden Arbeit für einen Probetrieb im Tiroler Raum zweieinhalb Jahre gedauert hat. Denn man kann nicht jedes Instrument nur nehmen und einsetzen. Das geht nicht. Sie müssen alle Bezeichnungen durch einen eigenen Schreiber abnehmen können. Sie müssen klarstellen, wie die Verbindungen von einer Station zur anderen laufen, Sie müssen den grenzüberschreitenden Verkehr den Systemen der Nachbarn angleichen, den Systemen der Schweizer und der Deutschen.

Als wir Gewerkschafter der Eisenbahner zu unserem Vorstand gesagt haben: Machen wir doch die „Probeinsel“ über den Tauern hinunter, haben wir im Vorstand keine Zustimmung gekriegt. Jetzt haben wir es in Tirol gemacht. Die Deutsche Bundesbahn, Verwaltung München, hat an die Generaldirektion, an den Vorstand geschrieben, sie wäre sehr daran interessiert, daß der Probetrieb von Salzburg nach dem Süden aufgenommen wird, dann könnte der Kontakt mit ihren Anlagen herbeigeführt werden und eine kontinuierliche Tätigkeit der EDV stattfinden.

Man möge also über die Elektronische Datenverarbeitung nicht so sprechen, als ob man glaubte, das sei so ohne weiteres geschehen, man brauche nur irgend etwas einzusetzen und es funktioniere. Das kostet sehr viel Arbeit. Das kostet nämlich auch die Erziehung der Organisatoren, das kostet die Erziehung der Menschen, die in der EDV-Abteilung arbeiten müssen. Wissen Sie, wie lange es dauert, bis ein EDV-Mann fertig ist? Zweieinhalb Jahre! Dann erst kann man ihn exakt bei der Programmerstellung einsetzen. Diese Leute beutelt man nicht aus den Ärmeln. Sie müssen von der Bahn freigestellt werden, gehen dann in die private Wirtschaft hinaus, lernen, studieren und kommen dann als fertige EDV-Fachleute zurück. So soll man die Dinge

sehen und nicht so, wie man glaubt, es machen zu können.

Dann kommt der Gspäß: Elin-Weiz, Aspangbahn. Bitte schön, wo hat es denn das schon gegeben, daß ein Betrieb Arbeit annimmt und dann zur Eisenbahn sagt: Geht, legt mir jetzt ein neues Gleis, sonst kann ich die Arbeit nicht machen!? So war es. Elin-Weiz hat einen Arbeitsauftrag, und die Bundesbahn soll auf ihre Kosten die Gleisneulage machen. Und damit soll das Defizit nicht größer werden! Bitte, ich glaube schon, daß man da zu einem Weg kommen muß.

Dann gefällt mir folgendes beim Kollegen Gradinger: die Bemerkung über das Image des Personals, der Dank an das Personal. Ich muß schon sagen: Das ist eine wunderbare neue Red'. Da sind Leute von Ihrer Fraktion herunten gestanden, die nur gesagt haben: Die roten Eisenbahner, der rote Betrieb, das rote ..., weiter sage ich es nicht. Aber wenn diese Wandlung bei Ihnen eingetreten ist, dann muß ich sagen: Es ist doch nicht umsonst, wenn man euch manchmal etwas sagt. — Das ist eine Tatsache.

Schöne, freundliche Worte höre ich immer wieder in der Budgetdebatte. Einmal ist es Herr Kollege Bauer, der gefühlsbetont von der Demokratie und der Einstellung spricht und meint: Bitte stellt euch ein bißchen um, wir müssen einander irgendwie näher kommen. — Er sieht sich schon in der Koalitionsregierung der Zukunft. Langsam mit den Füßen ins Wasser, damit du dich nicht verkühlst! Laß dir Zeit!

Dann kommt mein Freund Prader. Er redet über die Grundstrategie einer politischen Partei, fordert die politische Fairneß, spricht von Problemen der Zusammenarbeit und von Toleranz.

Mein Freund Karl Glaser sprach vom Fairplay. Imponiert mir, aber bitte nichts für ungut, wenn ich Ihnen folgendes ganz ernst sage:

„Fraktion Christlicher Gewerkschafter im OGB.“ (Der Redner zeigt ein Blatt.) Das habe ich Ihnen schon einmal vorgelesen. Ich lese es Ihnen nicht noch einmal vor. Sie können es, wenn Sie Zeit haben, im Protokoll nachlesen. Schließlich kommt ein Vertreter der Fraktion Christlicher Gewerkschafter zu mir und fragt: Was ist denn das für ein Blattl, in dem das steht? — Fraktion Christlicher Gewerkschafter!

Da steht eine Unanständigkeit höchster Ordnung gegen die Sozialisten in diesem Lande.

Ulbrich

Nehmen Sie zur Kenntnis: Noch ist diese Sozialistische Partei auf Grund der Entscheidung der Mehrheit der Wähler Regierungspartei! Es kann keine Schande sein, wenn man Sozialist ist. Es ist auch keine Schande, wenn einer Christ oder ÖVP-Mann ist.

Mit solchen Angriffen werden Sie keine Toleranz erreichen!

Erinnern Sie sich: Kollege Kern hat sich in einer Wortmeldung von diesem Plakat distanziert. Das ist ÖAAB-Tirol (*der Redner zeigt ein anderes Flugblatt*): „Blutsauger“. Die Blutsauger heißen Kreisky und Androsch.

Meine Herren! Mit so etwas werden Sie keine Freundschaft finden. Die Antwort haben Sie schon von uns! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Die Antwort haben Sie bekommen. (*Ruf bei der ÖVP: Aber keine 86 Prozent mehr!*) Ja, auf dieses Minus habe ich ja gewartet! Wissen Sie, was Sie gewonnen haben in ganz Österreich: 386 Stimmen. Ich gratuliere zu dem „großen“ Sieg. (*Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ.*) 386 Stimmen in ganz Österreich! Ihr könnt schon marschieren. (*Ruf bei der ÖVP: Wieviel habt ihr verloren?*) Ihr seid schon wieder fort.

Ihr seid stärker geworden als die Kommunisten; das muß ich zugestehen. Ihr habt in diesem Wahlkampf durch Radikalismus Erfolg gehabt.

Ich bin am Sonntag mit dem Herrn Obmann der größeren Oppositionspartei in der Eisenbahn gefahren, und wir haben ein bißchen miteinander geplaudert. Wir haben über das Alte und über die Erfahrung gesprochen. Da hat er auf einmal gemeint: Einem jungen Menschen, der nicht radikal ist, fehlt das Herz, und einem Alten, der radikal ist, dem fehlt das Hirn. (*Heiterkeit.*)

Diejenigen von Ihnen, die die aufgezeigte Politik gemacht haben, können Sie zu den Alten zählen. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Mein Freund Glaser hat hier den großen Wahlerfolg von Salzburg aufgezeigt. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen auch dazu etwas sage.

Bei diesen Personalvertretungswahlen ging es um 66 Mandate in ganz Österreich. Und von diesen 66 Mandaten holte die sozialistische Fraktion 86 Prozent; das sind 57 Mandate. Ich habe mir das so angeschaut, und da ist mir etwas in mein Hirnkasterl gekommen, muß ich sagen. (*Ruf bei der ÖVP: Wieviel Prozent haben Sie verloren?*) Wir haben um 3 Prozent abgenommen, und aus euch wird trotzdem nichts! Moment, bleib da, ich sag dir gleich etwas. Es ist ja lieb. Ihr habt im Jahr 1964 das letzte Mal ein Mandat, dann eins, zwei,

eins besessen. Von 1964 an habt ihr euch bemüht das aufzuholen. Und da wir nur seit unserem Erfolg von 1967 zählen, wo wir die 16 Mandate geholt haben, müssen wir sagen: Das war vor sechs Jahren.

Jetzt muß ich Ihnen etwas sagen, was nicht nur für Sie, sondern auch für die linke Seite in meiner Gewerkschaft gilt: Die zwei Gschroppen sind jetzt aus dem schulpflichtigen Alter heraus. Jetzt haben sie ja gewonnen: 1 Prozent. Das ist doch a Patzen Gschicht!

Jetzt passens auf, daß sie etwas in der Schule lernen, sonst kommen sie bei der nächsten Wahl wieder in das Alter zurück. Das wäre nicht angenehm.

Kleine Kinder wachsen, aber gescheiter werden sie nur durch die Erziehung. Und da bitte ich Sie: Bringen Sie ihnen Besseres bei, als Sie es bisher getan haben.

Sie sollen nicht auf der einen Seite Europalöhne verlangen und auf der anderen Seite ein gutes Sozialrecht und Dienstrecht ablehnen. Aber das nur zur Erinnerung im Zusammenhang mit dieser ganzen Sache.

Nun zur personalwirtschaftlichen Frage. Herr Dr. Stix hat da eine Rechnung vorschlägt, so daß ich bald geglaubt habe, wir haben zugenommen bei der Eisenbahn.

Ich habe hier das „Niederösterreichische Volksblatt“ vom 13. 11. 1973. Da heißt es: „Industrie fordert Verwaltungsreform.“

Sie fordern ja immer die Verwaltungsreform nach dem Schimmel ÖVP.

Schauen Sie sich den Dienstpostenplan während Ihrer Regierungszeit an (*der Redner zeigt einen Dienstpostenplan*): Da fangen wir da an, dann geht es in die Höhe, und zum Schluß haben Sie um vier mehr abgebaut, als normal drin gestanden sind. Aber bitte, im erwähnten Blatt heißt es:

„Bundesbetriebe bewirken Rekordabgang im Budget '74.“

Das hat mir keine Ruhe gelassen. Ich habe den ganzen Artikel durchgelesen. Es wird im ganzen Artikel nichts mehr über die Betriebe geschrieben, nur fett oben die Erklärung dazu.

Jetzt schauen wir uns den Dienstpostenplan an. Schade ist ja nur, daß Dr. Stix nicht da ist. Er ist ein mathematisches Wunderkind. Ich hätte ihm sagen können, wo sich die Rationalisierung bei den ÖBB auswirkt. Vielleicht kann es ihm einer seiner Freunde mitteilen.

Wir haben im Jahre 1971 einen Personalstand von 77.771 Eisenbahnern übernommen, haben im Jahre 1974 einen solchen von 74.365 im Dienstpostenplan ausgewiesen; das ist ein Minus von 3406 Köpfen.

Ulbrich

Im gleichen Zeitraum, und zwar mit 1. Jänner 1973, trat die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Die Verkürzung der Arbeitszeit bei den OBB um eine Stunde bedeutet ein Erfordernis von 1100 Bediensteten. Fragen Sie in der Personaldirektion der OBB nach, ob ein Mann ersetzt worden ist oder ob die gesamte Arbeitszeitverkürzung in Rationalisierung auf der einen Seite und in Mehrbelastung der Bediensteten auf der anderen Seite ausgeklungen ist. Wir haben also insgesamt einen Verlust von 4506 Menschen.

Wir kriegen am 1. Jänner 1975 die Verkürzung der Arbeitszeit von 42 Stunden auf 40 Stunden in der Woche. Hiefür werden rund 2000 Köpfe benötigt.

Herr Minister! Ich bitte, darauf zu achten, daß wir in dieser Frage zu einer Lösung kommen, ohne daß dadurch eine entscheidende Belastung des Personals eintritt, denn auf Grund der Belastung des Personals ergibt sich auch eine Steigerung der Unfallhäufigkeit im Betrieb. Wir ersuchen also hier um eine Lösung.

Wir haben derzeit rund 3000 Gastarbeiter beschäftigt. Wir werden auf Grund meiner Rechnung mit 1. Jänner 1975 einen Abfall von rund 3500 Bediensteten aufweisen. Das entspricht insgesamt einem Betrag von 480 Millionen Schilling, den die Eisenbahner durch Mehrarbeit, durch besseres Arbeiten und durch Rationalisierung in ihrem Unternehmen sozusagen erarbeiten müssen. Ich glaube, man könnte sich da doch manches überlegen.

Eine kleine Erinnerung. Mein Freund Steiner, darf ich dir, der du da oben sitzt, sagen, was du 1968 geschrien hast: „Die Beamten haben zuviel!“ — Was soll das heißen? Soll der Beamte umsonst arbeiten? Oder darf der Beamte an dem Aufstieg, den das gesamte österreichische Volk nimmt, teilhaben?

Neben dir sitzt ein Postler, das ist ein Beamter. Karl, mach dir das mit ihm aus: Wenn du zuviel verdienst, führ es zum Bauern hinüber mit der Scheibtruhe, denn dieser geht sonst zugrunde. *(Heiterkeit.)*

Ich glaube, man müßte sich diese Dinge schon überlegen.

Ich darf behaupten: Auf dem Sektor der Personalwirtschaft gibt es bei den Österreichischen Bundesbahnen Abstriche und Belastungen.

Sie erklären immer wieder, Sie lehnen das Budget ab. Bitte, vielleicht verstehe ich das nicht. Aber da wird mich sicherlich einer der nachfolgenden Redner aufklären. Wir beschließen hier im Haus einstimmig, daß das

Gehaltsübereinkommen mit der Regierung Kreisky vom 2. September 1971 hinsichtlich seiner finanziellen Wirksamkeit ins Gehaltsgesetz eingebaut wird. Wir beschließen hier einstimmig auf Grund des Übereinkommens eine Novelle zum Gehaltsgesetz, die 24. Gehaltsgesetz-Novelle, die Einführung der Dienstzulage, die Abgeltung der Mehrdienstleistungen, eine bessere Abgeltung der Überstundenarbeiten, die Neuregelung der Anfangsbezüge und eine Novelle zum Reisegebührengesetz.

Wo werden diese Dinge abgedeckt? Im Budget! Bei der Beschlußfassung über die betreffenden Gesetze sind Sie dafür, beim Budget aber dagegen. Glauben Sie nicht, daß da irgendwo ein Widerspruch ist? Irgend etwas stimmt doch da nicht! Ich glaube, daß man diese Dinge nicht ohne weiteres ablehnen kann.

Wir Eisenbahner sagen zu dieser Regierung unser positives Ja. Wir haben das Übereinkommen abgeschlossen und gehalten. Ich will auf die Auseinandersetzungen über das Gehaltsüberleitungsgesetz gar nicht eingehen; das haben wir hinter uns.

Man möge sich in Zukunft bei solchen Übereinkommen überlegen, was man unterschreibt und was man zu akzeptieren hat. Denn wenn man erklärt, daß man damit einverstanden ist, dann hat man das auch zu halten.

Ich muß sagen: Was den Personalaufwand des Voranschlages für die aktiven Eisenbahner und für die Pensionisten betrifft, können wir klar und deutlich sagen: Wir haben noch nie einen besseren Erfolg auf der Einkommenseite gehabt. Dafür sage ich dieser Regierung und dem ehemaligen Minister Fröhbauer danke.

Dem kommenden Minister können wir die Gewähr geben: Wenn er mit uns vernünftig zusammenarbeiten wird, dann wird es auch bei ihm manche Lösung geben.

Wenn man die Dinge so betrachtet, dann sieht man auf dem Gebiet des Budgets der Österreichischen Bundesbahnen oder überhaupt in der gesamten Budgetpolitik wesentliche Erfolge.

Sie haben im Finanz- und Budgetausschuß Entschließungsanträge gestellt, deren Realisierung 4 Milliarden Schilling erfordert. Einer von Ihnen hat aus dem „Kurier“ vom 4. Juli vorgelesen. Ich lese euch aus dem „Kurier“ vom 6. November aus dem Artikel „Vorrang für Stabilität?“ den vorletzten Absatz vor:

„Einer unvoreingenommenen Prüfung hielte allerdings auch der Vorwurf des ‚Inflationbudgets‘ nicht stand. Daß die Opposition die-

Ulbrich

sen Vorwurf dennoch erheben wird, steht zu erwarten; leider jedoch kaum zu erwarten steht die konkrete Nennung jener Ausgaben, die der Stabilität zuliebe hätten gekürzt werden sollen ..."

Das ist das Versagen Ihrer Budgetkritik, Ihrer Budgetpolitik in dieser Situation.

Vielleicht darf ich doch noch etwas über Möglichkeiten der Geschäftsführung andeuten. Die Österreichischen Bundesbahnen — sie sind ein Großbetrieb! — investieren gewaltige Mittel durch Auftragsvergabe an die private Wirtschaft.

Da gibt es folgendes Beispiel. Beistellteile werden durch den Materialdienst der Österreichischen Bundesbahnen besorgt. Nun — ich weiß es nicht genau, Herr Minister, aber ich bitte, das vielleicht zu vermerken — soll der Vorstand der ÖBB einen Beschluß gefaßt haben, diese Beistellteile nicht mehr über den Beschaffungsdienst der ÖBB, sondern über die Fahrzeugbaufirmen selbst zu kaufen. Eine Anfrage bei den Fahrzeugbaufirmen, was das kostet, zeigte gegenüber der Wertigkeit durch den Beschaffungsdienst der ÖBB ein Ansteigen um 30 Prozent. Das bedeutet bei einer Auftragssumme von 128 Millionen eine Verteuerung von rund 38 Millionen Schilling, ohne daß man weiß, warum.

Ich bitte Sie, Herr Minister, diese Frage zu klären, denn ich glaube, der Vorstand der ÖBB wäre verpflichtet, dem Grundsatz des § 2 unseres Gesetzes entsprechend zu handeln. Oder muß ich andere Gedanken bezüglich der Abwicklung dieser Geschäfte haben, Gedanken, die ich momentan nicht aussprechen möchte?

Noch einmal kurz und klar gesagt: Wir Sozialisten stimmen für das Budget, stehen zu dieser Regierung. Wir wissen um die Dinge, die notwendig sind.

Schauen Sie sich selbst in den Spiegel, dann werden Sie Ihre ÖBB-Politik selbst klar erkennen.

Wenn die ÖBB heute nicht den Erfordernissen der Zeit entsprechend geführt werden können, dann sagen Sie nicht, daß die Regierung dran schuld ist, sondern klopfen Sie sich auf die Brust und sagen Sie ruhig: Wesentlich mitschuldig ist die Finanzpolitik der ÖVP-Finanzminister, nicht aber die sozialistische Regierung! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Frodl. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Frodl** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgeordneter Ulbrich hat hier gerade in Perfektion aufgezeigt, wie herrlich alles gemacht wird, wie schlecht es früher war.

Ich möchte nur ganz kurz in Erinnerung bringen, daß die „Mißwirtschaft“ der österreichischen Finanzminister, welche früher immer die Österreichische Volkspartei gestellt hat, wie ich glaube, nicht so groß war, wie Sie heute es darstellen. Es waren doch immer wieder Verkehrsminister von Ihrer Fraktion da ... (Abg. **Wielandner**: Die kein Geld gekriegt haben!) Es war aber eine Koalition: Einstimmig ist alles beschlossen worden; das soll man auch nicht vergessen! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. **Ulbrich**: Lesen Sie die Protokolle über die Verhandlungen bezüglich ÖBB-Budget nach! Lesen Sie die Stellungnahmen Ihrer Fraktion!)

Ich muß generell feststellen, daß wir, wie ich glaube, im großen und ganzen doch eine moderne Eisenbahn haben, daß wir gute Garnituren, sowie gute Anlagen haben. Das muß man objektiverweise feststellen. Ich glaube, man muß auch sagen, daß alles das, was Österreich heute hat, nicht in der kurzen Zeit entstanden sein kann, in der die augenblickliche Regierung am Werk ist.

Man muß zu diesem Thema sagen: Die Eisenbahn beziehungsweise die öffentlichen Verkehrsmittel berühren uns alle. Wir alle sind daran interessiert, daß sie funktionieren. Soweit es geht, gehen wir dort immer auch fraktionell mit.

Im Budgetausschuß sind beim Kapitel Verkehr aber doch einige Schwächen und Probleme dieses Ressort aufgezeigt worden, Dinge, welche uns keine besondere Freude bereiten.

So mußten wir vernehmen, daß 200.000 Fernsprechanlüsse angemeldet sind und noch immer nicht realisiert werden können.

Besonders hat mir aber die Aussage von Minister Lanc zu denken gegeben, daß die Fernsprechanlüsse im ländlichen Raum für die Post nicht sehr interessant sind, daß sich Vorfinanzierungen erst in zehn oder noch mehr Jahren amortisieren. Ich meine, das ist ein Problem, das in Österreich gelöst werden muß und wo man eigentlich noch völlig nachhinkt. Wir waren der Meinung, daß es nach der Automatisierung etwas schneller gehen werde, aber es scheint denn doch nicht so zu sein. In Deutschland hat man dieses Problem besser gelöst. (Präsident **Dr. Maleta** übernimmt den Vorsitz.)

Ich habe schon im Ausschuß auf Grund der Aussage von Minister Lanc, daß sich Anschläge nicht so amortisieren, aufgezeigt, daß die ländliche Bevölkerung sicherlich nicht sehr viel Zeit zum Telephonieren hat und daß auch von der ländlichen Bevölkerung Leitungen nicht übergebührlich belastet werden. Das ist ja heute auch schon ein Problem: Man hat

Frodl

Leitungen, man will telefonieren, man kann aber nicht telefonieren, weil die Leitungen immer besetzt sind. Ich stelle daher fest, daß Leitungen im ländlichen Raum meistens nur im Ernstfall benutzt werden und daß sie daher wirklich notwendige Leitungen sind. Es werden meistens dringende Anrufe gemacht, die auch ihre Bedeutung haben. Übrigens ist es auch so, daß man sich im ländlichen Raum — wir wissen, daß dort das Geld rarer ist — letztthin nicht sehr lang Telephonate leisten kann, weil ja doch jeden Monat oder jeden zweiten Monat eine Rechnung von der Post kommt, deren Bezahlung dieser Bevölkerungsgruppe sicherlich schwerer fällt.

Die Notwendigkeit der Fernsprechanlüsse in diesem Gebiet muß hier aber aufgezeigt werden. Wenn man modern wirtschaften will, dann muß man das auch forcieren. Es gibt Gründe genug für die Notwendigkeit dieser Fernsprechanlagen: Wir haben heute einen Landärztemangel, man kann letztlich ohne Telefon kaum mehr einen Arzt erreichen, die Aufrechterhaltung der Besiedlung entlegener Gebiete — in diesem Raume brauche ich darüber auch nichts zu sagen —; Freizeitgestaltung; Aufschließung des ländlichen Raumes — ohne Fernsprechanlagen wird es nicht gehen —; Fremdenverkehr in Österreich; auch ein Problem, welches Sie ja alle gut kennen: 30 bis 40 Milliarden nimmt Österreich davon ein. Dem muß Rechnung getragen werden, und es müssen dorthin, wo eben die Fremden sind, Fernsprechanlagen installiert werden.

Die konzentrierte Tierhaltung möchte ich noch einmal kurz aufzeigen. Immer mehr Seuchenfälle treten auf, eine konzentrierte Tierhaltung ist eine Basis dafür. Da muß auch gesagt werden, daß man letztthin nicht schnell genug einen Tierarzt haben kann.

Die Maschinenringe — ich habe es schon voriges Jahr gesagt: sie lösen sich teilweise schon wieder auf, obwohl sie so bedeutungsvoll sind, daß die Landwirtschaft nicht nur investiert und Gelder ausgibt und letztthin sich diese nicht mehr amortisieren — sind bedeutungsvoll und lassen sich nur aufrecht erhalten, wenn wir eben telephonischen Kontakt haben.

Der Kontakt zum Markt — ich glaube, ich brauche das hier auch nicht aufzuzeigen, es ist hinlänglich bekannt. Markt und Lagerhaus ohne Fernsprechanlage, das ist einfach nicht mehr zu machen.

Ich glaube, es gibt Gründe genug, um im forcierten Maß Fernsprechanlüsse auszubauen. Über die Finanzierung muß man reden, es müßten Entlastungen für die Kosten in irgendeiner Form erfolgen. Ich habe schon ge-

sagt, Deutschland hat dieses Problem gelöst, vielleicht kann man auch in Österreich einen solchen Weg gehen.

Die große Abwanderung muß hier auch noch aufgezeigt werden. Auch sie berechtigt dazu, daß man Anschlüsse tätigt.

Ob, sehr geehrter Herr Minister, diese Anschlüsse für die Post interessant oder weniger interessant sind, ich glaube, davon darf man hier nicht reden. Wir wissen alle, sie müssen getätigt werden, wir wissen von der Abwanderung aus dem ländlichen Raum, dieser Raum muß an das Telephonnetz angeschlossen werden. Sie sprechen immer von einem modernen Österreich und von einem modernen Wirtschaften. Dafür ist es notwendig, dieses große Anliegen von uns, den forcierten Ausbau, durchzuführen.

Das Land Steiermark hat trotz seiner vielen Aufgaben durch eine Sonderfinanzierung 3,4 Millionen Schilling für Finanzschwache bereitgestellt, worüber wir uns sehr, sehr freuen.

Ich muß aber auch die Postzustellung am Lande aufzeigen. Ich glaube, das können sich Menschen in der Stadt gar nicht vorstellen, daß am Lande wöchentlich nur dreimal die Post zugestellt wird. Telephone — das habe ich gesagt — gibt es fast keine, die Post wird nur dreimal zugestellt. Ich glaube, das ist eine Benachteiligung, die sich nicht jeder bieten lassen würde.

Sie stellen Briefkästen auf. Das ist ja auch keine besondere Lösung, denn der Teilnehmer oder die Person, welche Post bekommt, hat noch ein ganz schönes Stück Weg zu gehen, um in dem Kasten nachzuschauen, ob Post gekommen oder ob keine Post gekommen ist. Ich selber wohne nur 200 Meter von einer Bundesstraße, von der Grenzlandbundesstraße entfernt; ich habe auch nur dreimal täglich Postzustellung. *(Ruf bei der SPO: Dreimal täglich, das ist zuviel!)* Dreimal wöchentlich! Ich wäre neugierig, Herr Kollege Zingler, wenn das in Frohnleiten so wäre, was dort die Bevölkerung sagen würde.

Das ist ein Problem, welches gelöst werden muß. Es ist eine echte Benachteiligung, und ich glaube, ich wäre völlig falsch am Platz, wenn das hier nicht aufgezeigt werden würde.

Die Abstellkästen, das habe ich schon gesagt, sind nicht die Generallösung. Es wird auch gesagt, daß man in Zukunft mehrspurige Post zustellen wird. Sicherlich, da und dort wird es gehen, aber in vielen Gebieten wird das wieder nicht möglich sein.

Das Problem der Nebenbahnen hab ich mir hier auch kurz vorgemerkt. Kollege Ulbrich hat schon sehr viel davon geredet, daß man heute nicht zeternd soll, daß Bahnen aufgelöst

Frodl

werden. Ich muß Ihnen sagen: In der Südsteiermark haben wir eine Nebenbahn, welche meines Erachtens nicht aufgelöst werden darf.

Das Problem der Nebenbahnen haben Sie wieder aufgeworfen. Vor kurzer Zeit ist in der Zeitung gestanden: Die Nebenbahnen werden sicherlich aufgelöst. Es ist ein Vorschlag da, welche Bahnen letztthin aufgelöst werden sollten. Natürlich gab es wieder große Emotionen. Kollege Ulbrich hat das voriges Jahr selbst in Mureck erlebt. Ich glaube, er war ganz glücklich, wie er von Mureck wieder weggekommen ist, denn die Bevölkerung kämpft dort um ihre Eisenbahn.

Eine klare Stellungnahme zu diesem Problem wird einmal erfolgen müssen. Gerade in diesem Bezirk, den ich aufgezeigt habe, gibt es nur eine schmale Bundesstraße, die nicht ausgebaut ist, die im Sommer, speziell im Urlaubsverkehr, sehr stark frequentiert ist, sodaß die Eisenbahn dort auf alle Fälle ihre Berechtigung hat.

Es muß aber eines gesagt werden: Die Strecke müßte ein bißchen lukrativer geführt werden durch einen Schnellverkehr oder durch Bahnbusse. Es wäre meines Erachtens eine große Entlastung für die Straße, die wir alle sehr wünschen. Der Straßenverkehr ist ein Problem, mit welchem wir alle nicht fertig werden. Es kommt jetzt Gott sei Dank ebenfalls in das Verkehrsressort. Vielleicht läßt sich das Problem so leichter lösen. Aber eines muß ich nochmals sagen: Diese Bahn hat ihre Berechtigung, und es wäre eine echte Benachteiligung dieses Gebietes, wenn man die Bahn auflösen würde.

Bei einer Verkehrstagung in Leibnitz sprach Hochschulprofessor Klugar der Eisenbahn eine gute Zukunft zu, wenn sie Züge in geringen Abständen, so war seine Aussage, auf den einzelnen Strecken einsetzen könne. Vor allem für den Berufsverkehr zu und von einer Großstadt sei sie das beste Verkehrsmittel. Ich glaube, gerade die jetzige Olmisere hat uns etwas aufhorchen lassen und wird uns vielleicht wieder zu diesen Verkehrsmassenträgern innerlich leichter zurückführen.

Ich bitte daher Sie, Herr Bundesminister, Ihre Ansicht über die Auflassung dieser Bahn und noch einiger Nebenbahnen zu ändern oder zumindest eine Entscheidung herauszugeben, damit die Leute in diesen Gebieten wissen, ob die Bahn bleibt oder ob sie nicht bleibt, denn es kommt letztthin darauf an, ob ein Betriebsinhaber, der sich dort ansiedeln will, eine Bahn hat oder ob er keine hat. Sollte die Bahn immer kritisiert werden, wird das Gebiet wirtschaftlich gegenüber den anderen immer benachteiligt und in Frage gestellt sein.

Ich möchte, bevor ich zum Schluß komme, noch Landeshauptmann Niederl hier ganz kurz zitieren, das heißt, seine Aussagen noch einmal wiederholen. Er hat dem Verkehrsministerium ein umfangreiches Verkehrskonzept mit verschiedenen Vorstellungen vorgelegt. Ganz besonders wird darin mehr Frequenz für den Flughafen Graz-Thalerhof gefordert. Heute gehen von dort aus nur Flüge nach dem Nordwesten in einem ganz geringen Ausmaß ab. Graz — Sie alle wissen es — liegt geographisch und wirtschaftlich sehr ungünstig im Südosten. Eine größere Frequenz dieses Flughafens wäre auf alle Fälle gerechtfertigt.

Vor allem soll man auch Flüge von dort nicht nur nach dem Nordwesten sondern auch nach dem Südosten einsetzen, welche sicherlich ihren Zweck erfüllen würden. Als zweitgrößte Stadt Österreichs hat Graz auf alle Fälle Anspruch darauf, an den internationalen Flugverkehr angeschlossen zu werden. Der Bund ist sicherlich gut beraten, wenn er dem steirischen Konzept in diesem Fall Rechnung trägt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Ing. Scheibengraf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Scheibengraf** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich komme noch einmal auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Ing. Gradinger zurück. Seine Rede war nach meiner Auffassung ein Musterbeispiel negativer Betrachtungsvorgänge. Er geht so weit in seinen Ausführungen, daß er sogar die Bundesregierung rügt, daß auf Grund der Sachlage bisher noch nicht mehr Einschränkungen und noch nicht Einschränkungen größerer Tragweite verfügt wurden. Also mehr an Negation kann man sich tatsächlich nicht mehr leisten.

Ich komme dann aber auch auf seine Ausführungen zur Tarifpolitik zurück und werde mir erlauben, dazu dann einiges zu sagen.

Aber in der Behandlung des Kapitels Post ist mir als Postler eigentlich etwas zuwidergelaufen, und zwar gerade deshalb, weil er auch Postler ist und weil er weiß, welche Entwicklung vor allem das Fernmeldewesen und der Postdienst wie auch der Postautobetrieb genommen haben. Ich müßte genauso wie mein Kollege Ulbrich sagen: Es sind die Finanzierungen zu überlegen, die diesem Betrieb zugestanden waren, und er müßte es wissen. Daher halte ich seine Darstellung für unsachlich.

Ich komme zu meinen Ausführungen selbst. Die Post- und Telegraphenanstalt setzte ihre Rationalisierungsmaßnahmen und den weiteren Ausbau der Anlagen und Einrichtungen

Ing. Scheibengraf

1973 bei allen Diensten finanzplangemäß fort und wird dies auch 1974 mit erhöhten Ansätzen tun.

Der ausgewiesene Abgang beim Kapitel 78 entsteht im wesentlichen beim Postdienst und beim Postautobusbetrieb. Ich werde dann darauf noch zurückkommen.

Die Leistungsforderungen an die öffentlichen Einrichtungen sind nicht nur eine österreichische Eigenheit, sondern eine internationale Tatsache. Es ist gleichsam ein Wettlauf innerhalb der westlichen Industriestaaten um die höchstmögliche Infrastruktur und international ein Wettlauf auf verschiedenen ökonomischen Bahnen geworden.

In den Ländern, die Kriegsschäden erlitten und dem Kriegsgeschehen in den vergangenen Jahrzehnten eingebunden waren, tritt der Nachholbedarf noch immer stark in Erscheinung. Wenn wir uns zum Beispiel mit der Schweiz vergleichen, dann sehen auch wir, daß wir noch immer einen Nachholbedarf haben. Andererseits weckt die Technisierung in unserem Zeitalter explosiv den Bedarf an solchen Einrichtungen.

Ein Ausklinken einer Staatsverwaltung aus dieser Entwicklung kommt einem trostlosen Abschlag auf Zeit gleich, der mir uneinholbar erscheint.

In dieser Sicht ist die Aufgabenstellung des Kapitels 78, der Post- und Telegraphenanstalt, zu sehen und nach meiner Auffassung zu verstehen. Es hat wenig Sinn zu raunzen und zu lamentieren: Der Abgang wird größer und ist von allgemeinen Steuereinnahmen zu decken! Andererseits wird festgestellt, wie wir das heute wieder gehört haben, was alles noch nicht gemacht wurde und was alles vonnöten wäre. Aber die daraus entstehende Belastung darf in den Tarifen nicht ihren Niederschlag finden!

Der Postdienst innerhalb dieses Kapitels gibt für das bisher Gesagte eine besondere Beurteilungsmöglichkeit. Trotz voller Auslastung von Mensch und Einrichtung ist eine positive Gebarung nach den gegebenen Tarifen nicht zu erreichen. Wer heute unsere Postzusteller betrachtet, wird feststellen, daß sie bis an den Rand des Tragbaren belastet sind, gleichgültig, ob sie per Fuß, Rad oder Zustellwagen unterwegs sind.

Der Abgang beim Postdienst nahm seit 1969 einen völlig linearen Verlauf zum Personalaufwand. In den Jahren 1966 bis 1968 blieb der Abgang auf gleicher Höhe, jedoch um den Preis weiterer Einsparungen auf dem Reparatur- und Investitionssektor. Seit 1969 gehen die jährlichen Einnahmensteigerungen im Postdienst in den normalen Sachaufwand und in die Investition auf.

Die Leistungssteigerungen bei den nichtbescheinigten Briefsendungen sind 1970 auf 1972 mit 13 Prozent festzustellen. Die Drucksachen und Massendrucksachen erfuhren eine weitere besondere Steigerung. Die Zeitungssendungen gingen etwas zurück, machen aber zahlenmäßig immer noch 30 Prozent der Inlandssendungen aus.

Daraus muß festgestellt werden, daß diese drei genannten Leistungen zusammen 1972 laut Geschäftsbericht 61 Prozent aller Inlandssendungen ausmachten, und zwar werden diese Leistungen zu einem weit verbilligten Tarif erbracht.

Unser Postdienst führt somit eine sehr wesentliche Wirtschaftsförderung durch. Sie wird in dem Maße sichtbar — durch die Erhöhung des Abganges —, als die Postbediensteten eine entsprechend höhere Leistungsvergütung erhalten.

Der Postdienst ist ein sehr personalintensiver Betrieb. Der Personalaufwand für 1972 betrug laut Geschäftsbericht 3706 Millionen Schilling, das ist 83,5 Prozent des gesamten Aufwandes des Postdienstes, also ohne den Fernmelde- und den Postautobetrieb. 21,4 Prozent beträgt davon der Pensionsaufwand.

Investitionen für die Rationalisierung des Postdienstes wurden zeitweilig nur in einem sehr beschränkten Umfange durchgeführt. Die Ausstattung bestehender Wohngebäude mit Handbrief-Fachanlagen ist sogut wie abgeschlossen. Derzeit wird die Anschaffung von Landbrief-Abgabekasten vordringlich betrieben.

Eine Reihe von Spezialfahrzeugen wurden in der Zeit 1970 bis 1973 angeschafft, und 1974 werden die Anschaffungen fortgesetzt. Dasselbe kann von Einrichtungen und Maschinen gesagt werden. Die Motorisierung für die Landzustellung mit zweispurigen Kraftfahrzeugen wird seit 1970 zielstrebig fortgesetzt. In bezug auf die Landzustellung werden die größtmöglichen Bemühungen angestrebt. Durch die neue Kostenrechnung, die mit der Neuorganisation der Post- und Telegraphenverwaltung anfallen wird, werden auch die Rationalisierungsmaßnahmen bessere Unterlagen als bisher liefern.

Nun ein Wort zu den Postgebühren: Die letzte allgemeine Tarifregelung erfolgte bekanntlich 1967. Beim Vergleich mit 17 westeuropäischen Staaten einschließlich Finnland und Türkei liegen wir beim Auslandstarif im unteren Mittelfeld.

Griechenland, die Türkei und Portugal drücken den Schnitt besonders durch ihre niedrigen Tarife, denen auch niedrige Einkommen in diesen Ländern gegenüberstehen.

Ing. Scheibengraf

Beim Inlandstarif der Brief- und Postkartensendungen liegen wir im unteren Mittelfeld, bei den Drucksachen und Warensendungen im unteren Drittel.

Beim Pakettarif bis fünf Kilogramm liegen wir an drittletzter Stelle.

Damit kann festgestellt werden, daß wir bei den Massensendungen zu den niedrigsten Gebührenländern gehören. Es wird in Zukunft alles getan werden müssen, um mittels Planung und Kostenrechnung und womöglich gesonderter Finanzierung jene noch möglichen Rationalisierungsmaßnahmen durchführen zu können, die bei steigenden Leistungen eine Kostensenkung erreichen lassen. Sonst müßte wohl früher oder später eine wesentliche Gebührenregelung eintreten.

Zum Postautobetrieb ist folgendes zu sagen: Der Personalstand ist gleichgeblieben. Die Linienzahl zeigt eine steigende Tendenz. Die Jahres-Kilometerleistung pro Bediensteten — allgemein — stieg von 1970 auf 1972 von 9187 km auf 9835 km. Die Einnahmen stiegen von 1970 auf 1972 von 378 Millionen Schilling auf 491 Millionen Schilling. Die Tarifierhöhung erfolgte am 1. Jänner 1972.

Außerordentlich stark war die Zunahme der beförderten Personen. Die gefahrenen Schüler namen von 1970 auf 1972 um 33.100.000 zu.

Wir danken besonders unseren Postautobusfahrern für die Umsicht und die gewissenhafte Abwicklung dieser oft kaum zu bewältigenden Verkehrsbelastung. *(Beifall bei der SPO.)*

Die Jahres-Personenbeförderungsleistung stieg von 1970 auf 1972 pro Postautobusfahrer von 38.860 Personen auf 53.970 Personen.

Die Investitionen für den Postautobusbetrieb werden wie festgelegt zügig fortgesetzt. Das Präliminare 1974 sieht unter anderem die weitere Einstellung von 125 neuen Autobussen vor.

Die Entwicklung des Durchschnittsalters der Autobusse laut Geschäftsbericht ist nicht uninteressant. Es steigt von 1958, wo es 7,29 Jahre betrug, bis zum Jahre 1968 auf 11,88 Jahre an und fällt nun wieder bis 1972 auf 9,93 Jahre ab. 1973 wird erst nächstes Jahr erfaßt, wird aber eine weiter fallende Tendenz aufweisen. Man sieht also hier wieder die Aushungerung, die finanzielle Aushungerung dieses Betriebes. Es war nicht möglich, die notwendige Zahl neuer Autobusse anzuschaffen.

Im Fernmeldedienst werden derzeit die größten Anstrengungen gemacht, um die explosionsartig ansteigenden Leistungen zu erfüllen und ihnen gerecht zu werden. Ich darf in Er-

innerung bringen, daß auf Grund des geltenden FMIG für die Zeit von 1973 bis 1976, also in vier Jahren, um 2,6 Milliarden Schilling mehr Mittel zum weiteren Ausbau der Fernmeldeanlagen zur Verfügung stehen werden als vorher in den acht Jahren hinsichtlich der Vollautomation durch das FBIG, nämlich 13,6 Milliarden Schilling in Summe.

Diese Finanzierung ist allerdings nur dann gesichert, wenn eine Gebührenerhöhung im Fernmeldebetrieb vorgenommen wird.

Dem Sachaufwand des Fernmeldedienstes stehen 1974 rund 191 Millionen Schilling zur Verfügung gegenüber 141 Millionen Schilling im Jahre 1973. Nach dem FMIG stehen 1974 für den Ausbau der Übertragungsanlagen 1347 Millionen Schilling, für den Ausbau der Vermittlungsanlagen 1197 Millionen Schilling, für den Ausbau des Fernsprechnochbaues 388 Millionen Schilling und für die Kraftfahrzeugbeschaffung 22 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die im Rahmen des FBIG verfügbaren Mittel reichten seinerzeit nicht aus, um neben der Vollautomatisierung und der Herstellung neuer Telephonanschlüsse die Fernverkehrseinrichtungen in dem Maße zu erweitern, wie es für den starken Verkehrsanstieg erforderlich gewesen wäre.

Ich komme darauf zurück — und das müßte eben der Herr Ing. Gradinger als Postbediensteter wissen —, wie die Verhältnisse während dieser Zeit waren und in welcher schwieriger Lage sich gerade damals die Reparaturabteilungen dieses Dienstes befanden.

Ebenso konnten dem Fernmeldedienst-Hochbau nur die notwendigsten Mittel zugeführt werden in dieser Zeit. Darauf habe ich in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen. Das führte vor allem in Wien zu einer wesentlichen Verzögerung beim Aufbau der verfügbaren Fernverkehrseinrichtungen. Die Straßenbauten binden weitere Kreditmittel und Personal. Hier liegt einer der wesentlichsten Faktoren der derzeitigen Spreckgebreden.

Dadurch verzögerte sich aber auch der Bau des dritten Hauptbereichs am Arsenal. Als Zwischenlösung werden nun raumsparende Kurzwahlverbindungen hergestellt. Ab 1. November sind zwischen Wien und den Ortsnetzen Graz, Innsbruck, Salzburg und Linz — im Frühjahr 1974 kommt Klagenfurt dazu — Kurzwahlverbindungen im Betrieb. Durch diese Maßnahme wurden beziehungsweise werden nicht nur die Schwierigkeiten in der Verkehrsabwicklung zwischen diesen Städten beseitigt, es werden dazu die vorhandenen Fernverkehrseinrichtungen so entlastet, daß auch eine

Ing. Scheibengraf

wesentliche Erleichterung in der Herstellung der sonstigen Gesprächsverbindungen erreicht wird.

Lokale Engpässe werden im kredit-, liefer- und arbeitsmäßig gegebenen Rahmen sobald wie möglich beseitigt werden.

An weiteren Bemühungen, um eine höhere Sprechqualität zu erreichen und die Anwahlschwierigkeiten zu beheben, werden neue Trägerfrequenzsysteme zum Einsatz gebracht. Über das Z 12-System berichtete ich im Vorjahr. Seine Wirksamkeit liegt in Entfernungen zwischen 17 km und 20 km. Ende 1972 waren 733 solcher Z 12-Systeme im Betrieb. Das PCM-System — das ist die Abkürzung für Puls-code-modulationssystem — arbeitet im sogenannten Zeit-Multi-Plexverfahren und gestattet die Übertragung von 30 Ferngesprächen über zwei unbespulte Doppeladern eines Kabels. Derzeit sind fünf PMC-Systeme im Probetrieb. Sie sollen im Orts- und im Weitverkehrsnetz künftig zum Einsatz gebracht werden.

Die neuen Systeme sollen die heutigen Anwahlschwierigkeiten beheben helfen.

Mit der Verbesserung der Übertragungsanlagen und dem Einsatz neuer Leitungssysteme wird auch die Herstellung neuer Fernsprechanlüsse erleichtert werden. Im Präliminare sind 105.000 Anschlüsse für 1974 vorgesehen. Man rechnet aber mit einer weit höheren Zahl der Durchführung. Auf der Warteliste stehen derzeit, wie heute schon einmal gesagt wurde, 208.000 Bewerber. 1972 konnten 110.558 und in diesem Jahr voraussichtlich bis Ende 117.600 Anschlüsse hergestellt werden.

Nun zum ländlichen Raum. Auf Grund der Planungsrichtlinien des Fernmeldedienstes wird bei jeder Projekterstellung grundsätzlich die weitgehendste Heranbringung der Kabelausmündungen in die zu versorgenden Gebiete vorgesehen.

Welche Mittel wendete der Fernmeldedienst in den Jahren 1970 bis 1973 für den ländlichen Raum auf, und welche Mittel sind für 1974 vorgesehen?

Auf Grund der Schwierigkeiten, den städtischen vom ländlichen Raum im Hinblick auf fernmeldetechnische Investitionen zu trennen, wurden für die nachfolgenden Ermittlungen teilweise Erfahrungswerte verwendet. Danach wurden von 1970 bis 1973 folgende Summen aufgewendet: 1970 waren es 379 Millionen Schilling, 1971 waren es 387 Millionen Schilling, 1972 waren es 442 Millionen Schilling und 1973 waren es 543 Millionen Schilling. 1974 werden es voraussichtlich 522 Millionen Schilling sein.

Kollege Frodl hat sich beim steiermärkischen Landeshauptmann für die Bereitstellung von 3 Millionen Schilling für diesen Zweck außerordentlich bedankt. Ich darf sagen, daß beim Fernmeldedienst in diesem Jahr 77 Millionen für die Steiermark — für den ländlichen Raum — ausgegeben wurden. (Abg. Frodl: Da zahlt auch das Land dazu, Herr Ingenieur!) Nein, bei den 77 Millionen nicht. (Abg. Frodl: Das ist eine reine Beihilfe!) Ja, Beihilfe schon, aber die 77 Millionen sind ein Betrag des Bundes für die Steiermark im Jahre 1973 gewesen, und dabei sind die persönlichen Auslagen noch gar nicht miteingerechnet. Nehmen Sie auch zur Kenntnis, wenn wirklich etwas geschieht. Seien Sie doch froh, daß das in einem so großen Umfang geschieht. Sie sind aber anscheinend schon so negativ eingestellt, daß Sie auch das Positive nicht mehr erkennen können.

Das sind keine kleinen Beträge, sondern das ist, gemessen an den vorhandenen Krediten für Übertragungsanlagen, ein gutes Drittel aller Mittel, die für Übertragungsanlagen in Österreich zur Verfügung stehen. Für die Befriedigung des ländlichen Raumes wurden und werden sehr wesentliche Mittel aufgewendet.

Hohes Haus! Am 1. Juni 1974 wird die Neuorganisation der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung in Kraft treten. Sie basiert auf einem Vorschlag der privaten Betriebsberatungsgesellschaft Ratio und hat nach Konzeption durch eine Arbeitsgruppe der Generaldirektion im wesentlichen folgende Schwerpunkte zum Inhalt:

Hauptziel ist die Umgestaltung der Führungsspitze zu einem echten Management. Die künftig dem Generaldirektor unmittelbar zugeordnete „Zentrale Planung und Koordination“ soll die Aufgabe der raschen Disposition erfüllen. Dem Generaldirektor sind weiter unmittelbar untergeordnet: die EDV-Stelle und die Revision. Die neue Gruppen-, Abteilungs- und Referatsgliederung will klar abgegrenzte Sachgebiete schaffen, die einen zügigen Verwaltungsablauf ermöglichen. Die Verwaltungstätigkeit wird damit neue Akzente erhalten.

Wir wünschen der neuen Organisation einen guten Anlauf und baldigen Erfolg. Wir danken allen Bediensteten unserer Post- und Telegraphenanstalt für die erfolgten Leistungen im Jahr 1973. Und dem Kapitel 78 geben wir gerne unsere Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Letmaier. Ich erteile es ihm. (Rufe: Melter!) Bitte, dann muß man es auch eintragen. Ich bin kein Gedankenleser!

Der Abgeordnete Melter hat das Wort.

Abgeordneter **Melter** (FPO): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Kollege Dr. Stix bereits ausgeführt hat, ist es meine Aufgabe, mich im wesentlichen mit dem Postbetrieb und hier vor allen Dingen mit dem Telefonwesen zu beschäftigen.

Wir entnehmen dem Haushaltsvoranschlag, daß bei den Telefongebühren Einnahmen von insgesamt 6020 Millionen Schilling vorgesehen sind; das ist eine Steigerung von nicht weniger als 577 Millionen Schilling. Es geht also hier wirklich um die Feststellung, daß im Bereich des Fernmeldedienstes die Einnahmen der Post doch eine beachtliche Steigerung von mehr als 10 Prozent aufweisen.

Bei den Ausgaben wird darauf hingewiesen, daß von den insgesamt rund 5,5 Milliarden Schilling 3020 Millionen Schilling nach dem Fernmeldeinvestitionsgesetz zweckgebunden sind. Vom Mehreingang von 577 Millionen Schilling werden demzufolge für die Investitionen nur 277 Millionen Schilling eingesetzt, 300 Millionen, also der größere Teil, werden anderen Zwecken der Post zugeführt.

Das bedeutet, anders ausgedrückt, daß der Fernmeldebetrieb der Post erhebliche Lasten anderer Posteinrichtungen zu tragen und zu finanzieren hat. Dazu muß man doch Bedenken anmelden, die dahin gehen, daß man jenen Bereich, in dem man den günstigsten Ertrag, den kurzfristigsten Umsatz und die schnellste Amortisierung erreichen kann, doch in etwa vernachlässigt.

Wenn für das nächste Jahr 105.000 neue Telefonanschlüsse vorgesehen sind, so bedeutet dies, daß man weit hinter dem angemeldeten Bedarf zurückliegt, denn es wurde schon von mehreren Rednern darauf hingewiesen, daß nicht weniger als 200.000 Telefonneuan schlüsse benötigt werden. Dazu kommt, daß wegen der langen Wartezeiten und weil man weiß, daß man nicht so ohne weiteres zum Zuge kommen wird, viele Interessenten sich gar nicht melden, sondern auf bessere Zeiten warten.

Das hat naturgemäß für die Post erhebliche Ausfälle zur Folge. Denn wenn man nur etwa die fixen Telefongebühren in einem größeren Ortsnetz zugrunde legt, das sind also 100 S pro Monat und Anschluß, und dem die gewünschten 200.000 Anschlüsse gegenüberstellt, so bedeutet dies bei einer Installation dieser Anschlüsse einen Mehreingang von 20 Millionen monatlich, 240 Millionen Schilling jährlich, ohne daß dabei der Mehreingang an Gesprächsgebühren Berücksichtigung findet. Es ist ganz klar, daß man bei mehr Anschlüssen auch eine entsprechende Steigerung der Telefongespräche auch auf den anderen Apparaten erwarten kann. Das bedeutet also, daß der

Post dadurch, daß man die Investitionen gebremst durchführt, einige erhebliche Einnahmen entgehen und daß damit der Fortschritt weiterhin gehemmt ist.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Hälfte der Fernmeldegebühreneinnahmen anderen Zwecken als der Fernmeldeinvestition zugeführt wird, muß man den Wünschen auf Preiserhöhung mit größter Skepsis begegnen, denn sicher ist, daß die derzeitigen Einnahmen bei konzentriertem Einsatz allein für den Fernmeldebereich noch lange den erforderlichen Aufwand decken werden und daß damit sogar erheblich mehr Neuanschlüsse und sonstige Investitionen finanziert werden könnten.

Es ist auch erstaunlich, von den Vorschlägen des zuständigen Ministers zu hören, die Gesprächsstunde um nicht weniger als 33 Prozent, nämlich von 15 S auf 20 S, zu verteuern. Das ist ein ganz beachtlicher Sprung, der sogar dem Herrn Finanzminister als einem Mitinteressenten bedenklich erschienen ist, mußte er doch darauf hinweisen, daß eine derartig starke Steigerung der Stabilität zweifellos nicht dienlich sein würde. Demgegenüber ist wahrscheinlich die Erhöhung der feststehenden Gebühren, dafür aber eine bessere Kundendienstleistung eher positiv zu beurteilen, insbesondere deshalb, weil man scheinbar doch beabsichtigt, größere Ortsnetze für einen Bereich mit einem Radius von 25 km zu schaffen, sodaß dann der Gesprächsaufwand doch für die meisten Bereiche in Österreich günstiger gestaltet würde.

Die Entwicklung des Fernmeldewesens kann man nicht 100prozentig bejahen, wenn man sieht, daß die Erträge nicht zur Gänze für die Leistungssteigerung im eigenen Bereich zum Einsatz gelangen.

Man muß aber auch darauf hinweisen, daß manche Regionen in Österreich durch die Postverwaltung leider benachteiligt werden. Einer der Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß diesbezügliche Beanstandungen für den ländlichen Raum zum Teil mit großer Berechtigung vorgetragen werden. Ich persönlich habe als Vorarlberger darauf hinzuweisen, daß mein Bundesland zur Gänze zu einer benachteiligten Region zu zählen ist. In Vorarlberg gibt es derzeit auf 1000 Einwohner nur 168 Teilnehmeranschlüsse. Im Bundesdurchschnitt Österreichs gibt es jedoch auf 1000 Einwohner 181 Anschlüsse. Diese Zahlen stehen in einem Gegensatz zu den Erfordernissen, die naturgemäß bei einem wirtschaftlich höher entwickelten Gebiet auch höher sein müssen. Wir sehen den krassen Unterschied besonders im Vergleich zur Schweiz, wo bereits 457 von 1000 Einwohnern einen Fernsprechan schluß haben, sodaß die Diskrepanz in der Nachbarschaft besonders deutlich in Erscheinung tritt.

Melter

Es ist ganz klar, daß für Vorarlberg diese Benachteiligung auch einen wirtschaftlichen Hemmschuh darstellt, der zu beseitigen ist auch im Interesse der Postverwaltung, die ja durch die mangelnden Anschlüsse, wie ich bereits vorher ausgeführt habe, ebenfalls einen Verlust erleidet. Es muß ja mit besonderer Beachtung die schnelle Amortisation bedacht werden, die den Aufwand doch sehr gut rechtfertigt.

In Vorarlberg ist auch das Verhältnis der Herstellung der Neuanschlüsse zu den Anmeldungen besonders ungünstig, denn die bescheidenen 8000 Anmeldungen jährlich können nur gut zur Hälfte befriedigt werden. Ergänzend dazu ist dann noch darauf hinzuweisen, daß gerade aus dem Bundesland Vorarlberg die Fernsprechverbindungen zur Bundeshauptstadt außerordentlich schlecht funktionieren und daß man eigentlich denken sollte, daß dies ein Grund hätte sein müssen, die Kurzwahl gerade auf dieser Relation möglichst schnell einzuführen. Aber auch hier liegt das Bundesland wieder an letzter Stelle, das zeugt davon, daß man für den Westen Österreichs wohl wenig Verständnis hat. Ich muß den Herrn Bundesminister denn doch dringend ersuchen, diesem Problem mehr Beachtung zu schenken und für Abhilfe zu sorgen.

Im Bereich der Post ist etwa unter Berücksichtigung der Zahlen in der Bilanz ein bedenklicher Ertragsrückgang festzustellen. Während 1972 noch ein Gewinn von 1060 Millionen Schilling ausgewiesen wurde, stieg er noch 1973 auf 1080 Millionen Schilling. Aber nun, für das Jahr 1974 wird nur noch ein Gewinn von 620 Millionen präliminiert. Man sieht, daß also die Kosten im allgemeinen ziemlich stark steigen und daß außer bei den Einnahmen aus den Telefongebühren eine Stagnation festzustellen ist, obwohl durch Übernahme der Fahrtkosten für Schülerfreifahrten aus dem Familienlastenausgleich für den Postautobusverkehr doch günstigere Verhältnisse geschaffen wurden.

Wir haben Bedenken hinsichtlich dieser Entwicklung der Post und glauben, daß es notwendig ist, alle Anstrengungen zu unternehmen, daß diese ausgewiesene deutliche Verschlechterung nicht tatsächlich eintritt, sondern daß man es ermöglicht, wieder zu einem günstigeren Ertrag zu gelangen.

Wenn wir auch zugeben, daß die Anstrengungen auf dem Fernsprechsektor durch die steigenden Einnahmen aus den Gebühren nicht gering sind, so muß man doch darauf hinweisen, daß in manchen Belangen die Investitionen den Bedürfnissen nicht entsprechen. Das gilt unter anderem auch für die Datenfernverarbeitung. Die Datenfernverarbeitung ist für manche Wirtschaftszweige ein sehr drin-

gendes Erfordernis. Man sollte doch trachten, diesem Erfordernis im Interesse einer Förderung der Wirtschaftsentwicklung, aber auch einer Förderung des Kundendienstes und der Einnahmemöglichkeiten mehr Beachtung zu schenken.

Zum Bereich der Bundesbahn darf ich als Sozialsprecher meiner Fraktion feststellen, daß die Einführung der Fahrpreisbegünstigungen für Pensionisten ein sehr erfreuliches Ereignis war und daß auch die Ausgestaltung dieser Begünstigungen durchaus zu bejahren ist. Es wurde also einem sehr beachtlichen Personenkreis eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung zugestanden.

Leider muß man demgegenüber feststellen, daß einem wesentlich kleineren Personenkreis, der ja auf Verkehrsverbindungen und Verkehrsdienste besonders angewiesen ist, dasselbe Entgegenkommen nicht erwiesen hat. Hier möchte ich die Gruppe der Körperbehinderten nennen, die nach dem Invalideneinstellungsgesetz begünstigt sind. Ich glaube, daß es neben den Pensionisten keine besondere Mehrbelastung gewesen wäre, diesem Personenkreis dieselben Begünstigungen einzuräumen, damit wenigstens die schwer Gehbehinderten auch die Dienste von Post und Bahn zu begünstigten Bedingungen in Anspruch nehmen können.

Kollege Ulbrich hat unter anderem darauf hingewiesen, daß der Güterbahnhof Wolfurt eine Fehlinvestition wäre. Damit macht er seinen eigenen Leuten einen ganz krassen Vorwurf, dem ich aber doch entgegenreten muß. Denn Tatsache ist, daß die Anlagen der Bundesbahn in Vorarlberg, insbesondere im Rheintal, seit langem nicht mehr den Erfordernissen entsprechen und daß es insbesondere im Zusammenhang mit verschiedenen Planungen der Autobahnführung in Bregenz notwendig geworden ist, Platz zu schaffen für Straßenanlagen, aber auch die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Einrichtungen der Bahn den Anforderungen entsprechen.

Leider sind die geologischen Voraussetzungen in Vorarlberg denkbar ungünstig, sowohl für Straßen als auch für Bahnanlagen. Dies hat dazu geführt, daß die ursprünglich vorgesehenen Kosten von etwa 670 Millionen Schilling in der Zwischenzeit auf über eine Milliarde Schilling angestiegen sind. In den Budgetvoranschlägen sind für den Güterbahnhof Wolfurt Sonderfinanzierungen vorgesehen. Es gab eingehende Ermittlungen und Berechnungen, die ergeben haben, daß Bauzeit und Baudurchführung am günstigsten mit etwa sieben Jahren zu bemessen wären.

Wenn man nun die Budgetansätze beachtet, muß man feststellen, daß diese Siebenjahres-

Melter

frist kaum eingehalten werden kann, wenn man nicht zusätzliche Mittel bereitstellt. Für das nächste Jahr sind 90 Millionen Schilling präliminiert, in diesem laufenden Jahr 1973 waren es 100 Millionen. Für das Jahr 1975 sind anscheinend 170 Millionen Schilling in Aussicht genommen. Es bleibt ab 1976 eine Restfinanzierungssumme von 640 Millionen Schilling. Das bedeutet, daß man bei gleichen Investitionsraten wahrscheinlich innerhalb der angeblich günstigsten Bauzeit von sieben Jahren nicht fertig werden kann, sondern daß mehr Zeit vergehen wird, bis die Anlagen in Betrieb genommen werden können. Trotzdem wird in Veröffentlichungen darauf hingewiesen, daß bereits 1978 der Betrieb aufgenommen werden kann.

Es wäre interessant, Herr Bundesminister, wie Sie diese Widersprüchlichkeit erklären und was Sie zu unternehmen gedenken, um eine zeitgerechte Inbetriebnahme dieses Bahnhofes im Interesse der Bundesbahn, aber auch der Wirtschaft und der Verkehrsteilnehmer in Vorarlberg zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit dem Güterbahnhof soll auch ein großes Verteilerpostamt erstellt werden, durch welches die ganze Postzustellung eine Erleichterung und auch eine fühlbare Beschleunigung erfahren könnte.

Nun zeigt es sich seit etwa einem Jahr, daß offensichtlich die Grundanforderungen und die Planungen unzulänglich waren und daß demzufolge Grundzukäufe notwendig erscheinen. Dabei gibt es nun erhebliche Schwierigkeiten. Diese wären zweifellos vermeidbar gewesen, wenn man zeitgerecht und richtig Vorsorge bezüglich der Grundanforderungen getroffen hätte. Man kann also nicht nur dem Bürgermeister von Wolfurt Vorwürfe machen, sondern man muß sie in gleicher Weise auch der Postverwaltung und den Zentralstellen machen, weil sie nicht zeitgerecht und richtig ihren Grundbedarf angemeldet haben.

Für die Bundesbahnen ist auf den Hauptstrecken eine der größten Erfordernisse der Ausbau der Zweigeleisigkeit. Hier muß man feststellen, daß die Fortschritte in dieser Richtung denkbar bescheiden sind und daß eigentlich zu einer Zeit, als etwa vor 90 Jahren die Arlbergbahn gebaut wurde, die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen wesentlich ungünstiger gewesen sind, die Leistungen jedoch in weitaus größerem Ausmaß erbracht worden sind. Mit Mühe und Not wird 100meterweise fortgebaut, wie etwa auf der Strecke Bludenz—Lindau, in bescheidenem Ausmaß zwischen Feldkirch und Rankweil, im bescheidenem Ausmaß zwischen Lauterach—Wolfurt. Es fehlen noch die Verbindungen, die angeblich in diesem Monat noch in Betrieb genommen werden sollen auch bei Rankweil,

aber es fehlt auch der Ausbau zwischen Innsbruck und Landeck, und auch die Tauernstrecke hat diesbezüglich ganz große Bedürfnisse im Interesse der Verbesserung der Betriebseinnahmen und der Verkehrsverhältnisse der Bundesbahn.

Daß eingleisige Strecken besondere Probleme hervorgerufen, ist ja allgemein bekannt; insbesondere wird die Sicherheit des Verkehrs beeinträchtigt, es wird beeinträchtigt die Reisegeschwindigkeit und die Pünktlichkeit der Züge. Verspätungen sind insbesondere dann sehr kraß, wenn an eingleisigen Strecken etwa durch Geleiseschäden und Oberleitungsschäden der Verkehr unterbrochen wird, wie es sich leider in letzter Zeit wieder im Bereich Landeck gezeigt hat. Das sind Umstände, die in einem modernen Bahnbetrieb nicht mehr passieren dürften, beziehungsweise Umstände, die beseitigt gehören, damit derart lange Unterbrechungen vermieden werden.

Voraussetzung dafür, den Bundesbahnverkehr attraktiver zu gestalten, ist unter anderem auch die Beschleunigung des Verkehrs. Die Beschleunigung ist jedoch abhängig insbesondere vom Unterbau und von den Fahrbetriebsmitteln. Hier fehlt es wohl hauptsächlich am Unterbau, der oft den heutigen Erfordernissen nicht mehr entspricht, sei es, was die Linienführung betrifft, sei es, was den Zustand betrifft. Hier mehr Mittel einzusetzen, ist sicher ein dringendes Erfordernis.

Wenn immer wieder davon gesprochen wird, daß es notwendig wäre, den Individualverkehr einzuschränken und den Massenverkehr auszubauen und zu stärken, so ist Voraussetzung dafür zweifellos auch ein besseres Angebot. Und hier muß man gerade in letzter Zeit immer wieder Kritik hören, Kritik etwa, daß die Heizanlagen in den Zügen oft nicht oder nur unzulänglich funktionieren, daß etwa auf bestimmten Strecken, insbesondere der Tauernstrecke und der Südbahnstrecke, die Reinlichkeit sehr zu wünschen übrigläßt, daß man oft Überbeläge und Unzukömmlichkeiten in der Benützung der Abteile und der Durchgänge verzeichnen muß. Hier müßte mit mehr Konsequenz darauf geachtet werden, daß die Betriebsvorschriften eingehalten werden und daß auch jene Verkehrsteilnehmer, die westeuropäische Verhältnisse nicht gewohnt sind, zur Sauberkeit und Ordnung und zur Einhaltung der Vorschriften mit allem Nachdruck veranlaßt werden.

Im Zusammenhang damit, daß die Verspätungen viele Verkehrsteilnehmer zwingen, auf den Bahnhöfen den Anschluß abzuwarten, ergibt sich das Problem, daß leider zu später Stunde die Bahnhofsgaststätten geschlossen haben und daß man auch die betrübliche Fest-

Melter

stellung treffen muß, daß nicht einmal die Warteräume der Bundesbahn den Passagieren zur Verfügung stehen.

Herr Bundesminister! Ich muß Sie doch fragen: Wozu wurden Warteräume erstellt, wenn sie den Verkehrsteilnehmern nicht zur Verfügung gestellt werden? Es wäre Ihre Aufgabe zu veranlassen, daß Warteräume nicht verschlossen, sondern offen den Verkehrsteilnehmern bereitgestellt werden, um ihnen diesbezügliche Dienste anzubieten. Es ist unzumutbar, stundenlang in zugigen Bahnhöfen, in den großen Hallen oder gar auf dem Bahnsteig auf verspätete Züge zu warten.

Hier gibt es Probleme, deren Lösung nicht unbedingt einen großen Aufwand erfordert, die aber mit einigem guten Willen bewältigt werden müßten. Es ist Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen. Wenn Sie dies nicht tun, verdienen Sie auch nicht die Unterstützung der Opposition für Ihre Budgetansätze. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Letmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Letmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Aus Gründen der Aktualität möchte ich meinen Beitrag zum Kapitel Verkehr mit einer allgemeinen Betrachtung zur Energiesituation beginnen.

Gerade in den letzten Monaten bekamen wir sehr deutlich zu spüren, wie unangenehm es ist, wenn potente Energie- und Öllieferanten der ganzen Welt Lieferbeschränkungen auferlegen.

Die heutige Situation sollte uns klarmachen, daß wir nicht auf einer Insel der Seligen leben. Sie macht uns aber auch klar, wie kritisch es ist, daß keinerlei Vorsorgewirtschaft in unserem Lande betrieben wurde.

Der Mangel an eigener Energie sollte uns veranlassen und aufmuntern, rasche Handlungen zu setzen. Es muß in Erkenntnis dessen dem Kraftwerksbau absoluter Vorrang eingeräumt werden, egal ob es sich um den Bau atomarer Kraftwerke oder um den weiteren Ausbau unserer Wasserkraftwerke oder der kalorischen Kraftwerke handelt.

Wir haben alle Möglichkeiten zu nützen und zu überlegen, wo wir Prioritäten zu setzen haben, um bei der Energieversorgung nicht in ein immer noch größeres Abhängigkeitsverhältnis zu gelangen.

Ich habe vor zwei Tagen ein sehr bemerkenswertes Interview mit dem Herrn Generaldirektor der STEWEAG im Radio gehört, der die kritische Situation der Energieversorgung in der Elektrowirtschaft sehr drastisch aufgezeigt hat. So ist es schon heute auf Grund

der gegebenen Situation nicht mehr oder nur sehr beschränkt möglich, etwa Wohnbauten zu Heizzwecken mit elektrischer Energie zu versorgen. Wir sprechen vom Umweltschutz und sind nicht in der Lage, umweltfreundliche Heizsysteme anzubieten, weil es uns trotz Steigerung der Produktion überall an Energie fehlt.

Nutzen wir raschest noch alle sich bietenden Möglichkeiten hinsichtlich der Errichtung von Wasserkraftwerken in den Alpenregionen oder in jenen Flußzonen, wo sich der Ausbau von Kraftwerken anbietet! *(Ruf bei der SPÖ: Vorsicht, wenn du durch Trieben fährst!)* Wer mit offenen Augen durch unser Land fährt und die Kraftwerksanlagen in den Gebirgszonen besichtigt, wird feststellen, daß sich diese harmonisch in die Landschaft fügen und trotz ursprünglicher Bedenken mancher Gruppen heute zu echten Fremdenverkehrsattraktionen geworden sind. Hier haben Bauingenieure, Architekten und Landschaftsplaner in harmonischer Baugesinnung die Gestaltungsmöglichkeiten optimal genützt. Klären wir unsere Mitbürger mehr und besser auf, worum es bei der Energieversorgung geht, dann wird es auch in diesem Bereich zu mehr vernünftigen Lösungen und zu weniger kritischen Bürgerinitiativen kommen.

Die Sorglosigkeit der derzeitigen Bundesregierung in Energiefragen hat der Bevölkerung in der letzten Minute die Augen geöffnet. Es ist erstaunlich, daß es noch immer einige Minister gibt, die in Optimismus machen, während gerade der Herr Bundeskanzler zur gleichen Zeit, nämlich gestern, sehr realistisch auf die kommenden Schwierigkeiten, die auch vor unserem Land nicht haltmachen werden, in Presseinterviews hingewiesen hat.

Eine realistischere Einschätzung der Situation unserer Wirtschaft würde manchen Verantwortlichen vor einem nüchteren Erwachen bewahren. Ich meine daher: Nützen wir in letzter Minute alle Möglichkeiten, um in der Energieversorgung stärker, unabhängiger und leistungsfähiger zu werden.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem SPÖ-Parteitag in Linz gibt es ein Verkehrskonzept der Sozialistischen Partei, mit dem sich auch der neue Bundesminister für Verkehr identifiziert. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß es seit längerer Zeit ein Verkehrskonzept der Bundessektion Verkehr in der Bundeswirtschaftskammer gibt, das durchaus eine brauchbare Arbeitsgrundlage darstellt. Es wird daher künftig notwendig sein, dieses Konzept dem sozialistischen Verkehrskonzept gegenüberzustellen, die Gemeinsamkeiten außer Frage zu stellen und die trennenden Auffassungen in vernünftiger Weise zu diskutieren, damit eine

Ing. Letmaier

tragbare Synthese beider Verkehrskonzepte unter Berücksichtigung der Verkehrsbedürfnisse gefunden werden kann. Bei dieser Synthese wird zu berücksichtigen sein, daß den wirtschaftlichen Erfordernissen des Verkehrsgewerbes insofern Rechnung getragen wird, als eine weitere Entwicklung dieser für die Volkswirtschaft so wichtigen Sparte ermöglicht wird.

Bei zunehmender internationaler Verflechtung der gesamten Wirtschaft kommt in Zukunft gerade der Verkehrswirtschaft eine noch größere Bedeutung als bisher zu. In der Verkehrswirtschaft unseres Landes sind rund eine viertel Million Menschen beschäftigt.

Es ist gerade die Verkehrswirtschaft ein sehr lohnintensives Dienstleistungsgewerbe mit allen Schwierigkeiten, die sich eben in dieser Sparte abzeichnen. Gerade im Verkehrsgewerbe ist eine Rationalisierung nicht in jenem Maße möglich, wie dies in anderen Sparten der Fall ist. Die abgeschlossenen und wirksamen Verträge mit der EWG lassen eine weitere Expansion des Verkehrsgewerbes auf lange Sicht erwarten.

Das Verkehrskonzept der Sozialistischen Partei löst durch ein einseitiges Zwangssystem gegen den Straßenverkehr nicht das Problem der Zukunft. (*Beifall bei der ÖVP.*) Abgesehen von einer wesentlichen Verteuerung des Straßenverkehrs würde es bei Anwendung dieses Konzeptes zur Gefährdung der Versorgung ganz allgemein und im besonderen aber zur Gefährdung der Versorgung der Ballungszentren kommen. Dies wäre letztlich für alle Konsumenten außerordentlich kritisch.

Zur Konkurrenzsituation Schiene — Straße möchte ich doch bemerken, daß die Österreichischen Bundesbahnen heute nicht mehr in der Lage sind, die Bedürfnisse der Wirtschaft zu decken beziehungsweise den Wünschen der Wirtschaft Rechnung zu tragen.

Ein Verbot des Fernlastverkehrs auf der Straße ist doch heute völlig unrealistisch. So groß die Problematik des Straßenfernverkehrs auch sein mag, gibt es nichts Besseres in der heutigen Zeit. Das haben auch jene in der Bundesrepublik erkennen müssen, die sich seinerzeit dem Leber-Plan verschworen haben.

Vielfach wird ja bei uns im Lande übersehen, daß nur ein geringer Teil der zugelassenen Lastfahrzeuge im Fernverkehr eingesetzt ist. Der überwiegende Teil der Lastkraftwagen dient dem Flächen- und dem Nahverkehr und ist als Zubringer von Frachten gerade für die Österreichischen Bundesbahnen von ganz eminenter Bedeutung und aus dem Wirtschaftsgeschehen nicht mehr wegzudenken.

Es ist daher völlig unmöglich, das ohnehin sehr lohnintensive Verkehrsgewerbe weiterhin zusätzlichen steuerlichen Belastungen zu unterwerfen. Mit großem Aufwand und persönlichem Einsatz hat die Verkehrswirtschaft bewiesen, daß sie ihren sicheren Platz in der Gesellschaft unseres Landes besitzt.

Die Österreichischen Bundesbahnen haben den Gegebenheiten und Bedürfnissen — wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten dieses Wirtschaftszweiges — der Wirtschaft unseres Landes nicht in ausreichendem Maße Rechnung tragen können. So gibt es heute noch zahlreiche größere Bahnhöfe in unserem Lande, die über keinerlei Entladevorrichtungen verfügen. Schwere und sperrige Güter müssen heute noch von Hand aus vom Aufgeber oder Empfänger des Frachtgutes be- oder entladen werden.

Das ist neben den hohen Lohnkosten ein ganz wesentlicher Grund dafür, daß viele Materialtransporte von der Schiene weg zur Straße tendieren. Erst dann, wenn die Frachtbahnhöfe attraktiver ausgestattet sind, wird es mehr Transporte auf der Bahn geben.

In diesem Zusammenhang erhebt sich erneut die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, gewisse größere Bahnhöfe, im besonderen Bahnhöfe in den Industriezentren überhaupt zu Containerbahnhöfen auszubauen. Hier wäre ohne Zweifel ein Doppeleffekt zu erzielen, nämlich erstens könnten viele Ferntransporte von der Straße zur Schiene hingeleitet werden, und zweitens könnte so für die Österreichischen Bundesbahnen eine sinnvolle Konkurrenzfähigkeit der Schiene erreicht werden. Hier, Herr Bundesminister, würde sich gerade für Sie ein sehr breites, neues Betätigungsfeld eröffnen.

Zur Tarifpolitik der Österreichischen Bundesbahnen ganz allgemein: Nach dem derzeit geltenden Bundesbahngesetz sind die Österreichischen Bundesbahnen ein eigener Wirtschaftskörper und nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen.

Der Hauptausschuß des Nationalrates hat gestern einer Erhöhung der Güterbeförderungstarife um 6,4 Prozent mehrheitlich zugestimmt. Offen geblieben sind bei diesen Verhandlungen die Personentarife.

Als Besonderheit ist in diesem Zusammenhang festzustellen, daß der Bund eine Ausgleichszahlung auf Grund der Gesetzeslage für die Personenbeförderung zu leisten hat.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Wie hoch sind derzeit die Ausgleichszahlungen aus diesem Titel? Und zweitens: Werden Sie, Herr Bundesminister, vor allem dafür sorgen, daß die Ausgleichszahlungen des Personenbeförde-

Ing. Letmaier

rungsverkehrs künftig nicht durch weitere Erhöhungen des Gütertarifes kompensiert werden? Dies sind nicht unbegründete Befürchtungen der Opposition.

Weiters, Herr Bundesminister, würde mich brennend interessieren, wie es um die Bevorratung von Diesel und anderen Treibstoffen im Bereiche der Post- und Telegraphenverwaltung steht. Stimmt es, daß die Postfahrzeuge durchwegs auf eine Tankstellenversorgung angewiesen sind? Beziehungsweise sind Sie, Herr Bundesminister, in der Lage, mir darüber Auskunft zu geben, für welche Zeit die Treibstoffversorgung für die Postfahrzeuge in Ihrem Ressort sichergestellt erscheint?

Dieselbe Frage möchte ich auch auf den Bereich der Österreichischen Bundesbahnen ausdehnen. Gibt es hier zur Aufrechterhaltung der mit Dieselloks betriebenen Strecken ausreichende Lagermengen? Ich würde Sie bitten, Herr Bundesminister, hier eine sehr konkrete Antwort zu geben.

Zum Abschluß darf ich mich noch dem Vollausbau der Aspangbahn zuwenden. Als steirischer Abgeordneter darf ich Sie auffordern, Herr Bundesminister, dem forcierten Ausbau dieser für die Wirtschaft dieses Landes so bedeutsamen Strecke aufgeschlossen gegenüberzustehen. Gerade der strukturschwache oststeirische Raum muß ehestens an das internationale Schienennetz angeschlossen werden, da sich gerade in dieser Zone sehr bedeutende exportorientierte Unternehmungen niedergelassen haben, die auf eine Verbindung mit dem übrigen Eisenbahnnetz angewiesen sind. Gerade der Herr Bundeskanzler hat ja bei seinen Wahlreisen in dieser Region der Armut den Kampf angesagt und große Hoffnungen geweckt.

Im besonderen würde mich noch interessieren, wann der Vollausbau dieser Strecke fertig sein wird, da dieser Ausbau für die dort arbeitenden Menschen von großer Relevanz ist. Der rasche Ausbau dieser Strecke würde auch der gerade von Ihrer Seite immer wieder propagierten Mobilität des Arbeitsplatzes weitgehend Rechnung tragen.

Hohes Haus! Zum Schluß kommend möchte ich feststellen, daß gerade auch im Verkehrsbereich die Politiker in den obersten Entscheidungsgremien klare Zukunftsvorstellungen haben müssen. Treffen Sie, Herr Bundesminister, im Verkehrsbereich keine Gegenwartsentscheidungen! Denn sie werden sich künftig bitter rächen. Treffen Sie Ihre Entscheidungen zukunftsorientiert! Nehmen Sie die Herausforderung der Jetztzeit an, die vor allem die Verkehrswirtschaft künftig noch mehr als bisher ins Rampenlicht des öffentlichen Interesses drängen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Alberer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Alberer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich mich dem Gebiete, das ich behandeln wollte, dem Baudienst, zuwenden werde, möchte ich zu meinen Vorrednern folgendes sagen:

Abgeordneter Melter hat auf die Schwierigkeiten bei Verspätungen hingewiesen und gemeint, daß man in den Gastwirtschaften nicht unterkommen beziehungsweise sich in den Bahnhofanlagen nicht aufhalten könnte. Mir ist es unverständlich, warum die Wartesäle abgesperrt sein sollten. Es ist dies normalerweise nicht so. Erst wenn der letzte Zug abgefahren ist, werden die Wartesäle bis zur Fahrt des ersten Zuges verspermt. In der Zwischenzeit kann sich selbstverständlich jeder Reisende in den Wartesälen aufhalten.

Etwas schwieriger ist es bei den Gaststätten; diese werden ja privat betrieben. Wenn der größte Teil der Reisenden weg ist, wenn also nichts mehr zu verdienen ist, sperren die Gastwirte ihre Lokale zu, weil sie das Personal dann nach Hause schicken müssen und nicht mehr bezahlen wollen.

Zum Herrn Ing. Letmaier: Seiner Meinung nach könnte der LKW-Verkehr als Zubringer bei den Österreichischen Bundesbahnen sehr große Dienste erweisen. Schön wäre es, aber die Praxis schaut wesentlich anders aus. In der Praxis, meine Damen und Herren, ist es doch so, daß vielfach LKWs mit wertvoller Fracht von Villach bis nach Wien fahren, wieder wertvolle Fracht von Wien nach Villach mitnehmen und das Leergebinde — große Kisten, die wenig wiegen — dann irgendwo bei einem Bahnhof aufgeben. Dieses Leergebinde muß dann mit den kostbaren Waggonen der Österreichischen Bundesbahnen wieder an den Bestimmungsort gebracht werden.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß es hier richtig wäre, wenn man wirklich koordinieren würde. Ich bin auch der Meinung, die Österreichischen Bundesbahnen sollen die schweren Frachten führen, sie sollen die Fernlasten transportieren, und die privaten Frächter wären zuständig für die leichten Frachten, für den Nahverkehr und den Zubringerverkehr.

Bezüglich der Erhöhung der Tarife um 6,4 Prozent möchte ich sagen: Vielleicht werden sich eine ganze Menge derjenigen Leute, die Sie vertreten, also die privaten Frächter, vielfach freuen, daß es für sie dann doch etwas leichter sein wird, mit der Bundesbahn zu konkurrieren, weil sie ja wahrscheinlich jetzt durch die Erhöhung des Dieselpreises und so weiter auch größere Auslagen haben und auf

Alberer

Grund dessen auch höhere Tarife verrechnen müssen.

Nun zu meinem eigentlichen Problem: Zum Baudienst kommend möchte ich darauf hinweisen, daß gerade dieser Dienstzweig, der Baudienst, vielfach bei den Bundesbahnen unbeachtet ist, obwohl gerade die Leistung dieses Dienstzweiges von ganz besonderer Bedeutung für uns alle ist. Wir — gerade der Baudienst — sind diejenigen, die dafür sorgen müssen, daß der Verkehrsweg, daß der Schienenweg, in Ordnung ist. Die Leute vom Oberbau, unsere Ingenieure und unsere Meister, sind dafür zuständig, daß wir schneller, noch sicherer und vielfach auch bequemer fahren können. Sie sind dafür verantwortlich, daß die Güter, die gebraucht werden, schneller zum Empfänger gelangen können und daß unterwegs — durch Entgleisungen, Schienenbrüche und so weiter — nach Möglichkeit wenig passieren kann.

Meine Damen und Herren! Wir bauen heute bei den Österreichischen Bundesbahnen Schienen ein, die Form C zum Beispiel, von denen 1 Meter 54 Kilogramm wiegt. Das heißt, daß wir so nicht nur sicher, sondern auch wesentlich ruhiger fahren können als bisher. Wir sind bestrebt, unseren Kunden viel Bequemlichkeit zu bieten, indem wir Schienenbänder zusammenschweißen. Es gibt heute keine 8,50-, 15- oder 30-Meter-Schienen mehr, sondern wir fahren heute auf Schienenbändern, die kilometerlang geschweißt sind. Wir haben insgesamt bei den Österreichischen Bundesbahnen 3000 km verschweißten Oberbau.

Wir haben in den letzten 15 Jahren auch 1400 km Betonschwellen verlegen können, ebenfalls dazu angetan, den Verkehr dadurch flüssiger und irgendwie ausgeglichener zu betreiben.

Wir haben Begradigungen des Schienenweges vorgenommen, um schneller fahren zu können.

Wir haben zum Beispiel im letzten Jahr ungefähr 120 Brücken instandgesetzt beziehungsweise erneuert. Auch damit ist die Sicherheit wieder größer geworden.

Wir sorgen für Lawinverbauung. In ungefähr 2000 m Höhe arbeiten Bedienstete der Österreichischen Bundesbahnen unter schwierigsten Verhältnissen jahraus, jahrein, nur um dafür zu sorgen, daß Stein- und Schneelawinen unseren Schienenweg nicht gefährden.

Meine Damen und Herren! All das ist dazu angetan, daß die Reisegeschwindigkeit größer wird.

Wir haben zum Beispiel in Österreich schon eine Strecke von 225 Kilometern, auf der wir mit 140 Stundenkilometern fahren können. Ich

weiß, 225 km sind nicht viel, aber wir sind dabei, durch Erneuerung des Oberbaues, durch Begradigung der Strecken und so weiter noch weitere Strecken für schnellfahrende Fahrzeuge herzurichten.

Daß wir all dies nicht mit dem eigenen Personal machen können, ist selbstverständlich. Wir haben auch sehr viele Firmen eingesetzt, die mit modernsten Maschinen beim Oberbau und beim Hochbau arbeiten. Wir haben riesige Versäumnisse aus den Jahren 1945 bis 1958 nachzuholen.

Man muß bedenken, daß in dieser Zeit Jahr für Jahr etliche Tausende Oberbauarbeiter nur zwischen Mai und Oktober arbeiten konnten, daß sie darüber hinaus abgebaut werden mußten und daß wir in dieser Zeit bei dem geringen Personalstand mehr oder weniger nur Flickarbeiten beziehungsweise Reparaturarbeiten durchführen konnten. An Erneuerungen konnten wir kaum herangehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Hochbau der von wirklich tüchtigen Ingenieuren, Meistern, Partieführern und Arbeitern geleistet wird, umfaßt selbstverständlich auch in diesem Jahr große Aufgaben. Wir werden beim Bahnhof Leoben weiterbauen, wir bauen die Bahnhöfe Schwarzach-St. Veit und Solbad Hall um.

Vor allen Dingen bauen wir auf der Tauernstrecke große Brücken, große Hangbrücken, auf denen dann doppelgleisig gefahren werden kann. Sie werden den Verkehr über die Tauernstrecke, die heute eine der meist befahrensten Strecken in Österreich ist, flüssiger vor sich gehen lassen.

Wir haben Großbauvorhaben wie den Franz-Josefs-Bahnhof in Wien, der ungefähr 70 Millionen Schilling kosten wird. Wir bauen den Bahnhof Wolfurt, für den in diesem Jahr ebenfalls 90 Millionen Schilling vorgesehen sind. Ich glaube hier sagen zu können, es hat Nationalrat Ulbrich nicht darauf hingewiesen, daß das eine Fehlplanung ist, sondern daß es vielleicht ein dringenderes Bauvorhaben für uns gegeben hätte. Wir werden aber trotzdem diesen dringenden Wunsch der Vorarlberger erfüllen.

In Wien wird ein großer Zentralbahnhof gebaut, der ungefähr 425.000 Quadratmeter umfassen wird. Meine Damen und Herren! Sie können sich vorstellen, welche große Schwierigkeit zum Beispiel nur die Grundeinlösungen mit sich bringen. Überlegen Sie doch, daß diese 425.000 Quadratmeter 175 Eigentümern gehören und daß mit jedem einzelnen dieser Eigentümer verhandelt werden muß, um die notwendigen Grundstücke zu bekommen.

Alberer

Wir Villacher selbst hoffen auch, daß früher oder später unser Wunsch, einen großen Bahnhof im Raume Fürnitz zu errichten, verwirklicht werden wird. Denn um mehr leisten zu können, ist es nicht nur notwendig, mehr Lokomotiven und mehr Waggon zur Verfügung zu haben, sondern auch große leistungsfähige Verschiebebahnhöfe sind erforderlich. Wenn man zum Beispiel den Wagen-umlauf nur um einen Tag verkürzen kann, dann bedeutet das so viel, wie wenn wir 5000 neue Wagen bauen oder kaufen würden. So wirkt sich das Vorhandensein eines guten, leistungsfähigen Verschiebebahnhofes aus.

Meine Damen und Herren! Wir wollen auch im Personenverkehr den Reisenden das Umsteigen vom Auto auf die Eisenbahn leichtmachen. Es ist heute schon darauf hingewiesen worden, daß uns das Auto irgendwie Freiheit vermittelt. Man kann auch sagen, das Auto übermittelt Hörigkeit. Aber es wird wahrscheinlich darauf ankommen, daß sich mehr Leute dem Bahnverkehr wieder zuwenden, und wir wollen, wie gesagt, das Umsteigen vom Auto auf die Eisenbahn nach Möglichkeit leicht machen, indem wir unsere Schnellverbindungen in die einzelnen Hauptstädte noch mehr ausbauen, noch mehr forcieren, indem wir noch schneller und bequemer fahren.

Es ist darauf hingewiesen worden — ich glaube, es war Abgeordneter Ofenböck, der es gesagt hat —, daß in den letzten zehn Jahren auf der Straße 20.000 Menschen gestorben sind, also jährlich ungefähr 2000 Menschen. So gab es im Jahre 1972 2179 Tote und 51.795 Verletzte auf der Straße. Wenn man zum Vergleich den Verkehr oder den Personentransport auf der Eisenbahn heranzieht, so kann man wirklich sagen: Die Eisenbahn ist nach wie vor das sicherste, bequemste und schnellste Verkehrsmittel.

Meine Damen und Herren! Unsere technischen Dienste, unsere Fernmeldeleute, unsere Signalleute und so weiter betreuen bei uns 240 BASA-Anlagen mit ungefähr 17.000 Anschlüssen. Sie sehen, wir haben bei der Bundesbahn eine ganz besonders moderne Telephoneinrichtung, die schon seit 1943/44 vollautomatisch ist. Unsere Techniker besorgen die elektrischen Anlagen für Platzreservierungen, betreuen unsere Zugfunkanlagen und unsere Zentral- und Mittelstellwerke und sichern die Bahnübergänge.

Sehr verehrte Damen und Herren! Unser E-Dienst baut und betreut ebenfalls unsere Energieversorgungsanlagen, die wir sehr notwendig brauchen. Ich glaube, es werden vielleicht schon irgendwelche Abgeordnete die Möglichkeit gehabt haben, unser Kraftwerk auf dem Tauernmoos oder unser Umspann-

werk in St. Michael zu sehen. Die vielen Fahrleitungen, die hier in Betrieb sind, werden alle von den Bediensteten des E-Dienstes, also in Eigenregie betreut.

Wir sind dabei, im Lande Oberösterreich und Niederösterreich weiterhin Bahnstrecken zu elektrifizieren. Wenn man überlegt, meine Damen und Herren, daß wir derzeit 41,7 Prozent elektrifizierte Strecken haben und daß auf diesen 83 Prozent der OBB-Leistung vollbracht werden, so kann man ermessen, wie wichtig der weitere Ausbau unserer Elektrifizierung ist. Die Restelektrifizierung würde dann ungefähr 90 Prozent der OBB-Leistungen auf sich vereinigen. Es wären hier noch ungefähr 426 km, die elektrifiziert werden sollten.

Es ist auch das Problem der Nebenbahnen aufgeworfen worden. Meine Damen und Herren! Besondere Befürchtungen zu haben, ist — wie ich glaube — hier nicht mehr am Platze. Es hat diesbezüglich wesentlich schlechtere und wesentlich gefährlichere Zeiten gegeben; ich erinnere nur an die Jahre 1966 bis 1969. Ich muß das sagen, weil es in dem Bereich, in dem ich wohne, nämlich im Bereich Kärnten, in dieser Zeit trotz intensivster Bemühungen des Abgeordneten Gorton sowie meiner Person einfach nicht zu verhindern war, daß die Strecke ins Gurktal und die Strecke ins Vellach-Tal, obwohl dort eine große Papierfabrik mit ungefähr 300 Beschäftigten steht, eingestellt wurden. Sie können mir glauben, daß auch Gewerkschaft und Personalvertretung sehr dafür gesorgt haben, daß im Raume Spielfeld-Straß, nämlich auf der Strecke nach Mureck, bisher nichts passiert ist. Wir haben uns dafür eingesetzt und wir sind hier — wie ich glaube — mit den Abgeordneten der Steiermark auf einer Linie, wenn wir sagen, daß wir uns dafür verwenden, daß die Aspangbahn nach Möglichkeit ausgebaut wird. Es ist ja bereits eine Bauleitung bei der Streckenleitung Hartberg installiert, die bereits die Vorarbeiten dafür leistet.

Ich kann hier wirklich sagen: Es kann diesbezüglich praktisch nichts mehr passieren. Ich möchte hier den Abgeordneten Frodl bitten, seinen Einfluß beim Landeshauptmann der Steiermark geltend zu machen, daß auch von dieser Seite die notwendigen Zuschüsse zum Beispiel für die Nebenbahn Spielfeld-Straß—Mureck genehmigt werden.

Bei der Aspangstrecke ist es klar: Das ist eine OBB-Strecke, da werden selbstverständlich die Österreichischen Bundesbahnen für die Kosten aufkommen müssen, obwohl das klarerweise weiterhin eine defizitäre Strecke sein wird.

Wir haben einen sehr attraktiven Durchschleusverkehr auf der Tauernstrecke. Wir

Alberer

schleusen da jährlich ungefähr 70.000 PKW durch, und wir Kärntner hoffen, daß wir beim Minister Verständnis dafür finden, daß auch beim Karawankentunnel eine ähnliche Durchschleusmöglichkeit geschaffen wird.

Wir haben in unserem Budget 953 Millionen Schilling für Erneuerungen der Anlagen, um 51 Millionen mehr als voriges Jahr. Wir werden davon 300 Millionen Schilling heranziehen, um unseren Oberbau soweit als möglich zu sanieren.

Meine Damen und Herren! Auch das geht nicht in einem Jahr, sondern das ist auch ein Programm, das sich auf Jahre hinaus erstreckt.

Man sollte auch hier bedenken, daß all das, was die Österreichische Bundesbahn ausgibt, vielfach österreichischen Firmen wieder zugute kommt; was die Lieferungen für den Oberbau anlangt, ist das die Alpine-Montan, die VOEST, sind das gewisse Holzfirmen in Österreich, Simmering-Graz-Pauker und so weiter.

Darüber hinaus möchte ich sagen, daß bei der Elektrifizierung und bei der Fernmeldeeinrichtungsanlage der größte Teil, ungefähr 90 Prozent der Mittel, an österreichische Firmen ausbezahlt werden.

Meine Damen und Herren! Die Leute, die all das machen, waren praktisch 40 Jahre lang — seit der Monarchie, in der Ersten Republik und auch lange in der Zweiten Republik — die sogenannten armen Lazarusse. Es waren das Menschen, die Schwerarbeit leisten mußten, im Winter bei Kälte, im Sommer bei Hitze, und die immer sehr, sehr schlecht bezahlt gewesen sind. Es war jahrelang nicht möglich, sie in das entsprechende Gehaltsschema hineinzubringen.

Erst jetzt, meine Damen und Herren, in der Zeit der Regierung Kreisky, ist für diese armen Lazarusse wirklich etwas getan worden.

Es ist klar, daß auch ihre Tätigkeit eine wesentlich andere geworden ist, daß aus ehemaligen Hilfsarbeitern heute Facharbeiter, Maschinenwärter, Meister und so weiter geworden sind und daß sie auch im Gehaltsschema entsprechend Berücksichtigung gefunden haben.

Wir haben darauf hingewiesen, daß es in den letzten Jahren ungefähr um 5600 Bedienstete weniger geworden sind beziehungsweise daß durch die Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 Stunden auf 42 Stunden und in Zukunft auf 40 Stunden so viel Personal eingespart wurde. Diese Leute müssen trotzdem praktisch ihr Soll immer wieder leisten, ob nun einer oder zwei abgehen. Das Soll wird ein-

fach erfüllt, weil es vielfach die Arbeit einfach vorschreibt, daß das oder jenes in der und der Zeit gemacht werden muß.

Es war uns unter der Regierung Kreisky und unter Verkehrsminister Fröhbauer und jetzt unter Verkehrsminister Lanc und Finanzminister Androsch möglich, endlich für diese Oberbauarbeiter, die bisher zum großen Teil auch schon Beamte waren, eine Zulage für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen zu bekommen. 20 Jahre lang war dies einfach nicht möglich. Es war nun möglich, die allgemeine Automatik auch für die Oberbauarbeiter in Geltung zu bringen. Es war jetzt möglich, Überzeitabgeltungen an Werktagen, an Sonn- und Feiertagen für die Beamten zu bekommen. Es war möglich, eine Nebengebühr für Rufbereitschaft zu bekommen. Wir haben eine 10prozentige Nebengebühr ebenfalls für den Ruhegenuß bekommen, damit der Bedienstete, wenn er früher oder später in Pension geht, auch dann eine Nebengebühr hat beziehungsweise keinen so großen Verlust erleidet.

Es war uns möglich, meine Damen und Herren, für unsere Bediensteten eine einheitliche Dienstzulage von 475 S zu bekommen, gleichgültig, ob es ein Oberbaurat oder ob es ein Oberbauarbeiter ist; praktisch macht das natürlich beim kleinen Mann sehr, sehr viel aus.

Eine Erhöhung der Reisegebühren ist ebenfalls in den letzten Monaten praktisch zur Durchführung gelangt.

Dann die Erhöhung der Anfangsbezüge, meine Damen und Herren! Sie haben gestern oder heute gelesen, daß auch die ÖBB-Bediensteten in die neue Anfangsbezugsregelung hineinfallen. Ich habe heute unser Gehaltsschema angesehen und feststellen können, daß wir den Gehalt gegenüber der ersten Gehaltstabelle im Jahre 1947/1948 ungefähr um das 20- bis 23fache erhöhen konnten.

Wir haben Mittel für Wohnungsfürsorge drin, wir haben Mittel für Modernisierungen unserer Bauzüge drinnen. Sie sehen, meine Damen und Herren, daß hier sehr viel getan wurde.

Es hat hier — ich glaube, es war Herr Abgeordneter Gradinger — dem Personal Dank und Anerkennung ausgesprochen. Meine Damen und Herren! Dank und Anerkennung ist es, wenn der Betroffene am Ersten etwas mehr Geld in die Lohntüte bekommt. Das ist der schönste Dank und die schönste Anerkennung. Sonst geschieht es so, wie es seinerzeit den LAKOG-Arbeitern gegangen ist, denen immer wieder gedankt wurde und die dann früher oder später über Nacht auf die Straße gesetzt wurden.

Alberer

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Schluß und möchte nur noch darauf hinweisen, daß diese Bediensteten — die Frage der Personalvertretungswahl ist ja von dieser Seite angezogen worden — bei der letzten Wahl 87,52 Prozent ihrer Stimmen den Sozialisten gegeben haben.

Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade die Leute, die in dieser Gruppe arbeiten, in erster Linie Kinder von Bauern sind, die Zweit- und Drittgeborenen auf Bauernhöfen, die zu uns kommen und bei uns arbeiten und die, wie Sie sehen, unsere allersichersten Wähler sind. Anscheinend wollen sie hier dokumentieren, wie ihre Väter oder Brüder in den Gemeinden beziehungsweise draußen auf dem flachen Lande von den Funktionären des Bauernbundes behandelt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Dr. König. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Ulbrich hat heute vielleicht die schwerste Anklage gegen die Regierung erhoben, die jemals in diesem Haus erhoben wurde. Er hat gesagt: Wissen Sie, welches Verbrechen an dieser Bundesbahn begangen wurde? Sie hat niemals seit 1945 jene Investitionsmittel bekommen, die sie brauchte. — Also nichts ist geschehen in den dreieinhalb Jahren, in denen Sie allein entscheiden konnten, was für die Bundesbahn getan wird. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Nicht schwindeln! So war das nicht gesagt!)* Genauso hat er es gesagt.

Dabei haben Sie, Herr Abgeordneter Skritek, von dieser ÖVP-Regierung — und die OECD bescheinigt das — eine Konjunktur und volle Kassen übernommen, Dinge, die ein einmaliges Erbe, eine einmalige Chance dargestellt haben. Was haben Sie damit gemacht? Sie haben dieses Erbe verschleudert und verwirtschaftet. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Skritek: Von einer ÖVP-Regierung kann man nichts erben! Da haben wir die Schulden geerbt!)*

Herr Abgeordneter Ulbrich hat hier erklärt, das Gesamtverkehrskonzept des ÖVP-Ministers Dr. Weiß wäre, wie er so schön gesagt hat, ein Traumbüchel. Wissen Sie, was Verkehrsminister Fröhbauer über eben dieses Generalverkehrskonzept seines Vorgängers gesagt hat? Fröhbauer hat hier in diesem Hause gesagt — diese Objektivität ist anerkennenswert —: „Mit diesem Generalverkehrskonzept hat Minister Weiß die Tür zu einer modernen europäischen Verkehrspolitik aufgestoßen.“ Das waren die Worte eines

— wie Sie mir wohl zugeben müssen — unverdächtigen Zeugen Ihrer Seite! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann hat Abgeordneter Ulbrich gemeint, früher sei nichts geschehen. Unter der ÖVP-Regierung wurde das Bundesbahngesetz beschlossen, jenes Bundesbahngesetz, das Sie damals in einem Minderheitsbericht abgelehnt haben, in dem Sie gesagt haben, die Bundesbahn darf nicht zur wirtschaftlichen Geschäftsführung verpflichtet werden. Sie müßte nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten. *(Abg. Ulbrich: Die Bundesbahn darf keine Rechtspersönlichkeit erhalten!)* Sie hat die Rechtspersönlichkeit erhalten, aber das Entscheidende in Ihrem Minderheitsbericht war, die Bundesbahn müßte sich nach betriebswirtschaftlichen, sondern nach gesamtwirtschaftlichen Richtlinien orientieren. Ich gebe zu, Herr Abgeordneter Ulbrich, daß Sie von diesem Standpunkt des Minderheitsberichtes abgerückt sind, denn die Bundesbahngesetznovelle, die in diesem Hause beschlossen wurde, sieht entgegen Ihrem Minderheitsbericht weiterhin vor, daß diese Bundesbahn ausschließlich zur wirtschaftlichen Betriebsführung verpflichtet ist. *(Abg. Ulbrich: Unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses!)*

Herr Abgeordneter Ulbrich, wenn Sie im Bundesbahngesetz weiterlesen, dann werden Sie sehen, daß zur Berücksichtigung des öffentlichen Interesses, des allgemeinen Interesses, die Bundesregierung berufen ist und daß jeder Schilling, der der Bundesbahn aus diesen übergeordneten Interessen entzogen wird, auf Grund der ÖBB-Novelle von der Bundesregierung abzugelten ist. Der Vorstand der Bundesbahn ist und bleibt allein — wie es wirtschaftlich vernünftig ist — den betriebswirtschaftlichen Zielsetzungen verpflichtet.

Sie haben weiter gesagt, in den 107 Punkten ist die Abschaffung der Fernverkehrssteuer enthalten. Herr Abgeordneter Ulbrich, Ihr Finanzminister, der Hannes Androsch, hat eben diesen Punkt verwirklicht. So schlecht können daher diese 107 Punkte nicht gewesen sein! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ulbrich: Wegen dem Punkt 10 machen Sie Verkehrspolitik!)*

Herr Abgeordneter Ulbrich! Zweieinhalb Jahre hat es gedauert — ich habe Sie nicht verstanden, bitte? *(Abg. Ulbrich: Wegen dem Punkt 10 machen Sie Verkehrspolitik!)* Ich stelle fest, daß genau der Punkt, den Sie hier angezogen haben, von Ihrem Verkehrsminister verwirklicht worden ist. Das ist doch wohl ein Zeichen, daß er gut ist, nicht wahr? *(Beifall bei der ÖVP.)*

DDr. König

Herr Abgeordneter Ulbrich! Zweieinhalb Jahre hat diese Regierung gebraucht, die angeblich die bestvorbereitete ist, bis sie endlich ein Verkehrskonzept vorgelegt hat. Dieses Verkehrskonzept, das ja nur die Sozialistische Partei beschlossen hat, scheint die Regierung bei Gott nicht ernst zu nehmen. Diesem Konzept geht es wie dem Humanprogramm und dem Verteidigungskonzept im Lüttendorfschen Panzerschrank, es bleibt in der Schublade liegen. *(Abg. Ulbrich: Wenn Sie einmal den ehemaligen Minister Fröhbauer treffen, fragen Sie ihn, was er Ihnen gegeben hat! — Heiterkeit.)*

Herr Abgeordneter Ulbrich, wenn Sie mich auf den Minister Fröhbauer verweisen, dann werde ich ihn gerne fragen, aber eines stelle ich hier fest: Dieser Bundesbahnvorstand und Minister Fröhbauer, den Sie zitieren, haben ein Fünfjahres-Investitionsprogramm beschlossen. Dieses Investitionsprogramm sieht als Mindestfordernis sage und schreibe 4,6 Milliarden Schilling für 1974 vor. Wissen Sie, was im jetzigen Budget steht? — 2,6 Milliarden Schilling! 2,6 zu 4,6, also um 2 Milliarden weniger! Das ist das, was die Regierung von Ihren eigenen Programmen tatsächlich hält. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In einer Zeit, in der durch die Inflationspolitik dieser Regierung der Baukostenindex im letzten Jahr um 16 Prozent gestiegen ist *(Abg. Ofenböck: Um 20 Prozent!)*, sind die Investitionsmittel für die Bundesbahn genau die gleichen geblieben wie 1973, nämlich 2,5 Milliarden Schilling, das heißt real um 16 Prozent weniger wert geworden. Heute sagen Sie, wir würden sich auch mehr wünschen, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß nicht mehr da ist.

Herr Abgeordneter Ulbrich! Wenn wir zurückblicken, gab es unter der ÖVP-Regierung ein sechsjähriges, also ein langfristiges Waggonausbau-Sonderprogramm. Das hat die Lieferwerke in die Lage versetzt, langfristig zu planen. Heute ist infolge des wirtschaftlichen Unvermögens Ihrer Regierung kein einziger Schilling für Neubestellungen von Waggonen im Budget. Kein einziger Schilling! Und das nennen Sie eine verantwortliche Wirtschaftspolitik? *(Abg. Ofenböck: Dem Ulbrich gefällt das! — Abg. Ulbrich: Das ist die Schuld Ihrer Partei!)*

Ich werde Ihnen den Beweis liefern. Herr Abgeordneter Ulbrich, ein sechsjähriges Waggonausbau-Sonderprogramm wurde unter der ÖVP-Regierung nicht nur beschlossen, sondern auch durchgeführt. In diesem Jahr wurden noch die letzten Lieferungen auf Grund dieses Programms getätigt. Sie haben heute keinen Schilling für Neubestellungen in diesem Budget. Ich werde Ihnen das beweisen.

Sie haben 2,5 Milliarden Investitionsmittel in dem Budget. Sie haben noch rund 250 Millionen EUROFIMA-Kredit, also 2,8 Milliarden Schilling. Davon sind allein 1,6 Milliarden Schilling gebunden für die Fortführung der Elektrifizierung, für Oberbauarbeiten, für den Bau- und Sicherheitsdienst, 90 Millionen Schilling sind für Wolfurt gebunden, 880 Millionen sind gebunden für Schuldentilgungen auf Grund der bisherigen Bestellungen an Fahrpark, für Zinsen und die sogenannte außerbudgetäre Finanzierung, die jetzt abgezahlt werden muß.

Allein 250 Millionen Schilling kostet die Investitionssteuer den Bundesbahnen, die Sie an den Fiskus abführen müssen. Das sind ganz genau 2,8 Milliarden Schilling. Kein Schilling bleibt für Neuinvestitionen übrig. Und das nennen Sie eine verantwortliche Wirtschaftspolitik?

Herr Abgeordneter Ulbrich! Selbst wenn die Stabilisierungsquote zu 45 Prozent, wie es der Finanzminister auf Grund seiner Ermächtigung entscheiden kann, freigegeben würde, dann wären das von der rund 1 Milliarde Schilling 450 Millionen. Davon sind wieder 150 Millionen Schilling allein für Schulden — das sind aber nicht alle Schulden — für den teilweisen Abbau der Schulden beim Dienstgütevorrat zu verwenden. So sieht es tatsächlich aus.

Selbst wenn dieser kleine Betrag freigegeben würde — man weiß heute weder die Höhe noch den Zeitpunkt dafür —, wie sollen die Lieferwerke planen? Sie müssen Kleinserien planen, sie haben häufige Umstellungen, sie haben gigantische Mehrkosten, was Ihnen jeder, der in einem Betrieb steht, wird bezeugen können. Wissen Sie, wer das wieder bezahlen wird? — Die Bundesbahnen durch höhere Mehrkosten. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)* Das ist das Ergebnis Ihrer Wirtschaftspolitik.

In einer Zeit, in der wir gigantische Beträge für Waggonmieten an das Ausland zahlen, schreibt der Herr Bundesminister für Verkehr, der wirklich nichts dafür kann, sondern das Erbe seines Vorgängers und dieser Regierung hier angetreten hat, auf Grund unserer Anfrage im Finanz- und Budgetausschuß — ich möchte Ihnen das nicht vorenthalten —:

„Bei Kapitel 79“ — das ist die Bundesbahn — „entsprechen die im Grundbudget für Bruttoinvestitionen festgesetzten Beträge noch nicht der Jahresquote 1974 des ÖBB-Investitionsprogramms. Diese Quote würde erst annähernd erreicht werden durch die gänzliche Freigabe der Stabilisierungsquote und der Konjunkturbelebungsquote. Wenn irgend möglich, wird daher die gänzliche Frei-

DDr. König

gabe des Konjunkturausgleichsbudgets beantragt werden. Für Ausgaben aus der Stabilisierungsquote wurden noch keine Verpflichtungen eingegangen.“

Das heißt, keine Neubestellung wurde hinausgegeben. Die Simmering-Graz-Pauker, die Jenbacher wissen heute noch nicht, was sie überhaupt machen können. Das ist das Ergebnis einer Politik, für die Sie seit dreieinhalb Jahren die Verantwortung tragen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Ulbrich! Wenn Sie von Verbrechen sprechen, die an dieser Bundesbahn begangen wurden und begangen werden, dann frage ich Sie *(Abg. Ulbrich: Von Ihrer Partei!)*: Ist es angesichts dieser Situation zu verantworten, daß Milliarden für die UNO-City ausgegeben werden, daß 500 Millionen jährlich an Schulbüchern in die Abfallkübel wandern? *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* Ist es zu verantworten, daß dem Dietmar Schönherr Millionen für schlechte Filme gegeben werden, daß hunderttausende Schilling dem Nennung für seine Pornozeitschriften gegeben werden? *(Abg. Ulbrich: Wie hoch sind die Millionen, die die ÖVP an Schiebungen hereinholt?)* Herr Abgeordneter Ulbrich! Diese Unterstellung weise ich mit allem Nachdruck zurück!

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich habe den Ausdruck nicht klar verstanden, aber ich glaube, es war „Schiebung“. Dafür erteile ich den *Ordnungsruf*. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Ich habe bereits den Ordnungsruf erteilt und würde bitten, daß die Emotionen nicht an die Grenze der Beleidigungen gehen.

Abgeordneter DDr. König *(fortsetzend)*: Herr Abgeordneter Ulbrich! Sie haben hier das Verkehrskonzept Ihrer Partei gezeigt und gemeint, das wäre eine Basis, auf der man aufbauen kann. In diesem Verkehrskonzept wird deutlich der Vorrang für den Massenverkehr herausgestellt. Einverstanden! Hier finden wir uns.

Aber wie schaut es denn in der Praxis aus? Wo bleibt denn der Vorrang für den Massenverkehr? Das ist doch ein leeres Schlagwort, ein Lippenbekenntnis angesichts dieses Budgets! Wäre es nicht, statt die Mittel beim Monsterprojekt der UNO-City hinauszuerwerfen, viel sinnvoller, diese Mittel für zukunftsweisende Investitionen auf diesem Gebiet zur Verfügung zu stellen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Ulbrich! Sie sind der Verkehrssprecher Ihrer Partei. Sie haben hier dem Minister gesagt, Sie werden ihn dann, wenn er mit Ihnen zusammenarbeitet, wenn er für eine vernünftige Politik für die Bundesbahn aufgeschlossen ist, unterstützen.

Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Ulbrich: Gelten die Regierungsbeschlüsse für diese Bundesregierung? Ich nehme doch wohl an: ja.

Beschlossen wurde der Ausbau der Schnellbahn nach Schwechat. Im Grundbudget ist kein Schilling dafür enthalten.

Beschlossen wurde auch der Ausbau der Aspangbahn. Ich gebe Ihnen darin recht, daß das nicht die Bundesbahn zahlen soll, wohl aber die Bundesregierung, wenn sie so etwas beschließt, um die Elin in Weiz zu versorgen, damit dort weiterhin die Großgeneratoren gebaut werden können. *(Abg. Ulbrich: Wird sie auch tun!)* Kein Schilling vorgesehen!

Beschlossen wurde die Unterstützung der Olympiade. Kein Schilling vorgesehen! So schaut es tatsächlich aus.

Dabei ist heute die Verwaltung der Bundesbahn auf elf verschiedene Gebäude verteilt. Es ist nicht möglich, ein Zentralgebäude zu schaffen, weil diese Regierung überhaupt nicht daran denkt, dafür vorzusorgen.

Wir haben lange, viele Jahre von Ihnen gehört, daß die Umstellung auf die automatische Kupplung ein Erfordernis darstellt. Kein Geld in diesem Budget dafür!

Es ereignet sich, Herr Abgeordneter Ulbrich, heute die Groteske, daß Gerichte Widmungen, Widmungen, die für die Bundesbahn für neue zentrale Verschiebebahnhöfe erfolgt sind, aufheben, weil einfach kein Geld da ist, um wenigstens die Grundeinlösungen vorzunehmen.

Da gibt es Beschlüsse dieser Regierung. Darauf hat der Rechnungshof hingewiesen. Sie haben sich in der Vergangenheit als oppositioneller Abgeordneter herausgestellt und erklärt: Das muß geschehen, das ist notwendig. Wenn wir an die Regierung kommen, werden wir das tun. Dreieinhalb Jahre sind Sie an der Regierung, und geschehen ist gar nichts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben sich nach langem — das wollen wir anerkennen — auch seitens der Gewerkschaft bereit erklärt, daß man durch Automation einen guten Teil der Pensionisten einsparen kann, daß man also Personalreduktionen dadurch vornimmt, daß man die hohen Pensionsabgänge nicht wieder ersetzt, sondern zu einem guten Teil durch Automation, durch Rationalisierung, vor allem im Sicherheitsdienst und bei den automatischen Gleisstellanlagen, Einsparungen erzielt.

Das ist vernünftig, denn es ist klar, daß man die Personalkostenexplosion, die ja allein im heurigen Jahr mit den Nebengebühren 1 Mil-

8964

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

DDr. König

liarde Schilling Mehrkosten ausmacht, so auf-fangen sollte. Aber es ist dafür kein Geld vorgesehen.

Herr Abgeordneter Ulbrich! Sind Sie denn nicht ehrlich mit mir der Meinung, daß man, statt Prestigeprojekte, wie die UNO-City zu forcieren, hier ansetzen müßte, um für die Zukunft die Personalkostenexplosion in den Griff zu bekommen?

Der Herr Bundeskanzler hat groß verkün-det: Gastarbeiterstopp, 20prozentige Senkung der Gastarbeiterzahl! Und die Bundesbahn ist zur gleichen Zeit gezwungen, die Gastarbeiter-anzahl von 2400 im heurigen Jahr auf 3500 im nächsten Jahr zu erhöhen.

Das ist die Wahrheit, die hinter den An-kündigungen dieser Regierung steckt! So sieht es nämlich wirklich aus.

Wenn wir alles zusammenrechnen, was uns diese verfehlte Politik kostet, dann müssen wir sagen: Wir anerkennen die Kontenbereini-gung, wir anerkennen, daß die Abgeltung der Pensionslasten und der Subventionstarife heute ... (*Abg. Ulbrich: Sehr spät!*) Das hat Minister Weiß eingeleitet, Sie haben diese Politik fortgeführt. Weiß hat begonnen, Sie haben das fortgeführt. „Sehr spät“, denn Weiß hat 50 Prozent abgegolten, Sie nur 30. Und erst auf Grund unseres Drängens ist diese Kontenbereinigung jetzt gemeinsam durchgeführt worden.

Aber kein Schilling, kein Schilling kommt der Bundesbahn dadurch mehr an Investitionen zu. Wir müssen doch ehrlich sein: Den Steuer-zahler kosten diese Dinge per summa 8,5 Mil-liarden Schilling. 8,5 Milliarden Schilling, eine Größe, die wir nur dann senken können, wenn wir zeitgerecht für zukunftsweisende Investi-tionen Mittel aufwenden. Wenn wir das nicht tun, dann wird allerdings die Sanierung der Bundesbahn nicht gelingen, dann wird es nicht möglich sein, diese Bundesbahn zu einer attraktiven Alternative des Massenverkehrs gegenüber dem Individualverkehr zu machen.

Es ist nämlich nicht so, wie Sie in Ihrem Verkehrskonzept anführen, daß man durch Reglementierung und Verkehrsverbote die Bahn attraktiv machen kann. Das Gegenteil ist der Fall: Nur durch Modernisierung, nur durch partnerschaftliches Zusammenwirken der beiden wichtigen Verkehrsträger wird es möglich sein, der Bundesbahn den Platz zuzu-weisen, den sie in der heutigen Zeit, in der Zeit der modernen Massenverkehrsmittel, in anderen Ländern schon einnimmt.

Dazu aber, Herr Abgeordneter Ulbrich, fehlt es dieser Regierung offenbar an der Bereit-schaft. Man investiert nur in Dinge, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, wie

großzügig doch diese Regierung mit dem Geld der Steuerzahler umgeht. Dort aber, wo man längerfristig investieren muß, benützt man sich mit dem guten Erbe, das man übernom-men hat, und ist nicht bereit, auch nur das Mindeste dazu beizutragen, dieses Erbe auch tatsächlich zu erhalten.

Ich sage Ihnen, Herr Abgeordneter Ulbrich: Nicht neue Belastungen für die Autofahrer, nicht neue Belastungen für die Benützer der Massenverkehrsmittel werden diese attraktiv machen, sondern entscheidend ist die Bereit-schaft, hier ehrlich und wirtschaftlich zu den-ken, die Bereitschaft, das zu tun, was Sie lange in der Opposition gefordert haben.

Nur diese Bereitschaft, Herr Abgeordneter Ulbrich, wird Sie des Vorwurfes entbinden, daß Sie das Gegenteil von dem tun, was Sie früher verlangt haben, und daß Sie und diese Regierung damit unglaublich wird: un-glaublich in ihren Aussagen, unglaublich in ihrer Politik und letzten Endes auch unglaublich in der Herausforderung, in der sie steht, heute in einer schweren wirtschaft-lichen Lage die Zeichen der Zeit zu verstehen und die Probleme zu meistern. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Troll. Ich erteile es ihm. (*Ruf bei der ÖVP: Der wird sich jetzt schwer tun!*)

Abgeordneter Troll (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Den Zwischenruf „Der wird sich jetzt schwer tun!“ kann ich gleich beantworten: Ich tue mir nicht schwer; denn nach dem Dr. König zu reden ist nie schwer! (*Beifall bei der SPO.*) Er lie-fert so viel Zündstoff, daß man sich allein mit seiner Rede stundenlang auseinandersetzen könnte. Das ist aber gar nicht meine Absicht.

Nur ein paar Dinge möchte ich korrigieren. Das war so typisch ÖVP-Oppositionspolitik: Wir verlangen mehr moderne Massenver-kehrsmittel, aber der Benützer darf nicht mehr belastet werden, darf nicht mehr zahlen! Der Kreisky soll es zahlen, die Regierung soll es zahlen!

Das geht so durch alle ÖVP-Debattenbei-träge. Ich komme dann noch darauf zurück.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Ihr liegt nicht sehr gut in der Debatte (*Hei-terkeit bei der ÖVP*), das könnte ihr mir glau-ben, denn da sind so viele Widersprüche drin-nen. Zum Beispiel sagte man hier: Ulbrich klagt die Regierung an, weil er sagt, die Regierungen haben es unterlassen, die ent-sprechenden Mittel freizugeben. Ihr wißt doch ganz genau: Woran ist denn der Verkehrs-minister seit 1947 immer gescheitert? Am

Troll

OVP-Finanzminister, seit 1947! Das ist eine Tatsache, die man nicht bestreiten kann. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir vielfach gemeinsam beschlossen: Die Bundesbahn mußte halt Sozialtarife schlucken, sie hat öffentliche Interessen wahrzunehmen, und da kann man eben nicht rigoros vorgehen. Die ÖBB brachte das Opfer.

So wie in der Verstaatlichten die kommerzielle Eisenindustrie Preise für die Finalisten diktiert bekommen hat, ist es auch der Bundesbahn gegangen.

Sie können heute, zumal die ÖVP-Regierung von 1947 bis zur letzten Regierung die Finanzminister gestellt hat, der Öffentlichkeit nicht wahrmachen, daß auf einmal nur die Regierung Kreisky schuld wäre, wenn man dort unterkapitalisiert.

Sie schreien auf der einen Seite vom eigenen Wirtschaftskörper ÖBB mit voller kaufmännischer Verantwortlichkeit, und alle Wünsche, die Sie hier deponieren, soll die Regierung erfüllen. Die kaufmännische Überlegung des ÖBB-Wirtschaftskörpers kommt also hier nicht zur Diskussion.

Wenn man aber so polemisiert und so diskutiert, wird man, wie ich glaube, nicht ernst genommen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn der Abgeordnete König sich brüstet, daß von den 107 ÖVP-Forderungspunkten im Forderungsprogramm der ÖVP der Finanzminister Dr. Androsch einen erfüllt hat — seien Sie mir nicht böse, das ist ein schwaches Programm, wenn man nur einen Punkt erfüllen kann! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Die Fernverkehrssteuer, meine Damen und Herren — die mit mir im Unterausschuß gesessen sind, wissen es ja — haben wir doch nur im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer liquidiert! Also nicht jetzt herausheben: Was dem einen nützt, soll dem anderen schaden! So, glaube ich, liegt man daneben. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Halt, Mussil ist in die erste Etappe vorgerückt, jetzt wird es kritisch!

Eines steht fest, meine Damen und Herren, und das gilt auch für Herrn Dr. Mussil: Wenn zum Beispiel hier behauptet wird, Sie haben ein Waggonbauprogramm vorgelegt, welches die Finalindustrie beschäftigt hat, überwiegend SGP, also Simmering-Graz-Pauker, und das war das Werk des Ministers Weiß *(Abg. Graf: Natürlich!)*, so darf ich an folgendes erinnern: Erstens waren Sie nur ungefähr vier Jahre an der Regierung und sechs Jahre ist das Programm gelaufen. Das hat nicht nur Minister Weiß eingeleitet, sondern die wiederholten Urgenzen des Zentralbetriebsratsob-

mannes Steinhuber mit seinen Leuten, die eine Absicherung der Beschäftigung gefordert haben. Mit viel Schwierigkeiten und politischen Überlegungen des SGP-Generaldirektors ist einiges gemacht worden.

Aber auch während der Zeit des Verkehrsministers Fröhbauer ist bei der SGP nicht weniger gebaut worden und keiner arbeitslos geworden. Das darf ich, glaube ich, bescheiden feststellen. Also nicht die Rosinen herausholen und sagen: Alles, was gut ist, haben wir gemacht, was schlecht ist, daran seid ihr jetzt schuld, denn ihr seid jetzt an der Regierung. So geht das nicht! Das glaubt niemand. Daher soll man sich schon einer sachlicheren Diskussion bedienen. *(Abg. Dr. Mussil: So wie ihr!)* Man wird ja provoziert durch Ihre Redner. Sie dürfen nicht böse sein, Herr Dr. Mussil, wenn man dann ein bisserl repliziert auf die Dinge. Das ist notwendig.

Eines möchte ich aus der Welt geschaffen haben bei der Diskussion hier. *(Abg. Doktor Mussil: Jetzt haben Sie gerade die Fristenlösung beschlossen, und jetzt wollen Sie jemanden aus der Welt schaffen! Es ist zum Verzweifeln mit Ihnen!)* Zu jedem Budget einen Debattenbeitrag, Dr. Mussil. Bei jedem Budgetkapitel kommt die UNO-City! Lassen Sie mich das noch einmal feststellen.

Dieses UNO-City-Projekt *(Abg. Doktor Kohlmaier: ... kostet einen Hauten Geld!)* ist ein gelegtes Ei der ÖVP-Regierung! *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir haben verantwortungsbewußt und staatsbewußt vollzogen, was Sie uns eingebrockt und gelegt haben. *(Abg. Doktor Kohlmaier: Sie haben ein Straußenei daraus gemacht!)* Und Sie können jetzt nicht dauernd von den Dingen reden, die in Wirklichkeit in staatspolitischer Verantwortung von uns allen gemeinsam gelöst werden müssen. So kann man wirklich keine ehrliche Politik machen!

So komme ich auch noch ganz kurz zum Kollegen Letmaier, der dafür eintritt, daß man die Energieprobleme löst, indem man Kraftwerke baut. Mich hat es nur ein wenig erschreckt, denn er kommt aus dem Bezirk Liezen, und wir haben alle vom Bürgermeister in Trieben einen Beschluß des Gemeinderates übermittelt bekommen, wonach die Triebener sich wehren gegen den Kraftwerksbau im Gebiet des Tauern und um Trieben. Ing. Letmaier wird es schwer haben, dort seine Überlegungen zu vertreten, wobei das keine Kritik am Willen des Bauens ist, denn wir wissen auch, wie notwendig und dringend nun solche Projekte verwirklicht werden müssen.

Wenn er nun sagt: Verkehrskonzept am Linzer Parteitag — das war kein Parteitag, sondern ein Parteirat, aber das muß er ja nicht

8966

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Troll

wissen —, aber wir haben ein Verkehrskonzept vorgelegt (*Abg. Dr. Mussil: Ein ausgesprochenes Pamphlet ist das!*), und es wurde ja vielfach durch die geübte Kritik Ihrerseits bestätigt. Ich muß Ihnen sagen, daß es erst uns möglich geworden ist, auf weitester Ebene eine Koordinierung zwischen Schiene, Straße, Luftfahrt, Wasser und Pipelines herzustellen. Wir glauben doch, daß bisher diese Koordinierung gut funktioniert hat. Was momentan durch die Entwicklung der Ölkrise auf uns zukommt, so hoffe ich, werden Sie objektiverweise doch nicht der Regierung Kreisky die Schuld geben können. Denn an dieser provozierten Ölkrise ist niemand von uns beteiligt. Im Gegenteil: Wenn jemand noch Nutzen herausholen konnte und Nützliches getan hat in dieser Situation, dann war es diese Regierung Kreisky. (*Abg. Dr. Mussil: Die Ölkrise ist eine Ausrede für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten!*)

Ich glaube also, daß Sie mit Ihrer Leidenschaft bei allen Budgetkapiteln in dieser Richtung daneben liegen, denn Sie können heute nicht bestreiten — auch das wurde festgestellt —, daß schließlich das Zehnjahresinvestitionsprogramm vom sozialistischen Verkehrsminister und Finanzminister gemacht wurde und daß wir auf dem aufbauend jetzt imstande waren, die Vollbeschäftigung primär zu sichern und zu erhalten. Das hat bei uns Primat und ist für uns vorrangig. (*Abg. Graf: Herr Troll! Die Regierung ist prinzipiell an allem schuld, und sie benützt die Ölkrise als Ausrede! Ist Ihnen das klar?*) Das ist ja für die Opposition begreiflich und verständlich. Ich weiß, daß Sie um Ihre Zukunftsaussichten ringen. Aber da werden Sie halt kein Glück haben, denn die Wähler haben eine andere Erkenntnis gewonnen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie werden ja sehen! Lassen wir es auf uns zukommen! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich nach dieser kurzen Replik doch auch Fragen zuwenden, die mich besonders bewegen und interessieren. Das ist ein Teil des Gebietes aus dem Verkehrsressort, die Luftfahrt.

Ich darf ganz kurz in Erinnerung rufen, daß mti dem Problem ... (*Abg. Dr. Mussil: Das Problem der Eisenbahn wäre Ihnen unangenehm!*) Dr. Mussil, von der Luftfahrt verstehen Sie nichts! Die Bundeswirtschaftskammer ist nur am Rande beteiligt. Ich würde sagen: keine Zwischenrufe, sonst muß ich auf die Bundeswirtschaftskammer auch noch eingehen.

Wir haben, glaube ich, alle die Erkenntnis gewonnen — und das verkomplizierte auch das Problem der Luftfahrt —, daß heute der Luftraum nicht nur ein Souveränitätsgebiet ist,

sondern in Wirklichkeit ein großer Wirtschaftsraum wurde und daher alle Überlegungen im Zusammenhang mit der Luftfahrtpolitik gut überlegt, gut koordiniert werden müssen. Hier dürfen wir dank der hervorragenden Leistung der Beamten im Ressort sagen, daß wir alle Anschlüsse gefunden haben, sowohl ICAO-Bestimmungen betreffend, wie internationales Luftrecht, wie aber auch für den innerösterreichischen Luftverkehr.

Ich erspare es mir heute, über die AUA etwas zu sagen. Wir haben das letzte Mal Gelegenheit gehabt, einiges über die AUA zu erfahren. Aber es ist vielleicht für das Hohe Haus und die Öffentlichkeit nicht uninteressant zu wissen, daß zum Beispiel im Jahre 1972 185.440 Überfliegungen in Österreich durchgeführt wurden. Es sind also zirka 12 Millionen Menschen befördert worden, die Österreichs Luftraum überflogen. Das setzt natürlich voraus weitere gute Sicherheitseinrichtungen, einen sehr wesentlichen Dienst auf dem Gebiet des Sicherheitsservices durch unsere Manager in der Flugsicherung. (*Abg. Tödling: Was machen wir ohne Treibstoff, Troll? — Abg. Graf: Segelfliegen!*)

Meine Damen und Herren! Diese erhöhte Luftraumüberwachung heißt natürlich, der erhöhten Sicherheit dienlich zu sein. Hier komme ich wieder auf ein altes Steckenpferd von mir zu sprechen, nämlich auf die bessere Zusammenarbeit, die bessere Koordination der Flugsicherungsleute des Bundesheeres und der Zivilluftraumüberwachung. Denn bei besserer Koordination gibt es doch viele Möglichkeiten, Geld bei der Ausrüstung zu ersparen. Ich denke daran, daß man das schon bestehende Rundradar Buschberg-Kohlberg mit einem Höhenradar versehen könnte und im zivilen Sektor betreuen kann und daß der Wunsch, ein Südraumradar zu erstellen, nicht das Bundesamt für Zivilluftfahrt treffen kann, sondern das ist überwiegend eine militärische Überlegung und sollte im Bereich des Bundesheeres errichtet werden. Aber beide gemeinsam eingebunden in eine Zentrale, die doch einmal rasch voll elektronisch umgestellt werden muß, da kann man in gemeinsamer Arbeit vieles tun.

In der letzten Zeit dürften diese gemeinsamen Kooperationsgespräche ein wenig nachgelassen haben. Ich bitte, sie wieder zu forcieren. Das nützt, glaube ich, allen, die in der Luftfahrt beschäftigt sind.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht versäumen, für diese enormen Leistungen in der Luftraumüberwachung dem Personal, das auf beiden Sektoren mit der Sicherheit der Luftfahrt zu tun hat, insbesondere dem Personal der Flugsicherung, Dank auszusprechen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Troll

Da komme ich gleich auf ein anderes Problem zu sprechen, nämlich auf die Frage der rascheren Vorgangsweise beim Pistenausbau Schwechat.

Meine Damen und Herren! Wien-Schwechat ist nun einmal ein im Herzen Europas liegender Flughafen, der schon besteht, wo wesentliche Investitionen getätigt wurden, und der heute auf Grund seiner Position und der gegebenen Sicherheit gerne von ausländischen Verkehrsfluggesellschaften angeflogen wird. Nun aber wird das Problem der Schadhaftigkeit der bestehenden Piste immer aktueller, und es ist so weit, daß die Vergabe für die neue Pistenerrichtung in der Richtung 160 Grad und 340 Grad erfolgen könnte. Das hat aber wiederum Einsprüche provoziert, und es gibt halt wie immer bei solchen Dingen Bürgerinitiativen.

Ich möchte den Leuten, die glauben, man muß mit Bürgerinitiativen um des Vorteils weniger Leute willen aktiv werden, um ein solches Projekt zu Fall zu bringen, sehr deutlich sagen: Die Verantwortung aller Österreicher müßte deutlich zeigen, daß wir es uns nicht leisten könnten, im Weltluftverkehr ausgeschlossen zu werden. *(Zwischenrufe des Abg. Graf.)* Wir belästigen mit der neuen Pistenverschwenkung und Pistenrichtung immerhin weniger Leute als gegenwärtig. Die alte Pistenrichtung belästigt ungefähr 25.000 Bewohner in der Gegend der alten Piste im Ein- und Ausflugssektor, während die neue, verschwenkte Piste zwar auch noch Menschen durch Lärm belästigt, aber nur zirka 5000. *(Zwischenrufe des Abg. Dr. Mussil.)*

Dennoch kommen wir über die notwendige Ausbausituation nicht hinweg, und ich möchte an die Vernunft in der Öffentlichkeit appellieren, denn wir werden es uns nicht leisten können, wollen wir nicht den Anschluß in der Weltluftfahrt verlieren. *(Abg. Dr. Mussil: Was braucht man da appellieren?)* Herr Abgeordneter Mussil! Langsam habe ich das Gefühl, daß Sie sehr gut aufgelegt sind *(Heiterkeit)*, denn Sie können mit Ihren Zwischenrufen nicht zu Ende kommen. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.)* Sie stören mich nicht, Sie können ruhig weiterdebattieren.

Ich darf aber doch dem Ernst Nachdruck verleihen *(Zwischenruf bei der ÖVP: Bürgermeister Gratz!)*, denn hier geht es wirklich um ein sehr offenes Problem. — Bürgermeister Gratz hat nichts anderes getan, als den Einspruchswerbern zugesagt, er werde noch einmal prüfen, wie weit man diesem Einspruch Rechnung tragen kann.

Ich habe hier aber ebenso einen Brief, ein Schreiben von neun Bürgermeistern der ande-

ren Gemeinden, die alle dringend die Freigabe der Arbeiten für die neue Pistenrichtung 16/34 verlangen und fordern. Das ist von allen Bürgermeister unterschrieben. Auch das muß man der Öffentlichkeit sagen. Des einen Leid ist des andern Freud'. Wir haben zu prüfen, wo mehr Leid vermieden werden kann. In der Verwirklichung der neuen Piste liegt, glaube ich, mehr Notwendigkeit für die Republik Österreich.

Meine Damen und Herren! Diese Umweltschutzhysterie, so möchte ich sie fast nennen, geht auch so weit, daß vielfach die Errichtung eines Atomkraftwerkes, der Energieausbau durch Wasserkraftwerke kritisiert wird. Gerade in der jetzigen Situation, in der wir uns im Zusammenhang mit der Ölkrise befinden, wird jedem deutlich, was wir versäumen würden, wären wir nicht bereit, die erforderlichen Energiequellen auszuschöpfen und dort, wo wir nach Möglichkeit umweltschützend bauen können, das auch zu tun.

Man sollte die Leute, die den Umweltschutz fanatisch vertreten, nicht provozieren, aber man muß an die Vernunft der Menschen appellieren, daß für uns im Augenblick erstes Gebot die Erhaltung und zusätzliche Erlangung von Energie und damit auch die Erhaltung der Vollbeschäftigung ist, denn ohne Energie werden wir früher oder später in den Betrieben Schiffbruch erleiden. *(Zwischenrufe.)* Daher sollte man an die Vernunft aller jener Leute appellieren, die nun glauben, unbedingt mit Bürgerinitiativen jedes Projekt verhindern zu müssen.

Einen weiten Bereich nimmt in der Fliegerei auch die Sportfliegerei ein, und hier nehme ich ganz kurz Bezug auf die zuletzt geübte Kritik am Subventionsbericht durch Journalisten.

Wir haben zirka 9500 aktive Sportflieger in Österreich, und diese teilen sich auf die Interessenverbände ASKO, UNION, ASVO und Verbandslose ziemlich gleich auf. ASKO und UNION sind die stärkeren Verbände. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wir haben diese aktiven Flieger nur teilweise subventioniert und haben für die Errichtung von Anlagen Mittel gegeben, die freilich für wenig Leute viel Geld ausmachen. Aber umgekehrt darf ich feststellen, daß gerade diese Sportflieger große Idealisten sind und immer wieder auch selbst viel zu dem Hobby beitragen und vor allen Dingen aber auch wirtschaftlich eine bestimmte Förderungsquote beisteuern.

Ich sage Ihnen zum Beispiel — das ist vielleicht interessant, weil viele ja keine Ahnung davon haben —, daß ein Motorsportflugzeug heute unter 500.000 S, wenn es einigermaßen

8968

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Troll

instrumentiert ist, nicht mehr zu bekommen ist. Das geht bei den viersitzigen Maschinen bis zu 1,2 Millionen.

Ich sage Ihnen daß ein Segelflugzeug mit moderneren Überlegungen, also in der Glasfibernausführung, 300.000 S kostet. Das ist für einen Klub schon eine enorme Leistung, diese Beträge aufzubringen.

Ich sage Ihnen, daß Funkgeräte, die für die Sicherheit des Flugverkehrs erforderlich sind, 40.000 und 50.000 S kosten und daß bei den Fallschirmspringern ein Fallschirm 10.000 S kostet, daß die Flugzeit, die sie brauchen, hochgeschleppt zu werden, bezahlt werden muß, daß jede Charterminute bezahlt werden muß, auch beim Motorpiloten und beim Segelflieger.

Meine Damen und Herren! Es kommen wesentliche Beträge von diesen Leuten, die hineingepumpt werden in diese Wirtschaft. Aber sie können ohne die notwendigen Subventionen ihr Auslangen nicht finden.

Ich freue mich deshalb auch feststellen zu können, daß von seiten des Verkehrsressorts den Wünschen weitestgehend Rechnung getragen wurde, daß der AERO-Klub wiederum die Möglichkeit hat, im fixen Spartenbudget Vorsorge für die wichtigsten Wünsche der dem AERO-Klub angehörenden 217 Vereine zu treffen. Die meisten Investitionen werden ja für die sogenannten Sicherheitseinrichtungen verwendet, wie VOR- und UHF-Geräte, und sonstige Bordfunkgeräte, also für die Installation von allen möglichen Navigationshilfen, sodaß wirklich der Sicherheit in erster Linie Rechnung getragen wird.

Der Österreichische AERO-Klub hat alle diese Flugsportklubs organisiert und zusammengefaßt. Ich darf mit Freude feststellen, daß man dort Fachdiskussionen führt und keine parteipolitischen Auseinandersetzungen und daß wir bemüht sind, diese uns gegebenen Subventionen im wesentlichen korrekt nach einem System und einem Schlüssel aufzuteilen.

Soweit ich aus dem Budget aus der Post 1/65236 gesehen habe, sind ja wiederum 7,3 Millionen für 1974 vorgesehen. Wir werden die wichtigsten Anschaffungen machen können. Wir sind für Schwerpunktkonzentration mit maximalem Nutzeffekt und sind dagegen, daß Verzettlung betrieben wird, wie eine Zeitung meinte.

Wir glauben aber, meine Damen und Herren, daß man dieser Sportfliegerei die entsprechende Unterstützung nicht versagen darf, denn eines steht fest: Die Leute, die dort tätig sind, waren immer Idealisten und sind charakterlich einwandfreie Menschen.

Wir haben eine ganz große Zahl von Jugendlichen im Modellflug beschäftigt. Auch hier darf ich Ihnen sagen: Ein Modellflugzeug kostet heute mindestens 4000 S, wenn es ferngesteuert ist, bis zu 10.000 S. Mit Riesenopfern der betreffenden Jugendlichen wird das gebaut und mit viel Idealismus wird damit Sport betrieben. Die Leute haben gar keine Zeit, sich anderen Dingen zu widmen, die nicht korrekt sein könnten. Also das setzt einen bestimmten Idealismus voraus. *(Zwischenrufe.)*

Nun möchte ich von dieser Stelle aus aber auch noch im Zusammenhang mit den wiederholten Grenzverletzungen weniger an das Hohe Haus als an unsere Flieger appellieren, daß alle jene, die Grenzflugplätze betreuen, mehr darauf achten müssen und besser geschult werden müssen, um Grenzverletzungen zu vermeiden. Wir kommen sonst in riesige Schwierigkeiten, denn kein Staat läßt es sich bieten, daß seine Grenze unentwegt verletzt wird, und in der Fliegerei gibt es eben verschiedentlich ein Überfliegen der Grenze. Ich erinnere insbesondere jetzt an die letzten Proteste von Ungarn her.

Wir müssen also alle unsere Informationen vom AERO-Klub auch darauf ausrichten, daß die Leute, die auf diesen Flugplätzen in Grenznähe aktiv tätig sind, entsprechend geschult werden und aufgeklärt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir auch diese Konflikte in Zukunft vermeiden können.

Im großen und ganzen glauben wir, daß von beiden Ressorts, sowohl vom Unterrichtsministerium wie vom Verkehrsministerium, unseren Wünschen Rechnung getragen wurde. Auch Dank beiden Ministern im Namen des AERO-Klubs. Wir bitten, uns auch dann, wenn es einmal Spezialwünsche wegen einer dringenden Errichtung einer Sicherheitsanlage oder eines Platzausbaues gibt, die Mittel nicht zu versagen.

Meine Damen und Herren! Ich kann mir vorstellen, daß Sie das hier weniger interessiert, das sind reine Sportfliegerprobleme. *(Zwischenrufe.)* Für uns sind es aber Tagessorgen, weil wir uns mit den Leuten dauernd zu befassen haben. Die Budgetsituation trägt unserem Wunsch in dieser Richtung weitestgehend Rechnung.

Ich möchte damit schließen, indem ich, weil man aus der sachlichen Diskussion durch Ihre polemischen Einlagen immer wieder herausgerissen wird, noch einmal feststelle, was mir nicht gefällt:

Auch bei diesem Budgetkapitel haben Sie die gleiche Haltung bewiesen wie bei allen übrigen. Die Regierung wird zuerst kritisiert, weil sie die Konjunktur anheize, die Inflation anheize, und zum Schluß verlangt jeder ein-

Troll

zelne Redner von Ihnen bei den Spezialberatungen von jedem Ressortminister besondere lokale Wunscherfüllung. Das vereinbart sich nicht in der Öffentlichkeit. Daher bitte ich auch Sie um mehr Sachlichkeit.

Wir stimmen diesem Budget gern zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Deutschmann.

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, Herr Abgeordneter Troll hat selbst bemerkt, daß der Entlastungsversuch für die Regierung fehlgeschlagen ist. Er hat sich dann in eine übliche Redewendung hineinmanövrieren lassen: Wenn man nämlich die Wahrheit nicht anerkennen will, dann sagt man halt dem jeweiligen Sprecher, er habe polemisiert.

Er hat in diesem Zusammenhang aber darauf vergessen, bei der Rede des Herrn Abgeordneten König den Herrn Abgeordneten Ulbrich anzuschauen, der zu den Ausführungen Königs mit dem Kopf genickt und ihm direkt und indirekt recht gegeben hat. Das ist ihm leider entgangen, weil er sich schon auf seine Rede sehr konzentrierte.

Herr Abgeordneter Troll! Man versucht immer wieder, eine sehr fade Ausrede zu finden. Wir haben heute schon einige Male festgestellt, daß Sie sehr gerne sehr weit zurückschauen, nicht nach vorne blicken und nicht in der Lage sind, die Situation zu begreifen.

Sie haben heute wiederum gesagt — alle Ihre Sprecher haben das betont —, die bösen ÖVP-Finanzminister seien schuld. *(Ruf bei der SPÖ: Sehr richtig!)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir unterstellen Ihren Verkehrsministern nicht, daß sie sich in der Zeit der Koalition nicht behaupten konnten. Die Ministerratsbeschlüsse waren einstimmig. Aber Sie unterstellen Ihren Ministern, daß sie nicht in der Lage waren, in der Koalitionszeit ihr Ressort wirksam und tatkräftig zu vertreten. Aber das ist Ihre Sache. Sie stellen Ihren Ministern ein schlechtes Zeugnis aus.

Jetzt zu einer weiteren Angelegenheit. Herr Abgeordneter Alberer — er ist jetzt nicht im Haus *(Ruf bei der SPÖ: Im Haus ist er bestimmt!)* — hat in seiner letzten Bemerkung etwas gesagt, von dem ich meine, daß es deplaciert war. Es war im Zusammenhang mit den Personalvertretungswahlen bei den ÖBB. Ich will das Ganze nicht wiederholen, ich möchte nur daran erinnern. Gerade er hat einen Personalakt abgefertigt, er, Alberer, wobei es in diesem Akt eine Bemerkung gab, die Familie sei ÖVP und deshalb könne der Betreffende bei der Bundesbahn nicht aufgenommen werden. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, meine

sehr geehrten Damen und Herren! Man kann dann leicht mit dem Brustton der Überzeugung am Rednerpult erklären: Na schaut, was wir für eine gute Personalpolitik machen, sogar die Bauernsöhne wählen die SPÖ! — Ich glaube, das ist sehr einfach gesagt, aber in Wirklichkeit liegt der Grund etwas tiefer.

Ich möchte jetzt zu meinem eigentlichen Thema kommen. Herr Bundesminister, Sie sind eigentlich an meiner Wortmeldung unschuldig. Meine Wortmeldung würde mehr Ihren Vorgänger angehen. Ich habe im Rahmen einer Anfrage im Zusammenhang mit der Postzustellung im ländlichen Raum an den Herrn Bundesminister Fröhbauer einige Fragen gestellt, in denen ich ihn gebeten habe, mir zu sagen, ob ihm bekannt sei, daß in den ländlichen Gebieten an manchen Tagen die Post nicht zugestellt wird, daß man die Postzustellung jetzt drosseln will, welche Ursachen dafür maßgebend wären und was der Herr Minister in diesem Zusammenhang zu tun gedenke.

Der Herr Minister hat mir dann eine Antwort gegeben; es war die typische Antwort eines SPÖ-Ministers. Er hat mir unter Punkt 1 gesagt, ihm sei davon nichts bekannt, zweitens hat er gesagt, wenn es einen eventuellen Ausfall geben sollte, dann seien eben Zustellungsorgane krank geworden.

Herr Minister! Ich habe diese Frage nicht deshalb gestellt, um eine solche Antwort zu bekommen, sondern deswegen, weil dies ein echtes Anliegen des ländlichen Raumes ist. Ich möchte Sie daran erinnern, Herr Bundesminister — ich nehme an, daß auch Sie und Ihr Vorgänger zur Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers der SPÖ-Regierung nach wie vor stehen —, daß der Herr Bundeskanzler gemeint hat, daß es das Ziel der Agrarpolitik — und hier ist die Agrarpolitik mit dem ländlichen Raum gesehen — der österreichischen Bundesregierung ist, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standard der bäuerlichen Menschen an jenen der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen und jede Benachteiligung zu beseitigen.

Ich nehme an, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß sich, wenn dies ein Bundeskanzler sagt, die Herren Regierungsmitglieder darnach halten.

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus, Herr Bundesminister?

Ich habe hier eine Mappe mitgebracht, wo Sie -zig Beschwerden in dieser Art vorfinden. Ich möchte Ihnen nur zwei oder drei Beschwerden vorlesen. Sogar namentlich kann ich die Leute nennen. Ein Herr Josef Baldauf aus dem Raum vom Wolfsberg schreibt an das Postamt Wolfsberg:

8970

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Deutschmann

„Mir wurde von Ihnen mitgeteilt, daß ich die Post nicht mehr ins Haus zugestellt erhalten soll. Ich weise darauf hin, daß ich durch mehr als 30 Jahre täglich und anstandslos die Post zugestellt bekam. Ich fühle mich gegenüber den anderen von der Post betreuten österreichischen Staatsbürgern benachteiligt und ersuche daher, mir nach wie vor ordnungsgemäß zu meinem Haus, an dem täglich Ihre Postboten vorbeifahren, die Post zuzustellen.“

In einem weiteren Schreiben — meine sehr Geehrten, das ist sehr interessant —, teilt Frau Eva Liebhart mit, daß die Postzustellung in ihr Haus eingestellt wurde, daß ein Landbriefkasten 1,5 km entfernt von diesem Gehöft aufgestellt wurde, daß aber der Nachbar gegenüber der betreffenden Frau Liebhart nach wie vor die Post zugestellt bekommt.

Herr Minister! Ich möchte in diesem Zusammenhang eigentlich fragen: Glauben Sie, daß man diese Einstellung der Post im ländlichen Raum verstehen kann, wo alle davon reden, daß der ländliche Raum wie andere Bereiche in allen Belangen versorgt werden müsse? Wir haben im Zusammenhang mit der Aufstellung der Landbriefkästen mit der Postverwaltung gesprochen. Man hat uns mitgeteilt, daß sich dies auf den § 172 gründet, worin es heißt:

Die Postämter sind berechtigt, die Zustellung nicht bescheinigter Postsendungen einzuschränken oder auszuschließen, wenn der Empfänger die Zustellung durch Einlegen in Brieffachanlagen oder Abgabebriefkasten ablehnt oder verweigert.

Herr Bundesminister! Wir hätten eigentlich erwartet, daß man mit der betroffenen Bevölkerung redet, bevor man diese Landbriefkästen aufstellt. Dies war nicht der Fall, und es war in Kärnten große Empörung über die Vorgangsweise der Post. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir uns im ländlichen Raum echt diskriminiert fühlen, daß wir einer solchen Vorgangsweise niemals zustimmen können und sie nicht zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der OVP.)*

Die sozialistische Bundesregierung hat in vielen Bereichen der Aussagen immer wieder darauf hingewiesen, daß sie eine Politik für alle machen wolle. Herr Bundesminister! Ich glaube, daß der ländliche Raum auch noch dazuzählt, und es läge an Ihnen, sich dieser Sache anzunehmen.

Herr Abgeordneter Ulbrich hat in seinen Ausführungen dem Herrn Bundesminister Fröhbauer für seine Tätigkeit gedankt. Ihnen hat er zugerufen, Sie sollen sich erst bewähren. Ich glaube, daß gerade bezüglich dieses Problems eine echte Bewährungschance gegeben

ist. Ich möchte Sie im Interesse des ländlichen Raumes und der Bevölkerung im ländlichen Raum ersuchen, zur Tat zu schreiten und sich zu bewähren. *(Beifall bei der OVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kammerhofer.

Abgeordneter **Kammerhofer** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir befassen uns heute mit der Beratungsgruppe X. Diese Beratungsgruppe beinhaltet die zwei größten Bundesbetriebe, und Sie, Herr Bundesminister, sind damit einer der größten Unternehmer Österreichs. Ihr Gesetzesauftrag ist klar und deutlich formuliert. Sie haben die Ihnen unterstellten Betriebe nach kaufmännischen und wirtschaftlichen Grundsätzen zu führen.

Durch das kürzlich im Parlament beschlossene Bundesbahngesetz wurden die Voraussetzungen geschaffen. Durch das neue Kompetenzgesetz werden auch die Agenden des Verkehrs in Ihr Ressort überstellt. Mit Gesamtausgaben von 31 Milliarden Schilling ist das ein Fünftel des Gesamtbudgets in der Höhe von über 148 Milliarden Schilling. Einen Großteil dieser Mittel für dieses aufgeblähte Inflationsbudget haben die Steuerzahler zu erbringen. Es kann also das Jahr 1974 als das Jahr der großen Schröpfung und Steuerbelastung bezeichnet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wirtschaftliche Lage und die Energiekrise gaben den Worten Sparsamkeit und Leistung wieder größere Bedeutung. Die heutige Debatte wird außerdem von der Energiekrise überschattet, und wir wissen nicht, was morgen sein wird.

Hohes Haus! Ich habe schon vorher angedeutet, daß das Kompetenzgesetz neue Aufgaben an Sie, Herr Bundesminister, hergetragen hat. Und wir werden sehr genau kontrollieren, wie Sie die Ihnen gestellten Aufgaben als Unternehmer aber auch als Politiker durchführen werden.

Besondere Aufmerksamkeit widme ich jetzt einigen mir sehr wichtig erscheinenden Punkten: Es sind dies das neue SPO-Verkehrskonzept, die Probleme der DDSG und der Ausbau des Telephonnetzes im ländlichen Raum sowie die Telephonmisere.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Im SPO-Verkehrskonzept ist unter dem Kapitel „Maßnahmen im Straßenverkehr“ eine Entliberalisierung des Güterverkehrs und eine Kontingentierung des Personenverkehrs vorgesehen. Im Budgetausschuß habe ich Sie gefragt, welche Maßnahmen sich hinter den Begriffen „Entliberalisierung des Güterverkehrs“ beziehungsweise „Kontingentierung des Personenverkehrs“ verbergen. Da Sie mir im Aus-

Kammerhofer

schoß diese Frage nicht beantworten konnten, erhoffe ich, daß Sie heute sehr gründlich auf dieses Problem, das uns mit Sorge besonders für die kleinen Verkehrsbetriebe erfüllt, eingehen.

In seinen einleitenden Erläuterungen zur Budgetvorlage stellte Finanzminister Doktor Androsch zum Thema Verkehr fest, die Bundesregierung bekenne sich zu einer Verkehrspolitik, die vom Recht des Menschen auf eine lebenswerte Umwelt ausgehe, wobei zugleich die Herstellung von verkehrsmäßigen Vorteilen nicht mit der Schaffung neuer Nachteile erkauft werden solle.

Diese Worte, Hohes Haus, kann man jederzeit unterstreichen. Leider stimmt jedoch die wohltonende Ankündigung schon allein mit den konzeptiven Absichten der Regierungspartei nicht überein, geschweige denn mit den zu erwartenden Auswirkungen in der Praxis.

Ich denke hiebei an das am 19. September vom Parteirat der SPÖ beschlossene Verkehrsprogramm, das ja ein Leitbild für Regierung und Verkehrsministerium sein soll. Dieses Verkehrsprogramm enthält Punktationen, vor deren Verwirklichung nicht früh genug gewarnt werden kann. Bei seiner Anwendung würde das Defizit der öffentlichen Verkehrsträger, insbesondere das der ÖBB, zementiert und von Jahr zu Jahr zu Lasten der Allgemeinheit vergrößert werden. Zugleich würde der Mensch im Verkehrsgeschehen, und zwar sowohl als Verkehrsunternehmer wie auch als Verkehrsteilnehmer, unnötigerweise dirigiert und Zwangsmaßnahmen unterworfen werden.

Hohes Haus! Das erste Verkehrskonzept, das je von einer Bundesregierung erstellt wurde, ist aus dem Jahre 1968. Sein Schöpfer war Bundesminister Weiß. Es gründete sich auf die Einsicht, daß in der Verkehrspolitik ordnende Eingriffe notwendig sind, daß aber grundsätzlich ein Höchstmaß an Wettbewerb und Marktwirtschaft erreicht und bewahrt werden soll. Vor allem aber sollte getrachtet werden, daß jeder Verkehrsträger, also etwa auch Bahn und Post, weitgehend das Ziel der Eigenwirtschaftlichkeit verfolgen.

Diesen volkswirtschaftlich vernünftigen und richtigen Zielsetzungen steht das neue SPÖ-Programm in unmißverständlicher Weise entgegen. Die staatliche Verkehrspolitik müsse in einer Verkehrsteilung durch besondere Schwerpunkte — wie steuerliche Maßnahmen, Beförderungsverbote und Kontingentierungen im Güter- und Personenverkehr — bestehen sowie in einer staatlichen Lenkung der Investitionen.

Dieses Programm — das darf ich anmerken — steht außerdem im krassen Widerspruch zu der Verkehrspolitik der EWG.

Die Beförderungssteuer, mit welcher der Straßenverkehr vor allem deshalb belastet wurde, um der Bahn einen Startvorteil zu verschaffen, hat in der Praxis der Bahn nichts gebracht, der Wirtschaft nur Lasten aufgebürdet und durch die berüchtigte 65-km-Grenze für die Fernverkehrssteuer zu unorganischen und widersinnigen Standortstrukturen des Transportgewerbes geführt.

Ähnliches wäre auch für die Zukunft zu erwarten und gilt etwa auch für die Beförderungsverbote, über die bereits schon einmal ein Verkehrsminister, und zwar Ihr deutscher Amtskollege Leber, gestolpert ist.

Gesellschaftspolitische Zielsetzungen, wie sie das SPÖ-Programm vorsieht, sind in diesem Ressort auch aus wirtschaftlichen Gründen abzulehnen. Ein Passus auf Seite 25 des Kapitels Straßenverkehr befaßt sich mit den gewerblichen Kleinbetrieben des Güter- und Personenverkehrs. Man wirft ihnen vor, daß sie unrationell arbeiten, und verlangt, daß daher die Bildung von Großbetrieben und genossenschaftlichen Zusammenschlüssen gefördert werden müsse.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade der Klein- und Mittelbetrieb im Straßengüterverkehr und Personenverkehr ist jene Verkehrssparte mit der höchsten Anpassungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft. Dies zeigt sich gerade jetzt wieder im Zeitpunkt der Treibstoffkrise.

Hohes Haus! Ein Wort gestatten Sie mir noch zum Gesamtproblem der Bundesbahnen. Das Problem der Bundesbahnen besteht doch auch heute noch letztlich darin, daß die ÖBB jahrzehntelang Instrument parteipolitischer und gewerkschaftlicher Interessenpolitik gewesen sind, die weniger auf wirtschaftliche Leistung als auf die Erringung und Erhaltung von Privilegien bedacht war, und daß es ungemein schwierig ist, hier ein Umdenken und damit auch eine den Erfordernissen der Zeit entsprechende Organisation und Einsatzbereitschaft zu erreichen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ein weiteres Problem wird der Bundesbahn im Jahre 1975 bei Einführung der 40-Stunden-Woche nach dem Arbeitszeitgesetz ins Haus stehen. Dies hat sogar den Herrn Abgeordneten Ulbrich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden wöchentlich 4000 Arbeiter notwendig sein werden, um dieselben Aufgaben erfüllen zu können. Im Ausschuß haben Sie, Herr Minister, diese Frage nicht beantwortet, und ich möchte Ihnen jetzt die Argumentation der SPÖ zum Arbeitszeitgesetz ersparen.

8972

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Kammerhofer

Die Grundaussage war jedenfalls damals, daß die Reduzierung der Arbeitszeit durch Rationalisierung aufgefangen werden könnte und kein Grund für Verteuerungen wäre. Bei Dienstleistungen wird dies kaum zutreffen. Dasselbe Problem wird Sie bei den anderen Ihnen unterstellten Betrieben treffen, und ich bin neugierig, woher Sie die Mittel für diese Rationalisierungen nehmen werden, da Ihr Amtsvorgänger, Herr Bundesminister Frühbauer, auf eine Anfrage von mir geantwortet hat, daß für die Einsparung einer Arbeitskraft 500.000 S bis 1 Million Schilling notwendig wären.

Hohes Haus! Im August des vergangenen Jahres wurde mit den drei Landeshauptleuten der Donau-Bundesländer ein Übereinkommen bezüglich der DDSG getroffen. Die Regierung hat es wieder einmal wunderbar verstanden, Aufgaben, die sie zu erfüllen hätte, an die Länder abzutreten. Der Stil des Herrn Bundeskanzlers, was ist der Bevölkerung dies und das wert, hat hier wieder einmal lustige Urständ' gefeiert. Nach diesem Abkommen übernehmen die drei Bundesländer die Hälfte der Kosten für ein neues Ausflugsschiff um etwa 40 Millionen Schilling. Der Bund hat nach diesem Abkommen das Defizit der DDSG zu tragen und hat versprochen, zwei weitere Kabinenschiffe zu finanzieren.

Der Auftrag für das Ausflugsschiff wurde bereits erteilt, und ich darf Sie fragen, wann mit der Auftragserteilung für die zwei Kabinenschiffe zu rechnen ist. Eine zu lange Prüfungs- und Beratungsfrist würde der DDSG bestimmt schaden, da die östlichen, besonders aber die russischen Boote bereits einen großen Vorsprung und Marktanteil in der Personen- und Transportbeförderung haben.

Ich will mich aber jetzt nicht über die Bedeutung der Donauschiffahrt verbreiten. Die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges für die österreichische Volkswirtschaft ist heute Gott sei Dank allseits anerkannt. Das von Jahr zu Jahr zunehmende Transportvolumen deutet an, welche Entwicklung nach Einsetzen des Rhein-Main-Donau-Verkehrs zu erwarten ist.

Die DDSG und KOSMOS haben heuer bis Ende Oktober über 2,4 Millionen Tonnen befördert. Im Donau-See-Verkehr wurde ein Rekordvolumen erzielt.

Der derzeitige Ausbau der Güterschiffahrt wird kaum ausreichend sein, um den Kapazitätsansprüchen der Zukunft gerecht zu werden. Für rechtzeitige und weitere Investitionen muß Vorsorge getroffen werden.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich möchte aber nicht nur kritisieren. Ich entnehme einer oberösterreichischen Zeitung von

heute, daß der postalische Schnellverkehr, der in Oberösterreich eingeführt wurde, sich bisher sehr gut bewährt hat. Dafür darf ich Ihnen danken, und ich hoffe, daß dieser „Schnellwählscheibenverkehr“ noch weiter ausgebaut werden wird.

Gestatten Sie mir noch eine wesentliche Kritik zum Ausbau des Telefonnetzes. Allein in Oberösterreich sind 50.000 Anschlußwerber für das Telefonnetz angemeldet. Der oberösterreichische Landeshauptmann hat, um die Wünsche dieser Werber möglichst rasch zu erfüllen, eine Vorfinanzierung in der Höhe von 50 Millionen Schilling bereitgestellt. Um die Unterschiedlichkeit der Anschlußgebühr von etwa 1000 S bis 50.000 S auszugleichen, wurden seitens der Oberösterreichischen Landesregierung geeignete Maßnahmen durch Beihilfen gesetzt.

Die Bildung von Telefongemeinschaften hat in vielen Fällen zu einer rascheren Versorgung der dortigen Bevölkerung geführt und damit den vielen Pendlern, Nebenerwerbsbauern und Fremdenverkehrsbetrieben die so notwendige und lebenswichtige Ausstattung mit Fernsprechmöglichkeiten gebracht.

Während in den Städten bei einem Telefonanschluß in den meisten Fällen ein Sprechbedürfnis zugrunde liegt, ist es im ländlichen Raum eine Lebensnotwendigkeit. Ich darf in diesem Zusammenhang nur einige Beispiele aufzählen: Die Herbeiholung des Arztes, des Tierarztes, der Feuerwehr, der Gendarmerie, der Hebamme und die vor allem so notwendigen Absprachen bei Maschinenringen. Ich darf Ihnen dazu sagen, daß die Telefonwerber außer der Bezahlung der Kosten noch bereit wären, diesbezüglich manche Arbeit in Eigenregie zu übernehmen.

Weiters darf ich massive Kritik anbringen, die — wie ich glaube — nicht unberechtigt ist. Bei Interventionen in den zuständigen Direktionen wird regelmäßig im ersten Antwortschreiben mitgeteilt: keine Kabel, im zweiten Antwortschreiben: keine Arbeiter, im dritten Schreiben: kein Geld, und im vierten und meistens letzten Schreiben: kein Kredit. Ich darf einen Punkt hinzufügen: Auch keine Ideen! Meine Begründung ist, daß die Oberösterreichische Landesregierung zwar die 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat, aber diese Mittel nicht ausgeschöpft wurden.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Eine Ihrer wesentlichen Aussagen im Budgetausschuß war, daß Wahlversprechen eingehalten werden müssen. — Darum bitte ich Sie und darüber hinaus die gesamte Bundesregierung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hietl.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, zu so später Abendstunde sehr kurz zu einigen Themen Stellung zu nehmen, um Sie nicht zu langweilen. Nachdem der Abgeordnete Alberer heute erklärt hat, die Bundesbahnen wären derzeit der weit aus sicherere Verkehrsträger als die Straße, darf ich die Gelegenheit benützen, um unseren Antrag, nämlich zur Hebung der Verkehrssicherheit auf Österreichs Straßen etwas zu tun, den wir bereits im Ausschuß eingebracht haben, hier noch einmal einzubringen. Da der Abgeordnete Alberer erklärt hat, die Straße wäre heute nicht mehr ein sicherer Verkehrsträger, nehme ich an, daß Sie unserem Entschließungsantrag dann sicherlich die Zustimmung geben dürfen.

Ich darf den Entschließungsantrag der Abgeordneten Ofenböck, Hietl und Genossen zur Verlesung bringen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ofenböck, Hietl und Genossen betreffend Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit auf Österreichs Straßen.

Laut Statistik haben in den letzten zehn Jahren etwa 20.000 Menschen auf Österreichs Straßen den Tod gefunden. Im selben Zeitraum gab es fast 500.000 Verkehrsunfälle mit Personenschaden. In letzter Zeit wird diese Situation immer bedrohlicher. Der Verkehrsminister stellt jedoch im Budget 1974 keinen Groschen zur Hebung der Verkehrssicherheit auf Österreichs Straßen zur Verfügung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehebaldigst einen Bericht über den Stand der Sicherheit auf Österreichs Straßen in Gegenwart und Zukunft zuzuleiten und ein Konzept zur Hebung der Verkehrssicherheit auf den Straßen auszuarbeiten und darin entsprechende Prioritäten zu setzen.

Im einzelnen sollten beispielsweise folgende Maßnahmen ergriffen werden: Werbung für die Verwendung von Sicherheitsgurten und Sturzhelmen, Verbesserung der Verkehrserziehung in den Schulen, gegenseitige Abstimmung von Lehr- und Prüfungsplänen bei der Lenkerausbildung, Erforschung der Unfallsursachen und so weiter.

Nun einige Worte zum Thema des heutigen Tages: Der Herr Bundesminister erklärte anläßlich der Budgetberatungen, daß das Telefon heutzutage zum täglichen Bedarf und damit zur Einrichtung gehört. Wir könnten uns mit Ihrer Erklärung, Herr Bundesminister, einverstanden erklären, würde dabei nicht ein wesentliches Merkmal fehlen, jenes nämlich, daß der Herr Minister und damit die Bundesregierung einerseits vom täglichen Bedarf des Telefons spricht und andererseits unseren Antrag, jedem Haushalt in Österreich einen Telefonanschluß zu gewähren, ablehnt.

Als Ablehnung müssen wir es deshalb, Herr Bundesminister, bezeichnen, weil bei der ersten Lesung unseres Antrages der Vorgänger des heutigen Verkehrsministers, Minister Fröhbauer, erklärte, dieser Antrag wäre überlegenswert, und er könnte sich vorstellen, daß man die darin enthaltenen Vorschläge auch in die Tat umsetzen könnte.

Herr Minister Lanc! Ich muß Sie daher auf Grund Ihrer Ausführungen im Finanz- und Budgetausschuß fragen: Sind Sie nicht bereit, das gezeigte Entgegenkommen, das Ihr Vorgänger uns gegenüber gezeigt hat, fortzusetzen, oder können Sie sich auf Grund der finanziellen Situation gegenüber Ihrem Herrn Finanzminister anscheinend nicht durchsetzen?

Herr Minister Lanc! Ich sehe mich veranlaßt, zu weiteren Erklärungen Ihrerseits im Ausschuß kurz Stellung zu beziehen. Stellung zu beziehen deswegen, weil Sie die Behauptung aufstellen, eine Unterstützung der Anschlüsse im ländlichen Raum wäre eine Benachteiligung der Bevölkerung in den Ballungszentren. Ja, es würde — so sagten Sie wörtlich — einer Subvention gleichkommen.

Herr Bundesminister! Hier kann ich Ihren Ausführungen nicht folgen, und zwar deswegen nicht, weil sie einfach nicht richtig sind. Im Gegenteil, ich muß diese Vorwürfe entschieden zurückweisen. Bedenken Sie doch einmal, daß in den Städten so wie in den sonstigen Ballungsräumen heute in jedem Haus ein Telefon zu finden ist und daher jeder Haushalt die Möglichkeit hat, in dringenden Fällen auf kürzestem Wege eine Verbindung überallhin zu erreichen; eine Möglichkeit, die im ländlichen Raum nicht zu finden ist. Unseren Einzelhöfen in den verschiedenen Teilen unseres Landes ist es nicht möglich, bei akuten Krankheitsfällen oder Unglücksfällen oder Vorkommnissen sonstiger Art einfach sofort einen Arzt oder am Bauernhof einen Tierarzt zu rufen, weil das Telefon fehlt und bis zur nächsten Sprechstelle ein weiter Weg zurückgelegt werden muß.

„Chancengleichheit für alle Österreicher“ hat sich diese Bundesregierung auf ihre Fahnen

Hietl

geheftet. Ich frage: Wo liegt hier die Chancengleichheit für die Bevölkerung im ländlichen Raum?

Damit, Herr Minister, zu argumentieren, daß die Amortisation in den Städten rascher vor sich geht als in den ländlichen Teilen des Landes, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Regierung ganz einfach nicht gewillt ist, dem ländlichen Raum Chancengleichheit gegenüber den Ballungszentren zu geben.

Zur Postzustellung kann ich mir, glaube ich, die weiteren Worte ersparen. Kollege Deutschmann hat sehr eindringlich darauf hingewiesen. Ich kann diese seine Worte nur unterstreichen und hoffen, daß wir beim Herrn Minister auch im Falle der Postzustellung für den ländlichen Raum Verständnis finden.

Nun noch ein Wort zum Donauausbau. Meine Vorredner haben zum Teil schon darauf hingewiesen. Der Herr Staatssekretär Veselsky hat hier vor einigen Tagen mit Verwunderung erklärt, kein Niederösterreicher nehme zu dem Donauausbau Stellung.

Nun, Herr Minister Lanc, ich darf Ihnen sagen, hier hat der Herr Staatssekretär — und Sie können ihm das mitteilen — etwas voreilig geurteilt. Auf Grund der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit werde ich nur mit wenigen Sätzen darauf eingehen.

Es dürfte Ihnen, meine Damen und Herren, ja bekannt sein, daß der Ausbau der Donau beziehungsweise der beabsichtigte Kraftwerksbau in Rossatz bei der Wachauer Bevölkerung und weit darüber hinaus lebhaftes Echo hervorgerufen hat.

Ich habe vor Jahresfrist an den Herrn Minister Frühbauer diesbezüglich eine Anfrage gerichtet. Der Herr Minister hat mir langatmig geantwortet, es würden alle Varianten zum Ausbau der Donau geprüft werden.

Nun prüft man schon sehr lange. Man wird getreu im Sinne des Regierungschefs dieses Hauses wahrscheinlich weiter prüfen, um nur ja keine Aussage machen zu müssen.

Wir aber, Herr Minister — und das bitte ich Sie, auch dem Herrn Staatssekretär mitzuteilen —, werden nicht nur prüfen, sondern wir werden in enger Zusammenarbeit mit unseren verantwortlichen Freunden in Niederösterreich, soweit es kompetenzmäßig möglich ist, auch Taten setzen.

Wir werden uns erstens für den Schutz des Erholungsraumes im Sinne eines florierenden Fremdenverkehrs einsetzen. Dabei sollen auch Investitionen getätigt werden, die im Rahmen des Möglichen genutzt werden können. Ebenso legen wir besonderen Wert auf die Erhaltung der kulturellen Werte. Nicht nur, daß wir da-

von reden, werden wir diese unschätzbaren Werte auch der Öffentlichkeit in Ausstellungen und dergleichen zeigen.

Zweitens werden wir für einen Ausbau der Wasserstraße Donau im Sinne der genannten Werte eintreten, und zwar so, daß bei jedem Ausbau der Wasserstraße das derzeitige Landschaftsbild erhalten bleibt. Wir sind uns bewußt, daß Österreich — und hier im besonderen Niederösterreich — am Rande des EWG-Raumes liegt und durch den Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals Gelegenheit geboten wird, auf dem Wassertransportwege einen günstigen wirtschaftlichen Anschluß an die EWG-Staaten zu erhalten. Dieser günstigen Chance, glaube ich, können wir uns nicht verschließen. Natürlich nur unter den Bedingungen der vorhin genannten Möglichkeiten.

Drittens werden wir allein schon aus wirtschaftlicher Rücksicht auf die Wachau, selbstverständlich auch im Interesse des Fremdenverkehrs, für eine Erhaltung der Intensivkulturen, die ja schließlich der Landschaft auch ihren lieblichen Reiz geben, eintreten. Wir sind uns bewußt, daß bei einigem guten Willen aller beteiligten Stellen eine Möglichkeit besteht, Schifffahrt einerseits, Landschaftspflege und Landschaftsbild andererseits in ein homogenes Verhältnis zu bringen. Widersprüche, meine Damen und Herren, können durch tragbare Kompromisse abgetragen werden.

Viertens. Die momentane Lage zeigt uns auch, wie wichtig in Österreich die Nützung aller Energieträger ist. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß wir sehr klar und objektiv die Lage betrachten müssen. Aber selbst bei Nützung aller wasserwirtschaftlichen Energiequellen darf nicht übersehen werden, daß nichts voreilig unternommen werden darf.

In diesem Zusammenhang bin ich auch der Auffassung, daß der Ausbau der Donauhäfen beziehungsweise der Hafenstandorte ohne größere Schwierigkeiten so gestaltet werden kann, daß durch die Erhaltung einer Auwald-Kulisse das Landschaftsbild entlang der Donau nicht wesentlich gestört wird. Durch wenige Durchstiche, meine Damen und Herren, wäre es möglich, den Hafen selbst durch Auwälder abzuschirmen, sodaß der Charakter der Landschaft erhalten bleibt und trotzdem der notwendige wirtschaftliche Ausbau der Donauhäfen je nach ihrer Frequenz erfolgen kann.

Abschließend darf ich noch auf den Ausbau der Donauschifffahrt zu sprechen kommen, der ja mit ein wirtschaftlicher Standpunkt der Donaulandschaft ist. Gemäß der Vereinbarung der Landeshauptleute von Wien, Niederösterreich und Oberösterreich — es wurde schon betont — sind diese drei Länder übereinge-

Hietl

kommen, die Hälfte der Kosten eines Kabinenschiffes in der Höhe von etwa 20 Millionen Schilling zu übernehmen. Der Bund wird die andere Hälfte — so nehme ich an — hier ebenso übernehmen, um die Möglichkeit zu erhalten, die Donauschifffahrt auszubauen.

Ich verweise ferner auch darauf, daß diese Landeshauptleutekonferenz ihren Beitrag davon abhängig macht, daß der Bund als Eigentümer der DDSG den laufenden Abgang der Personenschifffahrt in voller Höhe deckt und außerdem der DDSG ohne Belastung des Unternehmens die zum Bau von zwei Kabinenschiffen erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt. Diese Investition ist notwendig, um nicht auf Grund der Überalterung der Flotte die Passagierschifffahrt auf der Donau in Kürze zum Erliegen zu bringen.

Herr Minister! Nachdem auf der Straße die Sparmaßnahmen angelaufen sind, sorgen Sie dafür, daß auch in Zukunft gewährleistet ist, daß der Österreicher und mit ihm der Österreicherbesucher unsere herrliche Landschaft aus dem Schiff, auf dem Wasser bewundern kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Der von Herrn Abgeordneten Hietl eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Behandlung.

Zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Kostelecky.

Abgeordneter **Kostelecky** (SPO): Herr Präsident! Hohes Haus! Der erste Sprecher zu diesem Kapitel, Abgeordneter Ing. Gradinger, hat zwei Bemerkungen gemacht, wobei die zweite Bemerkung eine im fragenden Ton war. Ich darf mich vorerst einmal mit den zwei Bemerkungen beschäftigen.

Die erste Bemerkung war, daß Wien vor dem Krieg das modernste Verkehrsnetz gehabt hat, und es folgte die Frage: Was ist schon eine Schnellbahn, was sind zwei Stück Ustrabas? Ferner hieß es, man beginne nun den Bau der U-Bahn.

Ich darf feststellen: Wenn er sagt, daß wir vor dem Krieg das modernste Verkehrsnetz gehabt haben, dann ist das eine indirekte Anerkennung von Ihnen, Herr Ing. Gradinger, daß damals in Wien die Sozialisten sehr gut gewirtschaftet haben.

Bei der zweiten Frage, nämlich der, wo Sie gesagt haben, in Wien haben mehr als 50 Prozent aller Arbeitnehmer einen PKW, mit dem sie zu ihrer Arbeitsstätte fahren, was würde geschehen, wenn nun auf Grund der Ölkrise alle diese Autofahrer mit einem öffentlichen Verkehrsmittel fahren würden.

Ihr Zweifel ist mir sehr verständlich. Sie sagten: Ich glaube kaum, daß man diesen Andrang bewältigen wird können, denn einen solchen Andrang auf öffentliche Verkehrsmittel hat man in der letzten Zeit noch nicht zu bewältigen gehabt. Es ist klar, daß dann, wenn es ein Dauerzustand sein würde, natürlich durch Planung vorgesorgt werden müßte, damit wir auch diesen Ansturm bewältigen können.

Wenn es ein vorübergehender Ansturm ist, dann bin ich überzeugt, daß wir diesen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln einige Tage lang absolut bewältigen werden können, denn wir können jetzt schon beim Friedhofsverkehr am 1. November wesentlich mehr Verkehrsteilnehmer mit öffentlichen Verkehrsmitteln als sonst befördern.

Hohes Haus! Das Kapitel Verkehr ist umfangmäßig eines der größten Kapitel dieses Budgets und findet auch eine entsprechende Beachtung des Bundes ebenso wie von seiten der Bundesländer.

Galt einst die Bundesbahn überwiegend als Verkehrsmittel, das es den Menschen ermöglichen sollte, von Österreich in die angrenzenden Nachbarstaaten zu gelangen, so ist sie heuer mehr und mehr Verbindungsmittel von Stadt zu Stadt innerhalb unseres Staates geworden.

Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes bringt es mit sich, daß immer mehr Menschen nicht am Wohnort selbst arbeiten können, sondern täglich in entfernte Arbeitsgebiete wandern. Um diesem Teil der Bevölkerung so zu dienen, daß nicht allzuviel ihrer Freizeit verlorengeht, hat man schon vor Jahren mit Städteschnellzügen begonnen. Diese haben sich gut bewährt und erfreuen sich bei der Bevölkerung besonderer Beliebtheit.

Bei Verwirklichung des nächsten Schrittes in der Richtung, der Bevölkerung, die zu und von ihrer Arbeitsstätte täglich längere Wege zurücklegen muß, zu dienen, sind wir jetzt dabei, die hierfür notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Man kann mit den bisherigen Verkehrseinrichtungen keinesfalls die hunderttausend Einpendler in die wirtschaftlichen Ballungsräume zufriedenstellend bedienen, wenn nicht die Verwaltungskörperschaften rund um den Ballungsraum gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrseinrichtungen unternehmen.

In diesem Zusammenhang freut es mich, feststellen zu können, daß für den größten Ballungsraum unseres Staates, für die Bundeshauptstadt Wien und seine angrenzenden Bundesländer Niederösterreich und Burgenland, ein Grundsatzübereinkommen am

8976

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Kosteiecky

12. September dieses Jahres zwischen dem Minister für Finanzen und dem Minister für Verkehr einerseits und den Landeshauptleuten der Bundesländer Burgenland und Wien andererseits abgeschlossen wurde.

Der Landeshauptmann von Niederösterreich hat sich zu diesem Grundsatzübereinkommen vor wenigen Wochen ebenfalls positiv geäußert, und ich hoffe, daß auch Niederösterreich diesem Übereinkommen in Kürze beitreten wird.

Das Grundsatzübereinkommen sieht die Beteiligung der Republik Österreich und der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland am Verkehrsverbund unter anteilmäßiger Beteiligung vor.

Die Beteiligung selbst soll an einer Verbundgesellschaft erfolgen. Die Aufgabe der Verbundgesellschaft wird es sein, unternehmensneutral, interessenneutral und wettbewerbsneutral vorzugehen und sich ausschließlich von der Notwendigkeit eines optimalen Verkehrsangebotes leiten zu lassen zum Wohle jener 140.000 Ein- und Auspendler dieses großen Ballungsgebietes.

In dieser Hinsicht ist zu erwarten, daß die Österreichischen Bundesbahnen das Schnellbahnnetz jetzt möglichst rasch erweitern. Zum Zwecke der Erweiterung des Schnellbahnnetzes sind im Budget 1974 150 Millionen Schilling vorgesehen. Auch haben wir vor wenigen Tagen im 2. Budgetüberschreitungs-gesetz 30 Millionen Schilling für den Ausbau der Schnellbahn beschlossen. Diese 30 Millionen Schilling werden allein für die Strecke Landstraße—Schwechat/Flughafen verwendet.

Unter Verkehrsminister Weiß konnte ich bei einer mündlichen Anfrage betreffend den Ausbau der Schnellbahnstrecke Landstraße—Schwechat/Flughafen keinerlei positive Antwort erhalten, und wir konnten daraus sehr deutlich seine Einstellung hören: Wien werden wir doch nichts schenken!

Am 14. August 1970 habe ich auf eine schriftliche Anfrage an den Herrn Minister Fröhbauer die Zusicherung erhalten, daß auf diesem Streckenteil bereits die notwendigen Vorarbeiten begonnen werden und 350 Millionen Schilling dafür erforderlich sind. Umso erfreulicher ist es für mich, feststellen zu können, daß an der Strecke Landstraße—Schwechat/Flughafen zügig gearbeitet wird.

Wollen wir, Hohes Haus, gemeinsam hoffen, daß die wirtschaftliche Entwicklung unserer Heimat keine Unterbrechung erfährt, damit es uns gemeinsam möglich ist, die auf uns zueilenden Probleme auch zügig zu lösen.

Meine eigenen Beobachtungen beim Ausbau des mir als Wiener Abgeordneten besonders

am Herzen liegenden Teiles der Schnellbahn nach Schwechat/Flughafen machen es mir leicht, dem Kapitel Verkehr des Budgets 1974 meine Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der SPO.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Lanc.

Bundesminister für Verkehr **Lanc:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der erste Redner in der rund fünfstündigen Debatte zum Verkehrsbudget, Herr Abgeordneter Gradinger, hat hier erklärt, daß es bisher keine österreichische Verkehrspolitik gegeben hat. Er steht hier offenbar im Gegensatz zu anderen, nach ihm sprechenden Rednern seiner Fraktion, die mehrmals ein Generalverkehrskonzept der ÖVP erwähnt haben. Ich darf mich aber in diesem Falle der Ansicht des Herrn Abgeordneten Gradinger anschließen und meine, daß das Verkehrskonzept, das die SPO beschlossen hat, die bisher einzige umfassende verkehrspolitische Arbeit in Österreich ist, die veröffentlicht wurde.

Im Finanzausschuß wurde ich bei der Behandlung des Kapitels Verkehr über dieses Verkehrskonzept der SPO gefragt. Ich habe dort gesagt, daß es ein politisches Programm ist, daß sich aber die Verwaltung, zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt, auf Grund von Gesetzen vollzieht; gleiches gilt natürlich auch für die Behandlung des Bundesfinanzgesetzes, also des Budgets.

Jedenfalls liegen aber die Probleme, das sagte ich dort, auch im Detail. Und solche Details könne kein einziges Programm liefern; es würde ja viel zu umfangreich werden.

Ich halte es daher für nicht fair, wenn hier Herr Abgeordneter Gradinger den Eindruck zu erwecken versucht hat, daß er mich wörtlich aus den Verhandlungen des Budgetausschusses zitiert. Ich darf zu diesem Punkt nur feststellen, daß sein von hier aus gebrachtes Zitat falsch ist. Im übrigen ist es gar nicht möglich, ein wörtliches Zitat zu bringen, weil ja bekanntlich im Finanzausschuß keine stenographischen Aufzeichnungen geführt werden. *(Abg. Mitterer: Lanc, die Mimose!)* Ich bin keine Mimose, Herr Kollege Mitterer, sondern ich stelle das ganz nüchtern fest, daß es eben ... *(Zwischenruf des Abg. Mitterer.)* Bitte schön, ist es fair? Ja, ist es fair? Dann haben wir verschiedene Ansichten über Fairneß!

Neuerdings wird versucht — das ist auch in der heutigen Debatte mehrmals geschehen —, durch Teilzitate aus dem Verkehrsprogramm der SPO das Gespenst des Verkehrsdirigismus an die Wand zu malen.

Bundesminister Lanc

Ich möchte dazu eine ganz klare und eindeutige Feststellung treffen: Auch der Verkehrsmarkt muß und wird ein Markt bleiben. Und es wird keine österreichische Verkehrspolitik geben, die sich nicht überlegt, wo und wann man wieviel in die einzelnen Verkehrszweige investiert. Denn ohne solche Überlegungen gibt es meiner Auffassung nach überhaupt keine moderne Verkehrspolitik. Ich sehe aber zwischen diesem Gebot und dem Gebot des Verkehrsmarktes und seiner Aufrechterhaltung durchaus keinen Widerspruch, sondern das ist eine Frage einer sinnvollen Kombination und Koordination.

Ich möchte aber zur Frage des Verkehrsmarktes mit aller Deutlichkeit sagen: Wenn man sich zum Verkehrsmarkt bekennt, dann muß man sich auf diesem Markt auch zu gleichen Wettbewerbsbedingungen bekennen. Das eine ohne das andere wird wohl nicht gehen.

Es ist in der Debatte die Frage des Umsteigens von Personenkraftwagen auf die Bahnen angeschnitten worden. Das betrifft ja nicht nur die Österreichischen Bundesbahnen, sondern auch die Städtischen Verkehrsbetriebe, wo solche existieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur, um keinen falschen Eindruck in der Öffentlichkeit entstehen zu lassen, sagen, daß es selbstverständlich in all diesen Betrieben gerade auf Grund der ungünstigen Frequenzentwicklung in den letzten Jahren bei den öffentlichen Verkehrsunternehmen hinsichtlich des Personentransportes und in geringerem Ausmaß auch hinsichtlich des Gütertransportes Kapazitätsreserven gibt. Sie gibt es aber nicht zu den Zeiten der Spitzenbelastung dieser Verkehrsmittel.

Die Ertragslage der personenbefördernden öffentlichen Verkehrsmittel hat sich ja gerade dadurch in den letzten Jahren so prekär entwickelt, daß es galt, für den Spitzenverkehr, vor allem für den Berufs- und Schulverkehr, hohe Kapazitäten zu schaffen, die dann tagsüber nicht oder nur sehr ungenügend nutzbar sind.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage, ob und inwieweit ein vermehrter Verkehrsanfall bei den öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen sein wird, zu sehen.

Ich möchte aber mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir sofort nach Eintritt der Energieverknappung und der darauf fußenden Maßnahmen unserer Nachbarländer, etwa der Bundesrepublik mit der Einstellung des Individualverkehrs am Sonntag, versucht haben, soweit es geht, im Interesse der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft sowohl bei Bahn als auch bei Post jene Kapazitäten, die im Spitzenverkehr unter der Woche zur Ver-

fügung stehen, für zusätzliche Sonntagsleistungen zur Verfügung zu stellen. Bedauerlicherweise ist es trotz Bemühungen, dafür auch deutsche Reisebüros zu interessieren, nicht gelungen, diese angebotenen Verkehrsmittel mit entsprechender Frequenz durch deutsche Gäste zu besetzen.

Hohes Haus! Es ist hier — erfreulicherweise in dieser Form nur von einem Debattenredner — neuerlich das Problem Schiene — Straße in einer Form aufgeworfen worden, die, wie ich glaube, nicht zielführend ist. Ich meine, daß beide Verkehrsträger, die Bahnen wie der Straßenpersonen- und der Straßengüterverkehr, gebraucht werden, daß daher beide leben müssen, daß — dies möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen — aber auch beide Zug um Zug annähernd gleiche Finanzierungsbedingungen für ihren Betrieb vorfinden müssen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich komme damit zu dem auch vom Herrn Abgeordneten Stix angeschnittenen Problem der Kapitalzufuhr bei den Österreichischen Bundesbahnen. Auch einige andere Abgeordnete haben sich mit den Investitionsproblemen der Österreichischen Bundesbahnen beschäftigt. Ich will nicht auf jene Argumentation eingehen, die hier meint, die Stabilisierungsquote sei ein Täuschungsmanöver des Finanzministers. Ich glaube kaum, daß irgend jemand dem Finanzminister oder einer Bundesregierung zumuten kann, im Hause ein Budget vorzulegen — und Teil dieses Budgets ist ja auch die Stabilisierungsquote —, das der Täuschung dient. Ich glaube eher, das war eine verbale Entgleisung, wie sie manchmal passieren kann. Ich möchte nur die Dinge auch in diesem Zusammenhang ins rechte Licht zurückrücken.

Nun zu der Frage der Investitionen selbst. Als diese Bundesregierung noch als Minderheitsregierung im Jahre 1970 und dann ab 1971 gestützt auf eine parlamentarische Mehrheit ihre Arbeit aufgenommen hat, gab es im Budget 1970 für das Personal der Österreichischen Bundesbahnen knapp 9,5 Milliarden Schilling, für den Sachaufwand 2,8 Milliarden und für die Investitionen knapp 1,9 Milliarden Schilling. Mittlerweile ist es so, daß im Budget 1974, ausgehend von der Basis 1970, die wir von der ÖVP-Bundesregierung vorgefunden haben, der Personalaufwand um 43 Prozent höher dotiert ist, der Sachaufwand um 38 Prozent und der Investitionsaufwand um 35 Prozent höher dotiert ist als 1970, und zwar, wenn ich nur rein das Grundbudget hernehme. Mit 45 Prozent der Stabilisierungsquote, die nach Artikel IIa des Bundesfinanzgesetzes — das ist in diesem Falle eindeutig der Formulierung zu entnehmen — so gut wie freigegeben ist, erhöht sich diese Investitions-

Bundesminister Lanc

ratensteigerung 1974 gegenüber 1970 um 41 Prozent und, wenn die volle Stabilisierungsquote zur Ausschüttung gelangt, um 89 Prozent gegenüber dem Zeitpunkt, in dem zuletzt eine ÖVP-Bundesregierung und ein ÖVP-Verkehrs- und -Finanzminister dafür die Verantwortung getragen hat.

So sehen die Dinge, so sieht die Entwicklung der Investitionspolitik bei den Österreichischen Bundesbahnen tatsächlich aus und nicht so, wie man es hier darzustellen versuchte.

Wenn man darauf hinweist, daß ein so hoher Teil der heute im Budget vorgesehenen Investitionsmittel zur Rückzahlung von vorher eingegangenen Verpflichtungen für frühere Investitionen herangezogen werden mußte, dann bitte sich auch einmal zu überlegen, von welcher Zeit her die glorreichen Ideen rühren, die da zum Ausdruck brachten, man bräuchte nur vorzufinanzieren und nur fremd zu finanzieren, dann könnte man die Investitionsprobleme der Bundesbahnen schon lösen.

Ja sicherlich so lange, als dieser Finanzierungszeitraum währt. Aber dann kommt einmal der Zahltag, und wir müssen eben jetzt das zurückzahlen, was früher an Verbindlichkeiten eingegangen worden ist, und dadurch steht vom Gesamtinvestitionsvolumen weniger zur Verfügung, als sicherlich uns allen lieb wäre.

Ich möchte aber doch noch auf einen Umstand hinweisen. Man kann nicht unbedingt Kritik üben an mangelnden Investitionen und sich auf der anderen Seite als Redner der gleichen Partei, die diese Kritik übt, etwa in einer Formulierung ausdrücken, wie es, glaube ich, Herr Abgeordneter Kammerhofer getan hat, indem er dieses Budget als aufgeblähtes Inflationsbudget bezeichnet hat. Denn man kann nicht auf der einen Seite sagen, in diesem Budget seien zuwenig Investitionsmittel enthalten, und auf der anderen Seite feststellen, es werde zuviel investiert, es sei das Budgetdefizit zu groß und daher komme das Budget seinen stabilitätspolitischen Aufgaben nicht entsprechend nach. Hier wird also, glaube ich, die Widersprüchlichkeit dieser Argumentation der Opposition deutlich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Frodl hat in seinem Debattenbeitrag behauptet, ich hätte erklärt, daß die Nebenbahnen eingestellt werden sollen. Ich glaube, auch hier kann es sich nur um eine ungenaue Ausdrucksweise gehandelt haben. Ich kenne Herrn Abgeordneten Frodl als einen sehr seriösen Debattenredner, dennoch: Diese seine Äußerung ist in der Öffentlichkeit gefallen, ich muß sie daher richtigstellen.

Der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen hat, was sein gutes Recht und seine Pflicht auf Grund des Bundesbahngesetzes ist, Einstellungsanträge für 28 Nebenbahnlinien in Österreich bei der zuständigen Behörde, also in der Sektion II des Verkehrsministeriums, gestellt.

Ich glaube, die Person des Generaldirektors der Österreichischen Bundesbahnen bietet die Gewähr dafür, daß ihm nicht unterstellt wird, daß ich ihn zu dieser Vorgangsweise aus politischen Motiven inspiriert hätte oder daß ich ihn manipulierte. Bleibt also nur die nüchterne Tatsache, daß der Vorstand dem nachgekommen ist, was er für seine Pflicht hält. Unsere Pflicht ist es zu prüfen, ob diese Einstellungsanträge entsprechend begründet sind oder nicht.

Eine dritte Frage ist es, zu welchen politischen Entschlüssen und Beschlüssen in dieser Frage die Bundesregierung kommt. Gerade in der jüngsten Besprechung der Bundesregierung mit den Mitgliedern der Landesregierung Niederösterreich über Fragen der Grenzlandförderung ist eindeutig festgestellt worden, daß an eine solche Einstellung der Nebenbahnen nicht gedacht werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Problem des ungenügenden Ausbaues von Teilen des Bundesbahnnetzes ist auch das Problem der Aspangbahn angeschnitten worden.

Ich darf eindeutig feststellen, daß der Ausbauftrag für den Ausbau der Aspangbahn bereits ergangen ist. Auf der Preisbasis 1972 waren die Kosten für diesen Ausbau mit 105 Millionen Schilling geschätzt. Es liegen bisher Zusagen beziehungsweise Einzahlungen in der Höhe von 20 Millionen Schilling aus der Steiermark durch die Elin und durch die Landesregierung vor, und es ist in dem vom Hohen Hause vor kurzem beschlossenen 2. Budgetüberschreitungsgesetz 1973 ebenfalls ein Betrag von 25 Millionen Schilling aus Bundesmitteln für den Ausbau der Aspangbahn gewidmet. Wir werden daher diesen Ausbau durchführen und entsprechend den Vereinbarungen mit der daran besonders interessierten Elin so rechtzeitig mit dem Ausbau fertig werden, daß die vorgesehenen Transporte der Firma durchgeführt werden können.

Ich möchte mich dann einem weiteren Problem zuwenden, und zwar dem Problem der Tarife. Wenn hier behauptet wurde, daß die Tarife stärker gestiegen sind als die Preise in der privaten Industrie, so ist das einfach falsch. 1967 bis heute sind Post- und Telephongebühren unverändert, und daran allein mißt sich schon der Wahrheitsgehalt solcher Behauptungen. Denn was sonst ist preislich unverändert geblieben?

Bundesminister Lanc

Die jetzige Erhöhung der Bundesbahngütertarife, die im Hauptausschuß des Nationalrates beschlossen worden ist, beträgt auch nicht 6,4 Prozent, sondern im Durchschnitt 4 Prozent, in den höchsten Sätzen 6,4 Prozent. Aber bei sehr wichtigen Gütern, die auf der Bahn transportiert werden, wie Brennstoffen und Milch, nur 1,1 Prozent.

Man soll also nicht den Eindruck erwecken, die Erhöhung sei höher ausgefallen, als sie tatsächlich ausgefallen ist. Man soll auch nicht den Eindruck zu erwecken versuchen, daß es sich hier etwa um eine Erhöhung handelt, die in irgendeiner Weise wesentlich auf das Preisniveau durchschlagen könnte.

Im übrigen hat die seinerzeitige Vorsteuerentlastung mit Jahresende 1972 — hier handelt es sich ja nur um eine Aufholbewegung — dafür nicht auf die Preise in dem Sinne durchgeschlagen, daß sie vielleicht damals aus diesem Grund niedriger geworden wären.

Was soll man auch von einer Behauptung, daß von den Preisen her, zu denen man einkauft, Tarifierhöhungen nicht notwendig sind, halten, wenn, was nun einmal Tatsache ist, die nachrichtentechnische Industrie, die für den Telefonausbau, den Netzausbau wichtig ist, sicherlich aus guten Gründen — nach Prüfung durch die Paritätische Kommission — ihre Preise, die Preise für ihre Dienstleistungen in den letzten eineinhalb Jahren und nicht seit 1967 um 15 Prozent erhöhen mußte?

All diese Investitionen sollen wir nun bewältigen mit Tarifen, die nicht etwa denen von Nachbarländern wie der Schweiz und der deutschen Bundesrepublik entsprechen, die nicht dem Einkommensunterschied zwischen diesen Ländern und unserem Land Rechnung tragen, sondern hier handelt es sich zum Teil um Relationen 1:3 gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, wo man sich schon wieder überlegt, die Telefongebühren zu erhöhen.

Bei dieser Sachlage ist es wohl nicht glaubhaft, Tarifierhöhungswünsche auf diesem Gebiet als etwas hinzustellen, was dieser Bundesregierung gerade eingefallen ist, was aber nicht notwendig ist, sondern es gilt, den Ausbau des Telefonnetzes, und zwar sowohl der Sprechmöglichkeiten als auch der Anschlüsse für die Telephonenteilnehmer, die noch warten, zu finanzieren.

Es gilt aber auch — das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen — die Arbeitsplätze einer wichtigen, hochqualifizierten österreichischen Industrie zu sichern. Es gilt konkret auch die Arbeitsplätze von ITT, Kapsch, Schrack und Siemens damit abzusichern. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Telephoninvestitionen im ländlichen Raum und dem Klagelied, daß dafür nichts geschehen sei.

Die Post- und Telegraphenverwaltung hat schon bisher und ohne ein eigenes Finanzierungsgesetz alles unternommen, um den Ortsnetzausbau im ländlichen Raum zu forcieren. So wurden in den letzten Jahren in den Bundesländern, ausgenommen Wien, nur 30 Prozent der Mittel für den Ortsnetzausbau in Stadtgebieten und 70 Prozent im ländlichen Raum investiert. Wenn Sie die Kopfquoten der in den Städten und auf dem Land Wohnenden nehmen, dann werden Sie sehen, daß hier deutlich eine Bevorzugung des ländlichen Raumes vorgenommen worden ist.

Die Frage, die wir im Finanz- und Budgetausschuß diskutiert haben, ist ja, wie weit man auf diesem Gebiet gehen kann. Ich habe mir erlaubt, hier doch auch die Amortisationszeiten für Fernmeldeinvestitionen in verschiedenen Gebieten Österreichs anzuführen. Da ist es halt nun einmal so, daß sich die Telephoninvestitionen für die Anschlußgemeinschaft Windhaag in Oberösterreich erst nach 25½ Jahren, die Telephoninvestitionen in St. Pölten aber bereits nach vier Jahren und in Wiener Neustadt bereits nach drei Jahren amortisieren. Das ist eine wirtschaftliche Tatsache, die man nicht einfach wegdiskutieren kann, die man berücksichtigen muß, denn sonst könnten ja städtische Abgeordnete auch einmal sagen: Bitte, warum geschieht das so? Warum geschieht für unsere Bevölkerung nichts? Warum muß hier subventioniert werden?

Jede andere Art der Finanzierung kann ja nur aus dem Steuertopf oder aus dem Gebührentopf kommen.

Wie immer der Ausgleich geschaffen wird, letzten Endes ist es stets ein Ausgleich zugunsten der ländlichen Bevölkerung und natürlich bis zu einem gewissen Grad zu Lasten der städtischen Bevölkerung. Das ist in einem gewissen Ausmaß vertretbar, und dazu bekennen wir uns — bis zu einem gewissen Grad. Aber das kann nicht ins Uferlose gehen. Dies kann außerdem nicht mit der kritischen Feststellung verbunden werden, daß die Tarife überhaupt unverändert bleiben müssen. Da stimmt etwas nicht ganz zusammen, und darauf wollte ich doch auch hingewiesen haben.

Ein Wort noch zur Situation und Finanzierung der DDSG. Der Ministerrat hat diesem notleidenden Unternehmen — notleidend auch über vier Jahre ÖVP-Regierung hinweg — mit Beschluß vom 14. März 1972 eine solide Gesundungsbasis gegeben und führt

8980

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Bundesminister Lanc

seither 350 Millionen Schilling in einem fünfjährigen Zeitraum dem Unternehmen zu, wobei bereits 1972 ein Betrag von 55,5, 1973 ein solcher von fast 86 und 1974 ein solcher von 89 Millionen Schilling vorgesehen ist.

Damit haben wir die staats- und wirtschaftspolitische Bedeutung unserer Schifffahrtsgesellschaft nicht nur verbal unterstrichen, sondern sie auch finanziell unterstützt und dadurch den dort Bediensteten die nötige Sicherheit für Bestand und Erfolg ihres Betriebes gewährleistet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum hier angeschnittenen Problem elektrische Energie. Nach Mitteilung des Bundeslastverteilers ist die voraussichtliche Erzeugung im Dezember einschließlich Anlieferungen von außen um 15 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, während ein Verbrauchszuwachs von 7 bis 8 Prozent prognostiziert ist.

Daher bestand bisher und besteht auch derzeit kein Grund dafür, das zu tun, was voriges Jahr im Dezember getan werden mußte, nämlich einen Notstand auszurufen.

Ich möchte aber auch von dieser Stelle aus mit aller Deutlichkeit sagen, daß trotzdem keinerlei Verschwendung Platz greifen soll, sondern daß vernünftig von dem, was zur Verfügung steht, Gebrauch gemacht werden soll, daß dort, wo es ohne wesentliche Einschränkung möglich ist, auch eingespart werden soll, weil solche Einsparungen sicherlich angenehmer sind als verpflichtend vorgenommene, genau festgelegte. Ich bin davon überzeugt, daß die Österreicher reif genug sind, das zu erkennen. Das haben sie auch während der letzten zwei Wochen auf dem Gebiete des Stromverbrauches unter Beweis gestellt.

Ich glaube daher, daß Einschränkungen nur dann vorgenommen werden sollen, wenn es notwendig ist, keinesfalls aber aus irgendeiner politischen Optik heraus.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es wird immer wieder gesagt: Ja wir sind doch keine Insel der Seligen. Richtig, das sind wir nicht, das können wir auch nicht sein. Aber wir brauchen uns auch dafür nicht zu genieren, wenn es uns einmal ein bißchen besser geht als den Leuten in Zürich oder in Den Haag, denn dort hat man 1945 bis 1947 sicherlich wesentlich besser gelebt als bei uns, zu einer Zeit, als wir gehungert und gefroren haben. Deswegen haben sich die Bewohner dieser Länder — völlig zu Recht, wie ich glaube — auch nicht selber die Brust zerfleischt, und auf dieser Linie sollten auch wir uns bewegen, nämlich dann, wenn es eine echte Mangelsituation gibt, dieser Situation Rechnung tragen, keineswegs aber zu einem Zeitpunkt, wo sie nicht gegeben ist, irgendwelche voreilige

Beschlüsse fassen, die schließlich und endlich — jede Einschränkung bringt das notwendigerweise mit sich — schwerwiegende wirtschaftliche Auswirkungen für jeden einzelnen Staatsbürger, insbesondere aber für die österreichische Wirtschaft haben und haben müssen. Siehe Auswirkung des Sonntagfahrverbotes in Deutschland auf den Fremdenverkehr in Westösterreich.

Hohes Haus! Das Verkehrsressort hat rund 140.000 Bedienstete und mehrere große Dienstleistungsbetriebe. Die Beamten, die Arbeiter und Angestellten bei der Post, den Bundesbahnen, in der Schifffahrt, Luftfahrt und in der Flugsicherung vollbringen wirklich große und in vielen Fällen von der Öffentlichkeit gar nicht wahrnehmbare, aber lebenswichtige Leistungen für jeden Staatsbürger und für die gesamte Wirtschaft.

Auch wenn dort oder da — das ist bei einem großen Betrieb unvermeidlich — Unzukömmlichkeiten durch einzelne Fehlleistungen festgestellt werden, würde es die überwiegende Mehrheit dieser Bediensteten nicht verdienen, deswegen in der Öffentlichkeit ein schlechtes Image zu bekommen oder eine ungerechte Wertung ihrer Leistungen zu erfahren.

Wir werden daher so wie bisher und noch in verstärktem Ausmaß mit Betrieb und Betriebsführung einerseits und der Personalvertretung andererseits alles unternehmen, um eine weitere Verbesserung der Leistungen dieser Betriebe zu erreichen, dies nicht nur im Interesse der Wertung der Bediensteten dieser Betriebe in der Öffentlichkeit, sondern vor allem auch im Interesse der Kunden dieser Betriebe, und das sind fast alle Staatsbürger unseres Landes. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter Glaser (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer die Ziffern des Budgets, insbesondere für das Kapitel Verkehr einschließlich Österreichische Bundesbahnen liest, wird verstehen, daß Herr Minister Fröhbauer froh war, als ihn seine Freunde nach Kärnten gerufen haben und er damit die Verantwortung für das Verkehrswesen in Österreich abgeben konnte. Denn sicherlich wird sich Herr Minister Fröhbauer an jene Reden erinnern haben, die er und Abgeordneter Ulbrich in früheren Jahren als Oppositionsabgeordnete von diesem Rednerpult aus gehalten haben. Reden, in denen ganz andere Forderungen, ganz andere Erklärungen zu hören waren.

Daß sich der derzeitige Verkehrsminister Lanc in dieser Frage etwas leichter tut, ist insofern verständlich, als Sie, Herr Minister

Glaser

— seien Sie mir nicht böse, wenn ich das feststelle —, sich ja erst seit drei Monaten mit Problemen des Verkehrs befassen und daher von all dem, was Ihre Freunde seinerzeit gefordert und verlangt haben, ziemlich unbelastet sind.

Daß Sie hier wirklich unbelastet sind, beweist mir jene Erklärung von Ihnen, in der Sie meinten, Sie hätten deshalb so wenig Geld für Investitionen, weil Sie Schulden aus der OVP-Zeit zurückzahlen müssen. Herr Minister Lanc! Ist Ihnen nicht in Erinnerung, daß es knapp ein Jahr her ist, daß wir sowohl im Ausschuß wie hier im Plenum sehr lange Diskussionen darüber hatten, ob die 500 Millionen Schilling, die voriges Jahr den Österreichischen Bundesbahnen außerbudgetär für Investitionen zur Verfügung gestellt wurden, ins Budget kommen oder nicht? Per saldo wurden sie zur Verfügung gestellt, und auf gut deutsch ausgedrückt heißt das: 500 Millionen Schilling vom Vorjahr müssen eben zurückgezahlt werden. Das ist ein Teil jener Schulden, Herr Minister Lanc, von denen Sie zweifellos gesprochen haben, auch wenn Sie es nicht so deutlich ausgedrückt haben.

Da hilft kein Reden und kein Deuten: Das Budget für das Verkehrswesen, vor allem aber das für die Österreichischen Bundesbahnen, ist das schlechteste, das es je gab!

Die Abgeordneten Ing. Gradinger und Doktor König haben auf eine Reihe von Einzelheiten hingewiesen. Wir alle und auch — wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie das zugeben — Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite dieses Hauses, müssen doch wirklich mit Sorge erfüllt werden, wenn wir daran denken, wie es mit der Rationalisierung, mit der Modernisierung, Elektrifizierung und so weiter vor allem der Österreichischen Bundesbahnen weitergehen soll.

Was nützt denn jenes schöne Investitionsprogramm, das im Vorjahr für fünf Jahre erstellt wurde, wenn wir nun feststellen müssen, daß im Normalbudget nicht ein einziger Schilling für die Anschaffung einer neuen Lokomotive, für die Anschaffung eines neuen Waggons, auch nur eines einzigen neuen Waggons, enthalten ist?

Auch hier darf ich den Herrn Verkehrsminister korrigieren. Er sagte sinngemäß etwa folgendes: Verschiedene Summen für Investitionen sind aus der Stabilisierungsquote so gut wie freigegeben.

Meine Damen und Herren! Dem Herrn Finanzminister Dr. Androsch hat diese Erklärung — vielleicht haben Sie das beobachtet — nur einen Lacher gekostet. Das ist eine völlige Fehlinterpretierung durch den Herrn Verkehrsminister, denn wenn es sich

um so gut wie freigegebene Beträge handelte, würde sich doch die Frage erheben, warum dann diese Beträge nicht im normalen Budget stehen. Warum ist denn vorgesehen, daß es eines eigenen Gesetzes bedarf, um entsprechende Beträge überhaupt freizubekommen? (Beifall bei der OVP.)

Meine Damen und Herren! Über die Tatsache, daß für Investitionen — ich wiederhole nochmals gerade für die Eisenbahner auf der linken Seite dieses Hauses —, daß für eine neue Lokomotive, für einen neuen Waggon nicht ein einziger Schilling im Budget vorgesehen ist, kommen Sie nicht hinweg!

Herr Bundesminister Lanc hat den gestern mit der sozialistischen Mehrheit im Hauptausschuß gefaßten Beschluß auf Erhöhung der Gütertarife hier ebenfalls zu bagatellisieren versucht. Ich erinnere mich sehr gut, meine Damen und Herren, daß Sie früher Tarifierhöhungen von 2, 3, 4 Prozent, überhaupt Erhöhungen nur um Groschenbeträge, ganz anders beurteilt haben, als Sie es derzeit von der Ministerbank aus beziehungsweise als Regierungsvertreter tun.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auf eine Tatsache noch ganz besonders hinweisen. Im Sinne der „Preisstabilisierungsmaßnahmen“ der österreichischen Bundesregierung hat Herr Minister Lanc im Verkehrsausschuß auch angekündigt, daß eine entsprechende Erhöhung der Fernmeldegebühren, vor allem der Telephonegebühren, vorgesehen ist. Lediglich über das Ausmaß könne er im Augenblick noch nichts sagen. Vielleicht wird jetzt wieder der Herr Verkehrsminister sagen: Ein Zitieren aus dem Ausschuß ist nicht möglich, weil dort kein stenographisches Protokoll geführt wird. Sicherlich, das ist richtig. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß man den Abgeordneten zumindest der Österreichischen Volkspartei schon zutrauen darf, daß sie in der Lage sind, sich im Ausschuß entsprechende Notizen zu machen. Wenn ich boshaft wäre, Herr Abgeordneter Häuser, möchte ich sogar sagen: Einen Großteil der Reden des Herrn Verkehrsministers Lanc wäre ich in der Lage, in Blockschrift mitzuschreiben. Das sei nur am Rande vermerkt. (Beifall bei der OVP.)

Ich wiederhole also auch diese Tatsache: Die österreichische Bundesregierung und der Herr Verkehrsminister haben vor, die Fernmeldegebühren, insbesondere die Telephonegebühren, wesentlich zu erhöhen. Auch das wird sich auf die Preisentwicklung, wird sich auf den Preisindex negativ auswirken.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch auf ein ganz anderes Thema zu sprechen kommen. Ich habe in der ersten Sitzung des Verkehrs-

8982

Nationalrat XIII. GP — 91. Sitzung — 11. Dezember 1973

Glaser

ausschusses, an der der neue Verkehrsminister Lanc teilgenommen hat, unter anderem darauf hingewiesen, daß sich der Vorgänger des Herrn Ministers Lanc, der jetzige Landeshauptmann-Stellvertreter Fröhbauer, im allgemeinen bemühte, die Abgeordneten, auch die Abgeordneten der Oppositionsparteien, über wesentliche Fragen rechtzeitig zu informieren.

Ich erinnere mich beispielsweise daran, daß bei der Novellierung des Bundesbahngesetzes uns Monate vorher Herr Minister Fröhbauer die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt hat. Herr Verkehrsminister Lanc hat damals im Ausschuß sinngemäß erklärt, er wolle sich an das Beispiel seines Vorgängers halten. Es ist allerdings bei dieser Erklärung geblieben, Taten zu einer Einlösung dieses Versprechens sind nicht erfolgt.

Ich denke hier insbesondere an die mit 1. Jänner des nächsten Jahres vorgesehene Umgliederung im Rahmen der Generalpostdirektion. Die Abgeordneten wurden darüber nicht informiert. Erst auf Grund von Anfragen, auf Grund von entsprechenden Stellungnahmen im Finanz- und Budgetausschuß war Herr Verkehrsminister Lanc bereit, hierüber einiges zu sagen.

Meine Damen und Herren! Es ist nun interessant, wie das Ergebnis dieser Umgliederung unter dem Titel „Verwaltungsreform“ — so wird es zumindest Herr Staatssekretär Lausacker bezeichnen — aussieht: Statt vier Gruppen wird es ab 1. Jänner im Bereich der Generalpostdirektion fünf Gruppen geben. Statt 13 Abteilungen wird es in Hinkunft 20 Abteilungen geben.

Auf alle Fälle steht aber fest, daß die Zahl der Dienstposten vergrößert wird. Die Meinungen und die Aussagen, ob es 36, ob es 30 oder 40 Bedienstete mehr in Zukunft sein werden, gehen auseinander, aber sicher ist, daß es mehr werden.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang eine Bemerkung, die ich auch vor allem an die linke Seite dieses Hauses richten möchte: Wir werden in wenigen Tagen ein neues Betriebsverfassungsgesetz beschließen, ein Gesetz, in dem vor allem die Mitbestimmung ganz besonders verankert ist. Anders ausgedrückt: Die Bediensteten der verschiedenen Betriebe und selbstverständlich auch die Bediensteten etwa im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung sollen bei Entscheidungen mitreden und mitsprechen können.

Wie sieht nun die Mitwirkung der gewählten Personalvertretung bei der beabsichtigten und mit 1. Jänner wirksam werdenden Umglie-

derung im Rahmen der Generalpostdirektion aus? Zu den Beratungen wurde lediglich der Obmann des Zentralausschusses beigezogen. (*Abg. Rösch: Ich bin kein Postler!*) Herr Minister Rösch! Der gewählte Personalvertreter jener Dienststelle, nämlich des Vertrauensmännerausschusses der Generalpostdirektion — deshalb habe ich Sie jetzt angesprochen, weil Sie so den Kopf geschüttelt haben; bitte, ich hoffe, Sie haben nichts dagegen, daß ich das jetzt gesagt habe —, wurde nicht beigezogen. Warum nicht, meine Damen und Herren? Dieser Mann ist nämlich ein Angehöriger der Fraktion christlicher Gewerkschafter. Auf den legt man keinen Wert, den braucht man nicht. Um das Gesicht zu wahren, scheinbar zumindest, sagt man, der Obmann des Zentralausschusses soll dazukommen. Das wäre ungefähr so, wenn wesentliche Umgliederungen etwa im Bereich der Wiener Polizeidirektion erfolgen würden, die Personalvertreter der Wiener Polizeidirektion nicht beigezogen werden, wohl aber die Personalvertreter des Bundesministeriums für Inneres.

Überhaupt habe ich den Eindruck — und ich könnte das mit einer Reihe von weiteren Beispielen bekräftigen —: Mitbestimmung ist Ihnen nur dort recht, wo es sich um Angehörige der Sozialistischen Partei, der sozialistischen Fraktion handelt. Wenn die Betriebsräte, die Vertrauensmänner auf Listen der Österreichischen Volkspartei, des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, der christlichen Gewerkschaftsfraktion gewählt sind, dann haben Sie an Mitbestimmung nicht viel Interesse.

In meinem Heimatland erlebe ich das gerade in den letzten Wochen immer wieder: Solange es in der Salzburger Gebietskrankenkasse einen sozialistischen Obmann des Betriebsrates gegeben hat, wurde dieser selbstverständlich zu allen Fragen beigezogen und gehört, konnte mitreden, konnte mitentscheiden. Seit der Betriebsratsobmann der Salzburger Gebietskrankenkasse ein Angehöriger meiner Fraktion ist, ist von dieser Mitbestimmung nicht nur nichts mehr zu spüren, sondern wo es geht, werden unseren Betriebsräten Prügel vor die Füße geschmissen. Auch hier: Reden und Handeln — ein haushoher Unterschied. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Darf ich — der fortgeschrittenen Zeit Rechnung tragend — schon zum Schlusse kommen und nur noch auf folgendes hinweisen: Auch Herr Verkehrsminister Lanc hat weder hier noch im Ausschuß überzeugen können, daß für das Verkehrswesen in Österreich entsprechend Vorgehen getroffen wird. Seine Ausführungen und

Glaser

auch die Ausführungen mehrerer sozialistischer Redner — auch des Herrn Kollegen Ulbrich — lassen sich etwa in jenen Satz zusammenfassen: Wie immer die Situation ist oder war, ob es sich um eine Koalitionsregierung gehandelt hat, wo im Ministerrat einstimmige Beschlüsse gefaßt wurden, ob es eine ÖVP-Alleinregierung war oder ob es jetzt eine SPÖ-Alleinregierung ist: An allem, was nicht gut ist, ist die ÖVP schuld. Das war der Tenor aller Reden, die wir in diesem Raum heute gehört haben.

Mich persönlich hat die heutige Debatte in jener Auffassung bestärkt, die ein sehr gescheiter Mann vor kurzem von sich gegeben hat: Die Sozialisten reden viel von der Zukunft, sie sind nicht in der Lage, die Gegenwart zu bewältigen, aber sie blicken auf alle Fälle hoffnungsvoll in die Vergangenheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache beendet.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den Kapiteln 65, 78 und 79 mit den dazugehörigen Teilen der Konjunkturausgleich-Vorschläge in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Über den zu dieser Beratungsgruppe eingebrachten Entschließungsantrag wird nach der dritten Lesung abgestimmt werden.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die **n ä c h s t e** Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 12. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1974 (880 und Zu 880 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VII.

Die Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 55 Minuten